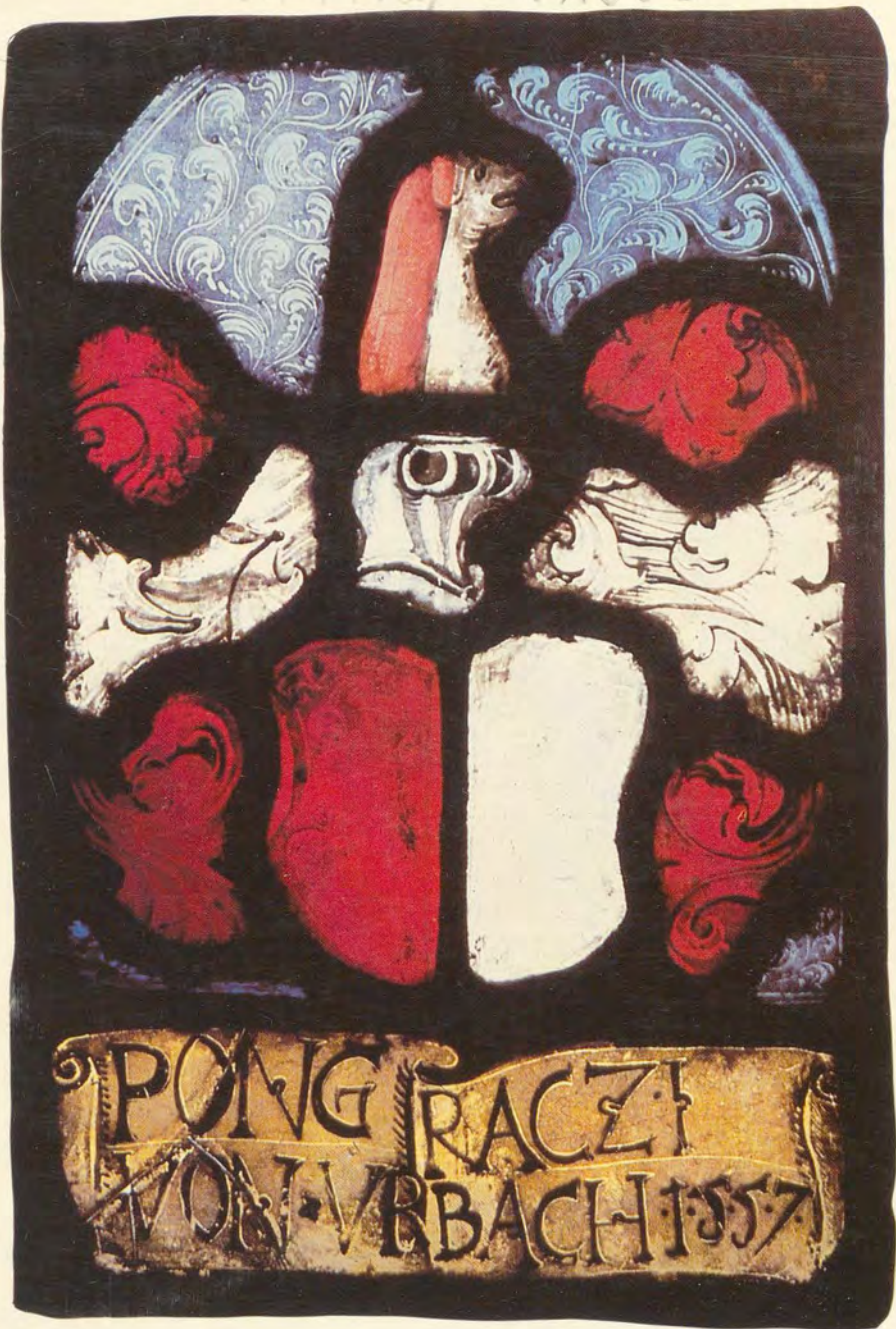


2A 4772, 35. 1983



35/1983 Historischer Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e. V.

LUDWIGSBURGER
GESCHICHTSBLÄTTER

Umschlagbild

Das Titelblatt zeigt die Wappenscheibe des Junkers Pankraz von Urbach, der sie 1557 für das neuerbaute Rathaus von Großbottwar stiftete. Vgl. hierzu den Aufsatz von Markus Otto in diesem Heft.

Für die Farbwiedergabe aller heute noch vorhandenen Stifterscheiben auf 12 Farbtafeln in der vorliegenden Ausgabe der »Ludwigsburger Geschichtsblätter« ist der Stadt Großbottwar Dank abzustatten.

HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS
LUDWIGSBURG e. V.

Ludwigsburger Geschichtsblätter

Heft 35

Mit 34 Abbildungen
und 12 Farbtafeln



1983

Kommissionsverlag J. Aigner, Buchhandlung, Ludwigsburg

P

HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS
LUDWIGSBURG e.V.

ZA 4772, 35. 1983

Geschichtsbücher

Heft 35

Verlag
Ludwigsburg



Herausgegeben vom Historischen Verein
für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.
Redaktion: **Dr. Wolfgang Schmierer**, Tamm
unter Mitarbeit von Dr. Franz Mögle-Hofacker, Bietigheim-Bissingen
und Dr. Norbert Stein, Ludwigsburg
Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.
Für den Inhalt zeichnen die Verfasser verantwortlich
Gesamtherstellung: Süddeutsche Verlagsanstalt und Druckerei GmbH, Ludwigsburg

Inhalt

Mitarbeiter dieses Bandes	4
Vorwort (<i>Wolfgang Bollacher</i>)	5
Nachruf für Dr. Willi Müller (<i>Markus Otto</i>)	6
Markus Otto 70 Jahre (<i>Wolfgang Bollacher</i>)	9
Machtübernahme und Gleichschaltung. Die Oberamtsstadt Vaihingen an der Enz 1932/33. Von <i>Manfred Scheck</i>	10
Die Scheibenstiftungen für das Großbottwarer Rathaus. Von <i>Markus Otto</i>	71
Die Geschichte der Freudentaler Juden. Teil 2: im 19. und 20. Jahrhundert. Von <i>Theobald Nebel</i>	94
Das Barfüßerkloster auf dem Frauenberg bei Bönningheim. Von <i>Elisabeth Zipperlen</i>	136
Die Geschichte der Bausparkasse Wüstenrot – zugleich die Geschichte des deutschen Bausparwesens. Von <i>Otto Schäfer</i>	142
Rückblick auf das Jahr 1982 (<i>Herbert Saar</i>)	158
Berichte und Notizen	163
Veranstaltungen des Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg e. V. 1982/83 (<i>Markus Otto</i>)	163
Ludwigsburger Stadtgründungsfeier 1983 (Auszüge aus der Rede von Oberbürgermeister Dr. <i>Otfried Ulshöfer</i>)	170
Buchbesprechungen	172
Bildnachweis	179
Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900–1983	180

Mitarbeiter dieses Bandes

Bader, Dorothea, Archiverinspektorin, Murr
Dr. Bollacher, Wolfgang, Rechtsanwalt, Ludwigsburg
Carle, Gabriele, Archivinspektorin, Ludwigsburg
Dr. Heieck, Ludwig, Professor, Ludwigsburg
Herkert, Udo, Archivist, Ludwigsburg
Läpple, Wolfgang, Städt. Archivamtmann, Asperg
Dr. Mögle-Hofacker, Staatsarchivrat, Bietigheim-Bissingen
Nebel, Theobald, Rektor, Besigheim
Otto, Markus, Apotheker, Bietigheim-Bissingen
Saar, Herbert, Pressereferent, Ludwigsburg
Dr. Schäfer, Otto, Geschäftsführer, Ludwigsburg
Dr. Scheck, Manfred, Oberstudienrat, Vaihingen/Enz
Dr. Schmierer, Wolfgang, Oberstaatsarchivrat, Tamm
Schneider, Regina, Archiverinspektorin, Ludwigsburg
Schneider, Wolfgang, Archivamtmann, Ludwigsburg
Dr. Seiler, Alois, Staatsarchivdirektor, Ludwigsburg
Dr. Stein, Norbert, Staatsarchivrat, Ludwigsburg
Dr. Ulshöfer, Otfried, Oberbürgermeister, Ludwigsburg
Zipperlen, Elisabeth, Bönningheim

Vorwort

Am 31. Oktober 1983 jährte sich zum 250. Male der Todestag Herzog Eberhard Ludwigs, einer bedeutenden Gestalt der württembergischen Geschichte. Eberhard Ludwig hat sich als Feldherr hervorgetan, hat den Waldensern im Nordwesten des damaligen Herzogtums Grund und Boden gegeben und damit dem durch den Dreißigjährigen Krieg und den Zweiten Eroberungskrieg Ludwigs XIV. von Frankreich verheerten und entvölkerten Land frisches Leben zugeführt und er hat – natürlich und vor allem – Schloß und Stadt Ludwigsburg gegründet. Wir wissen, daß die Gründung nicht ohne schwere Lasten für die Untertanen abging, aber auch, daß der Herzog an seiner Schöpfung mit ganzem Herzen hing. Noch im Testament hat er seinen Nachfolgern auferlegt, die mit großen Kosten, Mühe und Sorgfalt gebaute Residenz »nicht unausgebaut liegen zu lassen«. 250 Jahre nach dem Tode des Herzogs können wir sagen, daß sein Wunsch in Erfüllung gegangen ist und daß sich die von ihm gegründete Stadt zu einem bedeutenden Gemeinwesen entwickelt hat, das wichtige, vereinzelt sogar überragende Persönlichkeiten hervorgebracht hat und das – obwohl vor den Toren des großen und reichen Stuttgart gelegen – nicht zur Trabantensiedlung abgesunken ist. Ludwigsburg ist nicht – jedenfalls nicht auf Dauer – in den Schlaf der aufgegebenen Residenz und Garnison verfallen, es hat sich vielmehr den Forderungen wechselnder Zeiten angepaßt und ist heute eine selbständige Stadt mit bedeutender Industrie, moderner Infrastruktur und lebhafter Kultur, die in das Gebiet des Landkreises Ludwigsburg, dessen Hauptort sie ist, ausstrahlt. Ihren besonderen Reiz aber hat sie noch immer ihrem Gründer zu verdanken. Möge von der Bürgerschaft und der Verwaltung auch weiterhin alles getan werden, daß dieser Reiz erhalten bleibt.

Der Historische Verein legt auch in diesem Jahr wieder ein neues Heft der Ludwigsburger Geschichtsblätter vor und dankt allen Spendern und Förderern, besonders Stadt und Landkreis Ludwigsburg sowie der Stadt Großbottwar, für die finanzielle Unterstützung. Das neue Heft, von Herrn Dr. Wolfgang Schmierer unter Mitarbeit der Herren Dr. Franz Mögle-Hofacker und Dr. Norbert Stein redigiert, soll allen Lesern Freude bereiten und ihnen erneut vor Augen führen, wie reich die Geschichte unserer engeren Heimat ist.

Ludwigsburg, im November 1983

Wolfgang Bollacher



Abschied von Dr. Willi Müller

Am 28. September 1983 verstarb Dr. Willi Müller, bis zuletzt von seiner Frau aufopfernd gepflegt, in dem ihm zur Heimat gewordenen Schwieberdingen. Nicht nur, weil er von 1969 bis 1978 Vorsitzender des Historischen Vereins und Redakteur der Ludwigsburger Geschichtsblätter war, sondern, weil er unserer Heimatforschung unersetzliche Dienste geleistet hat, ist es eine Ehrenpflicht, seiner an dieser Stelle zu gedenken.

Willi Müller wurde am 5. Februar 1915 in Stuttgart geboren. Nach der Schulzeit am Geburtsort und seiner Lehrerausbildung in Heilbronn, mit Examen 1936, erlebte er, wie damals so viele, zunächst eine lange »berufsfremde« Zeit: Arbeitsdienst, Militärdienst und gleich anschließend Kriegsdienst (Polen, Rußland, Afrika, Mittelmeer-Raum), runde 10 Jahre, die wir alle, die damals dabei waren, vom »produktiven« Leben abschreiben können. Deshalb sah er sich mit seiner ersten Anstellung als Leiter der Schule in Erdmannhausen am 1. Oktober 1945 »nach über drei Lebensjahrzehnten endlich am beruflichen Ziel«. Im Vorwort zu seinem Heimatbuch »Erdmannhausen« sagt er, daß »dieses Dorf dem fast zum Landsknecht gewordenen Menschen zur ersten eigenen, bewußt erlebten und dankbar aufgenommenen Heimat wurde«, in der er sich mit seiner Familie (seit 1942 verheiratet mit Frau Marianne, geb. Ulmer) beruflich und privat entwickeln konnte. Diese neue Heimat mußte, wie er sagt, »zuerst erworben und Schritt um Schritt entdeckt werden«.

In diesem Vorwort, das man als eine Art von »confessio« ansehen möchte, ist der Werdegang des Forschers Willi Müller und seiner Methodik aufgezeigt. Da steht neben notwendigen Archivstudien seine Entdeckung der Flurnamen und der damit anhand

alter Flurkarten rekonstruierbaren »Urzelgen« als Mittel zur Klärung der ältesten Siedlungsgeschichte. Außerdem erkannte er bald den Wert der mündlichen Überlieferung als erstaunlich aussagekräftigen Geschichtsquelle. Dem engagierten Lehrer gelang es, seine Schüler für die Geschichte ihrer Heimat zu begeistern, und er fand in ihnen stets eifrige Helfer für seine gezielten Forschungen. Als er dann seit dem 1. April 1953 mit der Leitung der Schwieberdinger Schule betraut war, konnte er auch hier entsprechend seine Arbeiten fortsetzen.

Längst hatte er die Bedeutung der Volkskunde für die Erforschung der Heimatgeschichte erkannt, und er promovierte »so ganz nebenbei« in diesem Fach an der Universität Tübingen zum Dr. phil.! Wie sehr ihn dieses spezielle Gebiet interessierte, zeigen zahlreiche Publikationen, vorweg in der Heimatbeilage der Ludwigsburger Kreiszeitung (»Hie gut Württemberg«). Ob es sich um unterirdische Gänge handelte oder Wetterfahnen, um Gartenzwerge oder Dachziegel, stets waren seine gut bebilderten Beiträge spannende Forschungsberichte, deren Lektüre dank ihrer glänzenden Diktion für jeden ein Genuß war. In Schwieberdingen entstand 1961 zunächst das Buch »Schwieberdingen, das Dorf an der Straße«, in dem er die wechselnden Schicksale eines an einer großen Fernstraße gelegenen Dorfes schildert. Das laut dem Vorwort eigentlich in erster Linie als Lehrmittel für den Schulgebrauch gedachte Buch wurde zu seinem Mißvergnügen von der Gemeinde zum »Heimatbuch schlechthin« erkoren. Schon hier zeigte sich Willi Müllers Talent für das Zeichnen informativer Skizzen und Pläne, sowie die Herstellung guter Fotos, womit er dann seine Publikationen bestens illustrieren konnte.

Als er 1969 Vorsitzender des Historischen Vereins Ludwigsburg wurde, übernahm er gleichzeitig auch die Redaktion der »Geschichtsblätter«. Unter seiner umsichtigen Leitung entwickelte sich das traditionelle Organ des Vereins auf seinem Wege vom ersten Nachkriegsanfang unter Prof. Dr. Paret und der weiter aufbauenden Arbeit von Studiendirektor Gaese zu einem repräsentativen und reichbebilderten Jahrgangsheft, das – seit eh und je – durch seine wertvollen Beiträge im ganzen Land besten Ruf genießt. Als einer der Begründer von »Hie gut Württemberg« und von Anfang an eifrigster Mitarbeiter der renommierten Zeitschrift übernahm er 1974 nach Walter Hudelmaiers Tod auch ihre Redaktion, die er bis zu seinem Tode innehatte. 1975 erschien das wohl wichtigste »vollendete« Werk aus seiner Feder, das Heimatbuch »Erdmannhausen«. Mit diesem ganz ausgezeichneten Buch, das, inhaltlich musterhaft gegliedert, außerdem wesentliche, weit über den Ort hinausreichende Forschungsmethoden und -ergebnisse schildert, hat der Autor sich als durchaus eigenständiger Forscher profiliert.

Hauptverdienst Willi Müllers, der 1977 mit der höchsten Auszeichnung des Kreises Ludwigsburg, der »Eberhard-Ludwig-Medaille« bedacht wurde, bleibt seine, auf einer Sammlung der Flurnamen des Kreises Ludwigsburg aufgebaute und von ihm entwickelte Erforschung der Urmarkungen unserer Dörfer, wozu er zur Erfassung der Flurgeschichte und zur Rekonstruktion der alten Zelgen der Dreifelderwirtschaft die Flurkarten der Landesvermessung von 1831 ff. heranzog und außerdem in aufgefundenen alemannischen Reihengräbern wichtige Bestätigungen seiner Ergebnisse sehen konnte. Hierauf fußend schrieb er nicht nur die genannten Bücher, sondern auch Beiträge für weitere Heimatbücher, beispielsweise für Ottmarsheim und Walheim.

Daß der rastlos tätige Mann nebenbei auch Verfasser von Heimat- und Festspielen war, daß er außer tätiger Mitgliedschaft in zahlreichen Gremien infolge seiner Redegewandtheit als Festredner gesucht war und daß er sich auch als Dozent (z. B. bei der Schiller-Volkshochschule Ludwigsburg) betätigte, rundet das Bild ab. Dennoch fand er von einer bewundernswert verständnisvollen Ehefrau durchs Leben Begleitete die Zeit, um mit seiner Familie in den Ferien durch ganz Europa zu »campen« und beispielsweise seinen Kindern in Afrika die Orte zu zeigen, wo er als Soldat gekämpft hatte.

Die Krönung seines Lebenswerks, das vom Kreistag subventionierte große Werk der Flurnamenforschung im Kreis Ludwigsburg »Mit dem Pflug vom Mittelalter in unsere Zeit«, hat er nun leider nicht vollenden können, obwohl er noch auf seinem letzten Krankenlager stets gedanklich damit beschäftigt war. Es ist zu hoffen, daß sich für diese »epochemachende« Arbeit ein fähiger Vollender findet. Was uns aus seinen letzten Lebensjahren besonders als persönliche Erinnerung bleibt, ist der fleißige Redakteur von »Hie gut Württemberg«, bei dem man inmitten seiner riesigen Bücherwände und umgeben von seiner höchst bedeutsamen Dachziegelsammlung stets herzlich willkommen war. Bei einem guten Viertele und dem zugehörigen »Zigärre« floß munter und anregend eine Unterhaltung, die trotz der gelösten Atmosphäre stets wissenschaftliche Ausbeute brachte. Und wenn es einmal mit den Beiträgen für die nächste Nummer von »Hie gut Württemberg« etwas haperte, kam stets sein »Ha woisch, em Notfall hab i emmer en Beitrag parat!«

Das ist wohl die Quintessenz: ein trotz durchaus vorhandener Eigenwilligkeit lebenswerter Freund, der stets aus dem Vollen seines reichen Wissens schöpfen konnte und daher nie um einen Beitrag oder eine Antwort verlegen war. Willi Müller wird uns als rastloser Forscher ebenso fehlen, wie er durch seine Arbeiten unvergeßlich bleibt. Wir verdanken ihm viel!

Markus Otto



Markus Otto

Am 18. August 1983 vollendete Herr Markus Otto sein 70. Lebensjahr. Zu den Gratulanten gehörte auch der Historische Verein, dem Markus Otto seit Jahrzehnten angehört und um den er sich als Mitglied des Vorstands, als Redner, Autor und als beliebter und unübertroffener Leiter vieler Exkursionen zu den historisch bemerkenswerten Stätten unserer Heimat in hervorragender Weise verdient gemacht hat. Markus Otto entstammt einem schwäbischen Pfarrhaus, machte am Karls gymnasium in Stuttgart Abitur und studierte anschließend Pharmazie und Lebensmittelchemie in Tübingen. Einem nahrungsmittelchemischen Praktikum in Stuttgart folgte von 1939 bis 1945 Kriegsdienst bei Flak, Luftwaffen sanität und Chemischer Untersuchungsstelle in Hamburg-Blankenese, dort als Stabsapotheker. Nach dem Kriege war er zunächst im norddeutschen Raum und dann von 1948 an in Uhingen und Stuttgart pharmazeutisch tätig, bis er 1952 als erste Apotheke in Bissingen die »Enzapotheke« eröffnete, der er bis zu seinem Ruhestand im Jahre 1982 vorstand.

Markus Otto – ein vielseitiger und musisch und historisch interessierter Mann – hat sich die Erforschung des mittelalterlichen Kirchenbaus und der Glasmalerei zum nebenberuflichen Arbeitsgebiet erkoren und ist darin – das darf ohne Übertreibung gesagt werden – zum Experten geworden. In zahlreichen Aufsätzen und Abhandlungen hat er die Ergebnisse seiner Untersuchungen und Forschungen vorgestellt und sich damit auch außerhalb seines Berufes hohes Ansehen erworben. Es ist ein Beweis für seine Lebendigkeit, daß er auch dieses Heft der Ludwigsburger Geschichtsblätter wieder mit einem Beitrag aus seiner Feder über Glasmalerei bereichert. Der Historische Verein, zu dem Markus Otto einst durch die Professoren Paret, Roemer und Bachteler geführt wurde, dankt dem Freund an dieser Stelle für seine unermüdliche Hilfe und Treue herzlich und

hofft, daß ihm noch viele fruchtbare Jahre in Rüstigkeit und Schaffenskraft beschieden sind und daß er noch oft Gelegenheit nehmen wird, aus seinem reichen Wissen in Wort und Schrift zu berichten.

Wolfgang Bollacher



Martin On

Am 27. August 1971 verstarb Herr Martin On im Alter von 82 Jahren. Er wurde geboren am 15. März 1889 in der Gemeinde St. Gallen, im Kanton St. Gallen. Er war ein Mann von hohem Charakter, der sich durch seine Tatkraft und seinen Fleiß auszeichnete. Er war ein Mann von hohem Charakter, der sich durch seine Tatkraft und seinen Fleiß auszeichnete. Er war ein Mann von hohem Charakter, der sich durch seine Tatkraft und seinen Fleiß auszeichnete.

Martin On war ein Mann von hohem Charakter, der sich durch seine Tatkraft und seinen Fleiß auszeichnete. Er war ein Mann von hohem Charakter, der sich durch seine Tatkraft und seinen Fleiß auszeichnete. Er war ein Mann von hohem Charakter, der sich durch seine Tatkraft und seinen Fleiß auszeichnete.

Machtübernahme und Gleichschaltung

Die Oberamtsstadt Vaihingen an der Enz 1932/33¹

Von Manfred Scheck

Am 29. Januar 1933 hatte das Drängen einflußreicher Berater um den greisen Reichspräsidenten endlich Erfolg: Paul von Hindenburg überwand seine tiefsitzende Abneigung gegenüber dem »böhmischen Gefreiten« und ernannte einen Tag später den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Gegen 11.15 Uhr legte dieser den vorgeschriebenen Amtseid ab: »Ich schwöre, ich werde meine Kraft für das Wohl des deutschen Volkes einsetzen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, die mir obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und meine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen.« Hitler war damit der 15. Inhaber dieses Amtes in der Weimarer Republik; er war jedoch keine Minute lang gewillt, die beschworenen Grundsätze zu beachten, noch an die seit 1919 geschaffene Tradition anzuknüpfen. Die Demokratie sah er als Fehlentwicklung der deutschen Geschichte an, und seine Vorgänger im Amt galten ihm als Novemberverbrecher, Verräter am deutschen Volk, Erfüllungsgehilfen der Alliierten. Nein, er hatte einen anderen Staat und eine andere Gesellschaft im Auge, als er am Abend des 30. Januar 1933, der als der »Tag der Machtübernahme« in die Geschichte eingehen sollte, von einem

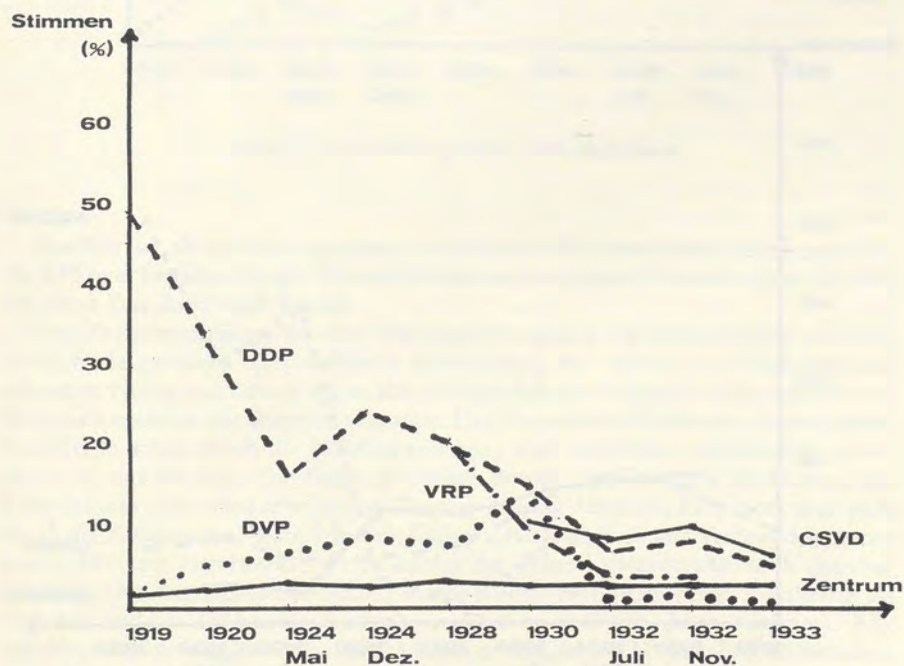


Schaubild 1: Die Wahlergebnisse der Mittelparteien

Fenster der Reichskanzlei aus den Vorbeimarsch der Parteiformationen und der »vaterländischen Verbände« beobachtete.

Fünfzig Jahre später wissen wir, welch grauenvollen Weg Hitler das deutsche Volk zu führen sich vorgenommen hatte. Was aber wußten diejenigen, die ihm zujubelten, was wußten die, die ihm mit ihrer Stimme zur Kanzlerschaft verholfen hatten? Noch genauer, was wußten die Menschen in der kleinen, gerade 3000 Einwohner zählenden Oberamtsstadt Vaihingen an der Enz, was konnten sie wissen, wenn sie wissen wollten? Was erhofften seine Wähler für sich – und wer waren diese Wähler?

Ein Blick auf die Reichstags-Wahlergebnisse der Jahre 1919 bis 1933² soll eine erste vorläufige Antwort ermöglichen und zeigen, welche Schichten sich der NSDAP zuwandten und weshalb sie diese Partei wählten. Dies ist deshalb möglich, weil es sich bei den Parteien dieser Zeit um Interessenparteien mit einer relativ klar umrissenen Anhängerschaft handelte.

Angesichts der für die ländliche Beamtenstadt ohne nennenswerte Industrie typischen Bevölkerungsstruktur mit dem Vorherrschen von Handwerk, Kleingewerbe und einem relativ starken Anteil bäuerlicher Bevölkerung – 1933 waren 36,9 % der Gesamtbevölkerung in Industrie und Handwerk, 14,8 % in der Land- und Forstwirtschaft, 8,9 % in Handel und Verkehr und nicht weniger als 15,3 % im Bereich des öffentlichen Dienstes und der privaten Dienstleistungen beschäftigt³ – ist die Dominanz der bürgerlichen und konservativen Parteien in allen Wahlen nicht verwunderlich.

Das 1. Schaubild zeigt daneben sehr deutlich die Aufsplitterung des bürgerlichen Lagers und die weitgehende Abwendung der Wähler von ihren alten Parteien ab 1930. Wohin sich diese Wähler wandten, zeigt Schaubild 2:

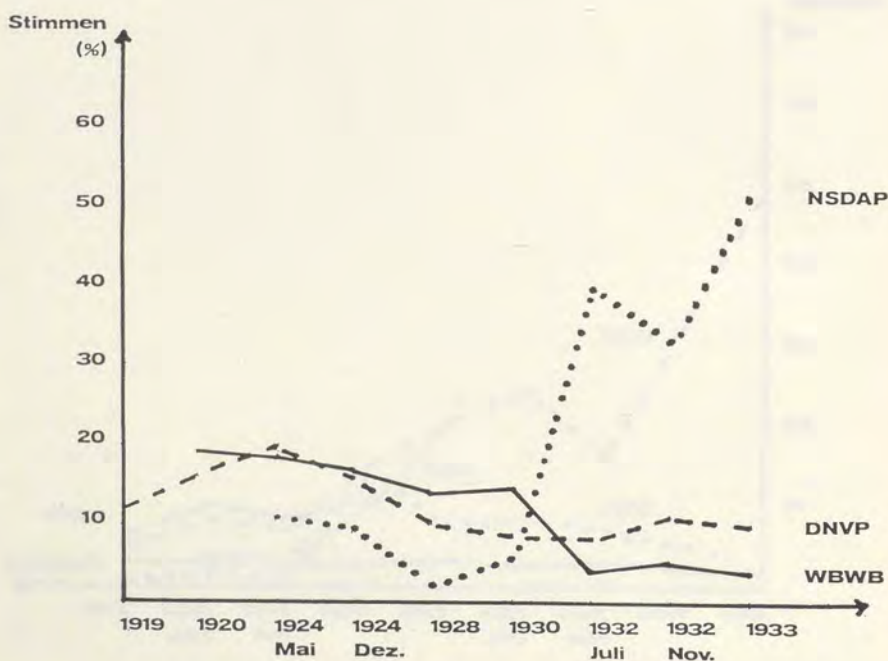


Schaubild 2: Die Wahlergebnisse der Rechtsparteien

Es zeigt aber auch, daß der NSDAP ab 1932 ein entscheidender Einbruch in die bäuerliche Wählerschaft gelang, hatte doch die Weltwirtschaftskrise auch eine verschärfte Agrarkrise und damit eine Verunsicherung vor allem der Kleinbauern mit sich gebracht, die durch eine verschleppte Agrarreform auf unrentablen Betrieben saßen.

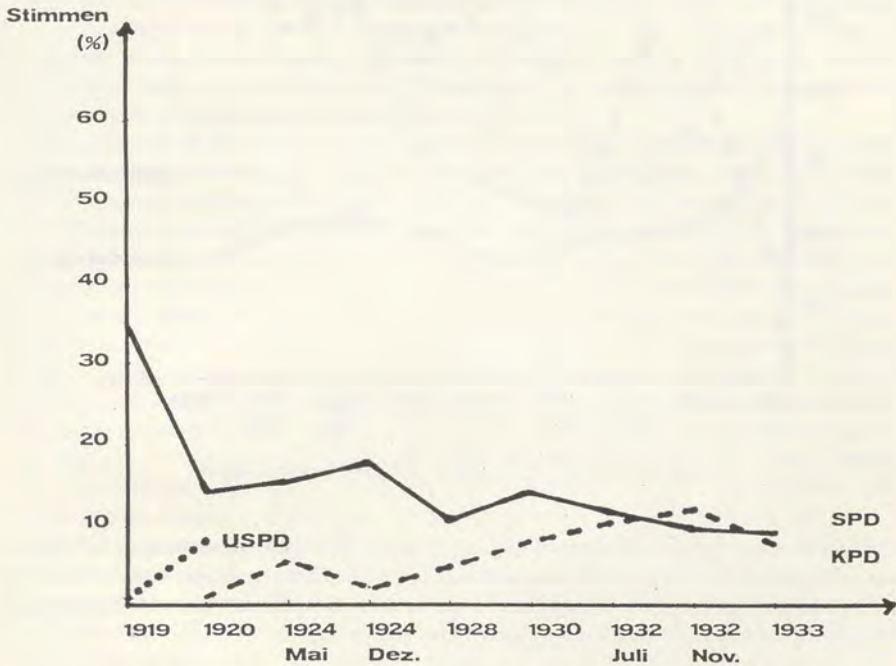


Schaubild 3: Die Wahlergebnisse der Linksparteien

Hier läßt sich ab 1920 ein insgesamt sehr konstantes Wählerverhalten erkennen, wobei die KPD mit fortschreitender Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit die SPD für kurze Zeit überflügeln konnte.

Eine Zusammenfassung der drei Wählerströmungen in ein Schaubild läßt nun sehr deutlich die geradezu spiegelbildliche Entwicklung von Mittel- und Rechtsparteien erkennen. Neben den Bauern war es also vornehmlich das Vaihinger Bürgertum, das die Nationalsozialisten mit Stimmen versorgte. Der bürgerliche Mittelstand, dessen Selbstbewußtsein schon durch die Inflation von 1923 stark erschüttert worden war, geriet erneut in eine Notlage: Die Beamten mußten Besoldungskürzungen hinnehmen, der Einzelhandel erlitt einen erheblichen Umsatzrückgang durch die Rezession, aber auch durch die Zunahme von Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und Verbrauchergenossenschaften, die Handwerker waren infolge der Wirtschaftskrise chronisch unterbeschäftigt. Die Angestellten schließlich hatten Angst, ihren besonderen Sozialstatus zu verlieren und ins Proletariat abzusinken, aus dem viele von ihnen stammten. Alle erhofften sie sich von einer Regierung Hitler in erster Linie die Lösung ihrer wirtschaftlichen Misere, und dafür waren sie auch gewillt, ihre liberal-bürgerliche Einstellung zumindest in ihrem Wahlverhalten preiszugeben.

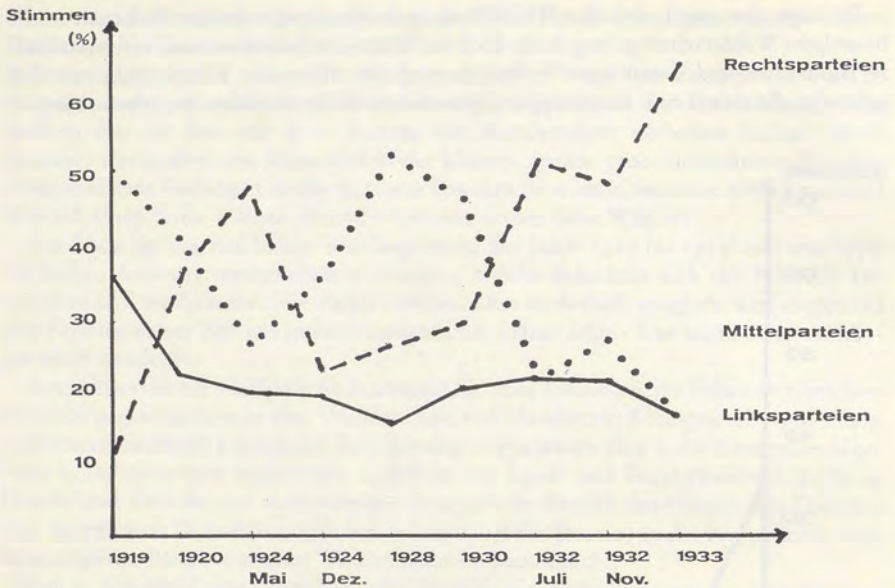


Schaubild 4: Die Entwicklung der Parteigruppierungen

Die einzelnen Schritte nachzuvollziehen, in denen sich diese Bewegungen vollzogen, die Gruppen und die Personen vorzustellen, die aktiv oder passiv mit dem Geschehen verbunden waren sowie die ersten Ergebnisse vorzustellen, die der Umwälzungsprozeß in Vaihingen hatte, soll nun im Folgenden versucht werden.

I. Im Strudel des Niedergangs

Schluß mit diesem System!

Wahlplakat der KPD

Weg mit der Alleinherrschaft der Parlamente!

Wahlplakat der DNVP

Zerstampft den Kommunismus!

Zerschmettert die Sozialdemokratie!

Wahlplakat der NSDAP

Den Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise im Frühjahr 1932 erlebten die Einwohner Vaihingens besonders nachdrücklich, als im Mai bekannt wurde, daß in den Zusammenbruch der Lederfirma Ade⁴ auch die Oberamtssparkasse mit einem Verlust von rund 750 000 Mark verwickelt war – dem zweithöchsten, den bis dahin eine württembergische Sparkasse hinnehmen mußte. Wie die Ermittlungen ergaben⁵, hatte sich Sparkassendirektor Toberer⁶ schon seit 1925 Unregelmäßigkeiten bei der Kreditvergabe an verschiedene Firmen zuschulden kommen lassen, die ab 1928 zu einer wachsenden Abhängigkeit

Toberers von den Inhabern der Firma Ade geführt hatten. Diesen gelang es in den folgenden Jahren, Toberer und den Kassier Wischuf⁷ zu immer gewagteren Finanzmanipulationen zu zwingen, auch nachdem eine Revision im Jahre 1929 erste Mißstände an den Tag gebracht hatte. Eine politische Dimension erhielt der Skandal dadurch, daß die Einlagen der Sparkasse durch das Oberamt garantiert wurden und Oberamtmann Bögel⁸, der schon frühzeitig von den Vorkommissen Kenntnis erhalten hatte, die Dinge treiben ließ und durch dieses Versäumnis natürlich auch die Oberamtsführung in Mißkredit brachte. Der Amtsversammlung blieb Ende August 1932 keine andere Möglichkeit mehr, als die Regierung in Stuttgart zur Sanierung der Kasse um ein Staatsdarlehen in Höhe von 600 000 Mark zu bitten⁹.

Während sich in der zweiten Jahreshälfte die Zeichen für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage vermehrten¹⁰, erschien die politische Lage immer auswegsloser. Die fünf Wahlgänge, zu denen die Bürger innerhalb eines Jahres aufgerufen wurden, legen dafür Zeugnis ab; die damit verbundenen Wahlkämpfe und die einzelnen Ergebnisse sagen jedoch einiges über die politischen Strukturen in Vaihingen am Ende der Weimarer Republik aus und können damit das oben Gesagte vertiefen. Der Reigen der Wahlen begann am 13. März mit der Wahl des Reichspräsidenten, die aber erst am 10. April eine absolute Mehrheit und damit eine Entscheidung zugunsten der Wiederwahl Hindenburgs brachte. In Vaihingen hatte Hindenburg, der Kandidat der Mittelparteien (!), allerdings schon im ersten Wahlgang 60 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können; in zweiten waren es sogar 64,2 %¹¹. Hitler, als Kandidat der NSDAP, erreichte zunächst 21,1 %, dann 28,3 %; Thälmann, der Kandidat der KPD, mußte einen Rückgang von zunächst 10,8 % auf 7,5 % hinnehmen. Die 7,6 %, die der Kandidat des Frontkämpferverbandes »Stahlhelm«, Duesterberg, im ersten Wahlgang erringen konnte, scheinen im zweiten – hier trat er nicht mehr an – Hitler zugute gekommen zu sein, während nicht weniger als ein Viertel der Thälmann-Wähler in das Hindenburg-Lager übergeschwenkt waren. Dies deutet darauf hin, daß einerseits die Verbindung zwischen Stahlhelm und NSDAP auch in Vaihingen schon so eng war, daß man eher Hitler als Hindenburg wählte, daß aber andererseits ein erheblicher Teil der kommunistischen Wähler bereit war, zur Abwehr Hitlers mit den Mittelparteien gemeinsame Sache zu machen.

Der Wahlkampf führte mit Theodor Heuss am 6. April einen schon damals weit bekannten Politiker einmal mehr nach Vaihingen in den Saal des ehemaligen Bahnhofs. Seine Rede paßte er – obwohl Vertreter der DDP – sehr geschickt dem breiten Meinungsspektrum derer an, die für die Wiederwahl Hindenburgs eintraten: Wie Friedrich Ebert, der erste Reichspräsident, als Sozialdemokrat über die Parteien hinausgewachsen sei und sich große Verdienste erworben habe, so sei heute Hindenburg der Mann, der angesichts der politischen Zerrissenheit nötig sei. Während Heuss einerseits die »Heldenvergötterung« im Lager Hitlers scharf kritisierte, warnte er andererseits die Landbevölkerung, den Lügenparolen der Nazis zu folgen: schließlich habe noch keine Regierung soviel für die Landwirtschaft getan wie die gegenwärtige – bei aktiver Unterstützung durch die Sozialdemokratie¹². Mit seiner Wendung an die Landbevölkerung sprach Heuss die offen zu Tage liegende Tendenz an, nach der die NSDAP vor allem im protestantischen Bauerntum überdurchschnittliche Erfolge erzielen konnte, Erfolge, die auf Kosten des Bauern- und Weingärtnerbundes, aber auch der DDP errungen wurden.

Ebenfalls im April wurde der württembergische Landtag gewählt, wobei die Wahllisten auch einige Kandidaten aus Vaihingen und den umliegenden Ortschaften enthielten¹³. Nur 14 Tage nach der Niederlage Hitlers in der Reichspräsidentenwahl konnten die Nazis, wie überall, so auch in Vaihingen, erhebliche Stimmengewinne erzielen. Vergli-

chen mit der Landtagswahl von 1928 stieg ihr Stimmenanteil gar von 2,6 % auf 25,3 % an, während gleichzeitig Bauernbund, Volksrechtspartei und DDP erheblich Stimmen einbüßten. Auch DNVP, KPD und Christlicher Volksdienst konnten im Zeichen des Zerfalls der Mitte Stimmengewinne verbuchen; lediglich SPD, Zentrum und DVP konnten ihre Stimmanteile halten, bzw. erlitten geringe Verluste¹⁴.

Das Scheitern der Regierung Brüning in der Mitte des Jahres zeigte nicht nur den wachsenden Einfluß ultrakonservativer Kräfte aus Industrie, Reichswehr und Großgrundbesitz auf den greisen Reichspräsidenten, es bescherte den Deutschen auch Reichstagswahlen, die am 31. Juli abgehalten wurden und den Nazis einen ungeheuren Zulauf brachten: 39,5 % der Stimmen erhielten sie in Vaihingen, etwa 2 % mehr als im Reichsdurchschnitt¹⁵. Nachdem auch die KPD ihren Stimmenanteil mit 14,6 % leicht erhöhen konnte – in Vaihingen lag er bei 10,4 % – hatten die Gegner von Parlamentarismus und Demokratie, zu denen auch die DNVP zählte, die Mehrheit im Reichstag. Da es dem mit der Regierungsbildung beauftragten Franz von Papen mit seinem »Kabinett der Barone« bei aller Liebedienerei gegenüber Hitler in den folgenden Monaten nicht gelang, diesen für eine Koalitionsregierung zu gewinnen, kam es erneut zur Reichstagsauflösung und am 6. November zu Neuwahlen. Diese brachten für die Nazis einen erheblichen Rückschlag, indem etwa ein Viertel der Wählerschaft, die im Juli hinter der Hakenkreuzfahne gestanden hatte, wieder umschwankte: bei deutlich geringerer Wahlbeteiligung sank der Anteil der NSDAP in Vaihingen auf 32,9 %, was ziemlich genau dem Reichsdurchschnitt (33,1 %) entsprach¹⁵. Verlusten bei der SPD standen in Vaihingen Gewinne v. a. bei KPD, DNVP und CVD gegenüber. Obwohl damit der von den Nazis erhobene Anspruch auf die Macht von den Wählern deutlich zurückgewiesen worden war, trat keine Stabilisierung ein, da NSDAP und KPD mit ihren insgesamt 296 Abgeordneten (von 584) eine demokratische Regierungsbildung weiterhin verhindern konnten und der ungeliebten Republik Anfang Dezember in der Regierung Schleicher ein weiteres Präsidialkabinett bescherten.

Überblickt man das Wahlverhalten der Vaihinger Bevölkerung in den Wahlen des Jahres 1932, so wird man sagen können, daß es sich am ehesten durch seine Normalität auszeichnet. Da im überwiegend protestantischen Vaihingen die wenigen Stimmen der katholischen Zentrumsparterie nicht ins Gewicht fielen¹⁶, entfiel damit auch das stabilisierende Moment, den diese Partei andernorts darstellte. Die Rolle des Zentrums spielte jedoch bis zu einem gewissen Grad der protestantische Christliche Volksdienst mit rund 10 % Stimmenanteil, der sich als einigermaßen stabil erwies. Der Niedergang der DDP, die 1919 in Vaihingen rund 50 % der Stimmen erhalten hatte¹⁵, hatte sich zunächst fortgesetzt, war aber in der Novemberwahl scheinbar zum Stillstand gekommen. Die ehemaligen Stammwähler dieser Partei aus Bürgertum und Handwerkerschaft hatten sich – soweit sie nicht beim CVD und der Volksrechtspartei untergekommen waren – DNVP und NSDAP zugewandt. Von den rund 40 %, die bei der ersten Reichstagswahl für die Arbeiterparteien gestimmt hatten, waren mit rund 23 % nur etwas mehr als die Hälfte übriggeblieben. Dabei hatte die KPD im Zeichen der Massenarbeitslosigkeit die SPD deutlich überflügelt. Ein nicht unerheblicher Teil der Arbeiterschaft mußte aber ebenfalls in das Lager der Nazis abgewandert sein. Die NSDAP, die noch bei der Reichspräsidentenwahl etwa ein Drittel weniger Stimmen erhalten hatte als im Reichsdurchschnitt, konnte im Laufe des Jahres diesen Rückstand vollständig aufholen und viele Hindenburg-Wähler gewinnen.

Die zahlreichen Wahlkämpfe des Jahres 1932 gestatten aber noch einen weiteren Einblick in die Vaihinger Parteien, traten sie doch in zahlreichen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit, über die im »Enz-Boten« zumeist ausführlich berichtet wurde¹⁷. Die meisten Aktivitäten entfaltete dabei die NSDAP. Eine Ortsgruppe dieser Partei bestand

bereits seit 1923. Die ersten Anhänger hatte der fanatische Nationalsozialist und spätere Heilbronner Kreisleiter Richard Drauz¹⁸, der 1922 bei der Firma Baresel beschäftigt war, im Kreise seiner Kollegen gewonnen¹⁹, weshalb die Vaihinger NSDAP auf Jahre hinaus im »Steinwerk« ihren wichtigsten Stützpunkt hatte und daher auch als »Steinwerks-Partei« bezeichnet wurde²⁰. Diese »alten Kämpfer« aus der Firma Baresel waren der Betriebsleiter Franz Meyer²¹, der Kaufmann Eduard Häußler²², der Werkmeister Eugen Schnabel²³ und der Vorarbeiter Eugen Bachmann²⁴. Während es sich hier um Inhaber gebobener Positionen handelte, gehörte ein Teil der Steinwerksarbeiter der KPD an²⁵. Initiator für die Gründung und erster Ortsgruppenleiter der Vaihinger NSDAP war dann aber der Handelsvertreter Ernst Schmidt²⁶, der jedoch die Partei nach kurzer Zeit wieder verließ; sein Nachfolger wurde Franz Meyer. Erste Erfolge in der Mitgliederwerbung²⁷ machten der fehlgeschlagene Putschversuch Hitlers am 9. November 1923, das Verbot der Partei und die innenpolitische Stabilisierung, die ab 1924 erfolgte, wieder zunichte. Die nächsten Jahre standen für die Partei im Zeichen der Stagnation. Als die Vaihinger NSDAP 1925 unter der Bezeichnung »Nationalsozialistische deutsche Freiheitsbewegung« an der Gemeinderatswahl teilnahm und die beiden Handwerksmeister Karl Weigele²⁸ und Hermann Luipold²⁹ als Kandidaten aufbot, scheiterte sie mit 7,5 % der Stimmen sehr deutlich³⁰. Wahlerfolge blieben auch in den nächsten Jahren aus, weshalb die Partei 1928 nicht mit einer eigenen Liste antrat, sondern ihre Gemeinderatskandidaten Meyer, Weigele und Weller in die gemeinsame Liste der Vereinigten Rechten und der Volksrecht-Partei einbrachte und auf diese Weise mit dem Gärtnermeister Albert Weller³¹ ihren ersten Vertreter in das Vaihinger Rathaus entsenden konnte³². Bei der Gemeinderatswahl vom 6. Dezember 1931 stellte sich die NSDAP wieder mit einer eigenen Liste und sechs Kandidaten den Wählern, erhielt aber mit rund 9,5 % der Stimmen keinen weiteren Sitz³³. Einen höchst erwünschten Zugang konnte die Partei jedoch im Sommer 1932 vermelden, als der Tierarzt Dr. Eduard Fraas³⁴, der über die Liste der »Bürgerlichen Vereinigungen« ins Rathaus eingezogen war, zur NSDAP übertrat und damit der Partei auch einen allseits anerkannten führenden Kopf bescherte.

Entsprechend der Einschätzung Hitlers vom Oktober 1931, seine Bewegung stehe »einen Meter vor dem Ziel«³⁵, entfaltete die Partei während des ganzen Jahres 1932 auch außerhalb der Wahlkämpfe eine überaus rege Versammlungstätigkeit, wobei die von Hitler ausgegebene Losung mannigfaltig variiert wurde, zuerst von dem Maulbronner Parteiagitator Dr. Drück³⁶ zu Anfang Februar, als er von einer bevorstehenden »Schicksalswende« sprach und den Willen der Nazis betonte, an die Macht zu gelangen³⁷. Noch im gleichen Monat propagierte Bürgermeister Dirr den Kampf gegen alle Feinde des Nationalsozialismus; räume doch die Natur demjenigen, der sich im Kampf als der Stärkere erweise, auch das Recht zur Herrschaft ein³⁸. Daß dieser Kampf kein Kampf der Argumente sein sollte, zeigte sich am 10. März, als der Versammlungsleiter Häußler, der inzwischen zum Kreis- und Ortsgruppenleiter aufgestiegen war, den von kommunistischer Seite vorgetragenen Wunsch nach einer Aussprache kurzerhand ablehnte³⁹. Zwei weitere Versammlungen hatten offensichtlich das Ziel, die christlich orientierten Wähler anzusprechen und für die Nazis zu gewinnen. Am 8. April war es ein Dr. Glauner aus Stuttgart, der – nachdem er für die Not in Deutschland nicht die Weltwirtschaftskrise, sondern die »Erfüllungspolitik« der deutschen Regierungen verantwortlich gemacht hatte – die Auseinandersetzungen der Zeit als »einen ungeheuren Kampf zwischen Glauben und Unglauben« bezeichnete. Die NSDAP stehe nicht nur auf dem Boden des Christentums, sie sei der Wall, der die Kirche beschütze⁴⁰. Nur wenige Tage später war es dann einem Pfarrer Dr. Keller vorbehalten, den Vaihingern eine Lektion in protestantischem Antisemitismus zu geben⁴¹. Die in ihrer Widersprüchlichkeit kaum zu überbietende Legende von einem »Bündnis der jesuitischen und der marxistischen Internationa-

le« wurde zum Ausgangspunkt gewählt, um aufzuzeigen, was die Juden unter einer nationalsozialistischen Regierung zu erwarten hätten. Da es sich bei diesen Ausführungen um eine teilweise Vorwegnahme der »Nürnberger Gesetze« handelte, verdienen sie es, ausführlicher zitiert zu werden, auch um zu zeigen, was man wissen konnte, wenn man nur lesen und hören wollte. Nach der wohl beruhigend gemeinten Beteuerung, bei der NSDAP denke kein Mensch daran, die Juden an die Bäume zu knüpfen, wurde der Redner sehr konkret: »Juden, die nach dem 1. August 1914 eingewandert seien, bekämen einen Freifahrtschein in ihre frühere Heimat⁴²; diejenigen, die schon früher in Deutschland waren, dürften dableiben, könnten aber keine Staatsbürger sein; sie würden unter dem Schutz des Staates stehen, hätten in ihm aber nichts mehr zu sagen, könnten auch keine Ämter bekleiden«⁴³ und würden schließlich wohl von selber gehen.

Offen und wahrheitsgemäß wies einige Wochen später der Landtagsabgeordnete Reiner aus Maulbronn darauf hin, daß Brüning »kurz vor dem Ziel gefallen sei«, was nichts anderes war als das offene Eingeständnis, daß der Sturz Brünnings von den konservativen und nationalistischen Kreisen herbeigeführt worden war, um die letzte Chance für die Zerstörung der Demokratie, die sich durch die Weltwirtschaftskrise bot, wahrzunehmen.

Die im Mai gegründete Frauengruppe der Vaihinger NSDAP⁴⁴ trat am 18. Juni unter der Leitung von Elise Häußler⁴⁵ zum ersten Male an die Öffentlichkeit und ließ dabei eine Frau Bosch aus Stuttgart verkünden, was die Frauen von einer nationalsozialistischen Regierung zu erwarten hatten: »Die Frau als Magd und Dienerin ... sei das Heiligste, was es auf der Welt gebe.«⁴⁶ Volksgesang und Volkstanz, eine neue Mode, ein positives Christentum, Ablehnung aller ausländischen Artikel und der Aufblick zu Adolf Hitler, zu dessen Adel der Persönlichkeit und des Gemüts – kurzum, die Aufgabe einer selbständigen Persönlichkeit, eines eigenständigen Denkens, die Einordnung in ein vorgegebenes simples Bild, das sollte die Losung sein.

Nicht weniger als drei NS-Versammlungen sollten im Juli die Vaihinger auf die Reichstagswahl einstimmen⁴⁷. Die Volksgemeinschaft als Weiterführung der im Schützengraben geübten Kameradschaft, das Wirtschaftsprogramm der Partei zugunsten des Mittelstandes und der Aufruf zu Kampf, Gehorsam und Unterordnung standen dabei im Mittelpunkt der Ausführungen.

Der Lohn für diese Aktivitäten bestand nicht nur in dem schon oben erwähnten Anstieg der Wählerstimmen; auch neue Mitglieder stellten sich ein, so daß die Partei Anfang Oktober stolz vermelden konnte, ihr Mitgliederbestand habe sich seit Ende Juli um 110% erhöht⁴⁸.

Die erneute Reichstagswahl bescherte den Vaihingern auch zwei Versammlungen der NSDAP, von denen die erste recht interessante Aussagen brachte, indem MdL Reiner die Möglichkeit von Stimmenverlusten zugab, gleichzeitig aber ankündigte, daß die Wahlen nur *eine* Möglichkeit seien, an die Macht zu kommen; es gebe auch noch die des Putsches: dabei »seien die 800000 Uniformträger der Partei die Gewähr, daß diese Wandlung erzwungen werde, möge kommen, was wolle«⁴⁹. Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen, inwieweit diese Aussage mit Überlegungen der Parteiführung übereinstimmte⁵⁰; wichtig ist, daß die Nazis im Angesicht des drohenden Niedergangs begannen, die mühsam gewahrte Pose des Biedermanns fallen zu lassen und mit offenen Drohungen zu arbeiten: »Wer dem deutschen Volk neue Not und vielleicht schwere Blutopfer sparen wolle«, müsse NSDAP wählen. Die Vaihinger Parteigenossen jedenfalls verstanden den Wink, wird doch anlässlich einer nur wenige Tage später stattfindenden Parteiversammlung, in der sich der württembergische SA-Führer v. Jagow über das Thema »Volk ohne Raum« ausließ und es bedauerte, daß die Wehrmacht zur Eroberung der benötigten Gebiete zu schwach sei, erstmals von einem Einmarsch der SA-Leute

berichtet⁵¹. Nach dem Mißerfolg in der November-Wahl kam die Propaganda-Maschine der Nazis allerdings für einige Zeit zum Stillstand, und so war es die NS-Frauenschaft, die mit einer Weihnachtsfeier den Schlußpunkt unter die politischen Geschehnisse des Jahres setzte. Daß hierbei erneut ein evangelischer Pfarrer (Ettwein, Cannstatt) sich dazu hergab, über den Glauben an den Führer und – gegenüber der SA – von der Abwehr der kommunistischen Gefahr zu reden, zeigt einmal mehr, wie gut es den Nazis gelang, die in weiten Kreisen dieses Berufsstandes vorhandene antidemokratische Gesinnung für sich nutzbar zu machen⁵².

Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die seit 1928 unter dem Vorsitz Alfred Hugenbergs ebenfalls eine antidemokratische Politik verfolgte, sah sich spätestens seit dem Abschluß der Harzburger Front im November 1931 in der mißlichen Lage, zugleich Bündnispartner und Konkurrent der NSDAP sein zu müssen. Die Vaihinger Ortsgruppe, die ihre Stammwählerschaft von rund 10 % wohl überwiegend bei den Selbständigen und in der Beamtenschaft rekrutierte, leitete der Fabrikant Eugen Conradt⁵³, der gleichzeitig auch Vorsitzender des »Stahlhelm« war. Im Vorfeld der Reichspräsidentenwahl tauchte mit dem württembergischen Finanzminister Alfred Dehlinger eine der schillerndsten Figuren der Landespolitik in Vaihingen auf. Während er davon sprach, »das System müsse umgestellt« und die »alten Grundsätze« wieder eingeführt werden⁵⁴, wurde Dr. Hanemann zwei Monate später wesentlich deutlicher: er machte für die Mißstände der Zeit den Sozialismus und die Erfüllungspolitik verantwortlich, nannte auch gleich das Rezept zur Hilfe: Durchsetzung des Nationalismus und Verbot der sozialistischen – sprich freien – Gewerkschaften⁵⁵, was nichts anderes bedeutete als die Hinwendung zu den reaktionären Verhältnissen vor dem 1. Weltkrieg.

Die wachsende Rivalität mit der NSDAP wurde im Juli deutlich, als sich der Reichs- und Landtagsabgeordnete Wider um eine »Klarstellung der Unterschiede zwischen DNVP und NSDAP« bemühte, aber lediglich einige Einwände gegen das »Sozialistische« im Programm der Nazis vorbrachte⁵⁶; die Deutschnationalen wollte er als »Zünglein an der Waage« gestärkt wissen, um so die anderen Parteien – also auch Hitler – in Schach halten zu können. Die bei Wider bereits angeklungene Kritik an der Weimarer Verfassung vertiefte im Oktober der Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende der DNVP Walter Hirzel⁵⁷; er forderte die Aufhebung des bestehenden Parteien-Systems und ein Zusammenwirken »aller wirklich nationalen Kräfte«⁵⁸.

Von recht untergeordneter Bedeutung war – bei einem Stimmenanteil von unter 5 % – in Vaihingen die Deutsche Volkspartei (DVP), obwohl eine Ortsgruppe unter der Leitung von Adolf Hessenthaler bestand⁵⁹. Dies hatte seine Ursache sicher in der traditionell starken Position der DDP in Vaihingen. Entsprechend selten trat die DVP auch an die Öffentlichkeit. Im April 1932 fand wohl die einzige Versammlung des ganzen Jahres statt, auf der sich der Redner – Dr. Berger, Syndikus der Stuttgarter Handelskammer – redlich bemühte, die Partei nach allen Seiten abzugrenzen: gegen Brüning, da dieser mit den Sozialdemokraten zusammenarbeite, aber auch gegen die NSDAP und gegen Hugenberg⁶⁰.

Die Deutsche Demokratische Partei (DDP), die sich schon seit der Vorkriegszeit auf das Vaihinger Bürgertum stützen konnte und – wie oben erwähnt – zu Beginn der Weimarer Zeit mehr als die Hälfte der Wählerstimmen gewann, hatte diese Stellung nicht halten können. Lokale Vorgänge, etwa der Rückzug des ehemaligen Landtagsabgeordneten Dr. Eugen Eisele⁶¹, dürften ebenso dazu beigetragen haben wie die Neugründung konkurrierender Parteien (Volksrechtspartei, Christlicher Volksdienst), der wirtschaftliche Niedergang des Mittelstandes und der damit verbundene allgemeine Rechtsruck im Bürgertum während der zwanziger Jahre. Von 11,8 % im April 1932 auf ganze 5,6 % im März 1933 schmolz die Wählerschaft allein innerhalb eines Jahres zusammen, obwohl

der Ortsverein unter der Leitung von Adolf Conradt⁶² bemüht war, bekannte und bewährte Redner nach Vaihingen zu bringen. Neben der bereits erwähnten Veranstaltung mit Theodor Heuss ist hier zunächst eine Versammlung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Peter Bruckmann zu erwähnen, der vor allem zur Bewahrung der Demokratie und – ebenso wie Conradt – zur Wahl des populären Theodor Heuss aufrief⁶³. Im November war es der Landtagsabgeordnete Johannes Fischer, der die Politik Papens kritisierte und vor einer Zusammenarbeit zwischen Hugenberg, Hitler und dem Zentrum warnte⁶⁴.

Die eine der beiden oben erwähnten Konkurrenzgründungen zur DDP, die Volksrechtspartei, präsentierte sich in Vaihingen als »Lehrerpartei«. Nicht nur, daß Oberlehrer Geyer⁶⁵ die wenigen Versammlungen und offenbar auch die Ortsgruppe leitete, mit Studienrat Dr. Schmid⁶⁶ taucht ein weiterer bekannter Lehrer unter den Landtagskandidaten der Partei auf. Daß auch Karoline Carle⁶⁷, die Witwe des ehemaligen Herausgebers des »Enz-Boten« und radikalen Demokraten Karl Carle bei der Volksrechtspartei gelandet war, stützt die These, daß diese Partei ihre Anhänger vorwiegend unter den ehemaligen DDP-Wählern fand, ebenso wie die Kandidatur des Handwerksmeisters Ferdinand Ritter⁶⁸. Bei ihrem ersten Auftreten anlässlich der Landtagswahl 1928 hatte sie in Vaihingen nicht weniger als 17,8 % aller Stimmen erringen können, lag aber vier Jahre später nur noch bei 7,7 %⁶⁹. Von zwei Versammlungen wird im Laufe des Jahres 1932 berichtet. Während im März wirtschaftspolitische Themen behandelt wurden⁷⁰, betonte Oberschulrat Bauser im Oktober, »die Volksrecht-Partei bekämpfe den Parteienstaat«, unterstütze aber Hindenburg und fordere auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik eine stärkere Kapitalbildung⁷¹; antidemokratische und obrigkeitstaatliche Töne beherrschten also auch hier das Feld.

In den Kreisen der evangelischen Gemeinschaften lag der Rückhalt des von Pfarrer Wilhelm Simpfendorfer geleiteten Christlichen Volksdienstes, der damit – gleichsam als Pendant zum katholischen Zentrum – eindeutig konfessionell ausgerichtet war. In Vaihingen besaß der Volksdienst in Ernst Hinderer⁷² einen äußerst engagierten und mutigen Vorsitzenden, der den Nationalsozialisten immer wieder offen entgegentrat. Diese sahen in den knapp 10 % Wählern, die der Volksdienst in Vaihingen besaß, offensichtlich ein weiteres Wählerreservoir. Zu Beginn des Jahres 1932 wurde dem Volksdienst zunächst seine Unterstützung der Regierung Brüning vorgeworfen und damit eine Mitschuld an der Wirtschaftsmisere zugewiesen⁷³. Als die Nazis dann – wie oben erwähnt – dazu übergingen, die kirchlich gesinnten Kreise direkt anzusprechen, trat Hinderer in einer Zeitungsanzeige dagegen auf, bezeichnete dieses Vorgehen als »plumpen Wahlbluff« und zeigte in aller Deutlichkeit die antikirchliche Gesinnung der NSDAP und ihrer Führer auf⁷⁴. Eine »positive Mitarbeit in der Politik« bei gleichzeitiger Ablehnung von KPD, SPD und NSDAP – so Hinderers Credo noch im selben Monat – könne der evangelische Christ über den Volksdienst ausüben⁷⁵. Die Wähler dachten offensichtlich zunächst ebenso und bescherten auch ohne weitere Veranstaltungen dem Volksdienst mit 8,4 % im Juli und 10,2 % im November einen beachtlichen Wahlerfolg.

Geradezu trostlos sah es dagegen bei der Vaihinger SPD aus, wo man offensichtlich bereits resigniert hatte. Anzeichen dieser Haltung waren schon Jahre zuvor erkennbar gewesen: 1928 war die Partei nicht mehr unter ihrem Namen zur Gemeinderatswahl angetreten; 1931 war es ebenso, als noch ganze 4,9 % der Stimmen auf die Liste »Arbeiter, Kleingewerbe, Angestellte« entfielen⁷⁶. Zu dieser Zeit schlug bereits die hohe Arbeitslosigkeit auf die Anhänger der SPD durch. Während viele v. a. der arbeitslosen Arbeiter zur KPD abwanderten, einige auch zur NSDAP, verblieben lediglich die Facharbeiter und die wenigen Selbständigen in der SPD. Unter den Facharbeitern scheinen in Vaihingen die Buchdrucker und Schriftsetzer in der Druckerei des »Enz-

Boten« die eifrigsten und treuesten Anhänger gewesen zu sein⁷⁷. Ein Ortsverein der Partei hat offensichtlich in den letzten Jahren der Weimarer Republik nicht mehr existiert; er dürfte in dem Bezirksverein aufgegangen sein⁷⁸, in dem der Großsachsenheimer Lehrer Weik⁷⁹ die herausragende Rolle spielte. Ab Ende 1931 trat die SPD zudem als Partei immer weniger in Erscheinung, an ihre Stelle trat die im Dezember 1931 gegründete »Eiserne Front«, der Zusammenschluß von SPD, Freien Gewerkschaften, Reichsbanner und Arbeitersportlern. Aber auch von einer Aktivität dieses Bündnisses, das sich die »Überwindung der faschistischen Gefahr«⁸⁰ zur Aufgabe gemacht hatte, war nur einmal etwas zu verspüren, als im Juli drei Versammlungen im Bezirk Vaihingen abgehalten wurden, auf denen der Stuttgarter Stadtrat Franz Engelhardt als Sprecher auftrat: »Gegen Faschismus und Nazibarone – für Deutschlands Volk und Rettung« lautete das Thema seiner Rede, in der er völlig zutreffend Herkunft und Absichten der reaktionären Kreise beleuchtete⁸¹.

Ganz anders präsentierte sich die KPD: Sie konnte nicht nur einen Zustrom von Mitgliedern und Wählern verzeichnen, der die Partei im November auf 12,2 % kommen und damit erstmals die SPD überflügeln ließ, sie hatte in Gottlob Kanz⁸² auch einen ebenso beredten wie geschickten Ortsgruppenführer und Vertreter der Partei im Gemeinderat. Neben Kanz waren auch in der KPD die wirklich aktiven Mitglieder rar⁸³, dennoch entfaltete die Partei während des Jahres 1932 eine rege Tätigkeit. Diese begann Anfang April mit einer Wahlversammlung vor dem zweiten Wahlgang bei der Reichspräsidentenwahl, bei der der Redner Fritz Rau aus Stuttgart sich sowohl gegen den Kapitalismus und Hitler als auch gegen den »faulen Kompromiß« der SPD wandte⁸⁴, galt doch in der stalinistisch geprägten KPD die These vom »Sozialfaschismus«, nach der die SPD als Hauptfeind zu gelten hatte, da man in ihr die »soziale Hauptstütze der Bourgeoisie« zu treffen glaubte⁸⁵. Unermüdlich wurden einige Wochen später erneut Sozialisierung und Kommunismus als einziger Ausweg aus der Wirtschaftskrise angeboten⁸⁶. Die Landtagswahl schien den Propagandisten recht zu geben, brachte sie doch mit 9,8 % der Stimmen mehr als eine Verdoppelung der 4,1 % von 1928⁷⁷. Auch vor der Reichstagswahl im Juli trat die Partei mit einer Versammlung an die Öffentlichkeit⁷⁸. Jetzt war man vor allem bemüht, die SPD-Anhänger zu gewinnen, indem man sie von ihren Führern zu trennen und für eine Politik zu gewinnen suchte, die über eine Einheitsfront zum Sturz des Kapitalismus führen sollte. Außerdem wurde noch der Aufbau eines »antifaschistischen Selbstschutzes« in Vaihingen gefordert.

Kein Glück hatten die Vaihinger Kommunisten, als sie am 24. Juli eine Demonstration durchführen wollten: Nicht nur, daß diese Veranstaltung vom Bürgermeisteramt als der Ortspolizeibehörde aufgrund eines reichsweiten Demonstrations-Verbotes untersagt wurde, das Verbot betraf auch eine ganze Reihe von Wahlflugblättern, die man zur Prüfung vorgelegt hatte. Vier Parteimitglieder, die dennoch Flugblätter verteilten, wurden festgenommen⁷⁹.

Gleichwohl wurde Mitte Oktober eine weitere Wahlversammlung durchgeführt, in der aber lediglich die alten Anklagen und Forderungen – wenn auch noch radikaler formuliert – vorgetragen wurden⁸⁰. Die Hetze gegen die »Arbeitverräter« von der SPD trug offensichtlich Früchte: immerhin erhielt die KPD im November 12,2 % der Stimmen und konnte die SPD mit 9,8 % deutlich überflügeln; das geforderte »Bekenntnis gegen Faschismus und Demokratie« war von einem überraschend großen Teil der Arbeiterbevölkerung angesichts des bevorstehenden Krisenwinters abgegeben worden.

Einige Propagandaerfolge für sich und seine Partei konnte Kanz sicher auch durch sein entschiedenes Auftreten im Gemeinderat erzielen. Anlässlich einer Auseinandersetzung mit Bürgermeister Linkenheil⁹¹ am 9. Juni, in der es um die Entlohnung der von der Stadt beschäftigten Arbeiter ging, konnte sich der Berichterstatter des Enz-Boten eines

Stoßseufzern nicht enthalten, als er schrieb: »Derartige Auseinandersetzungen waren bisher im hiesigen Gemeinderat nicht üblich . . . Wir werden uns an deren Wiederholung gewöhnen müssen, je mehr auch bei uns mit der Politisierung der Gemeinderatswahlen die politischen und wirtschaftlichen Interessen der gewählten Vertreter der Bürgerschaft mehr und mehr in Erscheinung treten und auseinander gehen.«⁹² Insgesamt gesehen scheint jedoch das Verhältnis zwischen Linkenheil und Kanz nicht schlecht gewesen zu sein⁹³; vielleicht deshalb, weil Kanz durch seine eindeutige Interessenvertretung sozialen Zündstoff entschärfte.

Der berufsständisch orientierte und konservative Bauern- und Weingärtnerbund, der im Oberamt eine dominierende Rolle spielte, war in Vaihingen weit weniger bedeutend; es bestand anscheinend keine Parteiorganisation, und über das Plakatkleben gingen die Aktivitäten der Anhänger deshalb auch nicht hinaus⁹⁴.

Während im Laufe des Jahres 1932 die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien immer unversöhnlicher und gewalttätiger wurden, was immer wieder das Gespenst des Bürgerkriegs auftauchen ließ⁹⁵, blieb Vaihingen, das ja am 5. Juli 1931 Schauplatz einer politisch motivierten Massenschlägerei gewesen war⁹⁶, von Ausschreitungen verschont. Lediglich ein zerstörter Schaukasten der NSDAP brachte die Gemüter für kurze Zeit in Wallung; über den Austausch von Leserbriefen zwischen NSDAP und KPD gedieh der Streit aber nicht hinaus⁹⁷.

Neben den Parteien bestanden in Vaihingen noch eine Reihe von Verbänden, die ihrer klaren weltanschaulichen Ausrichtung nach ebenfalls der politischen Szene zuzurechnen waren. Auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums einzuordnen war der »Stahlhelm«, der Bund ehemaliger Frontsoldaten, dem Eugen Conradt vorstand; schon dadurch wurde die deutschnationale Ausrichtung der Vaihinger Ortsgruppe offenkundig. An die Öffentlichkeit trat sie 1932 nur einmal, aber in bezeichnender Weise, als im Sommer die alte Schießbahn des Schützenvereins im Egelsee auf Kosten des Stahlhelms hergerichtet und am 7. August mit einem Preisschießen in Betrieb genommen wurde⁹⁸. »Ein sauberes Schießhaus fehlt natürlich auch nicht. Sein Anstrich in den Farben schwarz-weiß-rot kennzeichnet weithin die vaterländische Einstellung des Stahlhelm, der sich nach wie vor zu den alten Reichsfarben bekennt, unter denen unsere Heere im Weltkrieg so Unglaubliches geleistet haben.« Diese nostalgisch-schwärmerischen Töne des Redakteurs Carl Schalk zeigen nicht nur, wie erfolgreich viele der ehemaligen Kriegsteilnehmer das Wissen um die militärische Niederlage verdrängt hatten, sie weisen auch auf die Geistesverwandtschaft zwischen dem Stahlhelm und dem außerdem noch existierenden Kriegerverein hin, der in unmittelbarer Nachbarschaft zum Schützenverein seine eigene Schießbahn unterhielt und dessen Vorsitzender Schalk selbst war: »Beide Vereinigungen, Stahlhelm und Kriegerverein, erstreben letzten Endes ja das gleiche Ziel: Den vaterländischen Gedanken zu pflegen und den Wehrgedanken in unserem Volke und besonders auch bei unserer Jugend lebendig zu erhalten.«

Ebenfalls am rechten Rande des politischen Spektrums hatte sich der »Tannenbergbund« angesiedelt, in dem sich die Anhänger Ludendorffs nach dessen Trennung von Hitler im Jahre 1926 zusammengeschlossen hatten. Stark beeinflusst von Ludendorffs zweiter Frau Mathilde sollte er als »deutsch-germanische Religionsgemeinschaft« den Kampf gegen die »überstaatlichen Mächte« – Jesuiten, Juden, Freimaurer und Marxisten – führen, denen die Schuld an Deutschlands Niederlage zugeschrieben wurde⁹⁹. Entsprechend obskur war dann auch das Programm dieser Gemeinschaft; nicht obskur genug, als daß sich nicht auch in Vaihingen einige Anhänger gefunden hätten, die Anfang November 1932 mit einem Vortrag an die Öffentlichkeit traten. Schon die Ankündigung läßt die deutliche Frontstellung gegen Christentum und Judentum erkennen, legt aber auch bloß, mit welch primitiven Geschichtsklittereien man in den völkischen Kreisen

eine gläubige Anhängerschar gewinnen konnte: Ein Obersekretär Fröschlin wollte die Vaihinger über die »Gewaltakte« belehren, mit denen Karl der Große (»der Sachsen-schlächter«) und seine Nachfolger »unseren Ahnen« ihr tiefes »germanisches Gotterleben« raubten, um ihnen dafür »das erbremde semitische Christentum« aufzuzwingen. »Deutsche, die ihr die Errettung des deutschen Volkes aus seiner tiefen seelischen Not wollt, hört euch diesen . . . Vortrag an.«¹⁰⁰

Im rechten Lager stand auch der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der – ebenfalls unter der Leitung von Carl Schalk – als gewerkschaftliche Vereinigung auch unter den höheren Chargen seine Mitglieder gefunden hatte, im Jahr 1932 aber nicht an die Öffentlichkeit trat. Daß gerade die Angestellten mit einer eigenen Organisation vertreten waren, zeigt, daß das rasche Anwachsen der Angestellten in der Weimarer Republik in Vaihingen wohl ebenso zu beobachten war wie die »immer stärkere Tendenz zur Organisierung in relativ militanten Interessenverbänden«¹⁰¹. In bewußtem Gegensatz zur Arbeiterschaft »betonten die meisten Angestellten ihre Zugehörigkeit zum Bürgertum, zum nicht-proletarischen, anti-sozialistischen Lager«¹⁰² und beantworteten die Verunsicherung ihrer Stellung mit einem Ruck nach rechts. Die Grundsätze, von denen die Arbeit des DHV bestimmt wurde, formulierte Schalk rückblickend im September 1933: »Vom Tage seiner Gründung an stand der Verband auf nationalem, völkischem Boden, und er hat diesen Boden nie verlassen. Juden fanden nie Aufnahme in den Verband, und der internationalen Sozialdemokratie galt immer der schärfste Kampf.«¹⁰³

Die der SPD nahestehenden Freien Gewerkschaften konnten sich lediglich auf eine Bezirks-Organisation stützen¹⁰⁴, an deren Spitze Konrad Eckert¹⁰⁵ aus Enzweihingen stand. Auf zwei Versammlungen mußten sich die Mitglieder mit der katastrophalen Wirtschaftslage befassen, die als Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems bezeichnet wurde; auf Kosten der Arbeiterschaft suchte man sie jetzt mit arbeitgeberfreundlichen Notverordnungen zu überwinden¹⁰⁶.

Von erfrischender Nüchternheit und Klarheit war die Stellungnahme, die auf der Bezirks-Generalversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen noch im Februar 1933 abgegeben wurde. An der Schwelle zur finstersten Epoche der deutschen Geschichte bekannten sich die Opfer des Weltkriegs nicht nur zur historischen Wahrheit im Hinblick auf den verlorenen Krieg und würdigten die Verdienste der Regierungen der Weimarer Republik, sie traten der NS-Regierung mit der ebenso mutigen wie vergeblichen Mahnung entgegen, eine Volksgemeinschaft müsse so beschaffen sein, »daß man den Nebenmenschen noch achten könne, auch wenn er eine andere politische Überzeugung habe«¹⁰⁷.

Die noch aus der Zeit des Kaiserreiches fortdauernde Spaltung der Gesellschaft in der Weimarer Republik spiegelte sich ebenfalls in den Vaihinger Vereinen wider. So war der Turnverein vorwiegend der Verein des Bürgertums, dessen Interessen auch im Gemeinderat immer gut vertreten wurden. Und wer in Vaihingen zur besseren Gesellschaft gehören wollte, tat gut daran, in den Turnverein einzutreten. Da der Fußballsport als proletarisch galt und von den Turnvereinen deshalb auch nicht gerne gesehen wurde, hatte sich 1921 eine Fußballabteilung vom Vaihinger Turnverein abgespalten und in einem eigenen Verein, dem VfB, organisiert, der seine Mitglieder in erster Linie aus der Schicht der Arbeiter und Angestellten rekrutierte, die dann auch als »die Stalber« bezeichnet, verächtlich gemacht und angefeindet wurden¹⁰⁸. Da auch der Musikverein zahlreiche Arbeiter in seinen Reihen hatte, galt er ebenfalls als »links«, was nach der Machtübernahme zu Reibereien mit den neuen Herren führen sollte. Die alten Fronten aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg waren im Männergesangverein »Sängerbund« im Jahr 1925 wieder aufgebrochen und hatten zur erneuten Spaltung des Vereins geführt.

Während sich im neuerstandenen »Liederkranz« vorwiegend Arbeiter zusammenfanden¹⁰⁹, verblieben im »Sängerbund« die Angehörigen des Vaihinger Bürgertums. Der Schützenverein zeigte ebenfalls klare Konturen: hier hatten sich Stahlhelmer, Ludendorff-Anhänger und zahlreiche Mitglieder der Vaihinger NSDAP-Ortsgruppe zusammengefunden. Ein Anhängsel der KPD war dagegen der Arbeiter-Kraftsportverein, der wohl 1930 oder 1931 gegründet worden und 1932 zum ersten Mal mit einem Artistenwettbewerb an die Öffentlichkeit getreten war¹¹⁰.

Angesichts dieser Lage bestimmten vorwiegend Rivalitäten das Verhältnis zwischen den Vaihinger Vereinen, war an eine fruchtbare Zusammenarbeit nicht zu denken.

Überblickt man auf der Grundlage des oben Gesagten die kleinstädtische Vaihinger Gesellschaft am Ende der Weimarer Republik, wird man als vorherrschendes Merkmal eine tiefgreifende Polarisierung konstatieren müssen. Tiefe Gegensätze durchzogen die Bevölkerung und trennten sie auf sozialem, politischem und weltanschaulichem Gebiet in zwei große Lager, die in sich selbst wieder deutliche Differenzen aufwiesen. Der Grundwiderspruch bestand immer noch zwischen dem Vaihinger Bürgertum, das die Kommunalpolitik weitgehend bestimmte, mit seinen kleinen Fabrikanten, Gewerbetreibenden, Handwerksmeistern, Beamten, Bauern und Angestellten und dem »proletarischen« Vaihingen der Fach- und Hilfsarbeiter, bei dem wir allerdings auch einige Vertreter der erstgenannten Gruppe finden, vor allem an der Spitze der Vereine, wo es den Mitgliedern darum ging, eine weithin anerkannte Persönlichkeit für die Vereinsführung zu gewinnen¹¹¹. Die deutlichsten Differenzierungen innerhalb der Gruppen lassen sich auf dem Gebiet der Politik erkennen, wo unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise eine Krise des politischen Bewußtseins ausgebrochen war, die eine Neuorientierung erforderte. So war vor allem die in Vaihingen lange Jahre dominierende Mittelpartei DDP dabei, zerrieben zu werden, und mit ihr auch das Bewußtsein der Verpflichtung auf eine liberale, vernunftgemäß ausgerichtete Politik. Eine einseitige weltanschauliche Festlegung kennzeichnet demgegenüber die Parteien, die die DDP beerben. Auf der Linken wandten sich immer mehr Arbeiter von der SPD ab und der ebenfalls ideologisch viel geschlosseneren KPD zu, für die alles Heil aus Moskau kam. Angesichts der Krise vertraute man in weiten Kreisen der Bevölkerung lieber den einfachen Antworten, die versprachen, alles Übel aus einem Punkte heraus zu kurieren, als sich dem mühsamen Geschäft der Überzeugung und des Kompromisses zu widmen.

II. Die Machtübernahme

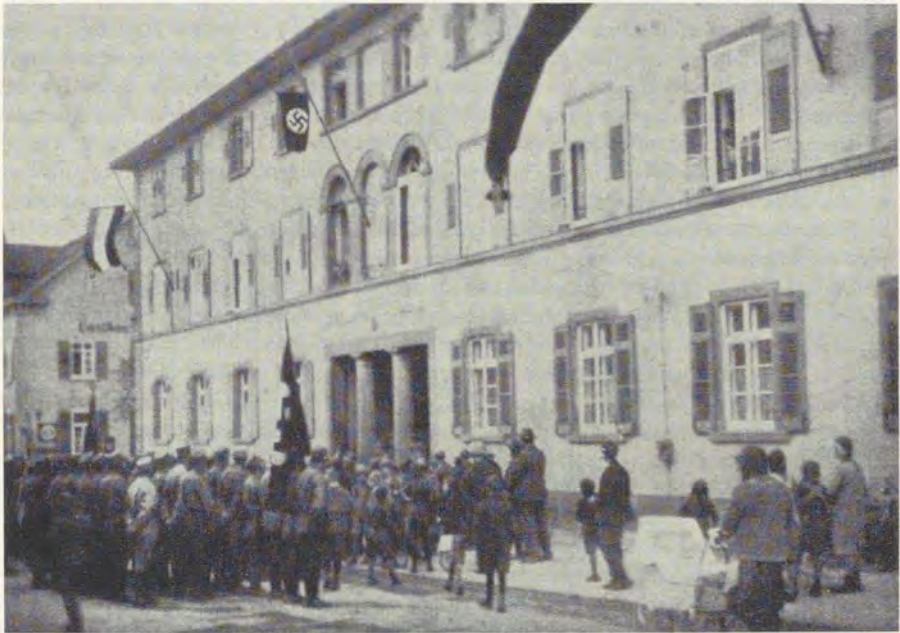
Wir haben ihn [Hitler] uns engagiert... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht.

Franz von Papen im Januar 1933

In seinem Verwaltungsbericht, den Bürgermeister Linkenheil am 12. Januar 1933 vor dem Vaihinger Gemeinderat abgab, mußte er im Blick auf 1932 – ungeachtet aller Anzeichen für eine Besserung der Wirtschaftslage – feststellen, dies sei »ein Krisenjahr erster Ordnung« gewesen¹¹². Alle Hilfsmaßnahmen der Stadt konnten deshalb nur einen Versuch darstellen, der drängendsten Not abzuhelpen. Dies galt wohl insbesondere für die Volksküche, die vom 15. Januar bis zum 15. April 1932 im evangelischen Gemeindehaus eingerichtet worden war. In dieser Zeit wurden etwa 4000 Mittagessen, rund 40 pro Tag, zum Preis von 20 Pfennigen abgegeben¹¹³. Eine Winterhilfe für Bezirk und Stadt

Vaihingen wurde auch für den Winter 1932/33 eingerichtet; der Spendenaufruf des Bezirkswohltätigkeitsvereins bat um die Bereitstellung von Geld, Lebensmitteln, Kleidung und Wäsche¹¹⁴ und fand in der Bevölkerung ein reiches Echo¹¹⁵. Auch Vereine beteiligten sich an dieser Hilfsaktion: So absolvierte der VfB eine Reihe von »Winter-nothilfe-Spielen«, während der Dirigent des »Sängerbundes«, Musikdirektor Schrafft, für den 26. Februar ein Benefizkonzert mit Pforzheimer Künstlern ankündigte¹¹⁶.

Die Einführung von Notstandsarbeiten von seiten der Stadt erwies sich jedoch schwieriger als erwartet; auch mehrfache Beratungen im Gemeinderat brachten zunächst keine Lösungen¹¹⁷; erfolgreicher war hier das Arbeitsamt Ludwigsburg, das einen freiwilligen Arbeitsdienst einrichtete, der allein in Mühlhausen bei Arbeiten zum Hochwasserschutz 40 Dienstwillige beschäftigte¹¹⁸. Daneben bestand noch in Horrheim ein Arbeitslager.



Flaggenhissung an Oberamt und Amtsgericht Vaihingen am 8. März 1933

Keinen Erfolg hatte der Vaihinger »Erwerbslosen-Ausschuß«, als er im Dezember die Einrichtung einer Wärmestube beantragte. Obwohl – oder weil – sich Stadtrat Kanz beredt für den Antrag einsetzte, lehnte ihn der Gemeinderat ab, bewilligte aber gleichzeitig die Zuweisung von Heizmaterial an die Erwerbslosen¹¹⁹. Offensichtlich befürchtete die Mehrheit der Gemeinderäte, ein Treffpunkt der Arbeitslosen in der Stadt könnte zu einem Zentrum der Unzufriedenheit und des Protestes werden und der KPD die Agitation erleichtern.

Alle wirtschaftlichen Sorgen, so schwer sie auch waren, wurden im Januar 1933 jedoch mehr und mehr von der sich immer deutlicher abzeichnenden politischen Krise überlagert. Nur allzusehr hatte es sich nämlich gezeigt, daß Reichskanzler Schleicher seine Absichten, die auf eine Spaltung der NSDAP und auf Unterstützung durch die Gewerk-

schaften zielten, nicht würde verwirklichen können. Gregor Strasser, den Schleicher als Exponenten des linken Flügels der NSDAP in sein Kabinett aufnehmen wollte, konnte sich gegen Hitler nicht durchsetzen, legte im Dezember 1932 daraufhin alle Parteiämter nieder und fiel damit für Schleicher aus. Und auch die Gewerkschaften versagten sich ihm nach anfänglichem Zögern. Zu Anfang des Jahres 1933 sahen damit zwei Männer die Notwendigkeit zum Handeln gekommen, wollten sie nicht ihre vermutlich letzte politische Chance versäumen: Papen und Hitler. Für Papen galt es, durch den Sturz Schleichers die Niederlage vom Dezember wieder wettzumachen und seine Pläne von einer autoritären Regierung ohne Bindung an die Weimarer Verfassung zu verwirklichen; und anders als im Sommer 1932 erklärte sich Hitler bereit, eine Koalitionsregierung zu bilden. Denn auch für ihn standen die Zeichen nicht besonders günstig. Zwar kletterte die Arbeitslosenzahl im Winter wieder über die 6 Millionen-Grenze, doch die Kraft seiner Bewegung begann angesichts des Rückschlags bei der Wahl vom 6. November 1932, der Führungskrise um Gregor Strasser und der langsam aber sicher sich abzeichnenden wirtschaftlichen Erholung zu erlahmen; der Höhepunkt schien überschritten. In maßloser Selbstüberschätzung glaubte nun Papen, auch als Juniorpartner in einer Regierung Hitler diesen ausmanövrieren bzw. mit einer Mehrheit von deutschnationalen und parteilosen Ministern unter Kontrolle halten zu können¹²⁰. Den Kontakt zwischen Hitler und Papen hatte – auf Papens Wunsch hin – der Kölner Bankier Schröder hergestellt, in dessen Haus es am 4. Januar 1933 zu der entscheidenden Aussprache kam¹²¹. Hier erklärte sich Hitler bereit, Papen als Vizekanzler in eine von ihm geführte Regierung aufzunehmen, hier erzielte man Einigung auch darüber, daß es notwendig sei, alle »Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden« aus führenden Stellungen zu entfernen. Schröder, der sich im Vorfeld dieses Treffens mit »einer Anzahl von Herren der Wirtschaft« beraten hatte, konnte deren Interesse an einem »starken Führer«, an einer Beseitigung des Bolschewismus und die Übereinstimmung dieser Kreise des Großkapitals mit dem Wirtschaftsprogramm Hitlers und seinen Aufrüstungsplänen signalisieren¹²².

In den folgenden Wochen konnte Papen nicht nur eine Verbindung zwischen Hindenburg und Hitler herstellen, er verschaffte Hitler auch die Gelegenheit, das in der Umgebung des Reichspräsidenten gegen ihn vorhandene Mißtrauen zu beschwichtigen. Als Schleicher am 28. Januar sein Scheitern eingestehen mußte und zurücktrat, war der Weg für Hitler gebahnt: am 30. Januar berief ihn Hindenburg zum Reichskanzler, am 1. Februar wurde der Reichstag aufgelöst und als Termin für Neuwahlen der 5. März festgesetzt. Nur einen Tag später brachte eine Verordnung des Reichspräsidenten eine erste Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit für die »nicht-nationalen« Parteien.

Hatte der Januar den Vaingern nur eine einzige politische Versammlung der NS-Frauenschaſt beschert, in der erneut das nationalsozialistische Frauenideal und die Hingabe an den Führer verkündet wurden¹²³, so brach ab Mitte Februar eine wahre Flut von Wahlkampf-Veranstaltungen über die Stadt herein. Den Anfang machte die NSDAP, die am 15. Februar den Markttag geschickt für eine Bauernkundgebung nutzte. Dr. Fraas, der die Versammlung leitete, gab zunächst einen Überblick über die politische Lage, der in seiner schonungslosen Offenheit jedem, der hören wollte, zeigen mußte, wohin die Nationalsozialisten steuerten. Die Wahl vom 5. März – so Fraas – »werde für absehbare Zeit die letzte Wahl sein«. Daß es daher nicht um die von Fraas aufgestellte Alternative national – international, sondern um die Frage Demokratie oder Diktatur gehen würde, war damit klar. Und auch die vom Redner propagierte Volksgemeinschaft, in der »jeder in seinem Volksgenossen wieder den Freund und Bruder« sehen könne, wurde einige Sätze später als Lügengespinnt entlarvt, als der Redner an die Verbunden-

heit seiner Zuhörer mit der Kirche appellierte und davon sprach, daß alle, die »uns den Glauben an unseren Herrgott nehmen« wollten – und damit konnten nur die Linken gemeint sein – »mit Feuer und Schwefel ausgerottet« würden¹²⁴. Daß die bäuerlichen Interessen bei Hitler in den besten Händen sein würden, suchte anschließend der Landwirt und Reichstagsabgeordnete Heinrich Grund seinen Hörern nahezubringen, indem er vor allem das Bestreben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit vom Ausland und den hohen Anteil von Landwirten in der Reichstragsfraktion der NSDAP hervorhob. Eine sich daran anschließende heftige Diskussion mit Vertretern des Bauernbundes und der DNVP zeigte, wie klar die Vertreter dieser Parteien den Sog verspürten, der von den Nazis auf ihre Wählerschichten ausging.

Bereits am 19. Februar trat mit Christian Mergenthaler einer der führenden württembergischen Nazis im vollbesetzten Bahnhofsaal auf¹²⁵. An seiner Rede, die sich in den üblichen Bahnen bewegte, ist jedoch eine Passage interessant, in der Mergenthaler zunächst betonte, die Nazis blieben, »es möge kommen, was wolle, auf ihrem Posten«, um dann fortzufahren: »Dies scheine mancher Staatspräsident und mancher Bürgermeister nicht zu kapieren. Es liege im Interesse dieser Herrschaften, die glaubten, ein Stück deutscher Geschichte verschlafen zu können, daß sie nun endlich die Zipfelmütze herunternehmen, um zu merken, was in Deutschland vorgehe, möge der betreffende Mann nun Staatspräsident von Württemberg oder Bürgermeister von Vaihingen sein ... Es sei geradezu grotesk, daß man es in Vaihingen wage, die nationalsozialistische Uniform zu verbieten.« Neben Mergenthalers Aversion gegen den noch immer amtierenden Staatspräsidenten Bolz, dem er eine ganze Passage seiner Rede widmete, zeigt die Einlassung auch, wie stark die Spannungen waren, die zwischen der Partei und Bürgermeister Linkenheil bestanden, der offensichtlich während des Verbots von SA und SS (13. April bis 14. Juni 1932) den Vaihinger Nationalsozialisten das Uniformtragen verboten hatte¹²⁶.

Am 22. Februar versammelte der Christliche Volksdienst seine Anhänger in einer nichtöffentlichen(!) Wählerversammlung. In seinen Begrüßungsworten betonte Ernst Hinderer nicht nur den christlichen Charakter der Partei, er wies auch darauf hin, daß »für die Volksdienstler ... nationale Gesinnung eine Selbstverständlichkeit« sei¹²⁷. Als Hauptredner bemühte sich dann der Jugendwart des CVD, Scheu, Gemeinsames und Trennendes gegenüber den Nationalsozialisten herauszuarbeiten. Verwirklichung der Volksgemeinschaft, Gegnerschaft zur privatkapitalistischen Wirtschaftsform, Mut zum sozialen Bekenntnis, Förderung des Kleinbürgertums sowie der Kampf gegen Klassenherrschaft und Marxismus fanden seine Zustimmung, während er sich klar gegen die von der NSDAP angewandten Methoden des politischen Kampfes, gegen die Rassen- und Menschenvergötzung, eine völkische Staatskirche und eine einseitige Parteienherrschaft aussprach. Dem CVD wies er die Aufgabe zu, eine Brücke über die Kluft hinwegzubauen, die das deutsche Volk trenne, indem man »den Geist von 1914 lebendig werden« lasse.

Die DDP, außerhalb Württembergs schon ohne politische Bedeutung, entsandte am 24. Februar den Landtagsabgeordneten Johannes Fischer nach Vaihingen¹²⁸, wo dieser, von Paul Förnzer¹²⁹ herzlich begrüßt, sich äußerst kritisch mit Programm und Regierungstätigkeit der Nationalsozialisten auseinandersetzte. Vor allem die Art und Weise, in der die führenden Nationalsozialisten die Partei mit dem Staat gleichsetzten, die Übertragung von Polizeibefugnissen an SA-Mitglieder und die Einschränkung der freien Meinungsäußerung wurden in diesem Zusammenhang angesprochen.

Die Zeit des Argumentierens ging jedoch zu Ende. Daran erinnerte die NSDAP am Sonntag vor der Wahl, als sie – mit zweistündiger Verspätung – einen Aufmarsch von SA- und SS-Formationen auf dem Vaihinger Marktplatz veranstaltete, der nicht nur viele

Zuschauer anlockte, sondern auch noch eine Ansprache des Landtagsabgeordneten Reiner aus Ludwigsburg brachte¹³⁰.

Nicht weniger als drei Parteien luden am Abend des 27. Februar ein. Freiherr von Stauffenberg war als Redner für den Bauern- und Weingärtnerbund nach Vaihingen gekommen, um ein Bekenntnis zu Hugenberg, zur DNVP und zur gemeinsamen Kampffront mit der NSDAP abzugeben. Eine eigene Liste habe man nur aufrechterhalten, »weil in der kurzen Zeit eine Umstellung nicht mehr möglich gewesen sei«¹³¹. Die Vaihinger Ortsgruppe der DNVP veranstaltete gleich zwei Versammlungen, zunächst in Enzweihingen, dann in Illingen. Rechtsanwalt Dr. Schott aus Stuttgart warb dabei um die Unterstützung von Hugenberg, um dessen Stellung in der Regierung zu stärken. Der umlaufenden und – wie sich nur zu bald herausstellen sollte – auch hellsichtigen Meinung, die Nazis würden die Deutschnationalen abschütteln, sobald sie könnten, trat der Redner entgegen: er vertraue auf das von Hitler gegebene Versprechen auf gute Kameradschaft¹³².

»Gegen Reaktion! Für Frieden, Freiheit und Sozialismus!« lautete das Motto der Wahlkundgebung der Eisernen Front am selben Abend in der Wirtschaft Bahmer¹³³. Dem Redakteur Emil Schuler von der SPD blieb es vorbehalten, als letzter die Stimme gegen das bevorstehende Unheil zu erheben. Keines der lauthals gegebenen Versprechen sei bisher von der Regierung Hitler eingelöst worden, dagegen habe sie die freie Meinungsäußerung eingeschränkt und die Volksrechte geschmälert. Parteibuch-Wirtschaft, Bevorzugung der ostelbischen Junker und die Propaganda-Lügen der Nazis waren weitere Themen. Mit der Warnung vor einem Herrschaftssystem ohne Freiheit und Menschenwürde und der nur zu berechtigten Mahnung, es gehe jetzt um Freiheit und Sklaverei, schloß Schuler seine mit starkem Beifall aufgenommene Rede.

Während Schuler in Vaihingen sprach, brannte in Berlin der Reichstag; und die Nazis ergriffen diese Gelegenheit, die ihnen der holländische Kommunist Marinus van der Lubbe bot, mit beiden Händen. Bereits am 28. Februar erließ der Reichspräsident, gestützt auf Art. 48 der Weimarer Verfassung, eine Verordnung »zum Schutz von Volk und Staat«, die die Grundrechte außer Kraft setzte und den Ausnahmezustand begründete¹³⁴ – die Verordnung blieb in Kraft bis 1945! Gleichzeitig erfolgte das Verbot der KPD, setzte eine Verhaftungswelle gegen kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre ein und wurden die Presseorgane dieser Parteien verboten.

In Vaihingen hatten die Kommunisten noch für den 25. Februar einen Auftritt der von dem Stuttgarter Arzt und Schriftsteller Friedrich Wolf geleiteten Theatergruppe »Süd-West« organisiert, bei der Wolfs Stück »Bauer Baetz« zur Aufführung kam¹³⁵. Und auch in der SPD-Versammlung vom 27. Februar hatten sie für Auseinandersetzungen gesorgt. Ihre für den Abend des 1. März angekündigte Kundgebung mit Albert Buchmann, dem Bezirksleiter der württembergischen KPD¹³⁶, fiel jedoch dem reichsweit ergangenen Versammlungsverbot zum Opfer, und die zahlreichen Interessenten aus Vaihingen und den umliegenden Ortschaften mußten unverrichteter Dinge umkehren. Das vorgesehene Versammlungslokal mußte vorsichtshalber den ganzen Abend geschlossen gehalten werden¹³⁷.

Nach letzten Appellen der DNVP und der NSDAP am Abend des 4. März brachte die letzte wenigstens einigermaßen freie Wahl am 5. März der NSDAP in Stadt und Bezirk einen überwältigenden Erfolg. Mit 51,7% in der Stadt und 52,7% im Oberamt lag der Stimmenanteil weit höher als in Württemberg (41,9%) oder im Reichsdurchschnitt (43,9%). Auch die DNVP schnitt mit 10% in der Stadt überdurchschnittlich gut ab, während die anderen Parteien – allen voran die Kommunisten – zum Teil erhebliche Einbußen hinnehmen mußten. Da half es auch nicht, daß es SPD und Zentrum gelungen war, die Zahl der abgegebenen Stimmen gegenüber der Wahl vom 6. November 1932

deutlich zu steigern¹³⁸; der Zustrom zur NSDAP, der die Wahlbeteiligung auf über 80 % klettern ließ, war so stark, daß dies nicht ins Gewicht fiel. Im Oberamt war der Bauern- und Weingärtner-Verband der eindeutige Verlierer, ging sein Anteil doch von 32,3 % im November 1932 auf 19 % zurück. Nahezu ganz ins Lager der Nationalsozialisten übergelaufen waren die Wähler der Gemeinde Iptingen, wo die NSDAP nicht weniger als 82,5 % aller Stimmen erhalten hatte; aber auch in den ebenfalls rein bäuerlichen Gemeinden Hohenhaslach (70 %), Nußdorf (69,8 %) und Großglattbach (69,4 %) konnten die Nazis mehr als zwei Drittel aller Stimmen gewinnen. Deutlich unter dem Oberamtsdurchschnitt lag der Stimmanteil der NSDAP dagegen in Großsachsenheim (43,8 %), Enzweihingen (43,6 %), Kleinsachsenheim (40,5 %), Oberriexingen (38,4 %) und Untermberg mit sensationell niedrigen 28,5 %¹³⁹. Während Untermberg, eine alte Hochburg der Linken¹⁴⁰, mehrheitlich KPD gewählt hatte (47 %), lag in den vier anderen Gemeinden der SPD-Anteil deutlich über dem Durchschnitt: Großsachsenheim 24,7 %, Oberriexingen 22,7 %, Enzweihingen 21,4 % und Kleinsachsenheim 18,6 %. Dies zeigt deutlich, daß es in erster Linie die Arbeiter waren, die im Oberamt die große Wendung nach rechts nicht mitmachten.

Während der »Enz-Bote« am 8. März groß über die »nationale Revolution in Württemberg« berichtete und dabei auch das Hissen der Hakenkreuzfahne auf Regierungsgebäuden und Rathäusern herausstellte, waren die Vaihinger Nationalsozialisten in ihren Bemühungen, es ihren Parteigenossen gleichzutun, fürs erste gescheitert. Wie sie in einem Leserbrief beklagten, hatte sie nämlich Bürgermeister Linkenheil ins Leere laufen lassen, indem er ihre Bitte, »unsere Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus zu hissen«, damit beantwortete, daß er zunächst versprach, die Gemeinderäte im Umlaufverfahren zu befragen, ob sie etwas dagegen einzuwenden hätten, dann aber mitteilte, er sei gebeten worden, wegen dieser Frage eine Sitzung einzuberufen; nach 14 Tagen – früher ginge das nicht – könne er dann die Anfrage beantworten¹⁴¹. Um diese offensichtliche Schlappe in aller Öffentlichkeit wettzumachen und wohl auch um zu demonstrieren, wer nach dem 5. März Herr im Hause war, inszenierten NSDAP und Stahlhelm am 8. März mit Unterstützung von SA-Leuten und einer Stahlhelm-Mannschaft aus Mühlacker wie zuvor in Maulbronn, Mühlacker, Enzberg und Illingen auch in Vaihingen die Flaggenhissung¹⁴². Gegen 16 Uhr traten die Uniformierten, denen sich auch die Vaihinger Verbände angeschlossen hatten, vor dem Rathaus an. Unter Führung von Dr. Fraas begab sich eine Abordnung ins Rathaus, die, ohne den Bürgermeister zu benachrichtigen, die schwarzweißrote und die Hakenkreuzflagge hißten, was von den Versammelten mit dem Absingen des Horst-Wessel-Liedes und der ersten Strophe des Deutschland-Liedes begrüßt wurde. In einer Ansprache von einem Fenster des Sitzungssaales aus feierte Fraas das Ereignis mit einer Rede, in der er dem Führer »auch fernerhin treueste Gefolgschaft« gelobte »in der fanatischen Überzeugung, daß es unter seiner Leitung gelingen wird, wieder ein deutsches Reich zu schaffen der Größe, Sauberkeit und sozialen Gerechtigkeit«.

Vor dem Gebäude des Oberamts und des Amtsgerichts in der Heilbronner Straße wiederholte sich der Vorgang; die Rede hielt dort allerdings der SA-Mann Schickle aus Enzberg. Eine aus dem Oberamt geholte schwarzrotgoldene Fahne wurde demonstrativ auf der Straße verbrannt, bevor die Truppen nach Enzweihingen weiterzogen, um dem dortigen Rathaus ihren Besuch abzustatten. Am Abend wehten dann auch auf dem Postamt und dem Schloß die Flaggen der »neuen Zeit«. Und Redakteur Schalk gab die Parole des Tages aus: »Aber mit der Tatsache, daß sich die politischen und damit auch die Machtverhältnisse in Deutschland verschoben haben, muß man rechnen, und es bleibt nun nichts anderes übrig, als ›sich auf den Boden der Tatsachen‹ zu stellen, wie man 1918 immer so schön gesagt hat.«

III. Die Gleichschaltung

*Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen.
Ich war ja kein Kommunist.*

*Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen.
Ich war ja kein Sozialdemokrat.*

*Als sie die Katholiken holten,
habe ich nicht protestiert,
ich war ja kein Katholik.*

*Als sie mich holten,
gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.*

Martin Niemöller

Konnte Joseph Goebbels am Abend des 30. Januar angesichts der an der Reichskanzlei vorbeiziehenden Menschenmassen von einem »sinnlosen Taumel von Jubel und Begeisterung« sprechen, der die Anhänger der Regierung Hitler erfaßt habe, so fügte er in dieser Rundfunkreportage auch hinzu, die Nationalsozialisten seien »nicht der Meinung, daß damit der Kampf abgeschlossen ist, sondern morgen früh beginnen wir schon mit der neuen Arbeit und dem neuen Kampf«. Was dabei zu erwarten war, mußte jedem Deutschen klar sein, die Nazis hatten es deutlich genug angekündigt: die vollständige Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, die Durchsetzung der nationalsozialistischen »Revolution«. Da die Wahl vom 5. März den Rechtsparteien nicht die erhoffte Zweidrittel-Mehrheit im Reichstag gebracht hatte, dauerte es noch bis zum 23. März, dem Tag, an dem das »Ermächtigungsgesetz« gegen die Stimmen der SPD gebilligt wurde, daß die neuen Führer auch formell durch die Selbstentmachtung des Reichstags die letzte Hürde vor ihrer absoluten Herrschaft beseitigt hatten. Zu dieser Zeit war die Umgestaltung Deutschlands aber schon in vollem Gange. Die Taktik, nach der die Nazis dabei vorgingen, war denkbar einfach: Zuckerbrot und Peitsche. Alle Gegner sollten durch Verfolgung und Unterdrückung ausgeschaltet, eingeschüchtert und mundtot gemacht werden; die noch bestehenden demokratischen Einrichtungen wurden zerschlagen, und die Masse der Unentschlossenen galt es durch eine geschickte Umarmungstaktik zu gewinnen. Terror schüchtert am wirkungsvollsten dann ein, wenn er offen ausgeübt wird, und so machten denn die Nazis aus ihrer Jagd auf politisch Andersdenkende und aus ihrer Verfolgung der jüdischen Mitbürger bewußt eine öffentliche Angelegenheit.

Der offiziell befohlene Antisemitismus spielte allerdings in Vaihingen so gut wie keine Rolle, da es hier keine jüdische Wohnbevölkerung gab, an der er hatte demonstriert werden können¹⁴³. Die jüdischen Viehhändler, die nach Vaihingen kamen¹⁴⁴ bzw. hier auch einen Stall gemietet hatten¹⁴⁵, kamen nur mit der bäuerlichen Bevölkerung in Berührung. Über jüdische Händler auf den Krämermärkten konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.

Anders sah es dagegen bei der Verfolgung politischer Gegner aus, die sich vor allem auf die wenigen aktiven Anhänger der KPD erstreckte, da die Vaihinger SPD und eine große Zahl der KPD-Mitglieder schon vor der Machtübernahme resigniert hatten¹⁴⁶. Gottlob Kanz war es zunächst gelungen, in Stuttgart unterzutauchen und so der ersten Verhaf-



Gottlob Kanz, Gemeinderat 1931 bis 1933



Walter Schüle beim Steineklopfen im städtischen Steinbruch

.....

Gründlich. Unterricht
in
**Klavierspielen, Malen
und Zeichnen, ebenso
Nachhilfeunterricht in
Französisch u. Englisch**
erteilt billig 1855

W. Schüle, Grabenstraße 27.

.....

Anzeige im Enz-Boten v.
12. Okt. 1933

tungswelle zu entgehen. Das Arbeitshaus im Vaihinger Schloß war in dieser Zeit eine Zwischenstation auf dem Transport in das erste württembergische Konzentrationslager auf dem Heuberg bei Stetten am Kalten Markt. Am 11. April meldete der »Enz-Bote«, auf dem Schloß sei »eine größere Anzahl kommunistischer Funktionäre und Abgeordnete – man spricht von etwa 80 Leuten –« eingeliefert worden, die von hier aus in einem Sammeltransport »in ein Lager überführt werden sollen«¹⁴⁷.

Was es mit diesem Lager auf sich hatte, wurde den Zeitungslesern kurze Zeit später ausführlich erläutert. Der erste Bericht vom 23. März ist in seinem Nebeneinander von christlich-deutschnationalem Pathos bei der Beschreibung eines Feldgottesdienstes von Reichswehr und Wachmannschaften und der kalten Schilderung der Lagerwirklichkeit geradezu ungeheuerlich¹⁴⁸. Dies schien man auch in Stuttgart so empfunden zu haben, denn bereits einen Tag später veröffentlichte die Zeitung einen betont nüchtern gehaltenen Artikel des Württembergischen Landeskriminalpolizeiamtes über das Lager¹⁴⁹: »Das Lager vermag zunächst etwa 1500 Gefangene aufzunehmen und bietet damit die Möglichkeit, aus dem ganzen Lande alle ruhe- und ordnungsgefährdenden Elemente laufend bis auf weiteres zu entfernen, sicherzustellen und damit die örtlichen Polizeibehörden zu entlasten... Die Gefangenen... können in beschränktem Umfang Post empfangen... Besuche sind bis auf weiteres nicht gestattet.« Den Gipfel des Zynismus bildete dann allerdings ein halbseitiger Bericht »Ein Besuch im Schutzhaftlager auf dem Heuberg«¹⁵⁰, zu dem das Stuttgarter Polizeipräsidium die Vertreter der Presse eingeladen hatte! Im Stil der Frontberichterstattung wird über das angenehme Leben der 1900 Häftlinge berichtet, die mit arbeiten, spielen und lesen beschäftigt sind, bewacht von 500 SA-Leuten und

60 Schutzpolizisten. Immerhin: Die Bewachung ist streng und das Lager von Stacheldraht umgeben. Die Vaihinger Bevölkerung erfuhr bei dieser Gelegenheit außerdem, daß das Arbeitshaus auf Schloß Kaltenstein auch als Lazarett für die kranken Schutzhäftlinge diente¹⁵¹.

Als es der Polizei durch Verrat gelang, Gottlob Kanz in Stuttgart aufzuspüren, wurde er Anfang April ebenfalls auf den Heuberg gebracht¹⁵², wo er seine Vaihinger Genossen Gustav Schneck¹⁵³ und Helmut Bernhardt¹⁵⁴ antraf, ebenso einige Häftlinge aus Oberriexingen¹⁵⁵.

Nach einem Nervenzusammenbruch kam Gottlob Kanz über Pfingsten wieder nach Vaihingen, allerdings in eine Einzelzelle auf dem Schloß. Um ihm keine Möglichkeit zu einer Kontaktaufnahme zu geben, lag die Zelle zum Innenhof hin. Dennoch erfuhr Kanz' Frau von der Anwesenheit ihres Mannes und setzte es mit Beharrlichkeit durch, daß sie ihn mit frischer Wäsche, Honig und Lektüre versorgen konnte; zu Gesicht bekam sie ihren Mann aber nicht.

Im August konnte Kanz schließlich vom Heuberg aus wieder nach Vaihingen zurückkehren; sein schlechter Gesundheitszustand und zahlreiche Eingaben seiner Frau hatten dafür gesorgt. Kanz, der noch mehrfach verhaftet wurde und zu Beginn des Krieges auch einige Monate im KZ Buchenwald »interniert« war, schwieg bis zum Kriegsende – auch seiner Frau gegenüber – eisern über das, was er erlebt hatte.

Auch das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«, das die Entlassung all der Beamten brachte, »die aufgrund ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltslos für den nationalen Staat eintreten«¹⁵⁶, forderte unter den Vaihinger Kommunisten ein Opfer: den Lehrer Walter Schüle¹⁵⁷. Bei seinen Schülern war er jedoch so beliebt, daß es zu einem spontanen Akt des Aufbegehrens kam, als sich die Schüler vor dem Gefängnisgebäude versammelten und riefen: »Wir wollen unseren Lehrer wieder.« Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis wurde er ebenso wie Gottlob Kanz gezwungen, im städtischen Steinbruch an der Seilerbahn Steine zu klopfen, wo ihn seine ehemaligen Schüler mit Essen versorgten¹⁵⁸. Überhaupt scheint die Vaihinger Bevölkerung in ihrer Mehrheit Schüle und Kanz während des Dritten Reiches nicht angefeindet zu haben. Beiden gelang es unter großen Mühen, eine bescheidene bürgerliche Existenz aufzubauen; Kanz als Steuerberater, Schüle, den man auch aus seiner Dienstwohnung gewiesen hatte, als Privatmusiklehrer, Organist und Gesangsvereins-Direktor.

Großes Unheil richtete dagegen Gotthilf Hahnenkratt¹⁵⁹ an, der von der KPD zur NSDAP übergelaufen war und für seine neuen Freunde den Denunzianten spielte. Daß er den Nazis das Versteck verriet, in dem Kanz seine wertvolle Bibliothek untergebracht hatte, bescherte diesen ein großes Feuer im Hof des Vaihinger Amtsgerichts¹⁶⁰; daß er seinen ehemaligen Genossen Wilhelm Eichel¹⁶¹ denunzierte, brachte Eichel ins KZ nach Dachau und später in eine Strafkompagnie an der Ostfront, wo er den Tod fand.

Der Arbeiter-Kraftsportverein wurde auf Anordnung des Polizeikommissars für Württemberg Mitte März aufgelöst; sein Vermögen, die von den Mitgliedern beschafften Sportgeräte, wurde eingezogen, sein Übungslokal der Standarte 16/123 der Vaihinger SA überlassen¹⁶².

Nach der Ausschaltung des Reichstags am 23. März waren einzig die Länder- und Kommunalparlamente als demokratisch gebildete Gremien übrig geblieben; und vor allem den Gemeinden wandten die Nazis deshalb ihre besondere Aufmerksamkeit zu¹⁶³. Bürgermeister Linkenheil, den neuen Machthabern schon lange ein Dorn im Auge, ging jedoch zunächst in die Offensive, als er in der Gemeinderatssitzung vom 30. März vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung abgab, in der er versicherte, die städtische Beamtenschaft stelle sich »einmütig hinter die Regierung der nationalen Erhebung...

um in ihrem Teil an dem schweren Werk des Wiederaufbaus und der Erneuerung des Reichs an Haupt und Gliedern mitzuarbeiten«¹⁶⁴. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gab Linkenheil dann bekannt, er habe in seinem Bekanntenkreis zwei Reichstagsabgeordnete der NSDAP, die er gebeten habe, sich wenn möglich für die Belange Vaihingens einzusetzen, was ihm auch beidesmal zugesichert worden sei. Vor allem im Hinblick auf Erhaltung von Oberamt, Amtsgericht und Finanzamt könne dies von Nutzen sein¹⁶⁵.

Bereits einen Tag später schuf das erste »Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich« auch auf kommunaler Ebene neue Tatsachen, indem die Gemeinderäte – unter Kassierung der kommunistischen Mandate – nach dem Reichstags-Wahlergebnis vom 5. März zusammengesetzt und die Gremien um ein Viertel verkleinert wurden¹⁶⁶, wodurch in Vaihingen die Zahl der Gemeinderäte von 16 auf 10 sank. Damit war aber auch zum ersten Male das Stichwort gefallen, unter dem die folgenden Monate stehen sollten: Gleichschaltung. Will man die diesem Begriff zugrundeliegende Absicht auf einen Nenner bringen, wird man sagen können, daß es den Nazis darum ging, das »Führerprinzip« in allen Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, in den Länder- und Gemeindeorganen ebenso wie in den Verbänden und Vereinen, durchzusetzen und damit alle Erscheinungen demokratischer Willensbildung in Politik, Wirtschaft und Kultur zu beseitigen und alle Freiräume der Selbstverwirklichung so weit wie möglich aufzuheben.

Dem Vaihinger Wahlausschuß, der über die Zusammensetzung des verkleinerten Gemeinderates zu entscheiden hatte, lagen lediglich zwei Wahlvorschläge vor, da Sozialdemokraten, DVP und Bauernpartei keine Listen eingereicht hatten und die KPD keine einreichen durfte¹⁶⁷. Auf den ersten Wahlvorschlag, der gemeinsam von NSDAP,



Die Vaihinger NS-Prominenz im Jahre 1934; von links nach rechts: Gottfried Krauß, Franz Meyer, Jakob Hofstetter, August Max, Richard Gehring (Enzweihingen), (?), Hermann Oppenländer, Eugen Afsmus, Erwin Ensinger, (?), Eugen Schnabel, Walter Maisack (?), Ernst Paule

Bauern- und Weingärtnerbund und Zentrum eingereicht und von Dr. Fraas aufgestellt worden war¹⁶⁸, entfielen 7 Sitze (Häußler, Schnabel, Bausch, Vester, Grözinger, Dr. Fraas und Meyer), auf den gemeinsamen Wahlvorschlag der Kampffront Schwarz-weiß-rot (DNVP und Stahlhelm), des Christlichen Volksdienstes und der DDP 3 (Wieler, Knodel, Conradt)¹⁶⁹. Nur vier der neuen Gemeinderäte hatten schon bisher dem Gremium angehört; die personelle Kontinuität war daher nur in geringem Maße gegeben. Trotz dieser starken Wandlung waren die Arbeiter wieder nicht im Gemeinderat vertreten, war damit auch das Gerede von der Volksgemeinschaft gleich zu Beginn des Dritten Reiches als Propagandalüge entlarvt worden; es ist dabei unwesentlich, ob die Vaihinger Nazis keine Arbeiter finden konnten oder finden wollten, um sie in den Gemeinderat zu entsenden. Zum anderen fällt aber auch auf, daß die Rechtsparteien nicht auf einem gemeinsamen Wahlvorschlag vertreten waren. Dies dürfte auf erste Zerwürfnisse zwischen NSDAP und DNVP hinweisen, ebenso wie ein Leserbrief von Kreisleiter Häußler, in dem dieser davon spricht, »auch in Vaihingen« stemmten sich »führende Vertreter der Reaktion gegen die jetzige Entwicklung«, auch hier müßten »die künstlich gezogenen Schranken fallen«¹⁷⁰.

Zur ersten Sitzung des neugebildeten Gemeinderats am 4. Mai erschien die sechs NSDAP-Mitglieder erstmals in Uniform. Während Bürgermeister Linkenheil in seiner Ansprache das Wohl der Stadt als oberste Verpflichtung bezeichnete, gaben die Nazis noch in der gleichen Sitzung einen Vorgeschmack darauf, wie sie das öffentliche Wohl verwirklichen wollten. Nachdem auf ihren Antrag die bisherige Sitzordnung aufgegeben worden war und die Gemeinderäte nun fraktionsweise zusammensaßen, setzten sie auch den Beschluß durch, die städtischen Bekanntmachungen der NS-Zeitung »Hakenkreuzbanner im Schwabenland« zu überlassen¹⁷¹. Sollte dies noch unentgeltlich sein, so brachten die folgenden Monate eine immer stärkere Inanspruchnahme der Stadt für die Zwecke der Partei und einen immer dreisteren Zugriff auf die städtischen Finanzen. Ein erstes Beispiel dafür wurde am 15. Juni vorgeführt, als Stadtrat Häußler beantragte, die Stadt solle die Miete für das für HJ und BdM benötigte Heim zur Hälfte übernehmen. Obwohl sich Stadtrat Conradt energisch dagegen wandte, »daß aus städtischen Geldern Zuschüsse für Parteizwecke gewährt werden«¹⁷², wurde der von Häußler gewünschte Beschluß gefaßt, da – so Stadtrat Vester¹⁷³ – die NSDAP keine Partei, sondern eine Bewegung sei. Am 22. Juni bewilligte der Gemeinderat dann Geld- und Sachspenden für das »Fest der Jugend«, darunter auch 10 RM für das Herbeiholen einer auswärtigen Musikkapelle. Die Vaihinger SA lehnte es nämlich ab, »hinter der Kapelle des hiesigen Musikvereins zu marschieren«¹⁷⁴. Diese Ausgabe wurde von den Stadträten Conradt, Wieler¹⁷⁵ und Knodel abgelehnt, die damit deutlich machten, daß sie nicht gewillt waren, dem von Häußler ausgeübten Druck nachzugeben. Anscheinend fanden sie mit ihrer Haltung auch einige Sympathien in der Bevölkerung, erklärte doch die NSDAP im Anschluß an die Veranstaltung, die Musikkapelle sei von der Ortsgruppe bezahlt worden, ohne daß die bewilligte Beihilfe in Anspruch genommen wurde¹⁷⁶.

Am 24. August dagegen genehmigte der Gemeinderat einstimmig und ohne Aussprache einen Zuschuß in Höhe von 60 RM für die Neueinkleidung der Parteiorganisationen¹⁷⁷. Ebenfalls ohne Gegenstimme billigten die Gemeinderäte am 15. Februar 1934 die »Übernahme des Mietzinses sowie der Kosten für Heizung und Beleuchtung« für die Räumlichkeiten, in denen die SA-Standarte 475 untergebracht werden sollte¹⁷⁸. 1937 wurde schließlich der Gipfel der Parteibegünstigung erreicht, als die Stadt das ehemalige Krankenhaus neben der Post zum Bürogebäude für die Partei und ihre Unterorganisationen umbauen ließ. Auf den Einwand eines Stadtrates, in der Öffentlichkeit werde beanstandet, daß dabei auch der noch recht gute Außenputz erneuert worden sei, antwortete Bürgermeister Schmid¹⁷⁹, es seien einige Ausbesserungen notwendig gewesen

und da habe er halt den ganzen Putz erneuern lassen, aber – ganz abgesehen davon – müsse »ein Gebäude, in welchem die Partei untergebracht sei, schon rein äußerlich an seiner braunen Farbe zu erkennen sein«¹⁸⁰. Zu dieser Zeit hatten die Gemeinderäte allerdings nur noch beratende Funktion: seit der Änderung der württembergischen Gemeindeordnung am 3. Juni 1933 sowie der Verkündung des Gesetzes über die Ortsvorsteher vom 28. Juni 1933¹⁸¹ und endgültig mit der Verkündung der »Deutschen Gemeindeordnung« am 30. Januar 1935 führte der Bürgermeister nach dem Führerprinzip die Verwaltung in voller und ausschließlicher Verantwortung; er wurde nicht mehr von den Bürgern gewählt, sondern nach einer Vorauswahl durch die NSDAP von den staatlichen Stellen eingesetzt. Und auch die Gemeinderäte wurden vom NS-Beauftragten auf 6 Jahre berufen. Ihre Aufgabe bestand nur noch darin, den Bürgermeister in wichtigen Angelegenheiten zu beraten. Weder war eine Kontrolle der Gemeindeverwaltung vorgesehen, noch durften Abstimmungen stattfinden; Frauen waren nicht zugelassen. Dafür konnte der Beauftragte der NSDAP »bei bestimmten Angelegenheiten« mitreden¹⁸².

Dabei hatte Dr. Fraas in einer Festsitzung des Gemeinderats am 8. Mai 1933 zu Ehren von Hindenburg und Hitler feierlich verkündet: »Wir Nationalsozialisten hier auf dem Rathaus geloben unter Zurückstellung jeder persönlichen und parteilichen Interessen zu arbeiten . . . zum Wohle unserer schönen Stadt«. Außerdem gelte für die künftige Arbeit der Grundsatz: »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«¹⁸³. Daß davon keine Minute die Rede sein konnte, wurde schon gezeigt, dafür sorgten aber auch all diejenigen, die mit dem Anbruch der Nazi-Herrschaft ihr eigenes Schäfchen ins Trockene zu bringen gedachten. Neben den verdienten Parteigenossen, den »alten Kämpfern«, traten die Konjunkturritter zahlreich auf den Plan.

Zunächst galt es, Kreis- und Ortsgruppenleiter Häußler eine Arbeitsstelle zu verschaffen; sie war auch rasch gefunden, und zwar bei der Ortskrankenkasse. Da Häußler aber die Parteigeschäfte weiterhin am Vormittag erledigte, kam sein neuer Arbeitgeber entschieden zu kurz. Dies änderte sich jedoch, als der Leiter der AOK, Karl Gronle¹⁸⁴, beim Oberamt deswegen Beschwerde einlegte¹⁸⁵. Eugen Bachmann wurde von der Stadt eingestellt und mit mancherlei Arbeiten beschäftigt; zunächst als Bauaufseher über die Notstandsarbeiten, dann als Verwalter der Wanderarbeitsstätte und des Obdachlosenheims und schließlich als Stadtpflegediener¹⁸⁶. Entsprechend einer Anordnung Hitlers vom 29. März 1935, in der er die Einstellung alter Kämpfer als Beamte des unteren und einfachen mittleren Dienstes gefordert hatte¹⁸⁷, kam der SA-Führer Schieferle, von Beruf Schäfer, in den Staatsdienst. Obwohl kaum des Schreibens mächtig, wurde er als Briefträger eingestellt¹⁸⁸.

Wirkliche Karriere machte nur Dr. Fraas; er gehörte zu den von den Nationalsozialisten dringend benötigten Fachleuten, die die Machtübernahme in den Ministerien und Verwaltungen vollziehen sollten. Fraas, der als tierärztlicher Hauptberichterstatter ins Innenministerium berufen wurde, gab im Juni sein Amt als Kreisgeschäftsführer an Jakob Hofstetter¹⁸⁹ ab, legte im Juli seine Ämter als Gemeinderat, stellvertretender Bürgermeister und Führer der NSDAP-Fraktion nieder und zog nach Stuttgart¹⁹⁰.

Die bescheidenen Karrieren der »alten Kämpfer« auf der einen, die steile Karriere des Neuzugangs Dr. Fraas auf der anderen Seite, machen aber auch deutlich, daß die Nazis zumindest in den ersten Jahren ihrer Herrschaft damit zu leben hatten, daß ihre Personaldecke zu kurz war; viele der »alten Kämpfer« wiesen nicht die nötige Qualifikation auf, als daß man mit ihnen alle Ämter von einiger Bedeutung hätte besetzen können. Dieses Problem verschärfte sich in den kleineren Städten, indem die wenigen qualifizierten Kräfte von dort in die Zentren der Machtausübung abgezogen wurden, damit wenigstens dort die wichtigsten Stellen mit Gefolgsleuten der neuen Regierung besetzt

werden konnten. Zum großen Ärger Hitlers und vieler anderer klarsehender Parteimitglieder gerieten die Nazis damit entweder in eine gewisse Abhängigkeit von Fachbeamten, die – durchaus konservativ – keine oder wenigstens keine überzeugten Parteigenossen waren, oder aber sie mußten sehen, wie zwar überzeugte, insgesamt aber unfähige Nazis die Bewegung diskreditierten¹⁹¹. In Vaihingen war beides zu beobachten.

Bereits im Sommer 1933 kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP-Ortsgruppe; da diese nach dem Weggang von Dr. Fraas ihre allseits anerkannte Autoritätsperson verloren hatte, brachen die Rivalitäten offen aus. Opfer dieses ersten Machtkampfes war Kreis- und Ortsgruppenleiter Häußler, dessen Beurlaubung die Vaihinger am 12. August aus der Zeitung entnehmen konnten¹⁹². Gründe wurden natürlich keine genannt; wahrscheinlich lag der Ablösung aber die Unfähigkeit Häußlers zugrunde, mit den erhöhten Anforderungen fertigzuwerden¹⁹³. Außerdem scheint er seinen Konkurrenten Meyer und Schnabel nicht mehr »scharf« genug gewesen zu sein¹⁹⁴.

Sollte Meyer, der sich durch seine enge Parteilichkeit und übergroße Schärfe unbeliebt machte, geglaubt haben, er könne Häußler beerben, so mußte er sich getäuscht sehen. Er wurde zwar am 16. September als Ortsgruppenleiter eingesetzt¹⁹⁵, blieb aber stellvertretender Kreisleiter und mußte mitansehen, wie ihm der von auswärts herbeigeholte Hermann Oppenländer¹⁹⁶ vor die Nase gesetzt wurde. Hierbei fügte es sich glücklich, daß in Vaihingen zum 1. Juli 1933 die Schulleiterstelle an der Volksschule nach dem Ausscheiden von Karl Eitle¹⁹⁷ neu zu besetzen war. Als Bürgermeister Linkenheil im Mai angeregt hatte, man könne hierfür den Vaihinger Lehrer Geyer vorschlagen, war dies auf Antrag von Dr. Fraas abgelehnt worden¹⁹⁸. Stattdessen konnten die Nazis ihren »alten Kämpfer« Oppenländer mit der Stelle versorgen und gleichzeitig das Kreisleiterproblem bereinigen¹⁹⁹. Daß Oppenländer kurz darauf befördert wurde²⁰⁰, kann ebensowenig erstaunen wie die Tatsache, daß ihn seine Parteilichkeit so stark in Anspruch nahm, daß ein weiterer Lehrer eingestellt werden mußte, der seine Unterrichtsverpflichtungen übernahm. Als Kreisleiter scheint Oppenländer jedoch kein enger Parteigenosse gewesen zu sein; er wird übereinstimmend als zurückhaltender Mann geschildert, für den die Grundsätze von Recht und Billigkeit galten²⁰¹.

Sowenig wie Meyer war Schnabel, der diesen 1934 als Ortsgruppenleiter ablöste, eine Zierde seines Amtes: anmaßend und hochfahrend wurde er weder von den Vaihingern noch von den Parteioberen für voll genommen²⁰² und mußte deshalb im Jahre 1938 für den aus Stuttgart geholten Polizeibeamten Christian Walther²⁰³ Platz machen, der sich – stets von zwei scharfen Hunden begleitet – bis zum Ende des Krieges als fanatischer Nationalsozialist aufführte.

Offensichtlich trifft damit eine Bemerkung Schoenbaums für Vaihingen weitgehend zu: »Für die eigentlichen alten Kämpfer war der Siegesgewinn mager... Für die Mehrheit... verwandelte sich das Dritte Reich sehr bald von dem Gelobten Land in eine der vielen verratenen Revolutionen.«²⁰⁴

So heftig die innerparteilichen Kämpfe auch ausgefochten wurden, in einem Ziel waren sich die Vaihinger Nazis alle einig: in der Beseitigung von Bürgermeister Linkenheil, für den mit der Machtübernahme eine Zeit der Demütigungen begann. Während zahlreiche Kollegen – auch in der näheren Umgebung – den Dienst quittieren mußten: Schmidtblaicher in Bietigheim, Heß in Ensing, Zillhardt in Markgröningen, Landenberger in Illingen²⁰⁵, konnte sich Linkenheil im Amt halten. Der Preis freilich, den er dafür zu entrichten hatte, war hoch. Da er sich in seiner bisherigen Amtsführung als guter Demokrat bewährt hatte, mußte er zunächst seine vaterländische Gesinnung nachweisen, was ihm mit Hilfe zahlreicher Zeugnisse auch gelang²⁰⁶. Dies half ihm aber ebensowenig wie sein Eintritt in die NSDAP²⁰⁷. Die Vaihinger Nazis, die sehr schnell merkten, daß dahinter keine Überzeugung steckte, setzten alle Hebel in Bewegung,



*Hermann Linkenheil,
Bürgermeister 1926 bis 1936*



Karl Schmid, Bürgermeister 1937 bis 1945

wenigstens seine Versetzung zu erreichen²⁰⁸. Am 25. September 1933 brachte SA-Scharführer Nestel²⁰⁹ die Kampagne in Bewegung, als er sich darüber beschwerte, daß Linkenheil bei der Einstellung eines Verwaltungsgehilfen einen SA-Mann übergangen hatte²¹⁰, um dann hinzuzufügen: »Es wäre deshalb gut, wenn hier mal so ein echter Nazi den neuen Geist in die Stuben hineinbringen würde.« Auf Antrag der NSDAP-Ortsgruppe wandte sich die Kreisleitung 1934 an das Innenministerium in Stuttgart: es gelinge dem Bürgermeister nicht, »den nötigen Kontakt mit den politisch maßgebenden Stellen in Vaihingen zu finden und ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit dem Gemeinderat zu erreichen«. Die Stuttgarter Ministerialbürokratie reagierte dann auch im Sinne der Vaihinger Nazis und wies das Oberamt an, Linkenheil erneut nahezu legen, er möge sich auf eine andere Stelle bewerben. Da ihm »anlässlich seiner Verpflichtung am 5. August 1933 bestätigt worden sein dürfte, daß er das Vertrauen der Regierung besitzt«, seien »bei der mit ihm vorzunehmenden Besprechung, nicht politische, sondern sachliche Gründe in den Vordergrund zu stellen«. Bei der Besprechung erklärte sich Linkenheil mit seiner Versetzung »auf eine andere gleichwertige Ortsvorsteherstelle einverstanden«. Es sollte jedoch nicht dazu kommen: Nur 41 Jahre alt starb Linkenheil im Dezember 1936 an Herzversagen. Die von den Parteigrößen daraufhin vergossenen Krokodilstränen konnten niemanden darüber hinwegtäuschen, wer den Bürgermeister auf dem Gewissen hatte²¹¹.

Als Nachfolger bekamen die Vaihinger Nazis in Karl Schmid endlich den ersehnten strammen Parteigenossen, obwohl die Stelle nicht – wie vom Gemeinderat gewünscht – ausgeschrieben, sondern von der NSDAP ohne Rücksprache mit den Vaihinger Pgs. durch den bisherigen Illinger Bürgermeister besetzt wurde. Wenn die »alten Kämpfer« allerdings geglaubt hatten, jetzt könnten sie endlich auf dem Rathaus bestimmen,

mußten sie sich bitter getäuscht sehen. Gerade weil Schmid für die Pgs. unangreifbar war, konnte er auf dem Rathaus Ordnung schaffen und dafür sorgen, »daß die Clique um Meyer nichts mehr zu melden hatte«²¹². Seiner Korrektheit war es wohl auch zuzuschreiben, daß die Stadt 1937 an Gottlob Kanz einen Bauplatz in der Ziegelgartenstraße verkaufte²¹³.

Das Hereinströmen zahlreicher Mitglieder in die NSDAP und ihre Unterorganisationen drohte die Partei zu überfordern. Der Andrang war so gewaltig – allein am 1. Mai 1933 traten in Vaihingen rund 40 Neumitglieder der Partei bei²¹⁴ –, daß ein zeitweiliger Aufnahmestop erlassen werden mußte²¹⁵, damit der Ausbau der Parteiorganisation und die damit verbundene Schulung der Mitglieder und Mandatsträger geleistet werden konnte. Dem aufmerksamen Beobachter mußte allerdings klar sein, daß es sich bei den sogenannten »Märzgefallenen« überwiegend um Mitläufer handelte, die – soweit es sich um Geschäftsleute handelte – in dem erhofften Konjunkturaufschwung auch ihren Schnitt zu machen gedachten²¹⁶, oder die – soweit es Beamte waren – einfach ihre Stelle behalten wollten.

Regen Zustrom hatte zunächst die Vaihinger SA zu verzeichnen, die 1931 ganze 7 Mann stark gewesen war und unter der Leitung von Hermann Nestel gestanden hatte. Nach der Neuorganisation der SA am 1. Juli 1932 bildete die Vaihinger Gruppe den Sturm 16/123, der zum Sturmbann II/123 gehörte²¹⁷. Noch Anfang März benötigte die Vaihinger SA Hilfe aus Mühlacker sowie vom Stahlhelm, um bei der Flaggenhissung des 8. März in imponierender Stärke auftreten zu können²¹⁸. Nachdem aber auch die SA-Männer aus dem Vaihinger Raum ab Mitte März zu Hilfspolizisten ausgebildet wurden²¹⁹, beschleunigte sich der Zuzug, und am 9. April zog bereits ein Trupp von 79 Mann in einem Werbemarsch durch die Straßen Vaihingens²²⁰. Der Zustrom machte eine weitere Umorganisation notwendig, aus der die Vaihinger Abteilung als Sturm 14/123 hervorging. Am 20. Februar 1934 konnte dann sogar die Standarte 475 aufgestellt werden, die unter der Führung von Obersturmbannführer Hiebeler²²¹ ihren Sitz in den Räumen der Firma Conradt hatte²²². Neben dem als äußerst fanatisch geschilderten Obersturmführer Nestel war Johann Schieferle als SA-Führer aktiv. Ihre Stärke demonstrierte die SA am 24. September 1933, als sie 500 Mann des Sturmbannes in Vaihingen aufmarschieren und von der Bevölkerung beköstigen ließ²²³.

Die von der NSDAP betriebene Eingliederung des Stahlhelm in die SA vollzog sich demgegenüber bei weitem nicht so reibungslos wie erwartet. Zwar hatte Kreisleiter Häußler am 27. April die Vertreter von DNVP und Stahlhelm aufgefordert, sich nicht gegen die Entwicklung zu stemmen und »sinnlosen Widerstand« aufzugeben und die »künstlich gezogenen Schranken« niederzureißen²²⁴, doch kam er damit bei Eugen Conradt an den Falschen. Der hatte zwar anlässlich eines Werbemarsches einiger Stahlhelm-Abteilungen aus Vaihingen und den umliegenden Ortschaften am 8. April erklärt, der Stahlhelm sei parteipolitisch neutral und keine Konkurrenz zur NSDAP²²⁵, ließ jetzt aber alle Rücksicht beiseite, bezeichnete in seiner Entgegnung Häußler einen »Armen im Geiste«, grenzte sich klar gegen Meinungszwang und »Bonzokratie« ab und rief Häußler schließlich zu: »Bleiben Sie uns doch endlich vom Leib mit ihrem mittelalterlichen Gewissenszwang!«²²⁶ Dank dieser mutigen Haltung kam es erst im August zu einem Kameradschaftsabend zwischen SA und Stahlhelm, an dem Conradt konsequenterweise nicht teilnahm²²⁷, war ihm doch in einer Erwiderung auf seinen Leserbrief von den Nazis bescheinigt worden: »Sie verstehen den neuen Geist bestimmt nicht«²²⁸. Sein Stellvertreter Hugo Kleemann²²⁹ dagegen hatte den Weg zu den Nazis schon gefunden, und er trat dann auch als Wortführer derer auf, die keinen Gegensatz zwischen SA und Stahlhelm mehr sahen. Endgültig vollzogen wurde die Eingliederung des Stahlhelms in die SA am 16. November 1933²³⁰.

Getreu dem oft verkündeten Motto: »Wer die Jugend hat, hat die Zukunft«, widmeten die Nazis dem Aufbau der Hitler-Jugend ihre besondere Aufmerksamkeit. Da vor der Machtübernahme in Vaihingen keine Jugendorganisation der Partei existierte, benötigte man für die ersten Schritte allerdings noch Hilfe von auswärts. Am 26. März traf daher ein Trupp der Ludwigsburger HJ in Vaihingen ein, dem sich die Vaihinger zum gemeinsamen Kirchengang und zu einem Werbemarsch durch die Straßen der Stadt anschlossen²³¹. Es dauerte aber noch bis zum 12. Mai, ehe in Vaihingen eine selbständige Organisation ins Leben trat; an diesem Tag wurde die Ernennung des Lehrers Fritz Seemann²³² zum HJ-Führer im Vaihinger Oberamt bekanntgegeben²³³. Damit war aber auch der Bann gebrochen: bereits wenige Tage später wurde den beiden Lehrerinnen Munz²³⁴ und Scheuerle²³⁵ die Leitung des »Bundes deutscher Mädchen« (sic) – BdM – übertragen²³⁶, der – wie die HJ – die 14- bis 18jährigen organisieren und mit nationalsozialistischer Gesinnung erfüllen sollte. Der Zustrom war so stark, daß auf 1. Juni für den BdM eine kurzfristige Aufnahmesperre verhängt werden mußte²³⁷. Der Juli brachte mit der Organisation der 10- bis 14jährigen im Jungvolk und der Ernennung von Erich Streib²³⁸ zum Jungzugführer ein weiteres Ausgreifen der Partei²³⁹. Daß dies keineswegs der letzte Schritt sein würde, hatte eine Anzeige erkennen lassen, in der Fritz Seemann alle Jugendverbände des Oberamts angewiesen hatte, Mitgliederlisten abzugeben; die kirchlichen Vereine, die man aus taktischen Gründen noch bevorzugt behandelte, mußten »nur« Name und Vorstand melden²⁴⁰. Der hier erkennbare Monopol-Anspruch der Partei auf die Erziehung der Jugend wurde in der folgenden Zeit konsequent durchgesetzt: über die Festlegung gemeinsamer Übungsabende der Jugendlichen aus allen Vereinen²⁴¹, die Eingliederung der ev. Jugendverbände in die HJ²⁴², bis zum »Gesetz über die Hitlerjugend« vom 1. Dezember 1936²⁴³, in dem die HJ zur Staatsjugendorganisation erhoben wurde. Alle anderen Jugendverbände wurden aufgelöst und in die HJ eingegliedert, wo »die gesamte deutsche Jugend . . . körperlich, geistig und sitzlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur Volksgemeinschaft« erzogen werden sollte.

Das von Häußler in der Gemeinderats-Sitzung vom 15. Juni angemahnte HJ-Heim konnte bereits am 24. September eingeweiht werden²⁴⁴; ein leerstehender Fabrikssaal in der Schillerstraße 9 war zu diesem Zweck angemietet und neu ausgestattet worden. Ein Werbemarsch von rund 500 Jungen und Mädchen eröffnete die umfangreiche Einweihungsfeier, die mit Reden zur Schlüsselübergabe, einem Gelöbnis der HJ und einer Kundgebung im Egelsee den Nachmittag ausfüllte. Die Anwesenheit von Vertretern aus Partei, Oberamt und Kultministerium – Bürgermeister Linkenheil fehlte offenbar – unterstrich den Stellenwert, den man der Jugendförderung zubilligte; auch in der Ansprache, die Dr. Drück im Egelsee hielt, kam dies klar zum Ausdruck: »Die Jugend müsse in den nationalsozialistischen Staat hineinwachsen, damit er ihr zur Selbstverständlichkeit werde. Dann müsse sie auch das Werk des Führers fortsetzen können.«

In der Folgezeit erhielt die HJ mehr und mehr einen festen Platz im öffentlichen Leben der Stadt und in den zahlreichen Feiern der Partei. Entsprechend ausführlich war dann auch die Berichterstattung, etwa über einen HJ-Abend am 2. und eine Wintersonnwendfeier am 21. Dezember²⁴⁵. In beiden Veranstaltungen trat mit dem Jungvolkführer Wilfried Weber²⁴⁶ ein weiterer Jugendführer mit »markigen« Reden an die Öffentlichkeit.

Neben der Jugend galt das besondere Augenmerk der Partei in den ersten Monaten nach der Machtergreifung vor allem den Kirchen; sie waren dazu ausersehen, ihre Anhänger dem Dritten Reich zuzuführen. Während der politische Katholizismus und damit weithin auch die Amtskirche am 23. März kapituliert hatte und mit der Aussicht auf ein Konkordat auch weiterhin auf der Seite der braunen Machthaber gehalten wurde,



Kreisparteitag 1935 in Vaihingen (Egelsee): Vorbeimarsch der Hitler-Jugend. Im Auto stehend: Reichsstatthalter Murr, vor dem Auto: Gebietsführer Sundermann

gestaltete sich auch das Werben um die evangelischen Christen zunächst durchaus erfolgreich. Dabei half mit, daß zahlreiche Pfarrer und Kirchenführer dem autoritären Staat sehr aufgeschlossen gegenüberstanden, hatten sie ja schon im Kaiserreich dem Bündnis von Thron und Altar, der Zusammenarbeit von Kirche und Staat zu gegenseitigem Nutzen, die in der von den Nazis propagierten Volksgemeinschaft wieder aufzuleben schien, vorwiegend gute Seiten abgewonnen. Außerdem verhielt ihnen die NSDAP ja auch die Vernichtung aller kirchenfeindlichen Kräfte sowie den Kampf gegen Aufklärung und Liberalismus²⁴⁷. Der württembergische Kirchenpräsident Wurm stellte daher in seiner wohlwollenden Haltung gegenüber dem neuen Staat ebensowenig eine Ausnahme dar wie in Vaihingen Dekan Welsch²⁴⁸ und Pfarrer Röcker²⁴⁹; letzterer gehörte gar der von den Nazis geförderten Bewegung der »deutschen Christen« an. Regelmäßiger, demonstrativer Kirchenbesuch der NS-Verbände bei ihren Aufmärschen²⁵⁰, Hereinnahme der Kirche in die zahlreichen Feiern des neuen Staates – etwa am 1. Mai und am Erntedankfest – und eine nicht unerhebliche Wiedereintrittsbewegung²⁵¹ mußten Kirchenführer und Kirchenvolk von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges überzeugen.

Ein Gemeindeabend mit Pfarrer Pfisterer vom Ev. Volksbund sollte die Gemeindeglieder noch im März mit der neuen Lage vertraut machen²⁵². Nach ausführlicher Schilderung der Nöte des deutschen Volkes (wirtschaftlicher Niedergang, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Kulturbolschewismus, weltanschauliche Zersplitterung) versuchte er auch Wege aus der Misere aufzuzeigen. Abgesehen von einigen Vorbehalten – »die Kirche kenne an und für sich keine Grenzen, die sich auf die Nation, eine Rasse, einen Stand erstrecken würden« – lagen alle aufgezeigten Lösungsvorschläge durchaus auf der Linie der Nationalsozialisten. So forderte er nicht nur Gottesdienst, Liebestätigkeit und christliche Jugenderziehung, sondern ebenso christliche Standespflege und eine neue Staatsgesinnung. Ganz im Sinne des lutherschen Staatsverständnisses lautete seine

abschließende Mahnung: der von Gott verordneten Obrigkeit müsse gehorcht werden; sie habe dabei das Recht, »den Dienst der Volksgenossen anzufordern«.

Am Maientag und bei der Sonnwendfeier der NSDAP pries Stadtpfarrer Röcker dann auch in bewegten Worten die von Gott gegebene Wendung und die neue Zeit²⁵³. Zur Vorbereitung der von Hitler für den 23. Juli anberaumten Neuwahl der Kirchengemeinderäte sollte eine Versammlung dienen, zu der auf 13. Juli NSDAP und »deutsche Christen« in das Bahnhofhotel einluden.²⁵⁴ Die Parteigenossen allerdings leisteten der Einladung weniger zahlreich Folge, als dies gewünscht worden war²⁵⁵. Volksmissionar Loß aus Fellbach stellte seinen Vortrag ganz unter den Gegensatz Bolschewismus – Nationalsozialismus und konnte so seine Schwarz-Weiß-Malerei leicht anbringen. Am Schluß wurde dann – in schrecklicher Symbiose – der Choral »Ein' feste Burg« und das Horst-Wessel-Lied gesungen. Wie wichtig die Nazis diese Wahl nahmen, verdeutlichte wenige Tage später eine Anzeige der Kreisleitung, in der die Stützpunktleiter angewiesen wurden, die Parteigenossen zur Wahl zu schicken. Außerdem wurde – doch wohl etwas realitätsfern – gefordert: »In jeder Gemeinde müssen 70 % nationalsozialistische Christen im zukünftigen Kirchengemeinderat vertreten sein«²⁵⁶. Im Landeskirchentag, in den die Vaihinger Dr. Fraas entsandten²⁵⁷, erhielten die Deutschen Christen auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung eine Mehrheit²⁵⁸; im Vaihinger Kirchengemeinderat jedoch waren lediglich vier der neun Gewählten zum Zeitpunkt der Wahl Mitglied in der NSDAP²⁵⁹.

Während im Sommer die Vaihinger Kirchengemeinde im Egelsee ein Missionszelt betreiben konnte und damit in der Presse Resonanz fand²⁶⁰ und während die Vaihinger Methodisten Anfang September das 50jährige Bestehen ihrer Gemeinde feierten²⁶¹, zogen die ersten dunklen Wolken für die Religionsfreiheit am Horizont auf, als der neapostolischen Gemeinschaft ihre Werbetätigkeit untersagt wurde²⁶².

Vor dem Kirchen-Bezirkstag zog Dekan Welsch am 31. Oktober eine erste Bilanz, in der er der nationalen Erhebung bescheinigt, sie habe »unheimliche Gefahren« – nämlich den Bolschewismus – von Volk und Kirche abgewendet, der Kirche die Volksgemeinschaft als ersehntes Ziel gewiesen und sie zur Mitarbeit am Staat gerufen²⁶³. Gleichwohl – und hier klingt einiges an Ernüchterung und Distanzierung durch – könne die Kirche ihre Botschaft nur aus der Bibel und nicht »aus irgendwelchen anderen Quellen« holen. Außerdem sei zu wünschen, »daß in der Kirche neben dem Führergedanken der Gedanke der lebendigen Gemeinde gewahrt wird«.

Auch das Dankgeläute, das die Reichskirchenleitung unter dem seit 28. September amtierenden Reichsbischof Ludwig Müller nach der Volksabstimmung vom 12. November anordnete²⁶⁴, konnte nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß die Zeit der engen Partnerschaft zu Ende ging. Hitler hatte bekommen, was er wollte, jetzt interessierte ihn anderes. Entgegen zahlreicher beruhigender Äußerungen von seiten des Oberkirchenrats und des Jungmännerbundes²⁶⁵, erfolgte am Ende des Jahres die Eingliederung der evangelischen Jugendverbände in die HJ. Für Stadtpfarrer Röcker, der noch auf der von der Reichsregierung angeordneten Lutherfeier »viel Ähnlichkeit« zwischen 1933 und der Reformationszeit gesehen hatte²⁶⁶, kam dann ebenso wie für viele andere engagierte Christen 1934 mit dem Beginn des Kirchenkampfes das große Erwachen. In der Auseinandersetzung zwischen Reichsbischof Müller und Landesbischof Wurm um die Führung der württembergischen Landeskirche, die am 15. April 1934 mit der Reise Müllers nach Stuttgart einen ersten Höhepunkt erreichte – Wurm sollte aus seinem Amt entfernt werden, was aber nicht gelang –,²⁶⁷ nahm der Vaihinger Kirchengemeinderat noch am selben Tage Stellung, indem er gegen zwei Stimmen beschloß, ein Telegramm an Reichsstatthalter Murr zu senden: »Der Kirchengemeinderat Vaihingen-Enz erklärt, daß Landesbischof D. Wurm das volle Vertrauen der Gemeinde besitzt. I. A. Welsch«²⁶⁸.

Die Ortsgruppenleitung der NSDAP, davon in Kenntnis gesetzt, reagierte umgehend, indem sie die Mitgliedschaft der Parteigenossen Böhringer²⁶⁹, Layh, Ballmer²⁷⁰, und Röcker aussetzte, da diese mit der Zustimmung zu dem Telegramm gegen die Parteidisziplin verstoßen hätten. Um den angedrohten Parteiausschluß abzuwenden, erklärten Böhringer, Layh und Ballmer ihren Austritt aus dem Kirchengemeinderat. Diesem Schritt schloß sich auch Gottlob Göhner²⁷¹ an, der sich zwar gegen die Absendung des Telegramms ausgesprochen hatte, jetzt aber in den Verdacht geriet, seine Mit-Pgs. bei der Ortsgruppenleitung angeschwärzt zu haben²⁷².

Mit dem Ausscheiden dieser Männer waren die Nazis zumindest in Vaihingen mit ihrer Absicht gescheitert, bestimmenden Einfluß auf die Kirchengemeinde zu nehmen. Der Vorgang zeigt aber auch, daß der Druck der Partei auf ihre Mitglieder nicht verhindern konnte, daß eine große Zahl (in Vaihingen 3 von 4) sich im Zweifelsfall gegen die »deutschen Christen« wandte. Nach der Ergänzung des Kirchengemeinderats am 18. September²⁷³ blieb man in Vaihingen erst recht auf dem eingeschlagenen Kurs und erteilte dem Gesuch eines Pfarrers Marquardt, der als Vertreter der »deutschen Christen« anläßlich des Handwerkertages am 23. Oktober 1934 in der Stadtkirche predigen wollte, eine eindeutige Absage: »Stadtpfarrer Röcker ist ebenfalls Parteimitglied und mit den Verhältnissen der hiesigen Handwerker besser erfahren als ein auswärtiger Geistlicher. Er ist allerdings, wie viele Parteigenossen, kein Anhänger der »deutschen Christen.« (!) Ein Bedürfnis, an diesem Tag extra einen Vertreter der »deutschen Christen« zu hören, liegt bei der Einstellung der Gemeinde nicht vor.«²⁷⁴

Röcker bekam seine Abwendung von den »deutschen Christen« und seinen Verstoß gegen die Parteidisziplin umgehend zu spüren, als ihm noch im Oktober die Abhaltung eines bereits in der Presse angekündigten Bibelkurses wegen »Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« durch das Oberamt verboten wurde²⁷⁵.

Auch nach dem Wechsel auf beiden Pfarrerstellen blieb der Vaihinger Kirchengemeinderat an der Seite des Landesbischofs: Während man im Mai 1935 gegen die Absicht von Reichsbischof Müller, in einigen württembergischen Gemeinden zu predigen, protestierte²⁷⁶, nahm man die Absicht von Landesbischof Wurm, am 4. Februar 1936 in der Stadtkirche zu predigen, mit großer Freude zur Kenntnis²⁷⁷.

Für die Gleichschaltung der wirtschaftlichen und berufsständischen Verbände hatten die Nationalsozialisten schon vor der Machtübernahme die Voraussetzungen geschaffen, indem sie Parallelorganisationen gegründet hatten, denen sich dann die bestehenden Organisationen angliedern mußten; das bestehende Vermögen fiel natürlich an den aufnehmenden Verband. Den Anfang machten die Mitglieder des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, die auf einer Bezirksversammlung den Übertritt zu dem NS-Reichsverbandes deutscher Kriegsofopfer beschlossen²⁷⁸. Der NS-Bauernbund war dazu bestimmt, die bäuerlichen Berufsvereine aufzunehmen, die auf eine lange Tradition zurückblicken konnten und deren Mitglieder daher auch ein gesundes Selbstbewußtsein besaßen, wie es auch auf dem Bauerntag in Ludwigsburg unmittelbar vor der Machtübernahme zum Ausdruck gekommen war²⁷⁹. Auf Anordnung des Staatskommissars für die Landwirtschaft mußten der Landwirtschaftliche Bezirks-Verein, der Bezirks-Bauernbund und die NS-Bauernschaft am 7. Mai einen gemeinsamen Wahlvorschlag für den Vorsitzenden der gemeinsamen Bezirksorganisation ausarbeiten²⁸⁰. Wie vorgeschlagen, wurden Hermann Schmidgall²⁸¹ aus Enzweihingen zum Kreisbauernführer und Paul Hermann²⁸² aus Vaihingen zu seinem Stellvertreter gewählt²⁸³. Als gemeinsame Nachfolgeorganisation bestand ab Ende August die Kreisbauernschaft. Welche Überwindung diese Neuordnung vielen Bauern abverlangte, machen die Presseberichte nur allzu deutlich²⁸⁴. Aus der Gleichschaltung des Landwirtschaftlichen Ortsvereins in Vaihingen ging Wilhelm Krayl²⁸⁵ als Ortsbauernführer hervor²⁸⁶; hier allerdings ging die Verstim-

mung erheblich tiefer, da die Ortsbauernschaft ganz ungeniert auf Vermögenswerte durchgriff, die dem Ortsverein gar nicht gehörten. In Vaihingen bestand nämlich eine Dreschgesellschaft, der die meisten Bauern angehörten. Diese Gesellschaft besaß neben einer Dreschmaschine noch eine Windfege zur Reinigung des Getreides und eine Walze. Obwohl die Dreschgesellschaft als Genossenschaft weiterhin bestand, mußten Windfege und Walze der Ortsbauernschaft übergeben werden, die sie weiterbetrieb²⁸⁷.



Kreisparteitag 1935: Aufmarsch des Jungvolks

Auch den Lehrern galt die besondere Aufmerksamkeit der Partei, waren sie doch nach der Aussage des NS-Lehrerbundes »in erster Linie berufen«, die Volksgemeinschaft »verwirklichen zu helfen«²⁸⁸. Nachdem die Nazis durch die »Säuberungsaktion« im April alle mißliebigen Beamten entfernt und den verbliebenen den dicken Knüppel gezeigt hatten, waren diese in der Folgezeit heftig umworben worden und in ihrer Mehrheit in die Partei eingetreten. Erhielt die Partei damit eine große Zahl vielseitig einsetzbarer Funktionsträger, so erkaufte sich die Lehrer mit diesem Schritt ihre weitere Karriere. Am 1. November wurde das letzte Relikt der beruflichen Interessenvertretung beseitigt und – immerhin mit ehrenden Worten – der Bezirkslehrerverein nach 93jähriger »segensvoller Tätigkeit« zu Grabe getragen²⁸⁹. An seine Stelle trat der NS-Lehrerbund für die Bezirke Vaihingen und Maulbronn, der auf einer Tagung am 8. November die organisatorischen Fragen regelte; der Bezirk Vaihingen wurde dabei in 5 »Zellen« eingeteilt²⁹⁰. Leiter der Zelle 2, die Roßwag, Mühlhausen, Kleinglattbach und Vaihingen umfaßte, wurde der Roßwager Lehrer Ohr²⁹¹, der auch Vorsitzender des Bezirks-Lehrervereins gewesen war.

Angesichts der bereits klar formulierten Aufrüstungspläne der Nazis ist es aus heutiger Sicht nur konsequent, daß ausgerechnet die kleine Flug- und Arbeitsgruppe (FAG), die

in Vaihingen das Segelfliegen betrieb, mit einer Parallelorganisation beehrt wurde, dem NS-Flugsportverein unter der Leitung von Hermann Wolfangel²⁹², in den die FAG geschlossen übertrat²⁹³. Zahlreiche Auftritte dieses Vereins in der Öffentlichkeit unterstrichen, welches Gewicht die neue Staatsführung der »wehrpolitischen Erziehung« beimaß²⁹⁴.

Eine Ersatzorganisation war auch die Deutsche-Arbeits-Front (DAF), wenn sie auch erst nach der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften, die am 2. Mai stattfand²⁹⁵, gegründet wurde. Die Vaihinger wurden am 14. Juli in einem Aufruf der Kreis-Betriebszellen-Leitung in Stuttgart auf den Zwangs-Charakter der DAF hingewiesen, in dem es lapidar hieß: »Wer . . . sich nicht einreihen will in die deutsche Arbeitsfront, dem wird in Zukunft das Staatsbürgerrecht entzogen und damit auch jeglicher Anspruch auf Arbeit und Brot genommen.«²⁹⁶ Ganz so rigoros wurde die Mitgliedschaft dann zwar nicht erzwungen, an die Stelle juristischer Pressionen traten jedoch soziale. Eine Bezirks-Versammlung der DAF am 12. September, bei der Verbandskreisleiter Notter über den Aufbau der DAF und über die Notwendigkeit sprach, vor allem die bisher Unorganisierten zu gewinnen, zeigte gleich auf, wie schwierig diese Arbeit war; anstatt der erhofften und eingeladenen Arbeiter und Angestellten waren vorwiegend Beamte unter den Zuhörern, die alle schon organisiert waren²⁹⁷. Mehr Erfolg hatten zunächst die Versammlungen der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO), die teilweise sogar sozialistisches Gedankengut pflegte, damit an die Tradition der Gewerkschaften anknüpfen und die ehemaligen Mitglieder in den neuen Verband übernehmen wollte. Erste Versammlungen der Bauarbeiter, Fabrikarbeiter und Holzarbeiter²⁹⁸ zeigten allerdings auch schon das Gegeneinander von DAF und NSBO, das schließlich die DAF unter ihrem Führer Robert Ley für sich entscheiden konnte. Wenn die DAF schließlich über 40 000 hauptamtliche Funktionäre beschäftigte²⁹⁹, so zeigt dies, wie hohl die 1933 verbreiteten Propagandasprüche waren, als immer wieder betont wurde, die »von den Arbeitern bezahlten Beiträge würden restlos wieder für diese verwendet werden«³⁰⁰.

Parallel dazu verlief der Aufbau von Zwangsinnungen für die Handwerksmeister, die – wie schon bei den Lehrern gesehen – in Vorwegnahme der späteren Kreisreform bereits die Oberämter Maulbronn und Vaihingen umfaßten³⁰¹. Innerhalb der keineswegs systematisch verfolgten Wirtschaftspolitik der Nazis erfolgte neben der Einrichtung der Pflichtinnungen noch eine Gliederung in Verbände als Vertretungen gegenüber dem Staat und als Organe zur Durchsetzung des Führerprinzips.

Bereits Anfang April waren in zahlreichen Ortskrankenkassen in Württemberg die meist sozialdemokratisch gesinnten Vorstandsmitglieder entlassen worden. In Vaihingen erfolgte die »Entbindung der seitherigen Vorstands- und Ausschußmitglieder«, die von den Versicherten gewählt worden waren, erst im Zuge der allgemeinen Gleichschaltung am 1. August³⁰², unter ihnen befand sich auch der Vorsitzende Wilhelm Jaus³⁰³, der SPD-Mitglied war. Gleichzeitig wurde ein neuer Vorstand und ein verkleinerter Ausschuß neu bestimmt. Als es der Geschäftsführer der AOK, Karl Gronle, 1935 wagte, Emma Jaus, die Tochter von Wilhelm Jaus, einzustellen, mußte er sich deshalb Vorwürfe von der Partei gefallen lassen, blieb aber bei seiner Entscheidung³⁰⁴.

In allen Verbänden und Vereinen, die von den Nazis auch nach der Machtübernahme geduldet wurden, mußten ab Mai 1933 die Vorstände »gleichgeschaltet« werden. Was darunter zu verstehen war, erläuterte Dr. Fraas bei der ersten sich bietenden Gelegenheit, der außerordentlichen Hauptversammlung des Gewerbevereins, in aller Ausführlichkeit³⁰⁵: Um zu gewährleisten, »daß alle Räder in der Staats- und Wirtschaftsmaschine so laufen wie er [Hitler] es anordnet«, könne er »nicht das kleinste Rädchen in der Maschine brauchen, das anders gehe als es im Sinne der Tätigkeit der Gesamtmaschine

sei. Deshalb müßten alle Vereinigungen so geschaltet werden, daß an ihrer Spitze möglichst Nationalsozialisten stünden. Es sei also notwendig, sich auf ein Mitglied der Partei als Vorsitzenden zu einigen; werde eine Einigung nicht erzielt, so werde diese von oben kommandiert. Mehrheitswahlen würden von den Nationalsozialisten nicht anerkannt... Nur wenn nicht genügend Nationalsozialisten vorhanden wären, könne ein Mann gewählt werden, der der Bewegung nahe stehe und der die Garantie biete, daß im Sinne des... Führers gearbeitet werde... Auch für den Ausschuß kämen in erster Linie Nationalsozialisten und erst in zweiter Linie der Partei nahestehende Männer in Betracht. Der Ausschuß werde vom Vorsitzenden ernannt, nicht gewählt... Es sei nicht tragbar, daß Herren den Vorsitz übernähmen oder in den Ausschuß kämen, die irgendwie als ehemalige politische Gegner der NSDAP belastet seien. Es könnten also nicht in Betracht kommen Sozialdemokraten und Demokraten, wobei es gar keine Rolle spiele, ob die Herren in den letzten Wochen zur NSDAP übergetreten seien... Der Vorstand sei in Zukunft allein verantwortlich für die gesamte Vereinsführung... Die parlamentarischen Gewohnheiten seien zu den Akten gelegt; dafür trete das Führerprinzip in ganz ausgedehntem Maße in Aktion.«

Es zeigte sich jedoch sehr schnell, daß die so großartig und apodiktisch vorgetragenen Bedingungen weit weniger leicht zu erfüllen waren, als es sich die neuen Herren wohl gewünscht hatten. Die von Fraas geäußerte Zuversicht, daß »ein Nationalsozialist zur Verfügung stehe«, trog insofern, als sofort der alte Vorstand, der Schlossermeister Karl Mürdter³⁰⁶, zur Wiederwahl vorgeschlagen wurde. Obwohl daraufhin Karl Vester, Leiter des NS-Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand, den Fraas wohl im Auge gehabt hatte, bezweifelte, daß diese Entscheidung von der Parteileitung bestätigt werde, brachte auch eine zweistündige Aussprache kein anderes Ergebnis: Mürdter wurde einstimmig vorgeschlagen und der NSDAP zur Bestätigung empfohlen. Erst als auch eine zweite »Gleichschaltungs-Versammlung« am 3. Juli wieder dasselbe Ergebnis erbrachte, blieb Mürdter im Amt³⁰⁷.

Weit weniger Schwierigkeiten ergaben sich im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, der ja der neuen Regierung von vorneherein sehr nahe stand. Dementsprechend hatte der Stuttgarter Gauvorstand dem Staatspräsidenten Murr gleich nach dessen Wahl »die aufrichtigsten Glückwünsche der... schwäbischen Kaufmannsgehilfenschaft« überbracht³⁰⁸. Als Deutscher Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgruppe Vaihingen, trat die Organisation Anfang Juli zur ersten Mitglieder-Versammlung zusammen³⁰⁹. Wahlen gab es jedoch keine, da – entsprechend dem Führerprinzip – der Vertrauensmann von der Gauleitung des Verbandes in Abstimmung mit dem Kreisleiter der NSDAP berufen wurde. Dafür gab es eine Rede des Kreisvorstehers Jaußen aus Heilbronn, in der dieser die Angestellten aufrief, für das deutsche Volk und seinen Staat Höchstleistungen in ihrem Beruf zu erbringen. Zum Vertrauensmann wurde der bisherige Vorsitzende Carl Schalk berufen, der seinerseits wieder die Mitglieder des Arbeitsausschusses und die Obmänner ernannte und dabei weitgehend die bei den Vorstandswahlen im Februar getroffenen Entscheidungen bestätigte; Karl Schmucker³¹⁰ und Helmut Bernhardt allerdings verloren ihre Posten³¹¹.

Auch beim Kriegerverein wurde Schalk als Vorsitzender bestätigt, obwohl er anlässlich der Gleichschaltung sein Amt mit der Begründung niedergelegt hatte, er gehöre nicht der NSDAP an. Nachdem jedoch der als Nachfolger vorgeschlagene Franz Meyer abgelehnt und Kreisleiter Häußler eine Bestätigung Schalks von seiten der Partei zugesagt hatte, erklärte sich dieser bereit, das Amt weiterzuführen. Außerdem wurde ihm in Hermann Luipold ein NS-Mitglied als Stellvertreter an die Seite gestellt³¹². Die weiteren Vorstandsmitglieder, die sich dann – entsprechend den Bestimmungen – zur Hälfte aus NS-Mitgliedern – zusammensetzten, konnten erst Ende Oktober berufen werden³¹³.

Ausgerechnet beim Schützenverein, der unter dem Vorsitz von Franz Meyer am 19. März noch vor dem Erlaß der entsprechenden Bestimmungen mit der Umgestaltung des Vereinslebens im Sinne der NSDAP den Anfang machen sollte, lehnten eine ganze Reihe der bisherigen Ausschußmitglieder eine erneute Kandidatur, bzw. die Annahme der Wahl ab. Auch ein Antrag, der die Befugnisse der Vorstandschaft erweitern sollte, wurde erst nach längerer Aussprache angenommen³¹⁴.

Programmgemäß ging die Gleichschaltung dagegen beim Alb-Verein, beim Sängerbund, beim Liederkranz, beim Turnverein und bei den Bienenzüchtern über die Bühne³¹⁵. Dabei zeigte sich immer noch der Mangel an qualifizierten NS-Mitgliedern, denn überall blieben die bisherigen Vorsitzenden im Amt, ohne der NSDAP anzugehören. Wenn möglich, wurden wenigstens die Stellvertreter oder die Ausschußmitglieder aus den Reihen der NSDAP geholt. Aber selbst das war nicht immer durchführbar: beim Liederkranz war der Dirigent einziges NS-Mitglied im Vorstand. Beim VfB schließlich fiel die Gleichschaltung ganz aus: bei der am 23. September 1933 eigens dafür einberufenen Versammlung war nämlich kein einziger Pg. anwesend³¹⁶. Auch in solchen Fällen konnte die Vereinsarbeit jedoch ungestört weitergeführt werden, wohl deshalb, weil die Partei jede unnötige Verärgerung der Vereinsmitglieder vermeiden wollte, vor allem, wenn diese – was die Nazis ja gerne sahen – aktive Sportler waren³¹⁷.

Im weiteren Verlauf des Dritten Reiches wurde jedoch auch bei den sport- und kulturtreibenden Vereinen vor allem in den kleineren Orten eine Flurbereinigung angestrebt, die den Zusammenschluß bisher selbständiger Vereine brachte³¹⁸. Eine »Neuregelung des schwäbischen Sängelerbens«, die am 1. Oktober 1933 in Kraft trat, bestimmte den Schwäbischen Sängerbund als »einzige anerkannte . . . Organisation« des Chorwesens. Neben Bestimmungen, die die Aufnahme von ehemaligen Mitgliedern des



Walter Röcker, Pfarrer 1927 bis 1935



Ernst Welsch, Dekan 1918 bis 1934

aufgelösten Arbeitersängerbundes betrafen, wurde die Absicht hervorgehoben, die »bisherige Zersplitterung in der Pflege des deutschen Liedes« zu beheben. In Orten unter 2000 Einwohnern durfte demnach nur noch ein Gesangsverein bestehen, und auch in größeren Orten und Städten sollte der »Zusammenschluß einzelner Vereine zu größeren Körpern« betrieben werden³¹⁹. In Vaihingen dauerte es jedoch noch vier Jahre, bis sich die beiden Gesangsvereine – unter Nachhilfe der Stadtverwaltung – zum Männergesangsverein zusammenschlossen³²⁰.

Besonders schwer tat sich der Musikverein mit dem neuen Staat, auch nachdem Karl Weinmann³²¹, ein populärer Sozialdemokrat, sein Amt als stellvertretender Vorsitzender aufgegeben hatte. Die bereits erwähnte Weigerung der SA, hinter der Musikvereinskapelle zu marschieren, läßt erkennen, welche Spannungen, die dann auch auf den Verein übergriffen, hier bestanden. Eine Entspannung trat erst ein, nachdem die Musiker ab 1936 als SA-Kapelle in Uniform aufspielten³²². Daß der Dirigent Friedrich Wörz³²³ bei dieser Gelegenheit für die Musiker auch SA-Ausweise ausfüllte und diese mit gefälschten Unterschriften versah, brachte manchen nach Kriegsende, als die Ausweise bei der Entnazifizierung zum Vorschein kamen, in unverschuldete Verlegenheit. Nach einer erneuten Auseinandersetzung zwischen der Partei und dem stellvertretenden Vorsitzenden Wilhelm Jourdan³²⁴ wurde diesem sein Rücktritt nahegelegt: er sei untragbar³²⁵.

Schulung und Verpflichtung der zahlreichen Neumitglieder und Funktionsträger bestimmten das politische Leben auf kommunaler Ebene nach der Konsolidierung der Macht weitgehend. Eine Mitglieder-Versammlung der Vaihinger NSDAP Anfang Mai brachte dementsprechend einen umfangreichen Vortrag des Enzberger Fabrikanten Schickle über die Pflichten der NSDAP-Mitglieder³²⁶. Nach einer Abgrenzung gegen bloße Mitläufer stellte der Redner den wahren Nationalsozialisten vor: Dieser müsse von der »Wucht des Geschehens überzeugt« und fest entschlossen sein, am »herrlichen Bau des deutschen Volkes mitzuarbeiten«. In den Gemeinden gelte es, die Anordnung von oben »bis hinein ins kleinste und letzte Bauernhaus« durchzuführen und ernsthaft zu arbeiten, anstatt zu reden. Mit den bestehenden Organisationen, vor allem aber mit der Kirche, müsse gut zusammengearbeitet werden. Den anwesenden Lehrern bescheinigte er großzügig, sie seien durchaus als vollwertige Mitglieder zu betrachten, auch wenn sie erst jetzt zur Partei kämen. Dafür hätten sie die Pflicht, die Jugend zur Achtung vor den Älteren, vor allem aber vor dem SA-Mann zu erziehen, denn der habe ja das deutsche Volk gerettet(!). Mit dem letzten Satz ließ Schickle ebenso wie mit seiner Erklärung, die Partei »werde revolutionär bleiben«, ein Thema anklingen, das einigen Konfliktstoff barg, da eine große Zahl der »alten Kämpfer« – vor allem in der SA – unruhig zu werden begannen, stellten sich doch weder die erwartete zweite Revolution noch die erhofften Belohnungen ein, zumindest nicht in dem erwarteten Ausmaß. Die Ermordung der SA-Führer im sogenannten Röhm-Putsch sollte die Antwort Hitlers auf diese Forderungen sein.

Eine Einführung in das Programm der NSDAP, die 25 Punkte aus dem Jahr 1920, sollte eine Versammlung am 21. Juni bringen³²⁷. Außer antijüdischer Hetze, dem Nachplappern der unrealistischen Wirtschaftsforderungen, die von Hitler schon lange aufgegeben worden waren sowie der Betonung des Führerprinzips und der Notwendigkeit, Ständedünkel und Vorurteile abzulegen, fiel dem Redner dazu allerdings nichts ein.

Gegen den Versailler Vertrag ließ sich wenige Tage später der Vaihinger Landrat Dr. Storz³²⁸ vernehmen. Er rechnete dabei offensichtlich mit dem schlechten Gedächtnis seiner Zuhörer, wenn er erklärte, die Annahme der Friedensbedingungen sei »ein Akt der Feigheit« gewesen³²⁹. Daß die Annahme von den alliierten Siegern mit der Drohung eines Einmarsches in das wehrlose Deutschland erpreßt worden war, spielte jetzt keine

Rolle mehr, galt es doch, Hitlers Auszug aus dem Völkerbund und die Wiederaufrüstung propagandistisch vorzubereiten.

Dem von den Nazis heftig umworbenen Mittelstand galt am 9. Juli eine Großkundgebung, bei der der Aufbau eines berufsständisch organisierten Staates sowie die Abschaffung der Warenhäuser und Konsumvereine propagiert wurde³³⁰. Im weiteren Verlauf des Dritten Reiches sollten die Warenhäuser zwar mit einigen Schwierigkeiten und Benachteiligungen zu kämpfen haben und – soweit sie in jüdischer Hand waren – ihre Eigentümer wechseln, sie verschwand jedoch ebensowenig wie die Konsumvereine; die Versammlungsteilnehmer hatten aber wenigstens das gehört, was sie wollten. Handwerk und Kleinhandel erhielten jedoch durch die propagandistische Zuwendung des Staates, etwa in der Betonung ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung, in der Anknüpfung an die deutsche Handwerkstradition der Zünfte, in der Durchführung von Reichsberufswettkämpfen, durchaus auch ein neues Selbstwertgefühl. Dies wiederum weckte und verstärkte die Bereitschaft dieser Kreise, sich in die Ordnung des Dritten Reiches einzufügen »und damit die nationalsozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik und d. h. auch die Machtausübung zu unterstützen«³³¹. Der Höhepunkt der Aktivitäten auf diesem Gebiet noch während des Jahres 1933 bestand in der Durchführung einer »Deutschen Woche«, verbunden mit einer »Handwerker-Woche«, die am 15. Oktober mit einem Festzug und einem Deutschen Abend eingeleitet wurde und vor allem auf die Leistungsfähigkeit des örtlichen und nationalen Handwerks sowie auf die Notwendigkeit, deutsche Waren zu kaufen, hinweisen sollte³³².

Einen ganzen Sonntagnachmittag beanspruchte die Partei im September für eine Schulungs-Tagung ihrer Funktionsträger und Parteimitglieder³³³. Nach einer Einführung in die neue Gemeindeordnung durch den Kreis-Kommunalberater, Bürgermeister Seybold aus Eberdingen, ließ sich der Sersheimer Ortsgruppenleiter Orłowsky über die nationalsozialistischen Erziehungsziele aus, von denen er besonders hervorhob: den Glauben an die Idee, Kameradschaftlichkeit, Opferfreudigkeit und Selbsterziehung. Damit könne die im Hinblick auf die kommenden Auseinandersetzungen in Europa(!) notwendige Festigung der Nation geleistet werden. Bedeutung und Aufgabe des Rundfunks im neuen Staat stellte Kreiswart Krauß³³⁴ vor, indem er offen auf die Funktion hinwies, die diesem Medium seit der Machtübernahme zielstrebig zugewiesen worden war; der Rundfunk – so Krauß – sei es gewesen, »der die nationalsozialistische Revolution in die kleinste Hütte getragen habe; er sei berufen, nicht nur Politik und Wirtschaft, sondern auch die geistigen und künstlerischen Belange« den Volksgenossen nahezubringen, sei damit »der Mittler... der Volksgemeinschaft«.

Als wichtigste Propagandathemen der kommenden Monate kündigte Kreis-Propagandaleiter Dr. Baur³³⁵ die Behandlung der Judenfrage und den Dreimonatsplan für bevölkerungspolitische Aufklärung an. Für die Bekämpfung des Geburtenrückgangs, Verhinderung des erbkranken Nachwuchses und Erhaltung der Rasse müsse im ganzen Volk Verständnis erweckt werden; sämtliche Vereine seien dafür in Anspruch zu nehmen³³⁶.

Nachdem dann schließlich noch Franz Meyer die Organisation der Winter-Nothilfe besprochen hatte, waren die Themen erschöpft – die Zuhörer wohl ebenso. So ungeschickt solche Mammut-Veranstaltungen ganz sicher waren, indem sie das Aufnahmevermögen der Zuhörer im Übermaß strapazierten, zeigten sie doch, mit welchem Eifer und mit welcher Konsequenz die Nazis darangingen, ihre Weltanschauung im Lande zu verbreiten, wobei dann – wenn auch erst noch verdeckt – Ziele angesprochen wurden, die in ihrer schrecklichen Konsequenz erst Jahre später verwirklicht wurden.

Dagegen zeigte eine Mitglieder-Versammlung mit dem Landtagsabgeordneten Reiner am 10. Oktober bereits eine offenkundige Schwäche der NS-Propaganda: die wenigen

Achtung!  **Achtung!**

Am Freitag hört alles den Führer

Beachtet die Anordnungen in den Zeitungen S 12
Drück, Kreisleiter.

Achtung! **Achtung!**

Am Freitag, den 10. November, nachmittags von 1 Uhr bis 2 Uhr muß jede Arbeit ruhen.

In jedem größeren Betrieb muß ein Lautsprecher aufgestellt sein, damit jeder Arbeiter die Rede des Führers aus Berlin hören kann. Am dem gleichen Tage gehen um 12 Uhr alle Flaggen hoch. S 12

Abends um 8 Uhr ist jedem Volksgenossen Gelegenheit gegeben, die Rede des Führers im Bahnhofsaal hier durch Großlautsprecher zu hören.

Für Mitglieder der Partei ist Erscheinen unbedingte Pflicht.
Die Kreisleitung.

Anzeigen im Enz-Boten v. 9. November 1933

Themen wiederholten sich allzusehr und unterlagen damit einer erhöhten Abnutzungsgefahr. Die rasche Folge der verpflichtenden Veranstaltungen, die immer nach dem gleichen Ritual abliefen, stumpften die Zuhörer ab. Wie anders soll man sich sonst die einleitenden Worte Reiners erklären, der seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß die Versammlung »einen etwas gedrückten Eindruck« mache³³⁷.

Eine erneute Mobilisierung von Partei und Volk wurde noch im Oktober in Szene gesetzt, als Hitler sich in einer ersten Volksabstimmung den Austritt aus Völkerbund und Abrüstungskonferenz, den er als Streben nach Gleichberechtigung getarnt hatte, bestätigen lassen wollte. Damit verbunden war die Neuwahl des Reichstages. Der von oben verordnete »Wahlkampf« brachte in den ersten beiden November-Wochen nicht nur den umfassenden Einsatz der Presse, und am 7. November eine Wahlkundgebung mit Dr. Drück, er mobilisierte erstmals auch die Menschen an ihren Arbeitsplätzen. In einer Anzeige der Kreisleitung wurde nämlich kurzerhand angeordnet:

»Am Freitag, 10. November, nachmittags von 1 Uhr bis 2 Uhr muß jede Arbeit ruhen. In jedem größeren Betrieb muß ein Lautsprecher aufgestellt sein, damit jeder Arbeiter die Rede des Führers aus Berlin hören kann. Am gleichen Tag gehen um 12 Uhr alle Flaggen hoch. Abends 8 Uhr Lautsprecherübertragung der Führerrede im Bahnhofsaal.«³³⁸

So geschah es denn auch: Überall in der Stadt wurden die Schwarz-Weiß-Rote Reichsfahne und die Hakenkreuzflagge aufgezogen. In den Schulen wurde aus der Flaggenhissung gar eine Feierstunde gemacht. Im Bahnhof und in zahlreichen Betrieben lauschten die Vaihinger – wie befohlen – der Hitler-Rede aus den Siemens-Schuckert-Werken in Berlin³³⁹. Und das Abstimmungsergebnis? Es kam zwar »viel später heraus als bei früheren Wahlen«, brachte dafür aber auch die in einer Diktatur üblichen Prozentsätze: Bei einer Wahlbeteiligung von 97,3 % (Reichstagswahl) bzw. 97,2 % (Volksabstimmung) gab es bei der Reichstagswahl 4 % ungültige Stimmen, während bei der Volksabstimmung 1,2 % der Wähler ungültig und 1,1 % mit Nein stimmten. Glockengeläut und Beflaggung sollten auch noch am Montag für Hochstimmung sorgen³⁴⁰.

Neben die zahlreichen Schulungs- und Propagandaveranstaltungen stellten die Nazis eine Kette von Feiern, die das ganze Jahr durchzog und wohl die neue Volksgemeinschaft

heraufführen sollte. Dabei hängten sie sich nicht nur an bestehende Traditionen an – etwa beim Maientag, beim Erntedankfest und beim Volkstrauertag –, sie suchten ebenso verlorengegangene Traditionen – wie die Sonnwendfeiern – neu zu beleben. Und dazu kamen dann noch die Parteifeiertage, die rasch in den Rang von nationalen Feiertagen erhoben wurden: Tag der Machtergreifung (30. Jan.), Führers Geburtstag (20. April), Tag der nationalen Arbeit (1. Mai), Gedenken für die »Opfer der Bewegung« (9. November). Dazu kamen Feiern und Aufführungen, in denen die neue, nationalsozialistische Kultur durch »Spielscharen«³⁴¹, SA-Kapellen³⁴² und in »wertvollen Filmen«³⁴³ dargeboten wurde.

Zweifellos gelang es den Nazis gerade bei solchen Feiern, viel bürgerschaftlichen Idealismus zu aktivieren. Bei den Veranstaltungen zeigte es sich aber auch, daß nach dem Weggang von Dr. Fraas keiner der Vaihinger Parteifunktionäre mehr in der Lage war, eine Rede zu halten. Man mußte daher entweder einen Redner von auswärts holen oder auf Stadtpfarrer Röcker zurückgreifen.

Einen ersten Anlaß zum Feiern bot 1933 der »Tag von Potsdam« am 21. März. Schon drei Tage zuvor hatten die württembergischen Schulen – entsprechend einer Anordnung des Kultusministers – eine »Feier der nationalen Erhebung« durchzuführen³⁴⁴. Der »Tag der nationalen Erhebung« brachte zunächst den Beamten und Schulkindern einen freien Tag und allen Vaihingern ein Festgeläute zur Mittagszeit. Der Abend wurde mit einer Ansprache des Bürgermeisters eingeleitet, an die sich ein Fackelzug durch die Straßen der Stadt zum Auricher Berg anschloß. Neben den Gliederungen der NSDAP waren Stahlhelm und Kriegerverein, Beamte, Gemeinderäte und der CVJM, Musikverein und Sängerbund zu dem Höhenfeuer unterwegs, in dessen Schein der Roßwager Pfarrer Lechler die neue Entwicklung begrüßte. Ein Hoch auf Deutschland, ein Heil auf Hitler, Horst-Wessel-Lied und Deutschland-Lied, all das sollte für die nächsten zwölf Jahre zum unverzichtbaren Bestandteil solcher Feiern gehören. Daß allerdings zum Abschluß auf dem Marktplatz noch der Choral »Nun danket alle Gott« gesungen wurde, läßt sich nur aus der damals geltenden Taktik erklären, die die Kirche so eng wie möglich an die Partei heranführen sollte³⁴⁵.

Hitlers Geburtstag wurde mit einem »Deutschen Abend« im überfüllten Bahnhofsrestaurant begangen. Neben einer Osterbescherung für die Kinder und der Darbietung von acht »lebenden Bildern« (Ausmarsch in den Krieg; Der rote Dolchstoß; Aus dem Ruhrkampf; Michel unter der Steuerlast; Ermordung eines SA-Mannes; Nach Palästina auswandernde Juden; Den toten SA-Männern zum Gedächtnis; Heil Hitler) folgte die Festrede des Landtagsabgeordneten Reiner, in der dieser neben der üblichen Parteierzählung (Rückblick auf die deutsche Geschichte seit 1914 und auf die Entwicklung der NSDAP) »in beredten Worten die Persönlichkeit Hitlers und sein Werk« würdigte³⁴⁶.

Von der Maifeier ist dagegen – erstaunlicherweise – kein Bericht zu finden. Das Programm zeigt jedoch, welche Bedeutung diesem Tag beigelegt werden sollte. Feldgottesdienst und Rundfunkübertragung aus Berlin am Vormittag, großer Festzug aller Vereine und Betriebe mit anschließender Feier auf dem Egelsee am Nachmittag, Konzert der Stadtkapelle, erneute Rundfunkübertragung und Feuerwerk am Abend füllten den Tag wohl dosiert mit herkömmlichen und neuen Festritualen, ließen aber vom ursprünglichen Charakter dieses Kampftages der Arbeiter nichts mehr anklingen³⁴⁷.

Eine Schlageter-Gedächtnisfeier am 26. Mai gab den Nazis dann die Gelegenheit, dieser neben Horst Wessel zentralen Märtyrer-Figur anlässlich des zehnten Todestages eine überschwengliche Würdigung zukommen zu lassen³⁴⁸. Die Feier zeigt aber auch, wie sehr die NSDAP von Anfang an darum bemüht war, einen eigenen Mythos zu gewinnen, der längerfristig dazu bestimmt sein sollte, an die Stelle der Religion zu treten.

Der Maientag als ältestes weltliches Vaihinger Fest erwies sich mit seiner langen Tradition und den festgefügtten Formen seines Ablaufs zunächst als sehr widerstandsfähig gegenüber den Versuchen der Nazis, auch diesen Tag für sich zu vereinnahmen, nachdem sie 1933 mit einem demonstrativen Akt auf sich aufmerksam machen wollten. Die Partei beteiligte sich nämlich mit all ihren Gliederungen und einer Ludwigsburger SA-Kapelle am Festzug, sammelte sich aber gesondert in der Franckstraße, marschierte von dort »unter klingendem Spiel« durch die Stadt zum Illinger Tor und schloß sich erst dort dem Festzug an, der sich wie üblich auf dem Marktplatz aufgestellt hatte. In der Rondellfeier nahmen dann nicht weniger als vier Gedichte Bezug auf die neue Zeit: »Dem Sieger Heil«, »Neues Singen«, »Dem Führer Deutschlands« und »Deutschland marschiert in den Morgen«³⁴⁹.

Im Jahr darauf kehrte jedoch die Normalität wieder ein; die Partei verzichtete auf eine Beteiligung am Festzug, und von den Gedichten atmete nur noch eines den neuen Geist. Dafür fanden am Nachmittag Wettbewerbe des Turnvereins, der HJ und der SA statt³⁵⁰. Dabei blieb es zunächst, lediglich die Nachmittagsveranstaltung wurde ab 1935 vom Reitersturm der SA gestaltet³⁵¹.

Mit dem Amtsantritt von Bürgermeister Schmid wurde dann allerdings versucht, dem Maientag ein neues Gesicht zu geben. Daß hier manches Gewohnte auf der Strecke blieb, »hat man mit Bedauern in Kauf genommen«³⁵². Vor allem, daß ab 1937 der Festzug nicht mehr durch die Kirche geführt wurde und der Festgottesdienst damit wegfiel, stieß offensichtlich weithin auf Kritik³⁵³. Eine gute Aufnahme fanden 1938 dagegen die zum ersten Mal in den Festzug eingereichten historischen Gruppen sowie der Begrüßungs- und Heimatabend am Pfingstsonntag, bei dem auch das erste Heimatspiel über die Bretter des Bahnhof-Saales ging³⁵⁴.



Erntedankfeier auf dem Egelsee

Hatte Stadtpfarrer Röcker schon in seinen Predigten am 1. Mai 1933 und an Pfingsten die durch Gott gegebene Wende feiern können, durfte er bei der Sonnwendfeier die Totenehrung vornehmen³⁵⁵, so wurde ihm am Erntedankfest gar eine zentrale Rolle zugewiesen³⁵⁶. Nach dem Willen der Reichsführung sollte der Tag dazu dienen, die »Schicksalsverbundenheit zwischen Land und Stadt« zum Ausdruck zu bringen und die bäuerliche Arbeit auf dem Hintergrund der Blut- und Boden-Ideologie besonders zu würdigen. Entsprechend groß war auch in Vaihingen der publizistische Aufwand, wurden doch die Reden zum Teil im Wortlaut abgedruckt. Nachdem der Tag mit Musik und Böllerschüssen begonnen hatte, brachte der Festgottesdienst in der Predigt von Stadtpfarrer Röcker die geistliche Seite zum Tragen. Seine Dankespredigt war dann auch umfassend; er dankte Gott für die in der Ernte eingebrachten Früchte des Feldes, er dankte ihm dafür, »daß er ... einen Mann erweckt hat, der den Umschwung« bewirkte, er dankte für den Reichspräsidenten, für die Wahl des ersten Reichsbischofs und dafür, »daß wir zusammengehören, daß Jeder nur ist, wie ein Glied am großen Leib des Volkes«. Er rief auch auf, das Winterhilfswerk mit Gaben zu bedenken. Gemeinde und Partei konnten zufrieden sein.

Am Nachmittag zog wieder ein Festzug durch die Straßen der Stadt, zu dem die einzelnen Gemeinden aus dem Oberamt und die Vaihinger Ortsbauernschaft Festwagen geschmückt hatten. Wie üblich folgte ein Festakt im Egelsee mit Reden von Kreisbauernführer Schmidgall und Landesökonomierat Dr. Schlecht³⁵⁷. Während Schmidgall besonders die Tatsache hervorhob, daß es zum ersten Mal gelungen sei, die Brotversorgung aus eigener Scholle zu sichern und damit auf die Autarkieforderungen Hitlers einging, wurde Dr. Schlecht grundsätzlicher. Er dankte nicht nur Hitler dafür, daß er Deutschland vor dem bolschewistischen Chaos gerettet habe, er pries ebenso die neue Volksgemeinschaft und wies mit Befriedigung darauf hin, daß in der völkischen Wirtschaft der Bauer wieder den Platz erhalten habe, der ihm zustehe. Und auch hier durften sich die Zuhörer anschließend die Reden Hitlers und des Reichsernährungsministers Darré anhören.

Der »Deutsche Abend«, der den Tag beschloß, brachte erneut eine Festrede von Stadtpfarrer Röcker, in der dieser sich über die zentralen Nazi-Schlagworte Boden, Blut und Geist ausließ. Deutschland als Volk ohne Raum hoffe »auf den Lenker der Weltgeschichte«, daß er einmal den Boden geben werde, den das Volk nötig habe, »um seine Aufgabe erfüllen zu können«. Vor ihrem Schöpfer – so seine zweite These – sei jede Rasse verpflichtet, »ihre Eigenart möglichst rein zu halten«. Der Kampf gelte allem Undeutschen, während alle Deutschen durch »die geheimen Bande des Blutes« verbunden seien. Nun könne auch der neue Geist des Opfersinns und des Idealismus erwachen. Chorgesang und Volkstänze umrahmten diese Einführung in die nationalsozialistische Ideologie, die gleichzeitig in aller Deutlichkeit die Rechtfertigung für Krieg und Antisemitismus enthielt. Röcker wurde schließlich auch ausersehen, bei der Gefallenen-Gedächtnisfeier im November die Gedächtnisrede zu halten, die ein geradezu hymnisches Loblied auf Adolf Hitler als dem Retter Deutschlands vor den verderblichen und volksfremden Einflüssen enthielt. Er habe dafür gesorgt, daß die Millionen Toten des Weltkriegs nicht umsonst gestorben seien. Bürgermeister Linkenheil, der ebenfalls zu Wort kam, beschränkte sich dagegen darauf, in schlichten Worten der Toten zu gedenken³⁵⁸.

Auch in den Schulen wurde neben den auch schon seither abgehaltenen Schulfestern zum Schuljahrsschluß oder zum Gedenken an berühmte Deutsche eine politische Feier um die andere angesetzt: Neben der schon erwähnten Feier zum Tag der nationalen Erhebung sollte der 1. Mai, das Schlageter-Gedenken, ein »vaterländischer Abend« als Abschluß des im Juli angeordneten »vaterländischen Unterrichts« und der »Tag des Deutschtums« feierlich begangen werden³⁵⁹, bis dann am Schluß des Jahres das Reichs-

ministerium des Innern anordnete, daß auch am letzten Schultag vor und am ersten Schultag nach den Ferien eine Flaggenmehrung vor der gesamten Schülerschaft stattzufinden habe³⁶⁰. Daß bei all diesen Parteiaktivitäten die Menschen kaum mehr zur Ruhe und zur Besinnung kamen, war von der Partei durchaus gewollt. Für die Vereine bedeutete dies jedoch eine wesentliche Beeinträchtigung, was der Vorsitzende des Albvereins bei der Jahreshauptversammlung 1934 offen aussprach: die Inanspruchnahme der Mitglieder sei heute sehr groß, »so daß für den Albverein kaum mehr Zeit übrig bleibe«. Der Verein sei »eine freiwillige Einrichtung, von der man eben wegbleiben könne«³⁶¹.

Überaus große Findigkeit bewiesen die Nazis auch, wenn es darum ging, ihren Mitgliedern und den übrigen Volksgenossen Geld aus den Taschen zu ziehen. Nicht nur, daß beim Eintritt in die Partei Beiträge auch für längere Zeiträume rückwirkend zu entrichten waren, auch anlässlich des Reichsparteitags ordnete die Gauleitung eine Umlage an, die von sämtlichen Mitgliedern zu bezahlen war und für die älteren Mitglieder 1 RM, für die neu hinzugekommenen aber 2 RM betrug. Auf große Gegenliebe scheint diese Anordnung jedoch nicht gestoßen zu sein, mußte die Ortsgruppe doch wenige Tage später die Zahlung mit der Drohung anmahnen, wer nicht zahle, müsse der Gauleitung gemeldet werden³⁶². Daneben standen dann noch die zahlreichen Haus- und Straßensammlungen, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit abgehalten wurden, 1933 zugunsten des Wehrsports³⁶³ und anlässlich des Festes der Jugend³⁶⁴. Höhepunkt dieser Sammlungsstätigkeit war jedoch schon 1933 die Kampagne zugunsten des Winterhilfswerks, das unter der Losung »Niemand soll hungern und frieren« den Arbeitslosen und ihren Familien helfen sollte. Nach dem offiziellen Beginn der Werbeaktion Ende September³⁶⁵ konnte bereits beim Erntedank-Fest ein stattliches Sammelergebnis an Naturalien und Geld vorgezeigt werden³⁶⁶. Mit der Aufstellung einer großen Sammelbüchse auf dem Marktplatz, einer Haussammlung und der Benagelung eines HJ-Schildes³⁶⁷ wurde die Aktion noch mehrere Wochen fortgeführt. So sinnvoll gerade diese Aktion wohl war, so zeigt sie gleichzeitig, wie eine gute Idee diskreditiert und zu Tode geritten werden kann. So wurden die Beamten zum Spenden gezwungen, indem sie sich – so beim Landratsamt – in Listen eintragen und dabei die Höhe ihrer Spenden, die dann direkt vom Lohn bzw. Gehalt abgezogen wurden, angeben mußten. Während des Krieges wurden die entsprechenden Vordrucke sogar den im Feld stehenden Beamten nachgesandt. Außerdem wurde notiert, wer eine Spende verweigerte³⁶⁸. Angesichts solcher und ähnlicher Praktiken ist es wohl nicht weiter verwunderlich, daß sich die Kreisleitung am 15. Dezember 1937 in einem Rundschreiben über den starken Rückgang von Sammelergebnissen beklagte; die Verantwortung dafür wurde den »Hoheitsträgern« angelastet³⁶⁹.

Eine Auseinandersetzung ganz eigener Art, die aber durchaus einen politischen Hintergrund hatte, entbrannte während des ganzen Jahres zwischen dem Herausgeber des »Enz-Boten«, Wilhelm Wimmershof³⁷⁰, und seinem Konkurrenten Alfred Schnauer³⁷¹, der die 1932 gegründete »Vaihinger Zeitung« herausgab. Dadurch, daß sich Schnauer an die Nazis anhängte, eskalierte die zunächst presserechtliche Auseinandersetzung³⁷², als die Kreisleitung die »Vaihinger Zeitung« zur nationalsozialistischen Tageszeitung und zum Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Vaihingen erklärte³⁷³. Diesen Angriff auf seine Existenzgrundlage trat Wimmershof zunächst mit einer Erklärung über die Rechtswidrigkeit dieses Schrittes, einige Wochen später mit einem grundsätzlichen Artikel über »Die Heimatpresse im neuen Staat« gegenüber³⁷⁴. Neben Partien plumper Anbiederung an die NSDAP stehen energische Wendungen gegen »politische Konjunkturritter«, die Gesinnung vorbrächten, wo Leistung gefordert sei. Der auch weiterhin vehement ausgetragene Streit³⁷⁵ kam erst zum Erliegen, als es Wimmershof 1936 gelang, die Konkurrenz-Zeitung aufzukaufen und stillzulegen. Der Enz-Bote erschien dafür einige Monate lang mit dem Untertitel »Nationalsozialistische Tageszeitung«³⁷⁶.

Neben den Konjunkturrittern gab es aber auch in Vaihingen Menschen, die sich mit den neuen Bräuchen schwertaten. Während für die Beamten und in den Schulen der Hitlergruß seit Juli obligatorisch war³⁷⁷, galt es bald auch, Fahnen, Standarten und Wimpel marschierender NS-Einheiten zu grüßen und den Arm beim Absingen des Horst-Wessel-Liedes und des Deutschland-Liedes zu heben. Als dies einige Vaihinger unterließen, wurden sie Anfang November prompt zur Feststellung ihrer Personalien auf die Polizeiwache verbracht³⁷⁸. Viele Bürger reagierten auf diese Anordnung damit, daß sie es nach Möglichkeit vermieden, in eine Situation zu kommen, in der ihnen der Hitler-Gruß abverlangt werden konnte³⁷⁹.

Zur Verunsicherung der Menschen trug sicher auch jene reichsweite Polizeiaktion bei, in der – ohne Angabe von Gründen – Fahrzeuge und Fußgänger an den Ortseingängen durch Polizei, Landjäger und SA-Leuten kontrolliert und durchsucht wurden³⁸⁰.

Anders als viele Gemeinderäte – etwa der von Ensingen –, die unmittelbar nach der Machtübernahme das Ehrenbürgerrecht an die neuen Herren vergaben³⁸¹, ließen sich die Vaihinger damit noch etwas Zeit; erst im September schlug Bürgermeister Linkenheil vor, die beiden württembergischen Naziführer Murr und Mergenthaler mit dieser Ehre zu bedenken³⁸², was dann auch einstimmig beschlossen wurde. Während Mergenthaler abwinkte, akzeptierte Murr; die Urkunde konnte jedoch erst am 23. Juni 1935 überreicht werden. Ebenso einstimmig war auch der Beschluß, mit dem der Gemeinderat am 12. März 1946 dem einst so Geehrten das Ehrenbürgerrecht wieder entzog³⁸³.

Um der Sammlung für das WHW keinen Abbruch zu tun, verzichteten viele Vereine auf die für Ende 1933 bereits geplanten Weihnachtsfeiern und setzten statt dessen bescheidenere »Familienabende« an³⁸⁴. Nicht so die NSDAP; die NS-Frauenschaft führte unter dem Motto »Sozialismus der Tat« eine Kinderbescherung durch, bei der auch Pfarrer Röcker mit einer Ansprache nicht fehlte³⁸⁵. Aber auch der Musikverein trat an die Öffentlichkeit, und zwar mit einem Krippenspiel des Vaihinger Studienrats Eugen Geiger³⁸⁶, das Reigen, Musik, Gesang und lebende Bilder aufbot und am 26. Dezember unter der Leitung des Autors und Arrangeurs seine wohlwollend aufgenommene Uraufführung erlebte³⁸⁷. Ortsgruppenleiter Meyer, der persönlich eingeladen worden war, hatte allerdings unwirsch abgelehnt: dieses »Juden-Märlein« werde er sich nicht anschauen³⁸⁸. Mit dieser Dissonanz, die dem Jahr wohl angemessen ist, mag auch dieser Überblick enden.

IV. Schlußbemerkungen

*Die Deutschen sind von Hitler befreit worden
und werden ihn doch niemals loswerden.*

Eberhard Jäckel

Versuchen wir ein Fazit zu ziehen, so läßt sich dies auf dem Hintergrund des hier herangezogenen Materials in 11 Punkten zusammenfassen:

1. Die Vaihinger Wähler wandten sich relativ spät, dann aber um so heftiger der NSDAP zu; lag der nationalsozialistische Stimmenanteil bei der Reichspräsidentenwahl im März/April 1932 noch deutlich – um 9 % bzw. 8 % – unter dem Reichsdurchschnitt, so lag er bei den Landtagswahlen Ende April nur noch knapp unter dem Landesdurchschnitt, um dann im Juli erstmals den Reichsdurchschnitt zu übersteigen. In der Märzwahl 1933 schließlich gewann die NSDAP in Vaihingen rund 8 % mehr Wähler als im Reich und rund 10 % mehr als im Land Württemberg.

2. Diesen Zulauf erhielt die NSDAP vor allem durch das massenhafte Umschwenken der bäuerlichen und – noch stärker – der bürgerlichen Wähler aus dem gewerblichen Mittelstand und der Angestelltenschaft, die von den Nationalsozialisten eine Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme und ein Aufhalten des durch die Industriegesellschaft erzwungenen gesellschaftlichen Umbruchs erhofften. In geringem Maße stießen auch ehemalige SPD- und KPD-Wähler zur NSDAP.

3. In den zahlreichen Wahlversammlungen der Nationalsozialisten wurden alle Themen angesprochen, die das »Dritte Reich« bestimmen sollten, wurden alle Maßnahmen zur Ausschaltung der Demokratie, wurde die Verfolgung der politischen Gegner und der Juden offen angekündigt, so daß jeder, der sich informieren wollte, wissen konnte, was eine Machtübernahme durch die Nazis bringen würde. Aber angesichts der durch die Wirtschaftskrise in nahezu allen Bevölkerungsschichten verbreiteten Not und Unsicherheit wollten wohl viele gar nicht so genau hören. Da ihnen das Wasser bis an den Hals stand, klammerten sie sich an das Versprechen Hitlers, er werde für Arbeit und Brot sorgen, und überhörten bzw. verdrängten, was an Bedenklichem angekündigt wurde.

4. Nach der Machtübernahme kamen weitere Motive für eine Annäherung an die Nationalsozialisten bzw. für einen Parteieintritt hinzu: von der Sicherung der wirtschaftlichen Existenz über das Bestreben, auch dabei zu sein, wenn die Karten im politischen und gesellschaftlichen Spiel neu verteilt wurden, bis hin zu dem Willen, sich in idealistischer Weise in den Dienst einer vermeintlich großen Sache zu stellen; sollte es doch gelten, die auch in der Weimarer Republik noch offensichtliche Zerrissenheit des Volkes zu überwinden. Selbstverständlich wird man in vielen Fällen damit rechnen müssen, daß egoistische und altruistische Motive ineinanderflossen und im einen Fall das erste, im anderen das zweite überwog. Die propagierte Volksgemeinschaft war daher ebenso eine Gemeinschaft der Jasager, wie die der Mitläufer, der Idealisten, der Konjunkturritter, aber auch der widerwillig Schweigenden. Sie wurde durch eine kämpferisch-optimistische Aufbruchsstimmung gefördert und durch einen immer stärker werdenden Druck gegen Andersdenkende erzwungen.

5. Die Machtübernahme in Vaihingen verlief nach außen ohne große Dramatik, da die beiden »Hauptfeinde« der Nationalsozialisten nicht in spektakulären Aktionen bekämpft werden konnten: es gab keine jüdischen Mitbürger, an denen sich der offiziell geforderte Antisemitismus hätte zeigen können, und es gab auch keine starke organisierte Arbeiterbewegung mehr, die man hätte zerschlagen können. Und auch an der Spitze der Verwaltung änderte sich nichts; der Bürgermeister blieb im Amt. Bei näherem Zusehen wird aber deutlich, daß die Nazis in den wenigen Fällen, wo dies möglich war, ihre Macht demonstrierten: Der Lehrer Walter Schüle wurde wegen seiner KPD-Mitgliedschaft nicht nur aus dem Schuldienst entlassen, er mußte auch noch seine der Gemeinde gehörende Wohnung räumen. Drei führende Mitglieder der Vaihinger KPD mußten die Schrecken des Konzentrationslagers auf dem Heuberg erdulden. Und den von ihnen nur widerwillig akzeptierten Bürgermeister Linkenheil bedrängten die Vaihinger Nazis so lange, bis er in den Sielen starb.

6. Auf dem Gebiet der Kommunalpolitik lassen sich zwei Entwicklungen feststellen. Zum einen kehrte sich der von den Nazis vor der Machtübernahme immer wieder erhobene Vorwurf, das Streben nach Macht und Bereicherung beherrsche die Gemeinderäte ebenso wie die Parteiwirtschaft, sehr schnell gegen die neuen Gemeinderäte im Braunhemd, nahmen sie doch die Stadtkasse ungeniert und immer weitergehend für Parteizwecke in Anspruch. Zum anderen kam das kommunalpolitische Leben im Laufe des Dritten Reiches nahezu zum Erliegen, da die Reste der Demokratie auch hier unter dem Gluthauch des Führerprinzips verdorren mußten.

7. Auch in Vaihingen zeigte es sich, daß die alten Kämpfer, die nach der Machtübernahme ihren Lohn kassieren wollten, weder hinsichtlich ihrer menschlichen Qualitäten, noch in ihren intellektuellen und organisatorischen Fähigkeiten auf Dauer den Anforderungen gewachsen waren, die die jetzt zur Massenorganisation und Staatspartei gewordene NSDAP an sie richtete. Die von einigen der »Hoheitsträger« dafür an den Tag gelegte Anmaßung und Großspurigkeit konnte über diese Mängel nicht hinwegtäuschen. Während einer mehrjährigen Übergangsphase wurden sie deshalb durch qualifizierte »Parteigenossen« ersetzt, die von außerhalb nach Vaihingen versetzt wurden. Zug um Zug etablierte sich in der Stadt ein neuer Kreisleiter, ein neuer SA-Chef, ein von oben diktiertem Bürgermeister und ein neuer Ortsgruppenleiter. Sicher blieb hier viel Enttäuschung und Verbitterung zurück.

8. Als äußerst wirksam erwies sich die von den Nazis unter Hinweis auf den Reichstagsbrand in Umlauf gesetzte Propagandalüge, die Machtübernahme habe das deutsche Volk in letzter Minute vor dem bolschewistischen Chaos bewahrt. Vor allem in der Beamenschaft und in kirchlichen Kreisen wurde sie begierig aufgegriffen, da sie ihnen die Rechtfertigung dafür bot, daß sie bei der Ausschaltung dieser Kräfte entweder aktiv mitwirkten oder aber – und dies gilt vor allem für die Kirchen – ungerührt, ja mit offensichtlicher Genugtuung zusahen. Außerdem führte diese Parole viele derjenigen an die Seite der Nazis, die schon immer etwas gegen die »Linken« hatten: die Angestellten, die Bauern, die Handwerker, die Kaufleute, die Haus- und Grundbesitzer und die Fabrikanten.

9. Gleich die ersten Monate nach der Machtübernahme brachten eine wachsende Inanspruchnahme der gesamten Bevölkerung durch die Partei und ihre vielfältigen Gliederungen, die jetzt auch in Vaihingen, wo sie bisher nicht oder nur als kleine Gruppen vorhanden gewesen waren, rasch ausgebaut wurden. Mitarbeiter dafür fanden sich vor allem in der Lehrerschaft. Der beabsichtigten Okkupierung des gesellschaftlichen Lebens in den Vereinen und Verbänden stand jedoch zunächst noch der Mangel an qualifizierten Parteimitgliedern entgegen.

10. Schon früh ist eine Ritualisierung der zahlreichen Feiern und Aufmärsche zu beobachten, bei denen ein geradezu inflationärer Gebrauch von den immer gleichen Versatzstücken gemacht wurde: Heil-Rufe, Fahnen, Horst-Wessel-Lied und Deutschland-Lied. Bevorzugte Ansprechpartner, auf die ein Großteil der Veranstaltungen auch zugeschnitten wurde, waren die Bauern und die Angehörigen des Mittelstandes, die jetzt für ihr Wahlverhalten entschädigt werden sollten. Die erhoffte wirtschaftliche Wende vollzogen die Nazis jedoch nur auf dem Gebiet der Agrarpolitik, während der Mittelstand nur im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsbelebung vom Dritten Reich profitierte.

11. Zivilen Ungehorsam als einzig mögliche Art des Widerstandes hat es auch in Vaihingen gegeben. Zeichen der Sympathie und der Hilfsbereitschaft gegenüber den von den Nazis verfolgten Familien lassen erkennen, daß Teile der Vaihinger Bevölkerung nicht bereit waren, den Haßtiraden der Machthaber zu folgen, daß sie vielmehr den politisch Verfeimten weiterhin als Nachbar und Mitbürger begegnen wollten.

Wenn der Redakteur des Enz-Boten in seinem Rückblick auf das Jahr 1933, mehrfach das Wort Kaiser Wilhelms I. zitierend, von einer »Wendung durch Gottes Fügung« spricht³⁸⁹, befällt den, der um das Ende weiß, ein heimliches Grauen. Dennoch haben wir die Pflicht, uns auch weiterhin dieser Zeit anzunehmen, wollen wir verhindern, daß die schreckliche Prophezeiung des Philosophen George Santayana eines Tages auch auf uns zutrifft: »Die sich des Vergangenen nicht erinnern, sind dazu verurteilt, es noch einmal zu erleben.«

Anmerkungen

- 1 Erfreulicherweise nahmen sich einige Vaihinger Mitbürger die Zeit, dem Verfasser ihre Erinnerungen aus jenen Jahren mitzuteilen. Die Aufzeichnungen dieser Gespräche, hier als Gespräch I bis IV aufgeführt, befinden sich im Stadtarchiv Vaihingen. Außerdem konnte der Verf. eine Reihe mündlicher Mitteilungen verwerten, die ihm vor allem nach einem Vortrag am 30. Januar 1983 in Vaihingen zuzugingen. Allen Gesprächspartnern sei auch an dieser Stelle nochmals für ihr Entgegenkommen gedankt.
- 2 Vgl. Anlage 1.
- 3 Friedrich Wahl: Die Entwicklung der Struktur in der Stadtgemeinde Vaihingen an der Enz (1895–1965), Ingenieurarbeit (masch.), Nürtingen 1966, S. 17. Im Reichsdurchschnitt betragen diese Zahlen bei der Land- und Forstwirtschaft 28,9 %, in Industrie und Handwerk 40,4 %, in Handel und Verkehr 18,5 % und bei den öffentl. u. priv. Dienstleistungen 8,3 % (Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch Bd. 3, München 1978, S. 55).
- 4 Die Firma hatte ihren Sitz in der Ziegelgartenstraße; das Firmengelände wurde – nachdem der Betrieb im Oktober 1932 versteigert und bis Anfang der siebziger Jahre unter einem neuen Inhaber weitergeführt worden war – inzwischen mit Wohnblocks überbaut.
- 5 Der Enz-Bote. Vaihinger Tageblatt. Zugleich Landpost. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Vaihingen. Amtsblatt für die Stadt Vaihingen, 26. Mai, 2. Juni, 1. Sept. 1932.
- 6 Wilhelm Toberer (1877–1954) leitete die Sparkasse seit 1921; er wurde 1933 vor dem Landgericht Heilbronn zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt (Enz-Bote, 14. Okt. 1933).
- 7 Paul Wischuf (1893–1932), der seit 1928 dem Vaihinger Gemeinderat angehörte und von Toberer in die Angelegenheit hineingezogen worden war, erlitt nach Aufdeckung der Mißstände einen Nervenzusammenbruch und beging Selbstmord.
- 8 Rudolf Bögel (geb. 1880) leitete das Oberamt seit 1925; er wurde im August 1932 versetzt.
- 9 Auch der Landtag mußte sich mehrfach mit den Vaihinger Ereignissen befassen (Enz-Bote, 30. Mai u. 30. Nov. 1932).
- 10 Im Februar war keine weitere Verschlechterung mehr eingetreten – die Nebenstelle Vaihingen meldete am Ende des Monats 381 Bezieher von Arbeitslosenunterstützung und 135 Bezieher von Krisenunterstützung –, und für den Oktober konnte das Arbeitsamt Ludwigsburg sogar von einer weiteren Belegung des Arbeitsmarktes berichten; zu diesem Zeitpunkt war die Zahl der Arbeitslosen in der Nebenstelle Vaihingen auf 73 zurückgegangen, die Zahl der Bezieher von Krisenunterstützung aber auf 151 angestiegen (ebd., 9. März u. 7. Nov. 1932).
- 11 ebd., 14. März u. 11. Apr. 1932; vgl. Anlage 2. In den Tagen vor den beiden Wahlgängen finden sich zahlreiche großformatige Anzeigen mit Aufrufen zur Wiederwahl Hindenburgs in der Zeitung.
- 12 Enz-Bote, 8. Apr. 1932.
- 13 ebd., 12. Apr. 1932. Für die SPD kandidierte Richard Eckert aus Enzweihingen; für den Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund Albert Truckses aus Hochdorf, Jakob Blaich aus Mühlhausen und Albert Flattich aus Nußdorf; für die DDP der Reallehrer Gottlieb Strohmaier aus Vaihingen; für die KPD Gottlob Kanz aus Vaihingen; für den Christlichen Volksdienst Alfred Plocher aus Kleinglattbach, Emil Setzler und Georg Bauer aus Vaihingen; für die Volksrechtspartei Ferdinand Ritter, Karoline Carle und Studienrat Dr. Alfred Schmid aus Vaihingen.
- 14 ebd., 25. Apr. 1932; vgl. Anlage 3.
- 15 Vgl. Anlage 1.
- 16 Die Stimmenzahl schwankte zwischen 38 im November und 48 im April 1932. Im Oberamt waren lediglich 1,8 % der Bevölkerung katholisch (Enz-Bote, 20. Dez. 1932).
- 17 Obwohl Carl Schalk (1882–1958), der damalige Redakteur der Zeitung, aus seiner deutschen-nationalen Gesinnung kein Hehl machte, scheint er ein insgesamt getreuer Chronist gewesen zu sein.
- 18 Drauz wird als impulsiv und herrschsüchtig geschildert und war ein Günstling des württembergischen Gauleiters Murr. Nach dem Krieg wurde er von den Amerikanern hingerichtet (Paul Sauer: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, Ulm 1975, S. 355, 437, 491).
- 19 In einem »Sonderheft zum Kreiskongreß der NSDAP des Kreises Vaihingen-Enz«, der am 5. August 1934 stattfand, findet sich einiges Material zur Frühgeschichte der Vaihinger NSDAP.
- 20 Die Vermutung, die Partei habe in einem der Firmeninhaber ihren Gönner und Förderer gehabt (Gespräch IV), scheint nicht zu stimmen; ehemalige Firmenangehörige dementierten dies dem Verfasser gegenüber eindeutig.
- 21 Franz Meyer (1884–1961).

- 22 Eduard Häußler (1879–1945). Er wurde allerdings später entlassen und erlebte das Ende der Weimarer Republik als einer der vielen Arbeitslosen. Sein Sohn Alfred wanderte nach dem Krieg in die USA aus.
- 23 Eugen Schnabel (1879–1953).
- 24 Eugen Bachmann (geb. 1880) war der Fahnenträger der Partei.
- 25 Zwei von ihnen kandidierten 1931 für die KPD zum Gemeinderat (Manfred Scheck: Kriegsende und politischer Neubeginn in Vaihingen 1918/19. In: Schriftenreihe der Stadt Vaihingen an der Enz, Bd. 3, 1983, S. 136).
- 26 Ernst Schmidt (1881–1948) trat der Partei erst 1941 wieder bei; die weiteren Gründungsmitglieder waren Alfred Wolf, Fritz Bauer, Albert Schollenberger, Willy Mayer, Eduard Häußler, Eugen Schnabel, Hermann Luipold, Fritz Godel, Karl Arleth jun., Eugen Bachmann und Franz Meyer (Sonderheft, S. 5).
- 27 Als Parteiagitator tat sich in dieser Zeit Alfred Wolf (1903–1982) hervor (ebd.). Auch er verließ später die NSDAP und kandidierte 1931 auf der Liste der »Bürgerlichen Vereinigung« zum Gemeinderat (M. Scheck: Kriegsende, S. 136).
- 28 Karl Weigele (1866–1944) war Schuhmachermeister und betrieb ein Schuhgeschäft in der Heilbronner Straße 9; er gehörte – zumindest in den Jahren 1933/34 – der Partei nicht an.
- 29 Hermann Luipold (1868–1950) war Zimmermeister; sein Geschäft betrieb er in der Hohen Straße.
- 30 M. Scheck: Kriegsende, S. 133 f.
- 31 Albert Weller (1875–1948) hatte seine Gärtnerei in der Auricher Straße 31. Er trat noch vor 1933 aus der NSDAP wieder aus – vgl. Anm. 169.
- 32 M. Scheck: Kriegsende, S. 134 f. Offensichtlich hatte die Ortsgruppe für einige Jahre zu existieren aufgehört, schreibt doch Meyer in seiner kurzen Chronik, die Vaihinger Ortsgruppe sei im Anschluß an die Reichstagswahl vom September 1930 von Hermann Reiner, Maulbronn, neu gegründet worden (Sonderheft, S. 8).
- 33 M. Scheck: Kriegsende, S. 136 f.
- 34 Dr. Eduard Fraas (1884–1952) soll vor seinem Übertritt zur NSDAP ein »ganz überzeugter Stahlhelmer« gewesen sein (Gespräch I).
- 35 Zitiert bei Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt, Berlin, Wien 1976, Bd. 1, S. 425.
- 36 Dr. Karl Drück war Studienrat am Ev. Seminar.
- 37 Enz-Bote, 10. Februar 1932.
- 38 ebd., 23. Febr. 1932. Dirr war Bürgermeister von Stammheim bei Calw.
- 39 ebd., 11. März 1932. Ihre nächste Parteiversammlung kündigten die Vaihinger Kommunisten daraufhin mit dem Versprechen an: »Gegner der KPD erhalten freie Aussprache« (ebd., 6. Apr. 1932).
- 40 ebd., 9. April 1932.
- 41 ebd., 19. April 1932. Daß hier genau das Gegenteil wie am 8. April ausgesagt wurde – oder sollten die Jesuiten auf der Seite des »Unglaubens« stehen? – störte offensichtlich niemanden.
- 42 Mit der Ausweisung der sogenannten »Ostjuden« begannen die Nazis im Jahr 1938.
- 43 In den »Nürnberger Gesetzen« von 1935 wird im »Reichsbürgergesetz« bestimmt: »Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes... Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte...« (Der Nationalsozialismus, Dokumente 1932–1945 hg. v. Walther Hofer, Frankfurt/Main, 1962, S. 284).
- 44 Enz-Bote, 2. Juni 1932.
- 45 Elise Häußler (geb. 1897) war die Frau von Eduard Häußler (s. Anm. 22).
- 46 Enz-Bote, 20. Juni 1932.
- 47 ebd., 4. Juli, 20. Juli und 28. Juli 1932.
- 48 ebd., 8. Okt. 1932.
- 49 ebd., 24. Okt. 1932. Geradezu grotesk sind die Ausführungen Reiners zur geplanten Wirtschaftspolitik der Nazis, faselt er doch von »der Ausschaltung der Kohle« und der »Dienstbar-machung des Wasserstoffs«.
- 50 vgl. dazu J. Fest: Hitler, Bd. 1, S. 476–478.
- 51 Enz-Bote, 29. Okt. 1932.
- 52 ebd., 24. Dez. 1932; Ettwein war Vorsitzender des NS-Pfarrerbundes und engagierte sich so intensiv für die NSDAP, daß er vom Oberkirchenrat gemäßregelt wurde (Jörg Thierfelder/Eberhard Röhm: Die evangelischen Landeskirchen von Baden und Württemberg in der Spätphase der Weimarer Republik und zu Beginn des Dritten Reiches. In: Thomas Schnabel (Hg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland, Stuttgart 1982, S. 233).
- 53 Eugen Conradt (1897–1972) war Teilhaber der Leimfabrik gleichen Namens.
- 54 Enz-Bote, 29. Febr. 1932.

- 55 ebd., 23. April 1932.
- 56 ebd., 16. Juli 1932. Diese Teile des Programms waren von Hitler noch nie ernstgenommen worden.
- 57 ebd., 27. Okt. 1932.
- 58 Hirzel war hierin einer der »nützlichen Idioten« für die Nazis: nach kurzfristiger Aufnahme in die württembergische Regierung wurde er im Mai 1933 fallen gelassen (P. Sauer: Württemberg, S. 29 und 34).
- 59 Adolf Hessenthaler (1888–1955) war Inhaber einer kleinen Strickwarenfabrik.
- 60 Enz-Bote, 19. April 1932.
- 61 M. Scheck: Kriegsende, S. 114f.
- 62 Adolf Conradt (1887–1962), war Fabrikant und Vetter von Eugen Conradt (vgl. Anm. 53).
- 63 Enz-Bote, 27. Juli 1932. Auch hier wurde klar gesagt, daß Brüning »100 Meter vor dem Ziel gestanden« habe.
- 64 ebd., 4. Nov. 1932.
- 65 Adolf Geyer (1870–1947) war Oberlehrer an der Vaihinger Volksschule und begeisterter Vogelkundler.
- 66 Dr. Alfred Schmid (1888–1975) leitete 1919 bis 1945 die Latein- und Realschule in Vaihingen.
- 67 Karoline Carle (1872–1957) hatte den Zeitungsverlag 1919 verkauft.
- 68 Ferdinand Ritter (1871–1948) betrieb eine Schuhmacherwerkstatt und ein Schuhgeschäft in der Stuttgarter Straße 44.
- 69 Enz-Bote, 25. April 1932.
- 70 ebd., 14. März 1932.
- 71 ebd., 25. Okt. 1932.
- 72 Ernst Hinderer (1895–1979) war Steuerinspektor; dem Gemeinderat gehörte er in den Jahren 1953 bis 1965 an; außerdem war er lange Jahre Kirchengemeinderat der ev. methodistischen Kirche.
- 73 Enz-Bote, 27. Febr. 1932.
- 74 ebd., 4. April 1932. Ebenfalls in einem Inserat wußte die NS-Ortsgruppe nur zu entgegenen, sie glaubten ebenso gute Christen zu sein »wie die Herren vom Christlichen Volksdienst« (ebd., 14. April).
- 75 ebd. 22. April 1932.
- 76 M. Scheck: Kriegsende, S. 137. Man vergleiche dazu die Aussage Sontheimers: »Das Aufkommen dieses Nationalsozialismus wirkte wie eine Hypnose, ... selbst auf die Republikaner, die diese nationalistische Welle fast als schicksalhaft hinnahmen, als sei gegen diesen Ansturm alle Verteidigung zwecklos« (Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962, S. 382).
- 77 Gespräch III.
- 78 Gespräch IV.
- 79 Gottlieb Weik (1880–1936) war von 1913–1934 Lehrer in Großsachsenheim. Er wurde aus politischen Gründen strafversetzt, habe sich dies aber so zu Herzen genommen, daß er zwei Jahre später starb (mündliche Mitteilung).
- 80 dtv-Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert, München 1964, Bd. 1, S. 210.
- 81 Enz-Bote, 26. Juli 1932.
- 82 Gottlob Kanz (1900–1976), Metallarbeiter, gehörte dem Stuttgarter Ausschuß des Metallarbeiter-Verbandes an. In der Sowjetunion geschult, war er als Redner viel für Partei und Gewerkschaften unterwegs. Dem Vaihinger Gemeinderat gehörte er 1931–1933 und 1947–1962 an.
- 83 Gespräch II; genannt wurden Gustav Schneck, Franz Keppner, Eugen Müller, Paul Müller, Wilhelm Eichel, Helmut Bernhardt und Walter Schüle.
- 84 Enz-Bote, 6. April 1932.
- 85 Zitat bei Susanne Müller, Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. Bonn 1981, S. 131.
- 86 Enz-Bote, 19. April 1932.
- 87 ebd., 25. April 1932.
- 88 ebd., 13. Juli 1932.
- 89 Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL), FL 20/18, Bd. 24.92. Dieser Band enthält u.a. einen Faszikel mit einer Aufstellung sämtlicher Veranstaltungen der Vaihinger KPD seit Nov. 1931, dazu hin zahlreiche Beilagen und die beanstandeten Wahlflugblätter. Verhaftet wurden Gottlob Boob, Albert Schray, Paul Müller und Gottlob Kanz.
- 90 Enz-Bote, 17. Okt. 1932.
- 91 Hermann Linkenheil (1895–1936) war seit 1926 im Amt.
- 92 Enz-Bote, 11. Juni 1932; ähnliche Reibereien gab es in der Sitzung vom 7. Juli (ebd., 9. Juli 1932).

- 93 Gespräch II.
 94 Gespräch I.
 95 Enz-Bote, 19. Febr., 28. Mai, 2. Juli 1932 und öfter.
 96 ebd., 30. April, 2. und 3. Dez. 1932.
 97 ebd., 20. und 23. Febr. 1932.
 98 ebd., 8. Aug. 1932.
 99 Fischer-Lexikon: Geschichte in Gestalten, Frankfurt/Main 1963 Bd. 3, S. 69.
 100 Enz-Bote, 1. Nov. 1932. Victor Schopf, Ernst Schmidt und Dr. Eugen Landbeck gehörten zu den Vaihinger Ludendorff-Anhängern.
 101 David Schoenbaum: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, München 1980, S. 35 f.
 102 Jürgen Kocka: Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980, Göttingen 1981, S. 144.
 103 Enz-Bote, 13. Sept. 1933.
 104 ebd., 6. Febr. 1932.
 105 Konrad Eckert (1864–1935) war Betriebsschlosser im Sägewerk Gebr. Harsch in Rietertal bei Enzweihingen.
 106 Enz-Bote, 6. Febr. u. 3. Okt. 1932.
 107 ebd., 20. Febr. 1933; Vorsitzender der Bezirksgruppe war Ernst Paule (1894–1958) aus Vaihingen. Nach der Machtübernahme trat freilich auch er der NSDAP bei – und übernahm das Kriegsvferamt.
 108 Gespräch IV.
 109 Beim Gesangswettstreit anlässlich der Fahnenweihe 1928 waren zahlreiche Arbeitergesangsvereine vertreten (Festschrift zur Fahnenweihe des Liederkranz Vaihingen/Enz, Vaihingen, 1928).
 110 Enz-Bote, 2. Febr. 1933.
 111 In diesem Zusammenhang wären Dr. Eugen Landbeck als Vorsitzender des VfB, Dr. Eugen Eisele als 1. Vorsitzender des Musikvereins und der Buchdruckereibesitzer Rudolf Woerner an der Spitze des »Liederkranzes« zu nennen.
 112 Enz-Bote, 13. Januar 1933.
 113 ebd., 13. Januar, 20. Februar, 14. April 1932. Neben zwei Tellern Suppe gab es »einige mal« in der Woche Fleisch oder »ein Gericht aus Fleischware«, an den anderen Tagen eine Mehlspeise.
 114 ebd., 7. Okt. 1932.
 115 ebd., 17. Dez. 1932. »Um dem immer mehr überhand nehmenden Hausbettel . . . Einhalt zu tun«, führte der Gemeinderat im Sept. 1932 Wohlfahrtsmarken ein, die den Bettlern anstelle von Bargeld ausgehändigt werden sollten. Sie konnten bei den Vaihinger Geschäften gegen Lebensmittel eingetauscht werden, nicht jedoch gegen Alkohol und Tabakwaren (ebd., 21. Sept. 1932).
 116 ebd., 4. Febr. 1933.
 117 ebd., 1. Okt., 19. Okt. 1932.
 118 ebd., 23. Dez. 1932.
 119 ebd., 8. Dez. u. 17. Dez. 1932.
 120 Man sprach auch von einer »Einrahmung« Hitlers durch die Minister, die der NSDAP nicht angehörten.
 121 Sie wurde auch in der Presse registriert: Enz-Bote, 7. Januar 1933.
 122 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin (Ost) 1966, S. 604–607.
 123 Enz-Bote, 30. Jan. 1933.
 124 ebd., 16. Febr. 1933.
 125 ebd., 20. Febr. 1933.
 126 Unter Umständen hat dieser Vorgang einen Niederschlag in den Akten der Vaihinger NSDAP gefunden, die als Bestand »NSDAP-Kreisleitung Vaihingen« im Staatsarchiv Ludwigsburg liegen, dem Verfasser aber – da noch nicht geordnet und verzeichnet – nicht vorgelegt werden konnten. Das Wort von der Zipfelmütze scheint in Vaihinger NS-Kreisen zum geflügelten Wort in den Auseinandersetzungen mit Bürgermeister Linkenheil geworden zu sein (Gespräch III).
 127 Enz-Bote, 24. Febr. 1933. Wie nahe der CVD bei den evangelischen Gemeinschaften stand, zeigt sich darin, daß die Versammlung mit einem Gebet eröffnet wurde. Der Referent kam aus dem Zentrum der Gemeinschaftsbewegung, dem »heiligen« Korntal.
 128 ebd., 27. Febr. 1933.
 129 Paul Förnzer (1882–1941), Architekt.
 130 Enz-Bote, 27. Febr. 1933. Eine Frauenversammlung der NS-Frauenschaft am 25. Febr. hatte die bekannten Themen gebracht.

- 131 ebd., 28. Febr. 1933. Leiter der Versammlung war der Vaihinger Landwirt Karl Heimerdinger (geb. 1906).
- 132 ebd., 1. März 1933.
- 134 Der Nationalsozialismus, S. 53 f.
- 135 Enz-Bote, 24. Febr. 1933; offizieller Veranstalter war der Arbeiter-Kraftsportverein.
- 136 ebd., 28. Febr. 1933.
- 137 ebd., 2. März 1933.
- 138 Siehe Anlage 4.
- 139 Enz-Bote, 11. März 1933.
- 140 Schon 1892 wurde dort eine Versammlung der SPD »neben einigen Frauen und Kindern von 25 Personen besucht« (StAL, E 137/I, Bd. 808, Nr. 1). Ein herausragendes KPD-Ergebnis hatte sonst nur noch Ensingen mit 19,8% zu vermelden.
- 141 Enz-Bote, 7. März 1933.
- 142 ebd., 9. März 1933. Am selben Tag wurde in Stuttgart die vollziehende Gewalt durch die Reichsregierung, vertreten durch den »Reichskommissar« v. Jagow, übernommen.
- 143 ebd., 17. Nov. 1933. Gleiches galt für das ganze Oberamt. Lediglich in Weißach lebten – entsprechend dem amtlichen Ergebnis der Volkszählung vom 15. Juni 1933 – zwei Juden.
- 144 Hier soll es sich um die Brüder Blum aus Freudental gehandelt haben, zwei »harmlose Kerle«, die »durchaus gut angesehen« waren und nach ihrer Vertreibung aus Freudental für kurze Zeit illegal im Vaihinger Gasthaus »Zum Schwanen« wohnten (Gespräch I).
- 145 Es war der sog. »Judenstall« im Gebäude Oberamteigasse 3. Nach den Untersuchungen von Beate Maria Schüßler über »Das Schicksal der jüdischen Bürger von Ludwigsburg während der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung« (= Ludwigsburger Geschichtsblätter, Heft 30, 1978, S. 35) hatte der Ludwigsburger Pferdehändler Josef Neuburger hier sein Vieh untergebracht, bis ihm die Vaihinger Nazis im Juni 1936 die Weiterführung des Geschäfts verboten. Erstaunlicherweise fand dieser Vorgang in der Vaihinger Lokalpresse keinen Niederschlag, obwohl er doch geeignet gewesen wäre, auch dieses Thema in Vaihingen hochzuspielen.
- 146 Gespräch II.
- 147 Enz-Bote, 11. März 1933.
- 148 ebd., 24. März 1933.
- 149 ebd., 25. März 1933.
- 150 ebd., 13. April 1933.
- 151 ebd., 29. April 1933. Hier wird die Meldung bestätigt: »Das Schloß als Lazarett. Wie von maßgebender Stuttgarter Stelle mitgeteilt wird, befinden sich im Arbeitshaus Vaihingen kranke Schutzhäftlinge jeder Art.« Diese scheinbar nebensächliche Meldung war wohl zur Beruhigung der Bevölkerung notwendig geworden, hatte es doch am 13. April geheißen: »Geschlechtskranke kommen sofort ins Arbeitshaus nach Vaihingen a. E.« (Hervorhebungen M. S.). Die Absicht, alle Häftlinge des Lagers Heuberg, das für die Wehrmacht geräumt werden mußte, ab Januar 1934 im Vaihinger Arbeitshaus unterzubringen, scheiterte; das Schloß bot nicht genügend Raum (P. Sauer: Württemberg, S. 168).
- 152 Diese Verhaftung wurde in der Zeitung ebenso gemeldet wie die Konfiszierung des Motorrads von Kanz, das man in Asperg gefunden hatte (Enz-Bote, 13. April u. 21. Juni 1933).
- 153 Gustav Schneck (1896–1958) hatte im Dez. 1931 zum Gemeinderat kandidiert.
- 154 Helmut Bernhardt (1907–1975) war von der SPD zur KPD gekommen.
- 155 Gespräch II.
- 156 Ursachen und Folgen. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hg. v. Herbert Michaelis u. Ernst Schraepler, Bd. 9, Berlin o. J., S. 283 ff.
- 157 Walter Schüle (1903–1975) war seit 1932 an der Vaihinger Volksschule tätig.
- 158 Gespräch II.
- 159 John Hahnenkratt soll aus Ensingen gestammt haben.
- 160 Gespräch II.
- 161 Wilhelm Eichel (1907–1945; vermißt).
- 162 Enz-Bote, 17. März 1933.
- 163 P. Sauer: Württemberg, S. 89.
- 164 Enz-Bote, 31. März 1933.
- 165 Stadt-Archiv Vaihingen (StAV), Gemeinderats-Protokolle, Prot. v. 30. März 1933. Neben Kanz fehlte auch der einzige Vertreter der SPD, Wilhelm Jaus, in dieser Sitzung.
- 166 Ursachen und Folgen, S. 107–110.
- 167 Enz-Bote, 27. April 1933. Im Gegensatz zu den abfälligen Bemerkungen der Nazis über die Arbeit der demokratisch gewählten Volksvertreter bescheinigte Carl Schalk den ausgeschiedenen Gemeinderäten, sie hätten die Interessen der Stadt in uneigennütziger Weise vertreten und dafür manche Opfer gebracht.

- 168 Gespräch I; Dr. Fraas wurde noch im Mai zum Geschäftsführer und Organisationsleiter der NSDAP im Kreis Vaihingen bestellt (Enz-Bote, 11. Mai 1933). Der Wahlvorschlag umfaßte folgende Kandidaten: Eduard Häußler, Kaufmann; Eugen Schnabel, Werkführer; August Bausch, Gutsbesitzer; Karl Vester, Metzgermeister; Paul Grözinger, Privatier; Dr. Eduard Fraas, Oberamtstierarzt; Franz Meyer, Betriebsleiter; Karl Heimerdinger jun., Landwirt; Eugen Bachmann, Bauaufseher; Paul Schmid, Landwirt; Emil Weigand, Apotheker; August Max, Sattlermeister; Jakob Hofstetter, Handlungsgehilfe.
- 169 Vorgeschlagen waren: Karl Wieler, Bäckerobermeister; Friedrich Knodel, Landwirt; Eugen Conradt, Dipl.-Ing.; Ernst Hinderer, Steuerinspektor; Albert Weller, Gärtnereibesitzer (Enz-Bote, 27. April 1933).
- 170 Enz-Bote, 27. April 1933.
- 171 ebd., 5. Mai 1933.
- 172 ebd., 16. Juni 1933; am 16. November wurden erneut Zuwendungen für die HJ bewilligt, diesmal ging es um die Bereitstellung von Heizmaterial und das Anbringen einer Straßenlampe (ebd., 17. Nov. 1933).
- 173 Karl Vester (1903–1937), Metzgermeister.
- 174 Enz-Bote, 23. Juni 1933.
- 175 Karl Wieler (1884–1969), Obermeister der Bäckerinnung und Kreishandwerksmeister; sein Geschäft betrieb er in der Franckstraße 26.
- 176 Enz-Bote, 26. Juni 1933. Friedrich Knodel (1876–1973) schied im Februar 1934 auf eigenen Wunsch aus dem Gemeinderat aus. Da für ihn der dezidierte Nazifeind Hinderer nachrücken sollte, wurde die Stelle auf Antrag der NS-Fraktion »bis zur Klärung durch den Kreisleiter« nicht besetzt – ein glatter Rechtsbruch! (StAV, Gemeinderats-Prot. v. 15. Febr. 1934) Mit der Umgestaltung des Gemeinderats aufgrund der »Deutschen Gemeindeordnung« im Jahr 1935 fand diese Frage ihre Erledigung.
- 177 Enz-Bote, 25. Aug. 1933.
- 178 StAV, Gemeinderats-Prot. v. 15. Febr. 1934.
- 179 Karl Schmid (geb. 1907) war Angehöriger der SS und Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes (SD), für den er Nachrichten sammelte. Nach dem Krieg war Schmid bei der Regierungsoberkasse in Stuttgart tätig.
- 180 StAV, Gemeinderats-Prot. v. 10. Dez. 1937. Wenigstens erwies sich der Verputz als so haltbar, daß er – etwas verblaßt – noch heute das Gebäude ziert.
- 181 P. Sauer: Württemberg, S. 96. Am 5. August wurden die Ortsvorsteher des Oberamts Vaihingen auf diese neue Ordnung verpflichtet. Nicht mehr der Wählerschaft und dem Gemeinderat, sondern nur dem Gewissen und der Staatsaufsicht seien sie in Zukunft verpflichtet, betonte der Vertreter des Oberamts, Dr. Thuma. Mit ihrer Verpflichtung wurden die Ortsvorsteher auf Lebenszeit ernannt (Enz-Bote, 7. Aug. 1933).
- 182 Die deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935, hg. v. Friedrich Kiefer u. Carl Schmid, Stuttgart u. Berlin 1937, S. 4 u. S. 49f.
- 183 StAV, Gemeinderats-Prot. v. 8. Mai 1933. Eine weitere, häufig gebrauchte Losung lautete: »Jetzt geht es nicht mehr um das Verdienen, sondern um das Dienen.«
- 184 Karl Gronle (geb. 1901) leitete die Ortskrankenkasse in den Jahren 1927–1935 und war 1934–1936 Vorsitzender des Turnvereins.
- 185 Mündliche Mitteilung.
- 186 StAV, Gemeinderats-Prot. v. 2. Jan. 1934, 11. Okt. 1937 u. 19. Okt. 1938.
- 187 D. Schoenbaum: Die braune Revolution, S. 278.
- 188 Johann Schieferle war 1934 SA-Obertruppführer. Von seinen neuen Kollegen mußte er als »Schafsknecht« einigen Spott erdulden; nach dem Krieg brachte er es jedoch zum Abteilungsleiter beim Fernmeldeamt Heilbronn (mündliche Mitteilung).
- 189 Jakob Hofstetter war Kaufmann. Er verzog 1937 nach Aurich.
- 190 Enz-Bote, 20. Juli 1933. Im September erfolgte seine Ernennung zum Ministerialrat. (ebd., 11. Sept. 1933) Wie Fraas machte auch der in Vaihingen wohlbekannte Dr. Drück aus Maulbronn in Stuttgart Karriere; er wurde als Oberregierungsrat ins Kultministerium berufen (ebd., 19. Juli 1933).
- 191 Noch 1936 – bei der Einrichtung der Milchverwertungsgenossenschaft – mußten die Nazis widerstrebend die Einstellung eines Nicht-Parteigenossen zugestehen, der die besseren Zeugnisse vorweisen konnte (Gespräch III).
- 192 Enz-Bote, 12. Aug. 1933.
- 193 Genannt wurden auch Unregelmäßigkeiten bei der Vaihinger Dreschgesellschaft, deren Rechner Häußler war (Gespräch III).
- 194 Gespräch I u. II; später jedoch soll sich Häußler »einwandfrei gehalten« haben (W. W.: Mein Tagebuch 1939–1945, S. 141; StAV).

- 195 Enz-Bote, 26. Sept. u. 11. Okt. 1933.
- 196 Hermann Oppenländer (geb. 1900) stammte aus Mühlacker. Anlässlich der Vereinigung der Oberämter Vaihingen und Maulbronn mußte er 1937 dem Maulbronner Kreisleiter Bauer Platz machen und wurde nach Schwäbisch Gmünd versetzt. Nach dem Ende des Dritten Reiches wohnte Oppenländer wieder in Mühlacker als Vertreter eines Schulbuchverlags.
- 197 Karl Eitle (1866–1953) war seit 1929 als Nachfolger von Wilhelm Feil Leiter der Vaihinger Volksschule.
- 198 StAV, Gemeinderats-Prot. v. 18. Mai 1933.
- 199 Bei der feierlichen Einholung Oppenländers auf dem Reichsbahnhof erklärte Ortsgruppenleiter Meyer in aller Offenheit: »Man habe das Glück, einen neuen Schulvorstand und die Partei ihren neuen Kreisleiter zu begrüßen« (Enz-Bote, 5. Febr. 1934). Für kurze Zeit war Dr. Drück interimistischer Kreisleiter gewesen (ebd., 4. Nov. 1933).
- 200 ebd., 3. April 1934. 201 Gespräch I bis III.
- 202 Schnabel, obwohl nicht gerade der Hellste, sei nach dem Motto aufgetreten: »Jetzt sind wir oben, und alle anderen haben zu gehorchen« (Gespräch II). Dabei habe er sich einen »Scheißhafen« voll eingebilddet (Gespräch I) und sei deshalb von Oppenländer als Belastung für die Partei empfunden worden (Gespräch III). Außerdem sei er häufig im NS-Lokal »Hirsch« anzutreffen gewesen (mündliche Mitteilung).
- 203 Christian Walther (1891–1970) war seit 1937 Leiter des Arbeitshauses. Bei Kriegsende verschwand er nach einer flammenden Durchhalterede sang- und klanglos, wurde aber später gefaßt und zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Vor der Machtübernahme soll er ein aktives Mitglied der SPD gewesen sein (Gespräch I u. III).
- 204 D. Schoenbaum: Die braune Revolution, S. 277f.
- 205 Enz-Bote, 25. März, 19. Juli, 21. Juli, 6. Okt. 1933. Auch in Roßwag, Hohenhaslach und Unterriexingen war am 5. August »die Ortsvorsteherfrage noch nicht endgültig geregelt« (ebd., 7. Aug. 1933). Die Vorgänge in den Nachbargemeinden Bietigheim und Bissingen erfuhren eine erste Darstellung bei Michael Schirpf: Die nationalsozialistische Machtergreifung in Bietigheim, Bissingen und Untermberg. In: Blätter zur Stadtgeschichte, Heft 1, 1983, S. 48–91.
- 206 StAL, FL 20/18, Bd. 24.92. U. a. findet sich hier ein Brief von Generalleutnant Ernst Reinhardt v. 24. Febr. 1934.
- 207 In der Gemeinderats-Sitzung v. 8. Mai 1933 erschien Linkenheil erstmals in Uniform (Enz-Bote, 9. Mai 1933).
- 208 Auch zum Folgenden: StAL, FL 20/18, Bd. 24.92. In der Gemeinderatsitzung vom 30. Juni erzwang die NS-Fraktion, daß die Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs zurückgestellt wurde, weil Fraktionschef Dr. Fraas nicht anwesend war. Linkenheil faßte dies zu Recht als »Mißtrauensvotum für die Verwaltung« auf (Enz-Bote, 1. Juli 1933).
- 209 Hermann Nestel (geb. 1912), von Beruf Schreiner, war der erste Scharführer der Vaihinger SA. Nach Kriegsende konnte er in die USA emigrieren, wo er heute noch lebt (Gespräch I u. III).
- 210 Dazu auch: StAV, Gemeinderats-Prot. v. 24. Aug. 1933.
- 211 Gespräch I u. III.
- 212 Gespräch I. Mit welch kleinlichen Schikanen die »alten Kämpfer« ehemalige politische Gegner bedachten, zeigte sich in der Gemeinderatssitzung v. 23. März 1934: Meyer und Schnabel bemängelten, daß die mit Notstandsarbeiten beschäftigten Kanz, Eugen Gminder und Ernst Krieb nicht an der Übertragung der Rede Hitlers teilgenommen hatten, die dieser am 21. März anlässlich »der Eröffnung der Arbeitsschlacht« gehalten hatte. Den drei Männern wurde daraufhin der Lohn für die Zeit von 10.30 bis 12 Uhr nicht ausbezahlt; außerdem sollten sie von Bürgermeister Linkenheil verwart werden (StAV, Gemeinderats-Prot. v. 23. März 1934). Gleichzeitig zeigt der Vorfall aber auch, daß in Vaihingen weiterhin versucht wurde, Widerstand auf dem Weg des bürgerlichen Ungehorsams zu leisten.
- 213 StAV, Gemeinderats-Prot. v. 23. März 1937.
- 214 StAV, Liste der Parteimitglieder. Von den 298 Parteimitgliedern, die in dieser 1945 angelegten Liste aufgeführt sind, dürften weniger als 10 % Arbeiter gewesen sein, während mindestens 100 Beamte und Angestellte sowie etwa 90 Selbständige vertreten sind.
- 215 Im Mai wurden beispielsweise vorübergehend keine Mitglieder in die NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) aufgenommen; vom 1. bis 24. Juni bestand beim BdM (Bund deutscher Mädel) und vom Juni bis November bei der SA Aufnahmesperre (Enz-Bote, 12. Mai, 27. Mai, 24. Juni 1933, Sonderheft, S. 11).
- 216 Entsprechend einem Antrag der NS-Hago (Handels- und Gewerbeorganisation) faßte der Vaihinger Gemeinderat am 26. Juni 1934 den Beschluß, »bei Vergebung von Arbeiten und Lieferungen seitens der Stadtgemeinde die Mitglieder der NS-Hago vorzugsweise zu berücksichtigen« (StAV, Gemeinderats-Prot. v. 26. Juni 1934).

- 217 In dem Sonderheft (S. 11 f.) findet sich ein kurzer Abriß der Geschichte der Vaihinger SA.
- 218 Enz-Bote, 9. März 1933.
- 219 ebd., 24. März 1933; die Ausbildung erfolgte in Mühlacker.
- 220 ebd., 10. April 1933.
- 221 Hiebeler scheint nur kurze Zeit in Vaihingen gewesen zu sein.
- 222 Vgl. oben S. 34.
- 223 Enz-Bote, 25. Sept. 1933.
- 224 ebd., 27. April 1933.
- 225 ebd., 10. April 1933.
- 226 ebd., 28. April 1933. In derselben Ausgabe meldet der Enz-Bote den Übertritt des Stahlhelm-Führers Seldte zur NSDAP sowie den Austritt seines Stellvertreters Duesterberg aus dem Verband; auch hier begannen sich die Geister zu scheiden.
- 227 ebd., 21. Aug. 1933.
- 228 ebd., 29. Apr. 1933.
- 229 Hugo Kleemann (1899–1982), Mechaniker, war später SA-Obersturmführer.
- 230 Enz-Bote, 16. Nov. 1933.
- 231 ebd., 27. März 1933.
- 232 Fritz Seemann (1912–1949) war Lehrer an der Volksschule.
- 233 ebd. 12. Mai 1933. Am »Fest der Jugend« und bei der Sonnenwendfeier trat die Vaihinger HJ allerdings noch nicht in Erscheinung (ebd., 26. Juni 1933).
- 234 Elisabeth Munz war 1931 bis 1937 Hauswirtschaftslehrerin an der Volksschule.
- 235 Maria Scheuerle war 1931 bis 1937 Lehrerin an der Volksschule.
- 236 Enz-Bote, 18. Mai 1933. Zum ersten Male »angetreten« wurde am 22. Mai im Schützengarten im Egelsee (ebd., 20. Mai 1933).
- 237 ebd., 27. Mai u. 24. Juni 1933.
- 238 Erich Streib (1912–1941) war Verwaltungsführer.
- 239 Enz-Bote, 1. Aug. 1933.
- 240 ebd., 27. Juli 1933.
- 241 ebd., 13. Nov. 1933.
- 242 ebd., 27. Dez. 1933; entsprechend einem Abkommen der evangelischen Kirche mit dem Jugendführer des Reiches vom 19. Dezember 1933 (ABC der Rechtslage unserer Arbeit, hg. v. Ev. Jungmännerwerk, Kassel, o. J., S. 1).
- 243 W. Hofer: Der Nationalsozialismus, S. 87f.
- 244 Enz-Bote, 25. Sept. 1933.
- 245 ebd., 4. u. 22. Dez. 1933. Der Berichterstatter der Zeitung gewann dabei die Überzeugung, »daß unsere Kinder in der Hitler-Jugend recht gut aufgehoben(!) sind« (ebd., 4. Dez. 1933).
- 246 Wilfried Weber (1905–1951) war Lehrer an der Volksschule.
- 247 Zur Haltung der Kirchenleitung findet sich einiges Material bei Thierfelder/Röhm: Die ev. Landeskirchen, S. 236ff.
- 248 Ernst Welsch (1866–1944), Dekan 1918–1934.
- 249 Walter Röcker (1900–1954), Pfarrer 1927–1935.
- 250 Unter Anspielung auf den gemeinsamen Kirchgang am Vormittag erklärte der Vaihinger HJ-Führer bei der obenerwähnten Einweihungs-Feier, damit »habe die HJ zum Ausdruck gebracht, daß sich die NSDAP zum Christentum bekenne. Sie wisse, daß ohne das Christentum die Weltanschauung des National-Sozialismus niemals durchdringen werde« (Enz-Bote, 25. Sept. 1933).
- 251 Der Enz-Bote berichtete über diese Bewegung unter der allerdings recht skeptischen Überschrift »Die Kirche ist kein Taubenschlag« (11. Mai 1933).
- 252 ebd., 25. März 1933.
- 253 ebd., 6. u. 26. Juni 1933. Anlässlich der Einweihung des Kriegerdenkmals in Ensinggen erschien ein zweiseitiger Bericht, in dem u. a. auch die Festpredigt aus dem »Feldgottesdienst« abgedruckt war (ebd., 22. Mai 1933).
- 254 ebd., 13. Juli 1933. Die Anzeige ist unterzeichnet von Kreisleiter Häußler sowie den Pfarrern Harr (Großsachsenheim) und Röcker (Vaihingen).
- 255 ebd., 14. Juli 1933.
- 256 ebd., 19. Juli 1933.
- 257 ebd., 24. Juli 1933.
- 258 P. Sauer: Württemberg, S. 182
- 259 Gewählt wurden: Johannes Böhringer, Karl Ballmer, Gotthilf Henne, Karl Eitle, Karl Weigele, Albert Weller, Jakob Hermann, Albert Layh und Gottlob Göhner. Prominentester Pg. war der Bezirks-Notar Albert Layh (1886–1966) als stellv. Ortsgruppenleiter (Enz-Bote, 24. Juli 1933).

- 260 ebd., 19. Aug. 1933.
 261 ebd., 4. Sept. 1933.
 262 ebd., 31. August 1933.
 263 ebd., 31. Okt. 1933.
 264 ebd., 14. Nov. 1933.
 265 ebd., 5. Sept. u. 31. Okt. 1933.
 266 ebd., 20. Nov. 1933.
 267 P. Sauer: Württemberg, S. 185 ff.
 268 Evangelischer Kirchengemeinderat Vaihingen (EvKGR), Prot.-Bd. 3, S. 348f.
 269 Johannes Böhringer (1885–1953), Rechnungsrat beim Oberamt.
 270 Karl Ballmer (1877–1944), Hausmeister am Oberamt.
 271 Gottlob Göhner (geb. 1887), Steuerassistent.
 272 EvKGR, Prot.-Bd. 3, S. 350f., Sitzg. v. 11. Mai 1934.
 273 ebd., S. 366f. Es kamen neu hinzu: Gottlob Nestel, Albert Krayl, Karl Hummel und Hermann Pfeiffer.
 274 ebd., S. 368f., Sitzg. v. 8. Okt. 1934.
 275 StAL, FL 20.18, Bü 96. Den Vorwand für dieses Verbot lieferte die anonyme Ankündigung einer »großen Demonstration gegen die Feinde der ›Deutschen evangelischen Reichskirche‹ vor dem Gemeindehaus in Vaihingen, die dem Schriftleiter des Enz-Boten zugeht und von diesem an das Oberamt weitergegeben wurde.
 276 EvKGR, Prot.-Bd. 3, S. 382, Sitzg. v. 2. Mai 1935.
 277 ebd., Prot.-Bd. 4, S. 7, Sitzg. v. 27. Jan. 1936. Am 29. Juni 1942 schenkte der Ev. Jungmännerverein Vaihingen an der Enz e. V. der Kirchengemeinde seinen Versammlungsraum in der Grabenstraße und den alten »Jünglingsgarten« im Egelsee, um den Besitz vor dem Zugriff der NSDAP zu schützen (Protokollbuch des Ev. Jungmännervereins).
 278 Enz-Bote, 2. Mai 1933.
 279 ebd., 18. Jan. 1933.
 280 ebd., 9. Mai 1933.
 281 Hermann Schmidgall (1888–1971) sei ein »korrekter Mann« gewesen (Gespräch I).
 282 Paul Hermann (geb. 1898) hatte sein Anwesen in der Grabenstraße 24.
 283 Enz-Bote, 19. Mai 1933.
 284 ebd., 28. u. 29. Aug. 1933. Der Bericht rühmt eine »98jährige segensreiche Tätigkeit« des Bezirks-Vereins.
 285 Wilhelm Krayl (1885–1954) war auch Farrenhalter. Sein Anwesen stand an der Ecke Enzgasse/Ziegelgartenstraße und wurde vor einigen Jahren abgerissen. Bei seinen Berufskollegen war er offenbar nicht sehr angesehen (Gespräch I).
 286 Enz-Bote, 29. Nov. 1933.
 287 Gespräch I: »Das war gleich der erste Pfeffer«.
 288 Enz-Bote, 19. Juli 1933.
 289 ebd., 6. Nov. 1933.
 290 ebd., 10. Nov. 1933.
 291 Leonhard Ohr (geb. 1898) war von 1929 bis 1951 Lehrer in Roßwag und begründete 1934 das Lindenfest; er lebt noch in Geradstetten.
 292 Hermann Wolfangel (geb. 1905), er lebt heute in Bad Waldsee.
 293 Enz-Bote, 9. u. 17. Mai 1933.
 294 ebd., 9. Mai (Zitat), 11. u. 30. Okt., 16. Nov. u. 27. Dez. 1933.
 295 In Vaihingen bestand kein Gewerkschaftsbüro. Über die Besetzung der Gewerkschaftshäuser, auch des Hauses im benachbarten Mühlacker, informierte der Enz-Bote am 4. Mai 1933.
 296 ebd., 14. Juli 1933.
 297 ebd., 13. Sept. 1933.
 298 Enz-Bote, 31. Aug., 2. u. 8. Sept. 1933.
 299 dtv-Lexikon zur Geschichte und Politik, Bd. 1, S. 168.
 300 Enz-Bote, 8. Sept. 1933; auf dieser Versammlung der Holzarbeiter klangen noch am stärksten gewerkschaftliche Töne an, indem klare Lohnforderungen aufgestellt wurden.
 301 ebd., 18. Aug. (Gipser), 2. Dez. (Zimmerer), 14. Dez. (Schlosser).
 302 ebd., 3. April u. 1. Aug. 1933.
 303 Wilhelm Jaus (1878–1958), Hausmeister, gehörte 1922–1928 und von Nov. 1932 bis zum 31. März 1933 dem Vaihinger Gemeinderat an.
 304 Mündliche Mitteilung.
 305 Enz-Bote, 12. Mai 1933.
 306 Karl Mürdter (1882–1967) gehört von Dez. 1931 bis März 1933 und nach dem Krieg von 1951 bis 1962 dem Vaihinger Gemeinderat an.

- 307 Enz-Bote, 4. Juli 1933. 308 ebd., 29. März 1933.
- 309 ebd., 13. Juli 1933.
- 310 Karl Schmucker (1895–1979) war Prokurist bei der Firma Häcker und engagierter Christ.
- 311 ebd., 14. Aug. u. 18. Febr. 1933.
- 312 Enz-Bote, 25. Juli 1933. Noch bei der Jahres-Hauptversammlung Ende Januar hatte Schalk betont: »Fernab jeder parteipolitischen Strömung werde in den Kriegervereinen lediglich vaterländische Politik getrieben unter dem Grundsatz: »Das Vaterland über alles« (ebd., 30. Jan. 1933). Auf einer Bezirksversammlung der Krieger-Vereine hatte Obmann Leipheimer aus Sersheim jedoch die »Wendung« der deutschen Politik begeistert begrüßt (ebd., 13. März 1933). Enthusiasmus prägte Leipheimers Worte am 29. Okt. desselben Jahres: »Wir stehen Mann für Mann in treuer Hingabe zum Führer Adolf Hitler« (ebd., 1. Nov. 1933).
- 313 ebd., 1. Nov. 1933.
- 314 ebd., 20. März 1933. Vielleicht war die enge Beziehung zwischen Verein und Partei, die am 21. Juni in einer Parteiversammlung sogar offen betont wurde (ebd., 22. Juni 1933), jetzt ein Grund, zum Verein auf Distanz zu gehen.
- 315 ebd., 17. Aug., 1. Sept., 25. Sept., 28. Okt., 6. Nov. u. 21. Nov. 1933.
- 316 ebd., 25. Sept. 1933.
- 317 Gespräch IV.
- 318 So etwa in Enzweihingen (75 Jahre TSV Enzweihingen, S. 20).
- 319 Enz-Bote, 1. Sept. 1933.
- 320 ebd., 23. März 1937. Wilhelm Wimmershof hatte dies in einem Grundsatzartikel »Zur Neugestaltung des kulturellen Lebens auf dem Lande« bereits am 18. April 1934 vehement gefordert.
- 321 Karl Weinmann (1886–1944) hatte 1919–1925 und 1928–1932 dem Vaihinger Gemeinderat angehört.
- 322 Enz-Bote, 22. Juni 1936.
- 323 Friedrich Wörz (1890–1958) soll sehr »ehrenkäsigt« gewesen sein. So widmete er der Stadt Vaihingen 1932 seinen Marsch »Hoch Kaltenstein« in der Hoffnung, dafür zum städt. Musikdirektor ernannt zu werden, was auch geschah (StAV, Gemeinderats-Prot. v. 31. März, 24. Mai u. 9. Juni 1932).
- 324 Wilhelm Jourdan (geb. 1898) leitete den Verein seit 1933 als Geschäftsführer und stellvertretender Vorsitzender. 1. Vorsitzender blieb bis 1937 Dr. Eugen Eisele.
- 325 Gespräch III.
- 326 Enz-Bote, 8. Mai 1933. Vor allem die Beamten und Lehrer waren stark vertreten.
- 327 ebd., 22. Juni 1933.
- 328 Dr. Karl Storz war nur wenige Monate, von März 1933 bis Januar 1934, Leiter des Oberamts in Vaihingen.
- 329 Enz-Bote, 29. Juni 1933.
- 330 ebd., 10. Juli 1933.
- 331 Friedrich-Wilhelm Hennig: Das industrialisierte Deutschland 1914–1972 (= Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 3), Paderborn 1974, S. 147.
- 332 Enz-Bote, 6., 14., 19. u. 21. Okt. 1933; ein weiterer Propagandaartikel des Kampfbundes findet sich am 3. Aug. 1933. Doch schon am 7. August wurde der Kampfbund von Ley aufgehoben und in die DAF eingegliedert. Zu der ganzen Frage: D. Schoenbaum: Die braune Revolution, S. 174–187.
- 333 ebd., 18. Sept. 1933.
- 334 Gottfried Krauß (1891–1977) war Lehrer an der Vaihinger Volksschule und – da allem Technischen aufgeschlossen – auch begeisterter Rundfunkbastler.
- 335 Dr. Erich Baur war 1932 bis 1934 Gerichtsassessor am Amtsgericht Vaihingen.
- 336 Im Rahmen eines Krankenpflege-Kurses (!) ließ sich Ende November ein Dr. Schefold im Vaihinger ev. Gemeindehaus über »Bevölkerungspolitik und Rassenhygiene« vernehmen, was dem Enz-Boten einen nahezu ganzseitigen Bericht wert war (Enz-Bote, 1. Dez. 1933).
- 337 ebd., 11. Okt. 1933; nun fühlten sich natürlich die Vaihinger wieder auf die Zehen getreten.
- 338 ebd., 9. Nov. 1933.
- 339 ebd., 11. Nov. 1933. Erwähnt werden das Rathaus und die Firmen W. Arendt, Baresel, G. Conradt, Fritz Häcker & Sohn, Friedr. Jungs Nachf. und der Verlag des Enz-Boten.
- 340 ebd., 13. Nov. 1933.
- 341 ebd., 20. März 1933.
- 342 ebd., 28. Aug. 1933.
- 343 ebd., 28. Nov. 1933; hier wurde der Propagandafilm »Blutendes Deutschland« gezeigt.
- 344 ebd., 17. u. 18. März 1933. Über die Feier in der Vaihinger Latein- und Realschule gibt lediglich eine 4zeilige Notiz Auskunft; von den anderen Schulen wird nichts berichtet.

- 345 ebd., 22. März 1933.
 346 ebd., 21. April 1933.
 347 ebd., 28. April 1933.
 348 ebd., 27. Mai 1933.
 349 ebd., 6. Juni 1933; die ersten beiden Gedichte stammten auch noch von einheimischen »Dichtern«.
 350 ebd., 21. Mai 1934.
 351 ebd., 10. Juni 1935.
 352 ebd., 6. Juni 1938.
 353 »Damit hat man sich noch nicht ganz abgefunden« – so die vorsichtige Formulierung von Carl Schalk.
 354 Studienrat Reinhold Schöpfer, Hauptlehrer Richard Steinbuch und Studienassessor Dr. Richard Heer werden als Gestalter des Abends besonders hervorgehoben.
 355 Enz-Bote, 26. Juni 1933.
 356 ebd., 2. Okt. 1933.
 357 Dr. Friedrich Schlecht (1891–1966) war Leiter des Vaihinger Landwirtschaftsamtes.
 358 Enz-Bote, 27. Nov. 1933. Auch bei dieser Gelegenheit hatten die Teilnehmer an der Feier zuvor den Festgottesdienst besucht.
 359 ebd., 17. u. 27. März, 1. u. 27. Apr., 24. Mai, 22., 25. u. 27. Juli u. 18. Nov. 1933.
 360 ebd., 27. Dez. 1933.
 361 ebd., 20. Febr. 1934.
 362 ebd., 17. u. 19. Aug. 1933.
 363 ebd., 5. Mai 1933.
 364 ebd., 22. Juni 1933. Später wurde – beispielsweise – noch ein »Tag der deutschen Polizei« eingeführt, der ebenfalls mit einer Sammlung verbunden war (StAL, FL 20.18, Bü 96).
 365 Enz-Bote, 26. Sept. 1933.
 366 ebd., 2. Okt. 1933.
 367 ebd., 30. u. 31. Okt., 19. Nov. 1933.
 368 StAL, FL 20.18, Bü 4.
 369 Wie Anm. 368; in Horrheim lag das Ergebnis um 28,2% unter dem des Vorjahres.
 370 Wilhelm Wimmershof (1882–1966) hatte die Zeitung 1919 erworben.
 371 Alfred Schnauffer (1875–1967).
 372 Enz-Bote, 6. Febr. 1933.
 373 ebd., 25. Juli 1933.
 374 ebd., 31. Aug. 1933. Einen »Persilschein« über die »nationale Haltung« der Zeitung in der Weimarer Republik stellte schon am 31. Juli der Kleinsachsenheimer Lehrer Gottlob Speidel aus.
 375 ebd., 7. Sept. u. 2. Okt. 1933.
 376 ebd., 2. Mai 1936.
 377 ebd., 20. u. 31. Juli 1933. Im Sept. wurde der Rottweiler Landgerichtsrat Fischer in Schutzhaft genommen, weil er sich weigerte, im Dienst den Hitlergruß zu entbieten (ebd., 11. Sept. 1933).
 378 ebd., 6. Nov. 1933. Kündigungsschreiben allerdings durften nicht mit »Heil Hitler« unterzeichnet werden; das galt als Mißbrauch (ebd., 18. Dez. 1933).
 379 Gespräch IV.
 380 Enz-Bote, 26. Juli 1933.
 381 Die Ensinger hatten Hitler am 24. März zum Ehrenbürger ernannt (ebd., 25. März 1933).
 382 StAV, Gemeinderats-Prot. v. 7. Sept. 1933.
 383 ebd., Prot. v. 12. März 1946.
 384 Enz-Bote, 16. Dez. 1933. Für die »Ärmsten der Armen« wurde noch unmittelbar vor Weihnachten von Gemeinde und Partei zu einer Spendenaktion aufgerufen (ebd., 21. Dez. 1933).
 385 ebd., 15. Dez. 1933.
 386 Eugen Geiger (1890–1962) unterrichtete von 1919 bis 1934 an der Latein- und Realschule.
 387 Enz-Bote, 27. Dez. 1933.
 388 Gespräch III.
 389 Enz-Bote, 30. Dez. 1933.

Anlage 1

Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung und zum Reichstag in Vaihingen 1919–1933¹

	19. Januar 1919	6. Juni 1920	4. Mai 1924	7. Dez. 1924	20. Mai 1928	14. Sept. 1930	31. Juli 1932	6. Nov. 1932	5. März 1933									
Wahlberechtigte	1813	1772	1894	1891	1961	1951	1964	2018	2000									
Abgeg. Stimmen	1552	1259	1452	1365	1203	1569	1422	1380	1706									
Wahlbeteiligung	85,6 %	71,0 %	76,6 %	72,2 %	61,3 %	80,4 %	72,4 %	68,3 %	80,5 %									
Abg. gült. Stimmen	1551	1207	1442	1352	1194	1551	1408	1366	1696									
Parteien	St.	%	St.	%	St.	%	St.	%	St.	%								
SPD	558	35,9	170	14,1	220	15,2	238	17,6	129	10,8	217	14,0	170	12,0	123	9,8	158	9,3
USPD	11	0,7	99	8,2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
KPD	–	–	8	0,6	78	5,4	31	2,3	57	4,8	119	7,6	146	10,4	167	12,2	131	7,7
Zentrum	22	1,4	28	2,3	49	3,4	40	2,9	43	3,6	40	2,6	44	3,1	38	2,8	48	2,8
DDP	774	49,9	412	34,1	236	16,4	332	24,5	244	20,4	237	15,3	101	7,2	112	8,2	95	5,6
DVP	–	–	64	5,3	110	7,6	125	9,2	101	8,4	16	1,1	30	2,2	19	1,1	19	1,1
Bürgerp./DNVP	184	11,9	195	16,1	286 ⁴	19,8	218	16,1	119	10,0	137	8,8	123	8,7	150	11,0	170	10,0
WBW ²	–	–	231	19,1	272	18,8	233	17,2	167	14,0	227	14,6	56	4,0	70	5,1	70	4,1
CSVD ³	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	170	11,0	118	8,4	140	10,2	127	7,5
Volksrechtspartei	–	–	–	–	–	–	–	–	247	20,7	131	8,4	53	3,8	60	4,4	–	–
Mittelstandspartei	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	155	10,0	–	–	–	–	–	–
NSDAP	–	–	–	–	150 ⁵	10,4	131	9,7	30	2,5	91	5,8	557	39,5	449	32,9	877	51,7
Sonstige	2	0,1	–	–	41	2,8	4	0,3	57	4,8	27	1,7	24	1,7	27	2,0	1	–

¹ Alle Wahlergebnisse wurden der auf den Wahltag folgenden Ausgabe des Enz-Boten entnommen.² Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund³ Christlich-sozialer Volksdienst⁴ Vaterländisch-völkischer Rechtsblock⁵ Völkisch-sozialer Block

Anlage 2

Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl 1932 in Vaihingen und im Deutschen Reich (in %)¹

Kandidaten	1. Wahlgang (13. März)		2. Wahlgang (10. April)	
	Vaihingen	Dt. Reich	Vaihingen	Dt. Reich
Hindenburg	60,0	49,6	64,2	53,0
Hitler	21,1	30,1	28,3	36,8
Duesterberg	7,6	6,8	—	—
Thälmann	10,8	13,2	7,5	10,2
Winter	0,3	0,3	—	—

Anlage 3

Ergebnisse der Landtagswahlen von 1928 und 1932 in Vaihingen und in Württemberg²

Wahlbeteiligung	Vaihingen		Württemberg			
	20. Mai 1928	24. April 1932	1928	1932		
Abgeg. gültige Stimmen	1198	1276	—	—		
Parteien	St.	%	St.	%	%	%
SPD	133	11,1	129	10,1	23,8	16,6
KPD	57	4,7	126	9,9	7,4	9,5
Zentrum	47	3,9	48	3,8	19,6	20,4
DDP	252	21,0	151	11,8	10,1	4,8
DVP	93	7,8	53	4,1	5,1	1,5
DNVP	103	8,6	118	9,2	5,7	4,3
Württ. Bauern- und Weingärtnerbund	169	14,1	110	8,6	18,1	10,7
Christlich-sozialer Volksdienst	62	5,2	119	9,3	3,9	4,2
Volksrechtspartei	244	20,4	99	7,7	3,3	1,3
NSDAP	31	2,6	323	25,3	1,8	26,3
Sonstige	7	0,6	—	—	1,2	0,3

Anlage 4

Vergleich der Wahlergebnisse vom 5. März 1933 mit denen im Oberamt, in Württemberg und im Reich (in %)

	Vaihingen ³	Oberamt	Württemb. ⁴	Dt. Reich
SPD	9,3	10,1	14,7	18,3
KPD	7,7	7,4	9,2	12,3
Zentrum	2,8	0,6	17,7	11,2
DDP	5,6	2,0	2,1	0,9
DVP	1,1	0,5	0,7	1,1
DNVP	10,0	3,6	5,1	8,0
WBW ⁵	4,1	19,0	5,3	—
CSVD	7,5	1,9	3,1	1,0
NSDAP	51,7	52,7	41,9	43,9

¹ Enz-Bote, 14. März und 11. April 1932² ebd., 25. April 1932³ Enz-Bote, 6. März 1933⁴ ebd., 14. März 1933⁵ Im November 1932 hatte der Bauern- und Weingärtnerbund im Oberamt noch 32,3 % der Stimmen erhalten!

Anlage 5

Ergebnisse der Landtagswahlen in Vaihingen 1919–1932¹

	12. Januar 1919		6. Juni 1920		4. Mai 1924		20. Mai 1928		24. April 1932	
Wahlberechtigte	1822		1772		1894		1961		2010	
Abgegebene Stimmen	1601		1259		1450		1200		1289	
Wahlbeteiligung	87,9 %		71,0 %		76,5 %		61,1 %		64,1 %	
Abgeg. gültige Stimmen	1598		1207		1438		1198		1276	
Parteien	St.	%	St.	%	St.	%	St.	%	St.	%
SPD	524	32,8	170	14,0	206	14,3	133	11,1	129	10,1
USPD	10	1,2	99	8,2	–	–	–	–	–	–
KPD	–	–	8	0,7	85	5,9	57	4,7	126	9,9
Zentrum	25	1,9	28	2,3	52	3,6	47	3,9	48	3,8
DDP	825	51,6	412	34,1	249	17,3	252	21,0	151	11,8
DVP	–	–	64	5,3	114	7,9	93	7,8	53	4,1
Bürgerpartei/DNVP	106	6,6	195	16,1	294 ²	20,4	103	8,6	118	9,2
Württ. Bauern- und Weingärtnerbund	104	6,5	231	19,1	275	19,1	169	14,1	110	8,6
Christlich-sozialer Volksdienst	–	–	–	–	–	–	62	5,2	119	9,3
Volksrechtspartei	–	–	–	–	–	–	244	20,4	99	7,7
NSDAP	–	–	–	–	163 ³	11,3	31	2,6	323	25,3
Sonstige	4	0,2	–	–	–	–	47	0,6	–	–

¹ Alle Wahlergebnisse wurden der auf den Wahltag folgenden Ausgabe des Enz-Boten entnommen.² Vaterländisch-völkischer Rechtsblock³ Völkisch-sozialer Block

Die Scheibenstiftungen für das Großbottwarer Rathaus*

Von Markus Otto

Das Großbottwarer Rathaus ist zweifellos das repräsentativste Gebäude und die größte Sehenswürdigkeit der Stadt. Alle übrigen Dächer überragt der Giebel des mächtigen, eine ganze Seite des Marktplatzes einnehmenden Fachwerkbaues, der sicher zu den hervorragendsten Erzeugnissen ländlicher Baukunst und handwerklichen Könnens der Renaissancezeit in Württemberg gehört. Hermann Neuffer, der verdienstvolle Stadtarchivar, hat vor nicht allzu langer Zeit ausführlich über den Bau dieses Rathauses berichtet,¹ das in den Jahren 1553–1557 anstelle eines baufällig gewordenen Vorgängers erstellt wurde. Er hat dabei eine im heutigen »Bürgersaal« befindliche Stadtwappenscheibe erwähnt und auch abgebildet.² Von dieser und von weiteren für das Rathaus gestifteten Glasgemälden soll im folgenden berichtet werden.³

Im Laufe des 16. Jahrhunderts hatte sich die Sitte herausgebildet, daß vermögende Prominente zu besonderen Anlässen ihr Wappen mit dem Namen in Form eines Glasgemäldes stifteten. Man nannte diese Scheiben »Kabinettscheiben«, weil sie im Unterschied zur mittelalterlichen Glasmalerei, deren »monumentaler« Stil große Kirchenfenster füllte, infolge geänderter Technik kleinformatig hergestellt werden konnten und somit zur Dekoration von Zimmerfenstern geeignet waren. Die Sitte der Scheibenstiftung kam aus der Schweiz nach Süddeutschland, weshalb bei uns diese neuen Kabinettscheiben zunächst »Schweizerscheiben« genannt wurden. So haben wohl auch die Stadtväter von Großbottwar die adligen Herren der Umgebung dazu eingeladen, für das Sitzungszimmer (in nachstehender Urkunde »Gerichtsstube« genannt) anlässlich der Einweihung des neuen Rathauses eine Wappenscheibe zu stiften,⁴ eine Einladung, der diese sicher gerne Folge leisteten, um sich und ihre Familie dergestalt vor dem Magistrat der Stadt präsentieren zu können. Man weiß von einer ganzen Anzahl solcher Wappenscheiben, die einst den heutigen »Bürgersaal« im zweiten Stock des Rathauses geschmückt haben. Dazu kam noch die erwähnte Stadtwappenscheibe, die vermutlich vom Magistrat selbst gestiftet wurde.

Beim Betreten dieses »Bürgersaales« fällt der Blick zunächst auf zwei mächtige Holzsäulen, die einen Unterzugsbalken zur Stützung der Holzdecke tragen. Eine dieser Säulen trägt am Kapitell die Jahreszahl 1556 als Datum der Fertigstellung des Raumes, und das Stadtwappen: einen Storch mit darüber gelegter waagrechter Hirschstange. Man zählt in dem durch gemüthliche Eleganz heimelig wirkenden Raum insgesamt 9 Fenster mit Fensterkreuzen, somit 18 quadratische »Oberfenster« (auch »Oberlichter« genannt). Diese Fenster wurden offensichtlich seit dem Rathausneubau nicht mehr verändert, und man kann davon ausgehen, daß sich ursprünglich bis zu 18 Glasgemälde in diesen Oberfenstern, deren Form sich besonders anbot, befunden haben.

Heute ist davon nur noch die Stadtwappenscheibe in einem der Oberfenster übriggeblieben.

* Vortrag beim Historischen Verein am 13. Okt. 1983. Die Farbwiedergabe der heute noch vorhandenen Stifterscheiben auf 12 Farbtafeln in diesem Heft hat die Stadt Großbottwar durch einen großzügigen Druckkostenzuschuß ermöglicht; ihr sei dafür auch an dieser Stelle herzlich gedankt. Anm. der Redaktion.

Das Schicksal der fehlenden adligen Stifterscheiben (genaue Anzahl nicht mehr feststellbar, maximal wohl 17) erfährt man aus einer Bürgermeisterrechnung von 1781/82.⁵ Dort steht: »Da Seiner Herzoglichen Durchlaucht gnädigst gefällig gewesen, die in den maisten Fenstern der Gerichtsstube befindlich gewesene gemahlte Scheiben abholen zu lassen, wodurch sämtliche Obere Fliegel von Glaß und Bley gänzlich ausgelehrt worden...« Es folgt der Beschluß des Magistrats über eine neue Verglasung der Fenster. (Hier stehen die Angaben »in den maisten Fenstern« und »sämtliche Obere Fliegel« etwas gegeneinander, so daß daraus die Zahl der Glasgemälde nicht eindeutig hervorgeht.) Herzog Karl Eugen, von dem hier die Rede ist, war ein leidenschaftlicher Sammler von Glasgemälden, und so wanderten die Stifterscheiben von Großbottwar ebenso wie zahlreiche andere Glasgemälde aus dem ganzen Land in die herzogliche Sammlung, die seither beim Hause Württemberg geblieben ist. Diese damals sicher von den jeweils Betroffenen nicht besonders begrüßte Maßnahme des kunstfreudigen Herzogs hat dennoch den sicheren Verlust so manchen Glasgemäldes aufgrund von herumreisenden Geschäftemachern (im 19. Jahrhundert ganz groß, siehe z. B. Kleinbottwar!⁶), durch vielfach geübte achtlose Zerstörung aus Unverstand (insbesondere bei Kirchenrestaurierungen) oder auch Vernichtung durch Kriegseinwirkung verhindert. Die bedeutende Sammlung war nach ursprünglichen Standorten in Hohenheim und danach in der Inselkapelle beim Schloß Monrepos (heute Ruine!) schließlich in die Fenster des Schlosses Friedrichshafen gelangt. Dort befand sie sich bis zum Beginn des ersten Weltkriegs, wurde dann aber zum Schutz vor eventuellen Kriegsschäden von dem damaligen Glasmalereiexperten Prof. Dr. Fischer, München, ausgeglast, zum Teil restauriert und in geeigneter Form in Kisten magaziniert.⁷

Die erste und einzige Beschreibung dieser Sammlung stammt von 1882. Ihr Verfasser, Dr. Karl Ritter Mayer von Mayerfels,⁸ führt in seiner sehr gewissenhaften und aufmerksamen Publikation eine Gruppe von Wappenscheiben auf, die ihm als zusammengehörig auffielen, ohne ihre Herkunft zu kennen. Unterdessen ergab ein Vergleich der in Großbottwar noch vorhandenen Stadtwappenscheibe mit den Zustandsaufnahmen der fraglichen Scheiben, die Prof. Fischer seinerzeit bei der Ausglasung und Betreuung des Bestandes angefertigt hat, einwandfrei, daß es sich bei dieser Scheibenserie um die eingangs erwähnten Glasgemälde aus dem Großbottwarer Rathaus handelt.

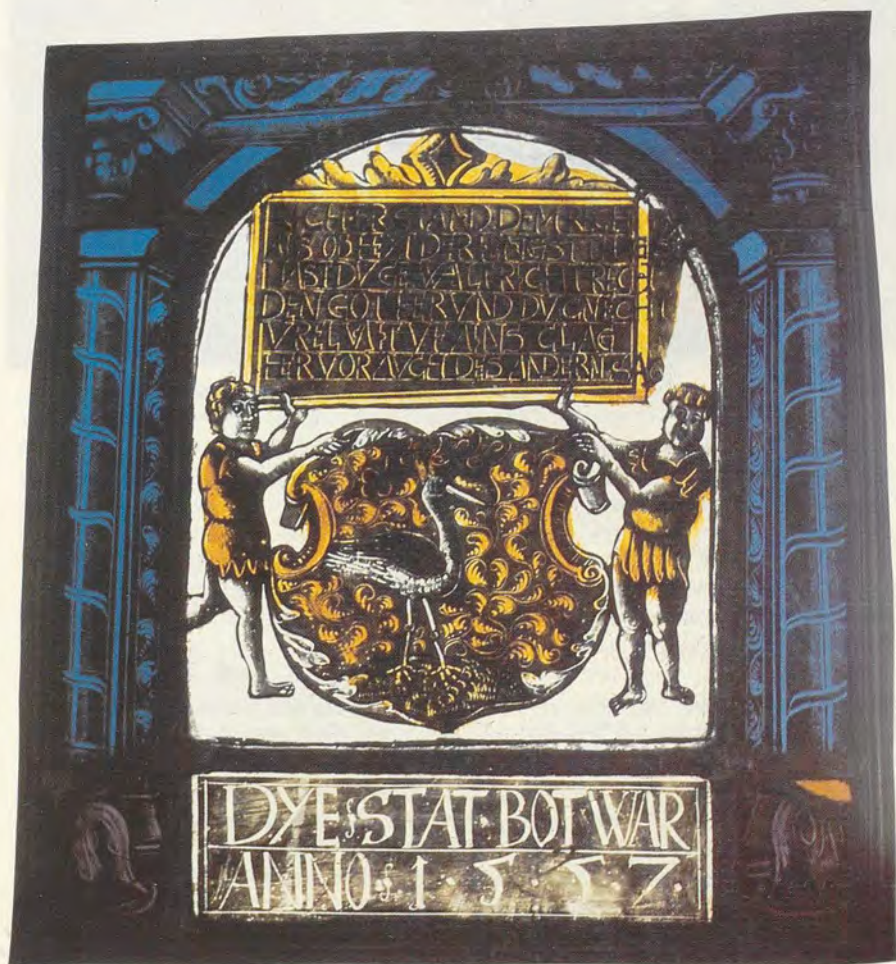
Mit Dankbarkeit sei an dieser Stelle des inzwischen verstorbenen Herzogs Philipp von Württemberg gedacht, des hervorragenden Kenners der württembergischen Geschichte und warmen Förderers der Forschung, der es dem Verfasser freundlich ermöglichte, die Scheibenserie auf Schloß Altshausen, wo die Sammlung noch in Kisten magaziniert lagert,⁹ eingehend besichtigen, vermessen und fotografieren zu dürfen.¹⁰ Dabei konnte die schon vorher ziemlich sichere Annahme bezüglich der Herkunft dieser Scheiben aus Großbottwar voll bestätigt werden.

Von den maximal vermuteten 17 Scheiben sind noch 11 erhalten. Die restlichen fehlen auch in der Aufzählung von Mayerfels, waren also schon 1882 nicht mehr vorhanden. Von einer dieser verschwundenen Scheiben weiß man wenigstens noch den Stifter, weshalb sie vollständigkeithalber unten unter der Nr. 13 aufgeführt ist.

Die Glasgemälde und ihre Stifter

Alle aus Großbottwar entfernten Scheiben wurden, wohl wegen der Anpassung an ihren Platz in den Fenstern des Schlosses Friedrichshafen, beschnitten und sind daher nicht mehr vollständig, doch sind allemal die Wappen erhalten geblieben. Die Ausmaße der Scheiben lassen sich durch Berechnung des fehlenden Teils durchweg auf das durch

die Stadtwappenscheibe vorgegebene Maß (ca. 26×30 cm) zurückführen. Die Oberfenster der Bürgerstube haben ein liches Maß von 29×50 cm, so daß auch die im Format etwas abweichende Scheibe Nr. 2 bequem darin Platz hatte. Im folgenden sind die Maße der Scheiben in ihrem beschnittenen Zustand angegeben. Die Renaissancearchitektur sämtlicher Scheiben, mit Ausnahme der Nr. 2, ist durchweg nach demselben Grundschema angelegt. Einfachen Pfeilern, die einen gedrückten Rundbogen tragen, sind Säulen mit verzierten Basen und Kapitellen vorgelagert, welche einen Architrav¹¹ mit verziertem, flachwinkligem Giebfeld tragen. Bei den folgenden Beschreibungen wird daher zwischen Pfeiler und Säule, Bogen und Architrav unterschieden. Pfeiler und Säule werden gelegentlich gemeinsam als »Stütze« bezeichnet. Die Beschreibung der Scheiben orientiert sich zwar vom Beschauer aus, doch gelten für die Beschreibung von Wappenfeldern die Gesetze der Heraldik, bei welcher die Betrachtung vom Schildhalter aus geht. Ein vom Beschauer aus gesehener »Schrägrechtsbalken« ist also heraldisch gesehen »schräglinks«. Die Wappenfarben Silber und Gold sind auf den Scheiben mit Weiß und



1. Das Stadtwappen von Großbottwar



2. Wappenscheibe der Anna Maria, Herzogin von Württemberg

Gelb wiedergegeben. Schon hier sei darauf hingewiesen, daß bei zwei Wappenscheiben die Unterschriftstafeln verwechselt sind.

Katalog der Scheiben

1. Die Stadtwappenscheibe

Das Großbottwarer Stadtwappen enthält »in goldenem Schild einen rechts schauenden weißen Storch, dessen Schnabel und Beine rot sind, über ihm ein vierzinkiges Hirschhorn«. ¹² Der Storch soll daher rühren, daß sich bei Großbottwar die Störche zu ihrer jährlichen Wanderung sammelten. Eine andere These lautet, daß der Vogel aus einem Wappen der Herren von Lichtenberg als den Stadtgründern stamme.

Beschreibung der Scheibe: In einem ziemlich eintönig gefärbten Architekturrahmen mit blauviolettten Pfeilern, Säulen, Bogen und Architrav (Kapitelle und Basen der Säulen rotviolett) steht vor weißem Hintergrund das Stadtwappen, der Storch hier ohne rote Farbe von Schnabel und Beinen und ohne die darüberliegende Hirschstange vor gelbem Rankendamasthintergrund. Es wird von zwei ziemlich plump geratenen Schildträgern gehalten. Darüber steht in goldenem Rahmen in Schwarzlotradierung der Spruch:

»RICHTER STAND DEM RECHT BEI ALS OB HEYD DER JENGST THAG SEI,
HAST DV GEWALT RICHT RECHT DEN GOT HER VND DV CHNECHT.
VRTEL NIT VF AINS CLAG HER VOR AVCH DES ANDERN SAG.« Bemerkens-
wert ist, daß der Glasmaler mit seinem Schriftraumen nicht ausgekommen ist und daher
rechts über diesen Rahmen hinausgemalt hat. Die Wappenunterschrift, ausradiert weiß
in Schwarzlot, lautet: »DYE.STAT.BOTWAR.ANNO.1.5.5.7.«. Maße: 26×30 cm.
Erhaltung: Bis auf ein kleines orangefarbiges Flickstück in der Basis der rechten Säule
unversehrt.

2. Scheibe der Anna Maria, Herzogin von Württemberg

Diese merkwürdigerweise in der Aufstellung Mayers von Mayerfels nicht enthaltene
Scheibe gehört infolge ihrer den anderen Scheiben ganz entsprechenden Technik ohne
Zweifel zum Bestand. Es war offenbar üblich, daß die Landesmutter als »first lady« bei
solchen Ereignissen den Reigen der Stifter anführte.¹³ Anna Maria von Württemberg,
Gemahlin Herzog Christophs, war eine geborene Markgräfin von Brandenburg-Ans-
bach. Sie war am 28. Dezember 1526 in Jägerndorf (Schlesien) geboren als Tochter des
Markgrafen Georgs des Frommen (geb. am 4. März 1484 und gestorben am 27. Dezem-
ber 1543, begraben im Kloster Leisbronn) und seiner zweiten Gemahlin Hedwig, der
Tochter des Herzogs Karl von Münsterberg (Schlesien), der am 28. November 1531 in
Liegnitz verstarb. Anna Maria selbst ist am 20. Mai 1589 gestorben. Ihr Wappen, das
auch als »Allianzwappen« zusammen mit dem ihres Gemahls am Eingangstor des Alten
Schlosses in Stuttgart zu sehen ist, gab zunächst einige Probleme auf, da in dem zu
erwartenden Wappen ihres Vaters, dem Brandenburger Wappen, Felder vorhanden sind,
die nicht in den üblichen Rahmen passen. Das uns hier vorliegende Wappen zeigt nun
aber, abweichend von der Ausführung, die in Stuttgart und auch auf einer Uracher
Rathausseiche zu sehen ist, unter den Brandenburger Feldern der obersten Reihe
einwandfrei das komplette Wappen des Fürstentums Anhalt. Dieses erstaunliche Phäno-
men konnte durch einen freundlichen Hinweis von Professor Dr. Decker-Hauff bestens
erklärt werden. Der »Askanier« Albrecht der Bär, von Haus aus Graf von Ballenstedt,
also ein »Anhalter«, wurde nachher auch Markgraf von Brandenburg! Somit ist in dem
Wappen der Anna Maria auf die älteste Geschichte der Markgrafen Bezug genommen.
Demgegenüber betreffen auf der in Stuttgart und Urach übereinstimmenden Darstellung
drei nebeneinander liegende Felder des Wappens das Herzogtum Münsterberg.

Beschreibung der Scheibe: In einem in der Breite vollständigen, nach oben und unten
beschnittenen Architekturrahmen mit flankierenden violetten Säulen, Basen und Kapi-
telle grünlichgelb, und einem darüberstehenden violetten, prächtig verzierten, nicht
mehr vollständigen Bogen befindet sich auf blauem, verwaschenem Damasthintergrund
das mit großer Pünktlichkeit ausgeführte Wappen. In der obersten Reihe in 1 der in
rotweißer Umrahmung stehende Löwe der Burggrafschaft Nürnberg, schwarz in Gold,
in der Mitte in Silber der rote Adler von Brandenburg, in 3 der rote Greif (hier eher ein
Löwe!) in Silber von Stettin. Die darüber nur noch in Umrissen erkenntliche Helmzier
zeigt, vom Beschauer aus links den Spangenhelm der Burggrafschaft Nürnberg, darauf,
nach vorliegender Beschreibung, einen hermelingestülpten Fürstenhut, darauf einen
rotgekrönten und rotbewehrten Löwen mit rotsilbernen Büffelhörnern (auf der Scheibe
scheinen die Büffelhörner ohne den Löwen abgebildet gewesen zu sein). In der Mitte
Brandenburg: auf Helmkrone offener schwarzer Doppelflug, mit goldenen Kleestengeln
belegt und mit goldenen Lindenblättern besät. Rechts Pommern: Helmkrone mit
grünen Pfauenfedern besteckt, die aus einem Fürstenhut wachsen. Die Helmdecken sind

links schwarz-golden, rechts blau-rot. Das unter einer querlaufenden Bleirute befindliche Anhalter Wappen (Reihe 2–4) weist, von links nach rechts vom Beschauer aus folgende Felder auf:¹⁴ Reihe 2, Nr. 1 »in Silber einen auf roter schräglinks stehender Zinnenmauer mit goldener Pforte in die Höhe steigenden schwarzen Bären mit goldener Krone und Halsband, wegen der Abkunft von den Bäringern.« Nr. 2 »von Gold und Schwarz zehnmal quergestreift wegen der Grafschaft Ballenstedt.« Nr. 3 »von Schwarz und Silber in vier Reihen zwölfmal geschacht, wegen der Grafschaft Askanien.« Reihe 3 Nr. 1 »von Gold und Rot geviertelt, wegen der Herrschaft Waldersee.« Nr. 2 »in Blau zwei goldene Schrägrechtsbalken (auf der Scheibe umgekehrt) wegen der Grafschaft



3. Wappenscheibe des Philipp von Liebenstein

Warmisdorf.« Reihe 4 Nr. 1 »einen silbernen Adler in Blau (auf der Scheibe in Gold) wegen der Grafschaft Mühlingen.« Nr. 2 »in Silber ein auf roter schrägrechts stehender Zinnenmauer mit silberner Pforte in die Höhe steigender schwarzer Bär mit silbernem Halsband wegen Bernburg.« Herzschild: Fürstentum Anhalt. »Gespalten, im rechten silbernen Feld ein halber roter Adler, im linken von Gold und Schwarz zehnmal quergeschnittenen Feld ein schrägrechts gelegter grüner Rautenkranz (auf der Scheibe durch einen schwarz-goldenen Bogen ersetzt).« Die Wappenunterschrift ist durch Ausradieren eines Schwarzlotüberzugs auf gelbem Glas hergestellt und lautet: »ANNE MAR.VON GOTES GE.NAD.HERZOGIN V.WIREN.BERG.« Die nächste Zeile ist von der Bleirute teilweise verdeckt, und nur noch »GEBORENE« und »BRANDENBVRG« zu lesen. Da die Scheibe auch nach unten beschnitten ist, fehlt die zu erwartende Jahreszahl der Stiftung. Maße: 29×28 cm.

Erhaltung: Oben und unten beschnitten. Blaue Flickstücke im Bogen. Damast verwaschen, Schmelzfarben der Helmzier weitgehend abgeblättert. Die Scheibe war größer als die anderen, und offensichtlich wollte der Glasmaler hier zu Ehren der Stifterin etwas besonders Prächtiges liefern. Durch Bleiruten sind die Wappenfelder teilweise etwas verdeckt.

3. Scheibe des Philipp von Liebenstein

Die Herren von Liebenstein haben ihren Namen von ihrer gleichnamigen Stammburg bei Neckarwestheim, gehörten also zur unmittelbaren Nachbarschaft Großbottwars. Sie lassen sich bis »um 1200« nachweisen und wurden später besonders als Ganerben von Bönningheim bekannt. Philipp war ein Sohn Raban von Liebensteins und der Brigitta Willichin von Alzey, Tochter Philipps v. A. und der Helena von Ehrenberg. Er heiratete 1560 Elisabetha von Gemmingen zu Bürk, Tochter Eberhards v. G. und der Barbara von Wolfskehl. Philipp starb am 2. Juni 1588. Weiteres zum Scheibenstifter siehe bei Nr. 4.

Wappen: von Silber und Schwarz viermal quergeteilter Schild. Helmzier zwei Büffelhörner, ebenso geteilt. Helmdecken außen schwarz, innen silbern.

Beschreibung der Scheibe: Vor grünem Pfeiler blaue kanellierte Säule mit blauer Basis, und blauem Kapitell. Bogen blau, innen schwarz mit grünem Ornament. Wappen obiger Beschreibung entsprechend. Damasthintergrund: rote Ranken auf Schwarz. Die Unterschrift, schwarz auf weißem gefältem Schriftband, lautet: »PHILIPVS VON. LYEB.STAEN.ANNO.DOMINI.1.5.5.7.« Maße: 22×26 cm.

Erhaltung: links und oben beschnitten. Es fehlt die linke Stütze und ein Teil des Bogens, sowie der Architrav. Damast nur oben links und unten links und rechts vom Wappen erhalten. Flickstück oben rechts.

4. Scheibe Bernhards des Älteren von Liebenstein (Wappenunterschrift siehe Scheibe Nr. 6!)

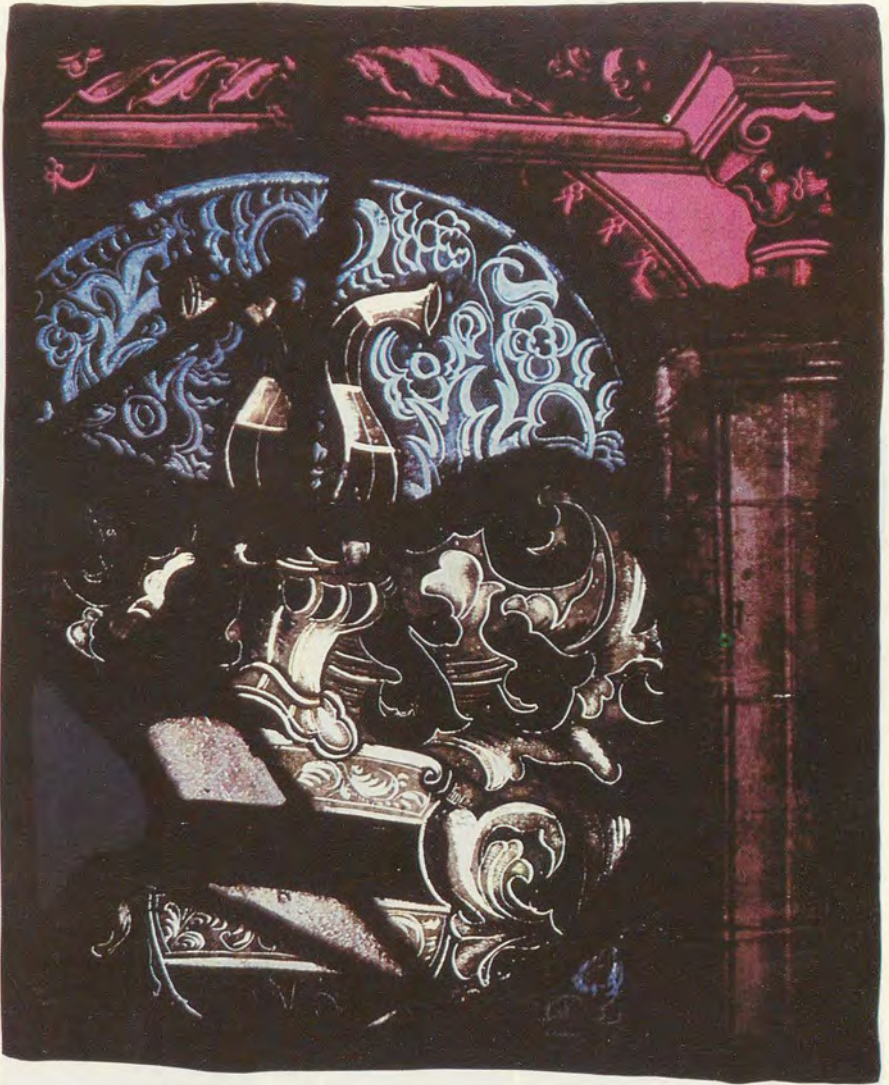
Bernhard der Ältere gehörte zu der Ottmarsheimer Linie der Liebensteiner.¹⁵ Er setzte sich von der Stammburg ab und baute sich in Ottmarsheim ein Schloß als Wohnsitz. Bei einer 1571 von der Liebensteiner Herrschaft für Ottmarsheim gesetzten »Gerichts- und Dorfordnung«¹⁶ erscheinen als Grund- und Gerichtsherrn Bernhard der Ältere, Bernhard der Jüngere (wohl ein Vetter des Älteren), Obervogt in Vaihingen/Enz, und der vorstehend genannte Philipp, Sohn des Raban. Bernhard der Ältere hatte einen Sohn Hans-Moritz, der mit Elisabeth von Talheim vermählt war, jedoch bereits 1582 verstarb.



4. Wappenscheibe Bernhards des Älteren von Liebenstein (richtige Unterschrift siehe Scheibe Nr. 6)

Damit verfiel dem Stamm Bernhard wegen des Ottmarsheimer Gesetzes des »Mannslehens« der weitere Anspruch. Der Vater starb am 26. Oktober 1582 und wurde in der Ottmarsheimer Kirche beigesetzt. Seine Tochter Maria war vermählt mit Hans Wilhelm von Urbach. Maße: 21,5 × 26 cm.

Beschreibung der Scheibe: Oberteil Liebensteiner Wappen (darunter Unterschrift Bastian von Lier). Linke Säule mit dahinterstehendem verziertem Pfeiler schwarz und gelb.



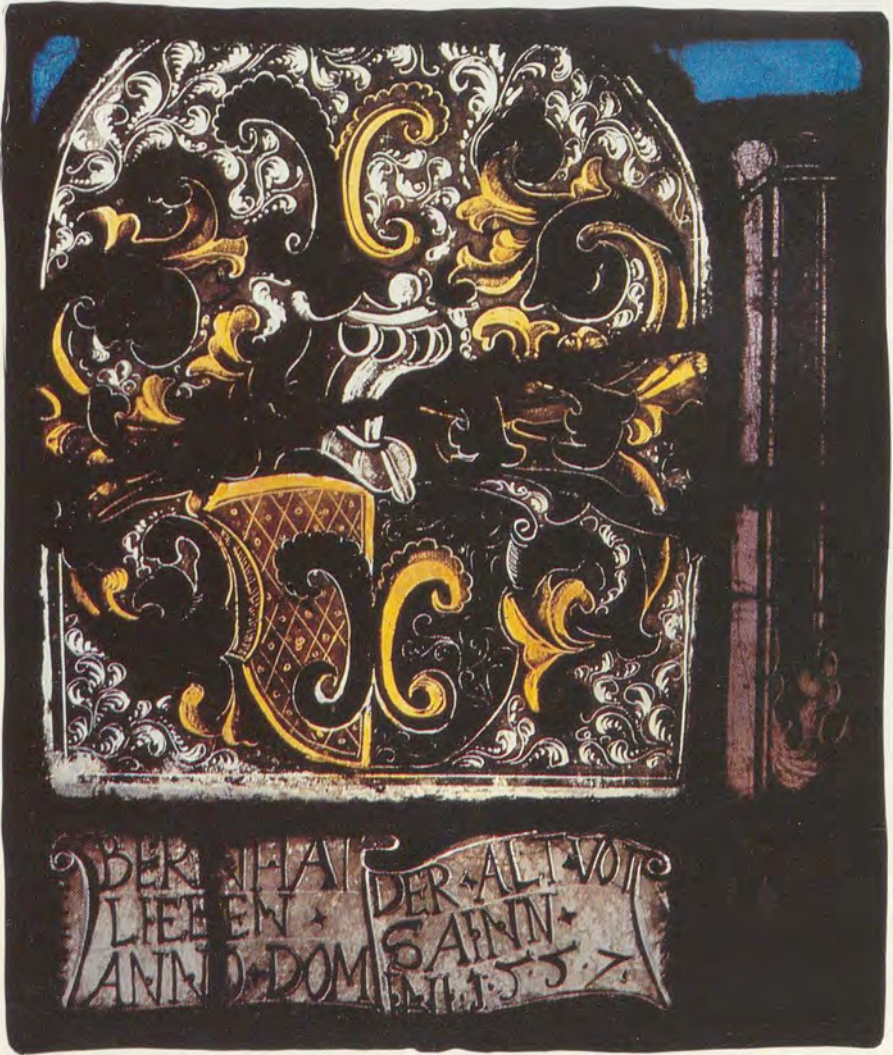
5. Scheibe mit dem Liebensteiner Wappen. Die fehlende Unterschrift lautete wahrscheinlich »Bernhard der Jüngere von Liebenstein«.

Verzierter schwarz-gelber Bogen. Gelber Rankendamast. Wappen wie auf der Philippscheibe. Unterteil siehe Scheibe Nr. 6. Unterschrift auf weißem, gefältem Schriftband: »BERNHAT DER. ALT VOT. LIEBEN, SAINN. ANNO. DOMINI. 1. 5. 5. 7.«
Erhaltung beider Teile: Scheibe oben und rechts beschnitten. Es fehlt ein Teil vom Bogen und der Architrav, sowie die rechte Stütze. Das Schriftband ist unversehrt. Es ist deckungsgleich mit dem anderen und paßt genau unter die richtige Scheibe.

5. Scheibe mit Liebensteinerwappen ohne Unterschrift

Zieht man die oben erwähnte »Gerichts- und Dorfordnung« von Ottmarsheim zu Rate, so scheint die Annahme nicht zu weit hergeholt, daß sich die drei Liebensteiner, welche später diese Ordnung erlassen haben, auch gemeinsam an der Scheibenstiftung beteiligt haben. Demnach könnte der »Dritte im Bunde«, Bernhard der Jüngere, der Scheibenstifter gewesen sein.

Beschreibung der Scheibe: Die Rahmenarchitektur ist hier sehr farbenprächtig. Pfeiler und Säule violett, Kapitell, Bogen und Architrav karminrot. Der blaue Damasthintergrund trägt zur Abwechslung ein Muster aus Blumen und Blättern. Das Wappen



6. Wappenscheibe des Bastian von Lier(heim) (richtige Unterschrift siehe Scheibe Nr. 4)

entspricht genau den anderen Liebensteiner Wappen. Maße: 20×25 cm.

Erhaltung: Linke Stütze und Unterschrift fehlen, ebenso der größte Teil der linken Helmdecken des Wappens, das Notbleie und zwei Flickstücke aufweist. Ebenso Notbleie im rechts verwaschenen, links deutlichen Damast.

6. Scheibe des Bastian von Lierheim (Hierzu die Unterschrift Scheibe Nr. 4)

Die Herren von Lierheim waren ein ursprünglich bayerischer Adel, dessen Stammburg bei Appethofen zwischen Nördlingen und Harburg stand. Ein Otto von Lierheim war als Freiherr 1071 der 37. Bischof von Konstanz und wurde 1080 von Papst Gregor VII. in den Bann getan. Spätere Mitglieder der Familie waren Domherren in Straßburg und Eichstätt und haben in Tübingen und Bologna studiert. Im 15. und 16. Jahrhundert tritt die Familie in Württemberg auf. Eine Elisabeth Lyher, gest. 1490 in Markgröningen (Grabmal in der »Vollandskapelle« der Bartholomäuskirche) war die Gemahlin von Heinrich Volland, ihre Tochter war mit Wilhelm von Lier, einem Ganerben von Bönningheim, verheiratet. Bastian von Lierheim, ebenfalls Ganerbe von Bönningheim, war um 1522 Kommandant auf dem Hohentwiel und 1536–1550 »Diener von Haus aus«. ^{16a} Er starb in Bönningheim am 12. November 1568. Sein Grabmal in der Bönningheimer Kirche, das ihn als Ritter in voller Rüstung darstellt, trägt die Inschrift: »ANNO DNI 1568 DEN 12.TAG NOVEMBRIS STARB DER EDEL VND VEST BASTIAN VON LIERHAIM DEM GOTT GENAD AMEN«.

Wappen: Die Beschreibung des in mehreren Versionen vorkommenden Wappens bei Alberti kommt der Ausführung auf der Scheibe am nächsten. In Gold zwei abgewendete schwarze Widderhörner. Helmzier: dieselben Widderhörner, eines golden, eines schwarz. Helmdecken: außen golden, innen schwarz.

Beschreibung der Scheibe: Oberteil Lierheimer Wappen (darunter Unterschrift Bernhard der Ältere von Liebenstein). Rechter Pfeiler (hier keine vorgelagerte Säule!) lila. Weißer Rankendamasthintergrund des der obigen Beschreibung entsprechenden Wappens, jedoch ist es heraldisch »richtiger« ausgeführt. Der Schild ist von Gold und Schwarz gespalten, im goldenen Feld ein schwarzes, im schwarzen Feld ein goldenes Horn, somit Übereinstimmung mit der Helmzier: schwarzes und goldenes Horn. Unterschrift siehe Scheibe Nr. 4, Liebensteiner Wappen. Auf schwarzer Schrifttafel (Schwarzlot) steht in ausradiierter weißer Schrift: »BASTION.VON.LIER.ANNO.1.5.5.7.«. Maße: 20×23 cm.

Erhaltung: Scheibe oben und links beschnitten. Es fehlt der linke Pfeiler und der ganze Bogen mit dem obersten Teil des Damasts. Wappen bis auf ein quer verlaufendes Notbleie vollständig. Schrifttafel vollständig.

7. Wappenscheibe Lierheim ohne Unterschrift

Da Mayer von Mayerfels von einer versprengten Schrifttafel »Jörg von Lier« berichtet, ist anzunehmen, daß sie zu dieser Scheibe gehörte. Demnach war also Jörg von Lierheim der Scheibenstifter. Er wird im NWDB als »Diener von Haus aus« (1534–37) erwähnt.

Beschreibung der Scheibe:

Rechter Pfeiler mit Säule lila, Kapitell, Bogen und Architrav karmine. Hintergrund grau mit herumlaufendem weißem Ornament und schmalen Goldrahmen. Das Wappen entspricht dem vorhergehenden, doch sind die Hörner der Helmzier nachträglich in plumper Weise schwarz übermalt, so daß das Gold des einen Horns nur noch durchschimmert. Maße: 20×25 cm.

Erhaltung: Es fehlen links Pfeiler und Säule und ein kleiner Teil der Helmdecken. Das Wappen weist einen schrägen Sprung auf und die Unterschrift fehlt.

8. Scheibe des Pankraz von Urbach

Die Stamburg der Herren von Urbach (Auerbach) lag bei Oberurbach (bei Schorndorf), nach deren Zerstörung sie sich dort noch ein neues Schloß erbauten. Nach der ältesten bekannten Urkunde trat ein Gerund von Urbach am 25. Mai 1181 auf dem Hohenstaufen als Zeuge Kaiser Friedrichs I. für das Kloster Adelberg auf. Auch in späteren Adelberger Urkunden treten noch Herren von Urbach auf. Die reichbegüterte Familie lebte nachher vorweg auf ihren Besitzungen im heutigen Kreis Ludwigsburg, insbesondere in Mundelsheim (Hans von Urbach, der berühmte »Städtefeind«!) Kirchheim am Neckar und Höpfigheim. Sie gehörte zu den Ganerben von Bönningheim und stellte zahlreiche württembergische Staatsbeamte (»Diener«), darunter fünf Obervögte.

Pankraz von Urbach war der zunächst uneheliche Sohn des Jakob von Urbach, welcher in erster Ehe mit Anna Nothaft von Weißenstein verheiratet war. Als zweite Frau des Jakob erscheint bei Schilling eine Amalia Sigling¹⁷ mit dem Hinweis »Beyschläferin geehelicht«, wodurch der Sohn Pankraz nachträglich legitimiert wurde. Pankraz war verheiratet mit Kunigunde von Lierheim und dadurch wahrscheinlich der Schwiegersohn oder der Schwager des Bastian von Lierheim. Er war 1538–1543 »Diener von Haus aus«, 1544–1555 Forstmeister auf dem Reichenberg (»hat seine Behausung auf dem Schloß«), 1556–1562 wieder Diener von Haus aus und 1562–1569 Obervogt von Schorndorf. Außerdem war er eine zeitlang »Baumeister« der Ganerben in Bönningheim. Er starb am 12. Mai 1569 in Kirchheim am Neckar auf seinem dortigen Besitz. Sein Grabmal in der dortigen Kirche, auf dem er als Ritter in voller Rüstung erscheint, zu seinen Seiten das Urbacher und das Lierheim'sche Wappen,¹⁸ trägt die Inschrift: »ANNO DOMINI 1569 DEN 12. TAG MAI STARB DER EDEL VND EDL VND VEST PANGRATZ V. AVR BACH DEM GOTT GNAD AMEN.« In einer Beurteilung steht: »er war ein gutherziger, fröhlicher Junkherr«, wahrhaftig ein liebenswürdiges Prädikat! Seine Wertschätzung und die seines nahen Verwandten Bastian von Lierheim bei Hofe geht auch aus einer Verfügung des Herzogs hervor, bei welcher die Formulierung verwendet ist »in Anbetracht der Verdienste Pangratz' von Urbachs und Bastian von Liers'«. Pankratz war der Stammvater der weiteren Urbacher.

Wappen: von Rot und Silber gespalten. Helmzier: ein ebenso gespaltenes Brackenrumpf. Decken: rot und silbern.

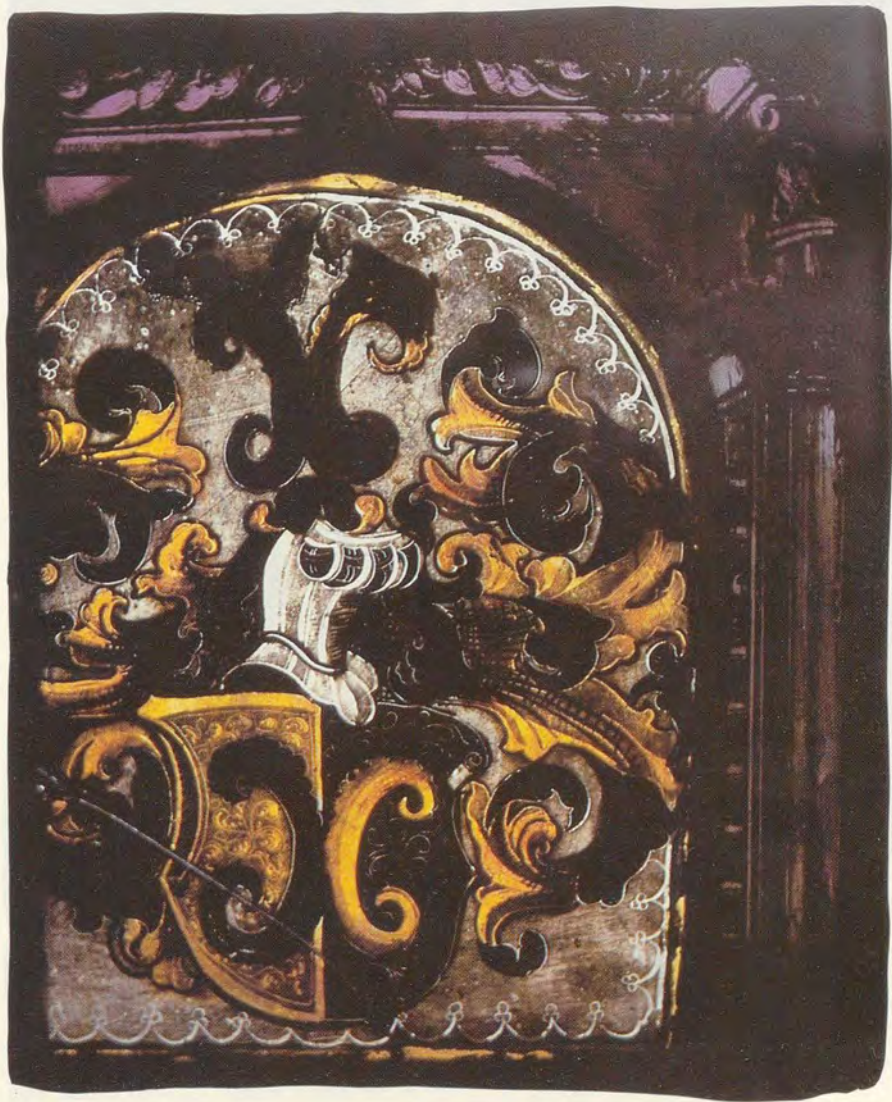
Beschreibung der Scheibe: Von ihr sind nur Wappen und Unterschrift erhalten. Rankendamasthintergrund blau, das farbenprächtige Wappen entspricht genau der obigen Beschreibung. Die Inschrift auf gelbem, gefältem Schriftband lautet: »PONGRACZI VON URBACH 1.5.5.7.«. Maße: 17×25 cm.

Erhaltung: Durch Beschneidung links, oben und rechts fehlt der gesamte Architekturrahmen und das obere Ende des Damasthintergrundes. Wappen und Unterschrift sind vollständig. Zwei Sprünge im Schriftband.

9. Scheibe des Hans Jakob von Degernau (Tegernau), gen. König

Die Stamburg der seit 1228 in Urkunden mehrfach genannten Familie stand bei dem nördlich von Schopfheim (Baden) im kleinen Wiesental gelegenen Dorf Tegernau. Später waren die Herren von Tegernau mehrfach in Württemberg begütert, laut Alberti in

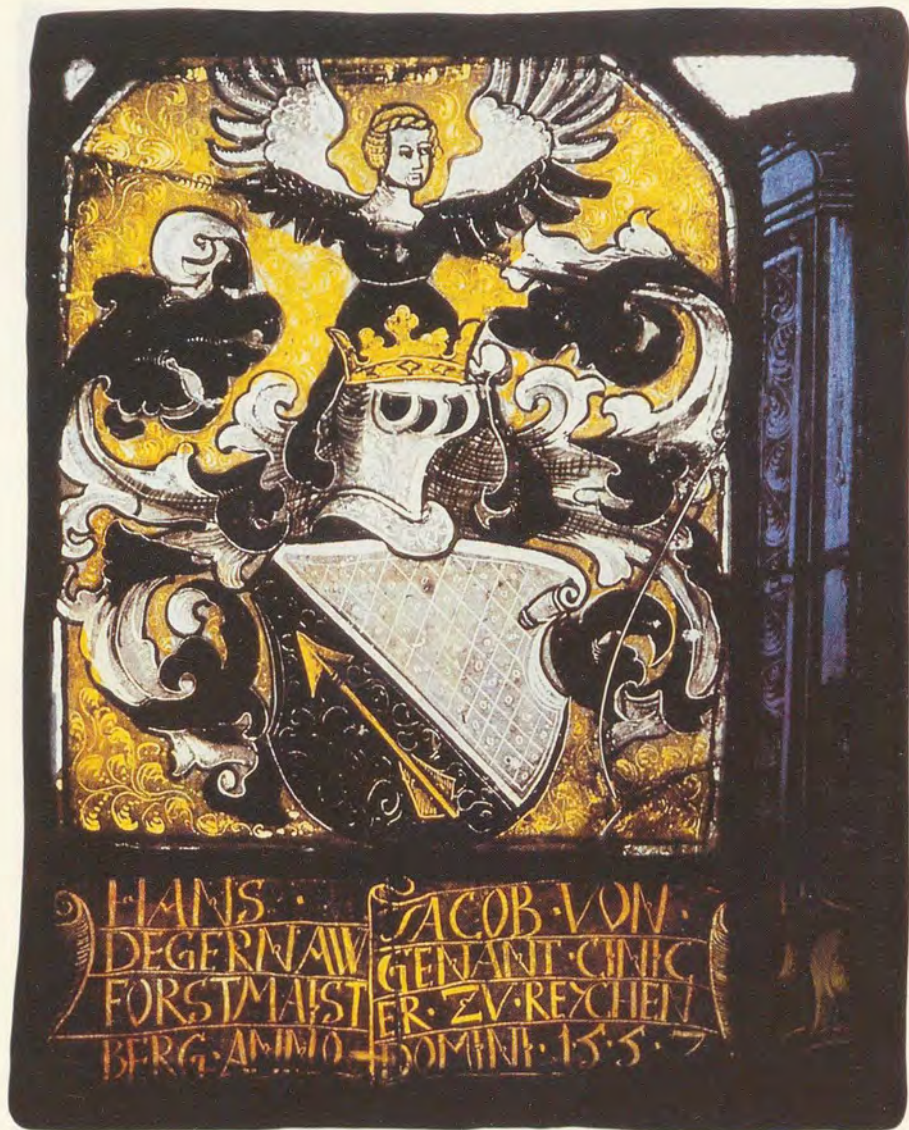
Unterlimburg und Weckrieden, in Talheim (Rottenburg) und in Frommern (Balingen). Ein Hans Friedrich von Tegernau, Sohn des Scheibenstifters, war 1596–1598 Geheimer Rat und 1599–1634 Obervogt von Balingen. Hans Jakob von Tegernau, genannt König, wird 1552–1555 beim »Adel am Hof« genannt, war 1555–1571 Forstmeister auf dem Reichenberg, somit dort der Nachfolger des Pankraz von Urbach und ihm wohl gut bekannt, 1571 bis nach 1574 Diener von Haus aus und, wohl ab 1575, Geheimer Rat. Er bezog als solcher bis zu seinem Tod im November 1596 in Unterlimburg (Schwäb. Hall!) ein Gnadengeld. Hans Jakob war verheiratet mit Agathe Grempp von Freudenstein,



7. Scheibe mit dem Lierheimer Wappen. Die fehlende Unterschrift lautete wahrscheinlich »Jörg von Lier«.



8. Wappenscheibe des Pankraz von Urbach



9. Wappenscheibe des Hans von Tegernau, genannt König

Tochter des Kammermeisters Onophrius Grempl (der Jüngere!) und der Agata Besserer von Schnürpfingern.

Wappen: von Silber und Schwarz schrägrechts geteilt. Im unteren, schwarzen Feld ein aufwärts gerichteter silberner Pfeil. Helmzier: dem Schild entsprechend unten schwarzer oben silberner Jungfrauenrumpf mit ebenso gefärbten Flügeln statt Armen. Helmdecken: außen schwarz, innen silbern.

Beschreibung der Scheibe: Rechter Pfeiler mit Säule blau, Säulenbasis gelb. Vor gelbem, von feinem silbernem Rahmen umgebenen Ranken-Damasthintergrund steht das Wap-



10. Wappenscheibe des Conrad von Wittstadt, genannt Hagenbach

pen, im wesentlichen obiger Beschreibung entsprechend. Der Pfeil ist golden, der Spangenhelm golden bekrönt. Die Unterschrift, hier wieder als gelbe »Negativschrift« in Schwarz, auf gefältelem Schriftband lautet: »HANS JACOB.VON. DEGERNAW.GENANT.CINIC.FORSTMAISTER.ZV.REICHENBERG. ANNO.DOMINI.1557.«. Maße: 20×25 cm.

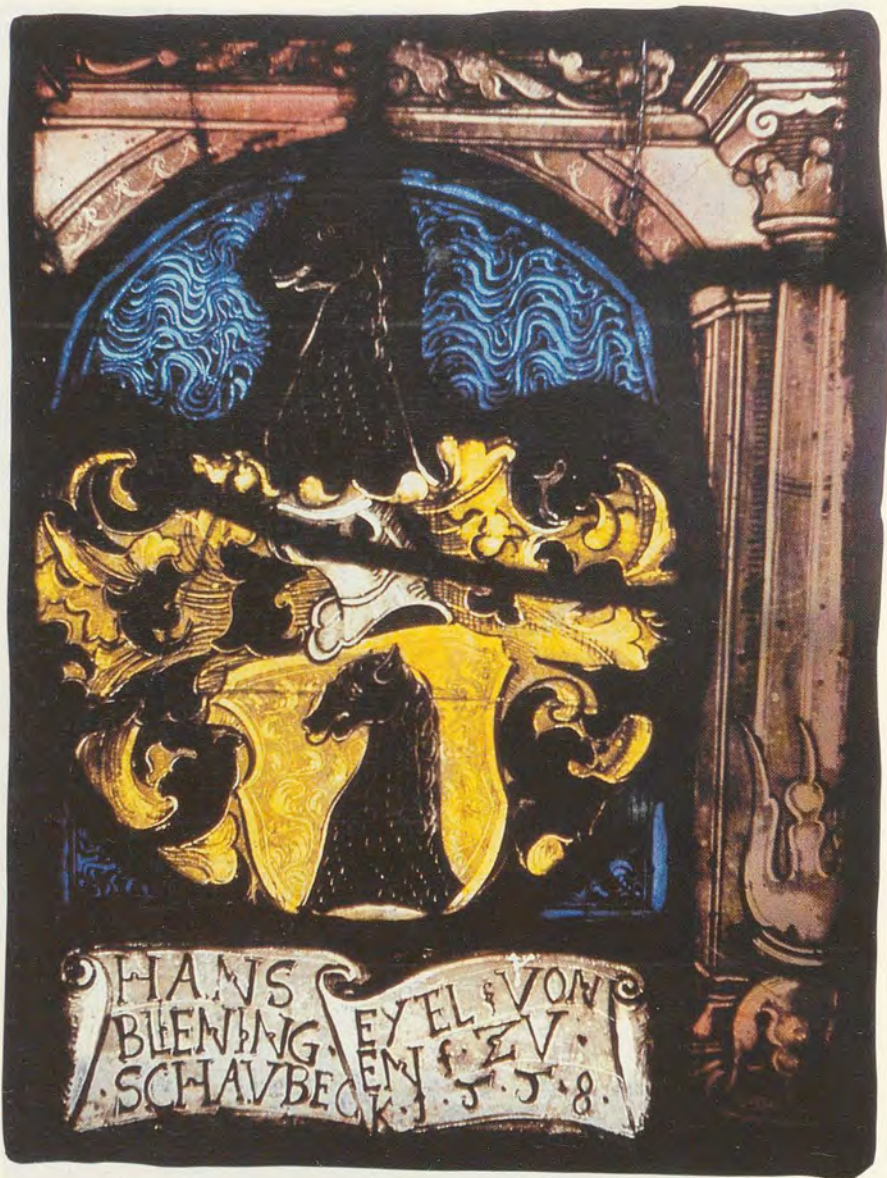
Erhaltung: Links, oben und rechts beschnitten. Es fehlt links die ganze Stütze, rechts ein Teil der Säule, es fehlen Bogen und Architrav und der oberste Teil des etwas verwaschenen Rankendamasts. Weiße Flickstücke oben links und rechts, Sprünge im sonst intakten Wappen. Unterschriftstafel vollständig.



11. Wappenscheibe des Wolf Rau von Winnenden

10. Scheibe des Conrad von Wittstatt, gen. Hagenbach

Die Herren von Wittstatt waren ein ursprünglich fränkischer Adel, der seinen Stammsitz beim heutigen Oberwittstatt (zwischen Osterburken und Krautheim) hatte. Eine Tendenz hinüber ins Württembergische ist schon früh erkennbar. Bereits 1324 ist ein Sigmund von »Wittigstatt« in Schöntal, 1356 ein Cunrad v.W. »gesessen zu



12. Wappenscheibe des Hans Eytel von Plieningen zu Schaubeck

Mergentheim« erwähnt. Nachdem die Familie 1467 mit Hagenbach am Kocher (bei Kochendorf) belehnt worden war, nannte sie sich von da an nach diesem Ort »von Wittstatt genannt Hagenbach«. Sie war in Württemberg reichbegütert, insbesondere im Gebiet um Neckarsulm. Obwohl sie Hagenbach schon 1506 an den Deutschen Orden verkaufte, wurde der Zuname »genannt Hagenbach« weiter beibehalten. Während mehrere Glieder der Familie württembergische »Diener« – darunter zwei Obervögte –

waren, konnte für den Scheibenstifter Conrad bisher kein bedeutsames Amt festgestellt werden. Er war verheiratet mit Else Nothaft, durch die er 1526 in den Besitz der Burg Helfenberg (bei Auenstein) kam. Er ist am 28. August 1573 gestorben und in der Mundelsheimer Kilianskirche beigesetzt. Sein Grabmal trägt folgende Inschrift:¹⁹ »Anno 1570 (wohl falsch gelesen, bei Siebmacher richtig 1573!) den 28. August starb der edel und vest Junker Konrad v. Wittstatt genannt Hagenbach zu Helfenberg, dem Gott genad.« Sein Sohn Philipp verweist 1558 seine Ehefrau Maria Güss von Güssenberg mit 2000 Gulden auf Helfenberg (Siebmacher). Dieser Sohn Philipp war vermutlich der im NWDB erwähnte »nachgesetzte Kriegsrat des schwäbischen Kreises (1582–1591).«
Wappen: in Silber ein grüner Balken. Helm: zwei silberne Büffelhörner mit grüner Spange. Decken: grün und silbern.

Beschreibung der Scheibe: Linker Pfeiler und Anfänge des Bogens karminrot. Das Wappen steht vor einem blauen, gegitterten Damasthintergrund und entspricht vollständig der obigen Beschreibung. Die Unterschrift auf weißem, gefältelem Schriftband lautet: »CONRAT VON WICZSTAT GENANT HAGENBACH ANNO.M. 1.5.5.7.« Maße: 22×25 cm.

Erhaltung: Scheibe links wenig (Säule fehlt), oben und rechts stark beschnitten. Es fehlen Bogen, Architrav und rechts Pfeiler und Säule. Damast und Wappen vollständig bis auf Sprung im silbernen Teil des Schildes. Sprung in der Schrifttafel.

11. Scheibe des Wolf Rau von Winnenden

Die ältere Geschichte der Familie Rau von Winnenden, die ursprünglich aus dem bekannten Ort in der Nähe von Waiblingen stammen muß, ist anscheinend noch nicht bekannt. Nach einer bei Kindler gedruckten Stammtafel erscheint 1411 erstmals in einer Urkunde ein Albrecht Rau von Winnenden, Sohn von Ortolf und dessen Gemahlin Hiltrud von Sulmetingen. 1447 wird er »mit dem Turm zu Obersulmetingen« (bei Biberach) belehnt. Auch sein Enkel Hans wird am 22. 1. 1463 mit demselben »Turm« belehnt. Ein Sohn aus dessen Ehe mit Elisabeth von Grafeneck, war Wolf Rau von Winnenden, verheiratet mit Felicitas von Urbach, gest. vor dem 14. Juni 1512.²⁰ Die Familie hatte in Oberschwaben, das damals noch nicht zu Württemberg gehörte, aber auch in Alt-Württemberg Besitzungen und stellte ebenfalls mehrere württembergische »Diener«, darunter den Tübinger Obervogt Hans Rau von Winnenden. Der Scheibenstifter Wolf war der Sohn des weiter oben erwähnten. Er war 1530 Besitzer des Schlosses Hohenstein, das er dann 1550 an Pankraz von Urbach verkaufte. 1549 war er Ganerbe in Bönningheim und hatte zur selben Zeit auch Anteile von Hofen. Er war verheiratet mit Anna von Wittstatt gen. Hagenbach, vermutlich einer nahen Verwandten Konrads, des Stifter der Scheibe Nr. 10.²¹

Wappen: in Schwarz ein silberner Schrägrechtsbalken mit drei roten Rosen. Helm: geschlossener Flug wie Schild. Decken: schwarz und silbern.

Beschreibung der Scheibe: In der hier in den Ausmaßen nach links und nach oben vollständigen gelb-weißen Rahmenarchitektur mit gelber Säulenbasis, weißem Kapitell und Architrav (Bogen und Giebfeld gelb), steht das Wappen vor gelbem Rankendamast. Es entspricht der obigen Beschreibung mit dem Unterschied, daß die Rosen auf Schild und Helmzier gelb sind. Die Unterschrift auf weißem, gefältelem Schriftband lautet: »WOLF RAW VONN.WINNETHA.ANNO.DOMINI 1.5.5.7.«. Maße: 21×29 cm.

Erhaltung: Pfeiler mit Säule rechts fehlt. Flickstück im Schaft der linken Säule (wohl von Fischer eingesetzt, da auf seiner Zustandsaufnahme hier noch eine weiße Fehlstelle). Notblei links oben im etwas verwaschenen Damast. Sprünge im Wappen und im Damast unten. Schriftband vollständig.

12. Scheibe des Eitelhans von Plieningen zu Schaubeck

Die Stamburg des Geschlechts stand bei Plieningen auf den Fildern bei Stuttgart. Schon im 12. Jahrhundert ist ein Hugo von Plieningen urkundlich erwähnt. Im 15. Jahrhundert wurde die Familie mit der Burg Schaubeck bei Kleinbottwar belehnt, wo sie von da an wohnte. Die Herren von Plieningen gehören zu den bedeutenden Adelsgeschlechtern des alten Württemberg und gelangten bis zu den höchsten Staatsämtern. In der Kleinbottwarer Kirche, ihrer Grablege, sind hervorragende Grabmäler, die den Besucher heute noch an zahlreiche Glieder der Familie erinnern. Auch in diesen Blättern wurde den Herren von Plieningen ein schönes Denkmal gesetzt durch die ausführliche Arbeit von Frau Franziska Gräfin Adelman über den Humanisten Dr. Dietrich von Plieningen zu Schaubeck.²² Der Großvater des Scheibenstifters, Eitelhans (der Ältere) war ein Bruder des Genannten und verheiratet mit Eleonore von Waldenburg. Sein Vater Hans Sigmund heiratete 1536 Katharina, Truchsessin von Höfingen. Der Sohn Eitelhans (der Jüngere) muß nicht allzu lange danach geboren sein, denn er verheiratete sich 1565 mit Anna von Windeck. Über seine Tätigkeit in der Öffentlichkeit ist nichts bekannt. Er soll 1576 in Pforzheim gestorben und in der dortigen »Pfarrkirche« beigesetzt worden sein.²³

Wappen: schwarzer Roßrumpf in Gold. Helmzier: derselbe Roßrumpf. Decken: schwarz und golden.

Beschreibung der Scheibe: Pfeiler und Säule bräunlichgelb mit rötlicher Basis, Kapitell, Bogen und Architrav weiß mit braunroten Verzierungen. Das obiger Beschreibung genau entsprechende Wappen steht vor einem blauen, mit primitiven Wellenlinien gezierten Damasthintergrund. Die Inschrift auf dem weißen gefälten Schriftband lautet: »HANS EYTEL. VON.BLIENING.EN.ZV.SCHAVBECK.1.5.5.8.« Die Scheibe ist somit die einzige, die ein Jahr später als alle übrigen gestiftet wurde. Maße: 21×29 cm.

Erhaltung: Links beschnitten. Bis auf die hier fehlende Stütze vollständig erhalten. Sprünge im Bogen und im Wappen. Notblei im Wappen.

(13. Scheibe des Hans Dietrich von Plieningen auf Schaubeck)

Diese Scheibe fehlt in der Sammlung des Hauses Württemberg, ist aber der Überlieferung nach bekannt.²⁴ Hans Dietrich war ebenfalls ein Sohn des Eitelhans des Älteren, also ein Onkel der »jüngeren« Eitelhans. Hans Dietrich, eine der bedeutendsten Gestalten der Familie, geb. 1505, studierte in Tübingen, war 1534 am Hofgericht in Würzburg, dann beim Hof Herzog Ulrichs, 1541 Obervogt in Leonberg, nachher in Marbach, Tübingen und Stuttgart, zuletzt von 1559 an Landhofmeister. Er starb 1570. Er stiftete seine Scheibe 1557, wie die anderen, und hat vermutlich seinen Neffen Eitelhans bewogen, seine Scheibe »nachzuliefern«. Die Stiftung dieser leider verschwundenen Scheibe ist deshalb so besonders interessant, weil derselbe Hans Dietrich, unterdessen zum Landhofmeister avanciert, 1565 auch mit einer Scheibe unter den hohen Staatsbeamten vertreten ist, die, wie bereits erwähnt, anlässlich des Rathausumbaus in Urach dorthin ihre Wappenscheibe stifteten.

Die Bedeutung der Scheiben

Die Bedeutung der Großbottwarer Scheiben für die schwäbische Kunstgeschichte liegt darin, daß mit ihnen nicht nur ein ziemlich vollständiges Muster für derartige

Scheibenstiftungen in der Zeit der Renaissance in Württemberg vorliegt, sondern daß diese Serie, bedingt durch das durchgehend gleiche Stiftungsjahr, auch komplett aus derselben Werkstatt stammt. Leider ließ sich der Name des Glasmalers infolge Fehlens jeglicher Signatur bisher nicht feststellen, es ist aber wohl anzunehmen, daß sich seine Werkstatt im weiteren Sinne »in der Gegend« befunden hat, vielleicht in Heilbronn? Die künstlerische Qualität der Scheiben erscheint im Vergleich mit anderen zeitgenössischen württembergischen Glasgemälden mäßig, so daß man von einer mehr »provinziellen« Leistung sprechen möchte. Auffallend unterschiedlich ist die Pünktlichkeit in der Ausführung, was eher an eine Werkstatt mit mehreren Mitarbeitern, als an die Werkstatt eines einzelnen Glasmalers denken läßt. Die Wappen selbst sind mit außerordentlicher Akribie gemalt und ihre einzelnen Felder oft mit feiner ornamentaler Verzierung versehen, wogegen die Rahmenarchitekturen von wechselnder Qualität sind. Man hat den Eindruck, als habe der Meister in erster Linie die Wappen selbst gemalt, wogegen er die Ausführung der Architekturrahmen und der Schriften seinen Mitarbeitern überlassen habe. Erstaunlicherweise ist gerade die Stadtwappenscheibe bei weitem die »bescheidenste« Leistung und sieht beinahe nach einem etwas mißratenen Gesellenstück aus. Die Schildträger sind, wie bereits bemerkt, auffallend plump geraten, und der in mehreren Zeilen über den Bildrahmen nach rechts hinausgeratene Spruch beweist, daß der betreffende »Künstler« noch wenig Erfahrung in der Raumeinteilung besaß. Trotzdem kann diese Scheibe, die als einzige in vollem Umfang erhalten blieb, sowohl in ihren Ausmaßen als auch im Schema der Rahmenarchitektur (das weiter oben beschrieben wurde!) als Vorlage für alle übrigen – mit Ausnahme der Herzoginscheibe – angesehen werden. Abgesehen von der typischen Rahmenarchitektur fallen einige für die Werkstatt bezeichnende Charakteristika auf: Die Form der Rankenmalerei bei den Damasthintergründen, die Schriftmalerei, entweder durch Ausradieren heller Schrift aus einer Schwarzlotauflage (Negativschrift) oder schwarze Positivschrift auf hellen Schriftbändern, die stets in ähnlicher Weise gefältelt sind, schließlich auch die gewählte Schrift mit Kröpfungen bei den Buchstaben H, N und I. Auffallend sind die vielen Schreibfehler, die doch um einiges über die allgemein in der Renaissance geübte Großzügigkeit der Orthographie hinausgehen. Nicht einmal die Herzoginscheibe ist hier ohne Fehler, was der Werkstatt nun doch nicht gerade das beste Zeugnis ausstellt! Trotzdem bildeten die Scheiben in ihrem vollständigen Zustand einst mit Sicherheit einen hervorragenden und farbenprächtigen Schmuck für den Ratssaal, wozu der Sinn des Glasmalers für effektvolle Farbkombinationen wesentlich beigetragen hat. Es sei in dieser Hinsicht besonders auf die Serie der drei Liebensteiner Scheiben hingewiesen, die mit den verschiedenfarbigen Damasthintergründen Gold, Rot und Blau einen schönen Farbkontrast boten.

Die Technik der Scheiben ist die damals übliche: neben in der Masse gefärbten Hüttengläsern, rotem und blauem Überfangglas²⁵ und farblosem Hüttenglas sind nur die Schmelzfarben Silbergelb, Schwarz- und Braunlot verwendet. Grün ist gelegentlich durch Malen mit Silbergelb auf eine blaue Scheibe gewonnen.

Neben ihrer kunstgeschichtlichen Bedeutung liegt jedoch der Wert dieser Serie in ihrer geschichtlichen Aussage, indem sie mit einer Anzahl von Angehörigen des damaligen »umliegenden« schwäbischen Adels bekanntmacht. Die Frage, wieso gerade dieser Kreis zusammenkam, kann man wohl mit der Feststellung beantworten, daß fast alle Stifter irgendwie miteinander verwandt, zumindest aber gut bekannt waren. Hinzu kommt noch ein weiterer, sicher ebenfalls wesentlicher Gesichtspunkt: Herzog Christoph stellte im Jahr 1560 einen »Freipürsch-Vertrag« bezüglich der Jagd im Umkreis von Großbottwar aus,²⁶ und diesen haben die Herren Hans Dietrich von Plieningen, Bernhard der Ältere und Bernhard der Jüngere, sowie Philipp von Liebenstein unterschrieben. Es sind dies also schon allein vier von den Scheibenstiftern, darunter, wie man sieht, wieder die

schon öfters erwähnten drei »Ottmarsheimer« Liebensteiner. Man kann also wohl zusätzlich annehmen, daß sämtliche Stifter untereinander auch Jagdfreunde waren. Die Geschichte ihrer Familien konnte infolge äußerst mangelhafter Literatur nur andeutungsweise geschildert werden. Es wäre erfreulich, wenn sich die Forschung dieser Lücke annehmen würde, denn auch Namen und Schicksale dieser Geschlechter sind mit unserer Heimat eng verwachsene württembergische Geschichte.

Anmerkungen und Literaturnachweise

- 1 Neuffer, Hermann: Zur Geschichte des Großbottwarer Rathauses. In: Hie gut Württemberg 32, 1981, S. 36/37.
- 2 Siehe auch Otto, Markus: Die Glasmalerei bis zum Ausgang der Renaissance im Kreis Ludwigsburg. In: Hie gut Württemberg 8, 1957, S. 52.
- 3 Regelmäßig benutzte Quellen sind Pfeilsticker, Walther: Neues württembergisches Dienerbuch (NWDB), Stuttgart 1957 und 1963 mit Register 1974 (hieraus stammen die meisten Daten), Alberti, Otto v.: Württembergisches Adels- und Wappenbuch, Stuttgart 1889–1898, Kindler-Knobloch: Oberbadisches Geschlechterbuch (Landesbibliothek Stuttgart), Schilling von Cannstatt: Ahnentafeln (Hauptstaatsarchiv Stuttgart), Siebmacher: Abgestorbener württembergischer Adel, Ders.: Abgestorbener bayerischer Adel, Landesbibliothek Stuttgart, Uhland, Robert: Regesten zur Geschichte der Herren von Urbach, Stuttgart 1958 (Eine Fundgrube für verschiedene Adelsgeschlechter!); ferner zahlreiche württembergische Oberamtsbeschreibungen, darunter insbesondere Besigheim (1853), Ludwigsburg (1859) und Marbach (1866).
- 4 Ein direkt vergleichbarer Fall liegt in Urach vor, wo in das 1562 umgebaute Rathaus eine Anzahl hoher württembergischer Beamter ihre Scheibe stifteten.
- 5 Stadtarchiv Großbottwar (Neuffer).
- 6 Otto, Markus: Die Glasgemälde aus der St. Georgskirche in Kleinbottwar. In: Ludwigsburger Geschichtsblätter 22, 1970, S. 22–39.
- 7 Es ist ein Beweis für das Kunstverständnis und die gewissenhafte Sorgfalt König Wilhelms II., daß er damals die wertvolle Sammlung vom besten Experten betreuen und sicherstellen ließ, wodurch sie unversehrt erhalten blieb.
- 8 Mayer von Mayerfels, Dr. Karl Ritter: Die Glasmalereien im ehemaligen Kloster Hofen, jetzigen Sommerresidenzschlosse Sr. Majestät des Königs Karl von Württemberg. In: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung, Heft 11, 1882, S. 43–70.
- 9 Es wäre schön, wenn der damals vom Herzog geäußerte Plan, die Sammlung durch geeignete Unterbringung einem größeren Interessentenkreis sichtbar zu machen, trotz der heutigen schwierigen Verhältnisse noch realisiert werden könnte!
- 10 Die hier verwendeten Aufnahmen stammen von dem Sonnenuhrenforscher und Experten, Herrn Dipl.-Ing. Hans Behrendt, Badenweiler, der den Verfasser bei dem Besuch in Altshausen für eigene Aufnahmen (Sonnenuhr) begleitete und dabei die Großbottwarer Scheiben für ihn aufnahm.
- 11 Architrav ist der auf den Säulen waagrecht aufliegende Hauptbalken, der z. B. bei den Tempeln das Giebfeld trägt.
- 12 Königreich Württemberg, Neckarkreis S. 188 bei Großbottwar abgebildet und beschrieben. Stuttgart 1886.
- 13 So auch in Urach!
- 14 So genau beschrieben (und wörtlich zitiert) in »Der durchlauchtigsten Welt vollständiges Wappenbuch« aus dem 18. Jahrhundert (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, freundlichst vermittelt durch Herrn Bardua).
- 15 Zipperlen, Elisabeth: Liebenstein und die Liebensteiner. In: Ludwigsburger Geschichtsblätter 18/1966, S. 99/100.
- 16 Boelcke, Willi A.: Ottmarsheim im Mittelalter. In: Ludwigsburger Geschichtsblätter 18/1966, S. 34.
- 16a Eine im NWDB (vgl. Anm. 3) öfters wiederkehrende Bezeichnung, die besagt, daß dieser Beamte die ihm gestellten Aufgaben von seinem Wohnsitz aus erledigte.
- 17 Diese Frau, die bei Schilling einmal »Sigling« und einmal »von Sigling« genannt wird, bleibt rätselhaft. Ob es sich dabei um das sich nach dem Ort Siglingen an der Jagst nennende

Adelsgeschlecht »von Siglingen« (Wappen zwei phahlweise abgewandte Fische) handelt, ist sehr fraglich. Immerhin könnte dann das Lierheimer Wappen am Platz des Mutterwappens auf dem Grabstein des Pankraz (abgewandte Widderhörner) auf einer Verwechslung mit den abgewandten Fischen derer von Siglingen beruhen. Nimmt man aber das Lierheim-Wappen als gewollt an, dann hatte die Mutter des Pankraz entweder kein Wappen, oder es sollte vertuscht werden. Siehe Anm. 18.

- 18 An dieser Stelle wäre üblicherweise das Wappen seiner Mutter, und nicht das seiner Gemahlin zu erwarten. Siehe Anm. 17.
- 19 Nach Romig, H. und Wolff, O. L.: Geschichtliches aus Mundelsheim, Marbach 1927, S. 21.
- 20 Nach einer Urkunde vom 14. Juni 1512 aus den erwähnten Regesten zur Geschichte der Herren von Urbach, in der Felizitas von Urbach bereits als Witwe des Wolf Rau bezeichnet wird. Die Bemerkung in der Oberamtsbeschreibung Marbach (1866) unter Helfenberg, S. 154, daß dieser Wolf Rau 1525 zu Weinsberg erschlagen worden sei, kann also nicht zutreffen.
- 21 Pfeilsticker macht fälschlicherweise den im NWDB §926 aufgeführten Wolfgang Rau v. Winnenden vom Cham, einen Musiker mit abenteuerlichem Leben, der schließlich noch »der Edelknaben Präzeptor« wurde und 1595 gestorben ist, zum Stifter der Großbottwarer Scheibe. Er war nicht nur wohl zeitlebens ein »armer Schlucker«, sondern ist auch nie in der weiteren Umgebung Großbottwars in Erscheinung getreten.
- 22 Adelman, Franziska, Gräfin: Dr. Dietrich von Plieningen zu Schaubeck. In: Ludwigsburger Geschichtsblätter 28/1976, S. 9–140.
- 23 Ahnentafel der Herrn von Plieningen von Adolf Straub (freundlich überlassen von Frau Franziska Gräfin Adelman).
- 24 Meißner, Pfarrer H.: Das Dorf Kleinbottwar in alter und neuer Zeit, Stuttgart 1906, S. 9.
- 25 Die roten und blauen Mineralfarben färbten so dicht, daß man eine aus farblosem Glas geblasene Kugel in eine rote bzw. blaue Schmelze eintauchte, so daß die ursprünglich weiße Kugel von außen dann blau oder rot gefärbt war, daher »Überfang«. Die daraus hergestellten Glasstücke erschienen dennoch in leuchtenden Farben. Durch Ausschleifen des farbigen Überfangs konnte man nun in einer roten oder blauen Scheibe wieder weiße Aussparungen anbringen, die man nach Belieben weiß lassen oder auch z. B. mit Silbergelb ausmalen konnte. Besonders geeignet also für Wappendarstellungen.
- 26 Stadtarchiv Großbottwar (Neuffer).

Die Geschichte der Freudentaler Juden*

Das Bildnis einer jüdischen Landgemeinde

Teil 2: im 19. und 20. Jahrhundert

von Theobald Nebel

3 Auf dem Wege zur Gleichberechtigung?

Württemberg, ein Königreich mit 8000 Juden!

Durch den Preßburger Frieden 1805 erlangte der Kurfürst Friedrich II. den Königstitel. Das Staatsgebiet wurde durch die »napoleonische Flurbereinigung« und die Verhandlungen beim Wiener Kongreß stark um das Doppelte vergrößert, die Einwohnerzahl stieg um das Zweieinhalbfache. 1800 waren im Herzogtum 534 Juden ansässig. Durch die beträchtlichen Gebietserweiterungen vermehrte sich die Zahl der mittelbaren und unmittelbaren Schutzjuden des württembergischen Staates um ein Vielfaches: 1817 lebten im Königreich Württemberg 8256 Juden in 79 Orten.⁷⁴ König Friedrich setzte die ständische Verfassung »als eine nicht mehr in jetzige Zeit passende Einrichtung« außer Kraft und damit verschwand auch das seit 1498 geltende Ausschließungsgesetz gegen die Juden. Die rechtlichen Verhältnisse für die verschiedenen jüdischen Gemeinden im Königreich waren sehr unterschiedlich, da der Staat die alten Rechtsverhältnisse zunächst nicht vereinheitlichte. In Freudental galt weiterhin das Judenedikt von 1731.

König Friedrich war den Juden nicht ungünstig gesonnen und wollte sowohl eine Vereinheitlichung der Rechte wie auch die Gleichstellung zu den christlichen Untertanen, aber nach der Ablehnung des ersten Entwurfes der »Ordnung für die Juden in den Königlichen Staaten«, den der König als intolerant empfand, beschränkt er den Weg von Einzelverordnungen zur Verbesserung der rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Situation der jüdischen Bürger. So gestattete er 1807 den Gütererwerb, hob 1808 den teilweise noch vorhandenen Leibzoll auf und erteilte 1809 allen Juden das Recht, bürgerliche Gewerbe zu betreiben. 1812 wurden einheitliche Aufnahme- und Schutzgebühren erlassen, und die meisten sonstigen Abgaben entfielen. Alle einheimischen Juden durften nun in Schutz genommen werden, eine Forderung, die die Freudentaler Juden 1801 für ihre erwachsenen Kinder immer wieder gestellt hatten. Allerdings war die Niederlassung nur in den bisherigen Judenorten erlaubt. Somit wuchs die Zahl der jüdischen Familien in Freudental weit über die längst nicht mehr eingehaltene Grenze von 24 Familien. Nachteilig wirkte sich für die Juden in Württemberg aus, daß König Friedrich sich nicht entschließen konnte, eine umfassende Neuordnung der rechtlichen Verhältnisse vorzunehmen. So blieben Schacherhandel und ein Heer von Betteljuden, das von Judengemeinde zu Judengemeinde durch Württemberg zog, weiterhin Anlaß zu Ärgernissen. So blieb auch die Mehrheit der christlichen Bevölkerung einer rechtlichen und wirtschaftlichen Besser- oder Gleichstellung der Juden gegenüber weiterhin ablehnend.

* Teil 1 der »Geschichte der Freudentaler Juden« mit den Kapiteln 1 (Freudental, Württemberg und die Juden) und 2 (Die Entwicklung der jüdischen Gemeinde Freudental im 18. Jh.) wurde in den Ludwigsburger Geschichtsblättern, Heft 34/1982, S. 36–74 veröffentlicht. Hier folgen die Kapitel 3 und 4. Der abschließende Teil soll in Heft 36/1984 folgen. Anm. der Redaktion.

Die politischen Veränderungen wirkten sich in der Freudentaler Judengemeinde vor allem wirtschaftlich aus. Schon 1803 wurde der Pferde Zoll abgeschafft,⁷⁵ denn das Kammerschreibereigut Freudental galt nun nicht mehr als Ausland. 1815 wurden die Schutzgelder von ursprünglich zwölf Gulden auf nun einheitlich vier Gulden festgesetzt.⁷⁶ Auseinandersetzungen gab es in diesen Jahren durch die unklare Rechtslage zwischen dem Schultheißenamt und der jüdischen Gemeinde wegen der Gemeindesteuern. 1796 wurde daher eine Steuerliste für die »gegenwärtigen Kriegskosten, sowie Quartiers« erstellt und danach mußten bezahlen:⁷⁷

Seligmann Löw	100 Gulden	Jacob Löw	400 Gulden
Samuel Abrahams	300 Gulden	Isaac Löw	300 Gulden
Samuel Samuel	500 Gulden	Josua Löw	200 Gulden
Judas Moses	1500 Gulden	Samuel Mayer	300 Gulden
Simon Simon	700 Gulden	Wolf Levi	1000 Gulden
Judas Jakob Levi	600 Gulden	Joseph Levi	400 Gulden
Veit Kahn	700 Gulden	Hirsch, Wolf,	3500 Gulden
Moses Isaak	1200 Gulden	Judenschultheiß	
Wolf Aron	1000 Gulden	Götsch Moses	7000 Gulden
Marx Jacob	200 Gulden	Schmai Samuel	1800 Gulden
Gumpel Levi	400 Gulden	Abraham Elias	400 Gulden
Löw Mayer	400 Gulden	Mayer Löw	500 Gulden
Isaak Mayer	8000 Gulden	Wolf Isaac	200 Gulden
Bär Abraham	100 Gulden	Kaufmann Abraham	1200 Gulden
Samuel Levi	100 Gulden	Salomon Gabriel	800 Gulden
Löw Gabriel	900 Gulden	Moses Mayer	300 Gulden
Simon Isaac	2000 Gulden	Marx Kahn	400 Gulden
Aron Mayer	300 Gulden	Marx Mayer	1200 Gulden

So zahlten die Freudentaler Juden 1796 eine Steuersumme von 38 900 Gulden. Schon 1794 hatten die Freudentaler Juden freiwillig für die »Landes-Verteidigungs-Anstalten« 37,5 Gulden gespendet, Isaac Mayer davon allein elf Gulden.⁷⁸ Juden nahmen auch an den napoleonischen Kriegen als Soldaten teil. Julius Marx berichtet,⁷⁹ daß sein Freudentaler Urgroßvater 1806 als Korporal bei der württembergischen Reiterei war und 1812 am Rußlandfeldzug teilnahm. Als einer der wenigen Württemberger kehrte er wieder in die Heimat zurück. Der aus Freudental stammende Lehrer Alexander Elsässer, Enkel des Freudentaler Rabbiners Alexander Nathan Elsässer, schrieb später in einem Gedicht über diese napoleonischen Kriege:

»Sohn: Wie in Sachsen und bei Bremen
 Unter Lützwow heiß man schlug,
 Manche Fahnen weg wir nahmen
 Diese Narb' davon ich trug;
 Und bei Chalons erst da blitzten
 Unsre Schwerdter kräftig drein.
 Der Vater: Sohn, was half uns das Ermannen
 Von der fremden Herrenmacht?
 Nenne den nicht den Tyrannen,
 Der uns bessere Rechte gebracht.
 Sieh die Brüder überm Rheine,
 Leben friedlich, frank und frei.«⁸⁰

Württembergische Juden standen immer zwischen der Treue zu ihrer Schutzherrschaft und der aus Frankreich kommenden Freiheitsbewegung, die sie die Emanzipation erhoffen ließ. Ab 1811 durften die Juden Häuser und Grundstücke für den eigenen

Bedarf kaufen, allerdings wurde ihnen der Handel mit Liegenschaften noch 1818 untersagt.

1812 kam es zu einer neuen Fronordnung in Freudental. Im Judenedikt von 1731 waren die Juden von allen Frondiensten befreit. In einer Präambel wurde festgelegt, daß, mit bestimmten Ausnahmen, alle Christen und Juden zum Fronen, Botenlaufen, Jagen u. s. herangezogen werden können. In dem Namenskatalog wurden auch 39 jüdische Männer aufgeführt, die »mit der Hand fronen müssen, weil sie keine Güter haben«. Noch im gleichen Jahr kam es zu der Frage, was denn an Sabbath- und jüdischen Feiertagen zu geschehen habe. Der Stabamtsmann Stockmaier mußte eine Untersuchung durchführen, da sich die Juden beschwert hatten, daß das Freudentaler Schultheißenamt Juden an Sabbath- und jüdischen Feiertagen zum Fronen aufgefordert hatte. In der Untersuchung zeigte sich, daß das nur einmal versehentlich geschehen war; auch würden die Juden den Frondienst immer an Sonntagen nachholen. Der Schultheiß Roser machte in seiner Aussage aber seinem Ärger Luft über die Regelung, daß Juden christliche Stellvertreter zum Fronen bestellen konnten, vor allem bei Hilfe während einer Feuersbrunst: »wo die ganze Einwohnerschaft erfordert werde, der Christ für den Juden nicht Stellvertreter sein könne, überdies möchte es gegen das Gebot Gottes nicht verstoßen, wenn der Jud am Sabbath bei Feuersbrünsten seinem Nächsten zu Hilfe eile...«⁸¹ Hier zeigte sich, daß der Versuch der rechtlichen Gleichstellung der Juden auch in Freudental an der religiösen Sonderstellung zu scheitern drohte. Ein ähnliches Beispiel war die Anordnung der württembergischen Regierung 1799, daß Verstorbene erst nach 3 mal 24 Stunden begraben werden durften; das verstieß aber gegen den jüdischen Ritus, wonach der Verstorbene noch am selben Tag beerdigt werden sollte, und es gab Proteste von seiten des Freudentaler Rabbiners.



Alleinfeldfriedhof (1. jüd. Friedhof)

Der »neue« jüdische Friedhof

1811 ließ König Friedrich das Grävenitzsche Schloß in Freudental in aller Eile zu einem Sommersitz für den Jagdaufenthalt umbauen und erweitern. Auch eine neue Straße vom Schloß zur Bietigheimer Chaussee wurde schnurgerade durch den Wald gebaut; diese »Königsstraße« verlief nur einige Meter am jüdischen Friedhof vorbei. Die jüdischen Bewohner Freudentals bemerkten das Interesse ihres Königs an ihrem Dorf nicht nur dadurch, daß sie im Rahmen des ihnen nun auferlegten Frondienstes Stallwache vor den Pferdeställen seiner Majestät abzuleisten hatten oder daß er ihren Rabbiner zu sich ins Schloß bestellte, um befriedigt festzustellen, was für königstreue Untertanen die Freudentaler Juden waren: Er verordnete seinen Juden auch einen neuen Friedhof. In den Wäldern um Freudental ließ er Weiß- und Rotwildgehege anlegen und ordnete am 5. Dezember 1811, kurz bevor er die ersten Tage in seinem neuen Jagdschloß verbrachte, an, daß »zu Freudental bei dem Hinfahren rechter Hand liegenden Wald, wo ehemals der Juden Kirchhof war«⁸² und welcher ungefähr 70 Morgen beträgt, eine Fasanerie eingerichtet werden soll. Die Fasanerie wurde mit einem Bruthaus, Futterscheuer, einem Auslauf für ungefähr 600 Vögel und einer Wohnung für den Fasanenjäger versehen. Das Ganze wurde mit einem dichten Zaun umgeben. Warum die Fasanerie gerade an diese Stelle zwischen neuer Straße und dem Steinbach sollte, bleibt unklar, auf jeden Fall verschwand der 12,39 a große erste, seit 1723 bestehende jüdische Friedhof samt den Grabsteinen und seiner Ummauerung. Dafür erhielt die jüdische Gemeinde westlich des Ortes am Nordwesthang des Steinbachtals, schon auf Bönnigheimer Gemarkung (Parzelle 6899), ein 24,94 a großes Gebiet am Waldrand für einen neuen, zweiten Judenfriedhof. Es könnte natürlich sein, daß der erste Friedhof belegt war, eine Erweiterung nicht genehmigt wurde und daher eine neue Friedhofsfläche gefunden



Älteste Grabsteine auf dem 2. jüd. Friedhof

werden mußte. Trotzdem wäre es den Juden nicht in den Sinn gekommen, den alten Friedhof einzuebnen, war es doch Pflicht der Kinder, die Gräber der Eltern zu besuchen.

Verschiedene Indizien deuten darauf hin, daß König Friedrich den ersten Judenfriedhof entfernen ließ: Auf der Karte des Kgl. Hofkammerwaldes mit Freudentaler und Bönningheimer Gemarkung vom Juli 1811 ist ein neuer Judenfriedhof nicht verzeichnet;⁸³ danach mußte der alte Friedhof noch bestanden haben. Simon Meissner berichtet im »Jüdischen Gemeindeblatt« 1938 bei einem historischen Rückblick, 1811 seien Gebeine und Grabsteine vom alten auf den neuen Friedhof überführt worden.⁸⁴ Wenn dies – obwohl nach jüdischem Ritus nicht zulässig – tatsächlich geschehen sein sollte, so deutet es auf eine rasche, gewaltsame Entfernung des alten Friedhofes. In dem seit 1808 fortlaufend geführten Totenregister, wie auch in dem 1892 angelegten Gräberverzeichnis,⁸⁵ gibt es jedoch keine Hinweise auf einen neuen Friedhof. Martin Scharfe berichtet, man habe ihm in Freudental 1962 erzählt, daß die Grabsteine auf Befehl des Königs entfernt und zum Bau der Kellerdecke der alten Fasanerie sowie des Kameralamts Brackenheim verwendet worden seien;⁸⁶ diese mündliche Überlieferung läßt sich bis jetzt nicht belegen. In Brackenheim wurden zwar 1811 am Kameralamt Umbauten vorgenommen, aber aus den Akten ließ sich nicht entnehmen, daß Baumaterial aus Freudental verwendet worden wäre. Wo die »alte Fasanerie« in oder bei Freudental gewesen sein soll, weiß auch niemand mehr. Erst 1858 kam es zum Kauf der neuen Friedhofsfläche, wobei die Stadt Bönningheim das Vorkaufsrecht auf ewige Zeit erhielt.⁸⁷ Leider fanden sich bei der Angebotsvergabe für den Fasaneriebau 1812⁸⁸ und später beim Abriß des Ganzen nach dem Tod des Königs 1817⁸⁹ keine Hinweise auf jüdische Grabsteine als Baumaterial für Fundament und Keller. 1964 fand der Verf. auf der Fläche des ersten Friedhofes im Alleinfeld noch eine Grabsteinplatte, die Wochen später entwendet worden war und 1981 noch weitere Grabsteinreste. Laut Grundbuchamt gehört heute noch diese Parzelle Nr. 421 der israelitischen Kultusvereinigung Württemberg, wie alle übrigen jüdischen Friedhöfe. Der willkürliche Eingriff des Königs, den jüdischen Friedhof wegen der Anlage einer Fasanerie eiebnen zu lassen und der jüdischen Gemeinde einen neuen zuzuweisen, war für die Freudentaler Juden ein ungeheurer Eingriff in ihre religiösen Rechte.

Neue jüdische Namen

1809 verlangte eines der vom König erlassenen General-Reskripte in Sachen Juden die Anlegung von Geburts-, Familien- und Sterberegister. Das älteste Familienregister der Freudentaler Juden begann aber schon 1751⁹⁰ und ist in deutscher Schreibrift geschrieben. 1808 kamen dann Geburts- und Sterberegister dazu. Wer die Register ursprünglich führte, kann nicht mehr gesagt werden; bis 1829 führte sie der Lehrer Baruch Elsässer, ein Sohn des Freudentaler Rabbiners. 1830 mußte dann auf Anweisung der evangelische Pfarrer von Freudental die Register führen, die Juden führten das Familienregister aber selbst ebenfalls weiter. 1820 fand auf Anordnung der Regierung nach dem Tod des Schultheißen der Juden, Hirsch Wolf, die Wahl seines Nachfolgers statt. Es wurde Moses Hirsch Wolf gewählt und als Deputierte Lieberman Maier und Seligmann Joseph Levi. Interessant sind die Namen der 47 Wahlberechtigten.⁹¹

Bis 1828 war es bei den Juden nicht üblich, eigentliche Familiennamen zu führen. Die Juden hatten zwei bis drei Vornamen, wobei der letzte Vorname der des Vaters war. So war Abraham David Moses Sohn ein Sohn des Moses, der wiederum durch mehrere Namen gekennzeichnet war. Genauso war es bei den Töchtern. Auch bei der Einführung der Register brauchten die Juden noch keine Familiennamen. In Freudental hatte sich nur der Rabbiner Alexander Nathan den Namen Elsässer zugelegt, den auch seine Kinder trugen; daneben gab es noch den Namen Ulmann als eigentlichen Familiennamen. Aber

bereits 1817 wurden die Freudentaler Juden aufgefordert,⁹² Familiennamen anzunehmen, was aber nicht geschah, wie aus dem Wählerverzeichnis von 1820 für die Wahl des jüdischen Schultheißen hervorgeht. Erst im »Gesetz in Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen« 1828 wurden in § 3 alle württembergischen Juden zur Annahme von Familiennamen verpflichtet. In einer Ausführungsbestimmung wurde dazu erlassen: »Sie sind gehalten, nur solche Namen zu wählen, welche bekanntermaßen schon bisher von Israeliten als Vor- oder Zunamen gebraucht worden sindh«⁹³ Im September 1828 legte der evangelische Pfarrer Fleischmann von Freudental ein Namensregister aller Freudentaler Juden der Regierung vor. In dieser Zusammenstellung werden 82 Personen als Familienväter, Witwen oder ledige Erwachsene aufgeführt.

Sonderaufsat

1. <i>Isaac Jacob</i>	<i>Masman</i> <i>Im Guedersaff</i>
2. <i>Jos. J. Immanuel</i>	<i>23. C. D. Simon</i>
3. <i>Salomon Immanuel</i>	<i>24. C. M. Magar asf.</i>
4. <i>Misael Jos. Levi asf.</i>	<i>25. M. J. v. C. C. Aaron</i>
5. <i>Isaac Levi</i>	<i>26. J. J. Jos. J. C.</i>
6. <i>Isaac C. Levi</i>	<i>27. J. J. Isaac</i>
7. <i>Isaac Isaac</i>	<i>28. Abraham Jacob</i>
8. <i>Isaac Mos. G. G. G. G.</i>	<i>29. Jacob Jos. Levi</i>
9. <i>Mag. C. Levi asf.</i>	<i>30. M. J. C. Levi</i>
10. <i>C. D. David</i>	<i>31. C. D. Jacob</i>
11. <i>Isaac David</i>	<i>32. J. J. J. J.</i>
12. <i>Immanuel Mary</i>	<i>33. Immanuel Levi</i>
13. <i>Isaac David</i>	<i>34. Mag. C. Mary</i>
14. <i>Isaac David Jos. J. C.</i>	<i>35. C. D. Abraham</i>
15. <i>Salomon C. D.</i>	<i>36. C. D. Abraham</i>
16. <i>Mos. C. D.</i>	<i>37. M. J. C. Levi</i>
17. <i>Isaac M. J. C.</i>	<i>38. J. J. C. Abraham</i>
18. <i>Abraham Mos. J.</i>	<i>39. Jacob Abraham</i>
19. <i>C. D. Gabriel</i>	<i>40. C. D. C. D. J. C.</i>
20. <i>Abraham J. J. C.</i>	<i>41. C. D. Jacob</i>
21. <i>Salomon Gabriel asf.</i>	<i>42. Gabriel J. J.</i>
22. <i>Jacob C. D. Mos. J.</i>	<i>43. Immanuel Mary</i>
	<i>44. J. J. C. J. C.</i>

Jüdische Namen 1820 vor der gesetzl. Familiennamensregelung

Folgende Veränderungen werden durch die Namensgebungen deutlich:

	Beispiel:	Häufigkeit:
1. Alte jüdische Vornamen werden Familiennamen, obwohl nicht als letzter Vorname aufgeführt	Maier	5
	Marx	3
	Aron	3
	Simon	1
2. Letzte Vornamen werden Familiennamen	Levi	15
	Ulmann	9
	Lazarus	2
	Wolf	1
	Hermann	2
3. Ortsbezeichnungen werden Familiennamen	Elsässer	12
	Horkheimer	
	Wertheimer	
	Mosbacher	
	Döbelbach	
	Balenberg Ötheimer	
4. Alte jüdische Vornamen werden zu Familiennamen abgeändert	Hirschmann (aus Hirsch)	
	Löwenthal (aus Löb)	
	Löwe (aus Levi)	
5. Völlig neue Namen tauchen als Familiennamen auf	Stein	5
	Stern	2
	Rothschild	1
	Ehrlich	1
	Graf	1
6. Alte jüdische Geschlechternamen werden Familiennamen	Kahn	4
	Kaufmann	1

Viele alte jüdische Vornamen werden nicht als Familiennamen verwendet: Gumpel, Mendel, Löb, Bär, Hirsch, Hayum, Seligmann, Herz, Hurmin; aber auch viele biblische Vornamen kommen als Familiennamen nicht vor: Abraham, Isaak, Jakob, David, Moses.

Durch diese Namensgebung kam es natürlich mehrmals vor, daß Geschwister verschiedene Nachnamen erhielten. Die neuen Familiennamen mußten im »Heilbronner Intelligenzblatt«, im »Schwäbischen Merkur« und im »Stuttgarter Anzeiger« bekannt gegeben werden.

Auch bei den Vornamen kam es nun zu einem Wandel. Neben den immer noch vorherrschenden biblischen oder typisch jüdischen kamen neue auf: ab 1844 Ulrich, Emil, Moritz, ab 1855 Louis, Karl und Michael, ab 1866 Eugen, Wilhelm, Julius und Benedikt. Bei den Mädchennamen gab es schon eher neue Namen: 1838 erstmals Henriette, dann Hanna, Jeannette, Caroline, Babette, Auguste, Therese, Pauline, Julia, Fanny und Elisabeth, ab 1875 auch Frieda, Mathilde und Rose.

Der Wunderrabbi Joseph Maier aus Schnaittach

1817 verstarb der zweite Freudentaler Rabbiner Alexander Nathan Elsässer im hohen Alter von 87 Jahren. 1821 kam der Rabbiner Joseph Maier nach Freudental; er war am 3.9. 1774 in Fürth geboren und nannte sich nach dem Wohnort seiner Kindheit



Grabstein des »Wunderrabbi« Schnaittacher 1861



Siegel des Rabinats Freudental

Schnaittacher, bei der Annahme von Familiennamen wählte er aber den Namen Maier. Wie auch sein Vorgänger hat er außer Freudental noch weitere Gemeinden als Rabbiner betreut. So ist ein Rabinatsvertrag mit der jüdischen Gemeinde Talheim vorhanden, in dem die Verpflichtungen des Rabbiners sowie der Gemeinde genau aufgeführt sind:

»Heute, am unten erwähnten Datum, haben wir, die Unterschriebenen, uns verpflichtet, eine [nach jüdischem Recht] rechtsgültige Verbindung mit dem Rabbiner der Gemeinde Freudenthal, dem berühmten Gelehrten Herrn Rabbiner Josef, Sohn des Rabbiners Meier, einzugehen. Infolgedessen machen sich die Unterschriebenen verbindlich, den erwähnten Rabbiner Josef als ihren Rabbiner anzuerkennen, demselben, wie es Pflicht ist, in allen Religionsangelegenheiten zu gehorchen und sich lediglich an ihn zu wenden. Wir versprechen dem erwähnten Rabbiner einen jährlichen Gehalt von 10 Gulden, wovon die eine Hälfte am Neumondstag des Monats Elul [= August/September] und die andere Hälfte am Neumondstag des Monats Adar [= Februar/März] bezahlt werden muß. Der erwähnte Rabbiner übernimmt die Verpflichtung, die an ihn gesendeten Anfragen unentgeltlich zu entscheiden, unsere jeweiligen Schächter [= Schlachter] zu prüfen, alle zeremoniellen Verrichtungen zu besorgen und zu verschiedenen Zeiten auf Verlangen eine Predigt abzulegen. Von Trauungen etc. hat der erwähnte Rabbiner soviel [Sporteln], wie in Freudental bestimmt ist; für eine Predigt wird die hiesige Gemeinde jedesmal nach ihrer Ehre bezahlen. Es wird jedoch in so manchen Rücksichten folgende weitere Bedingungen festzusetzen für nötig beachtet:

1. dieser Vertrag und diese Annahme ist nur für die Person des wirklichen Rabbiners, des erwähnten Herr Josef, gültig und soll nie uns zu schwereren Leistungen zu

verpflichten oder uns für einen anderen Verbindlichkeiten aufzuerlegen Kraft haben, für welche Fälle wir uns den Rücktritt vorbehalten haben wollen.

2. sollte von Seiten der Regierung – ihr Glanz werde erhöht! – hinsichtlich der Rabbinate eine Aufrichtung getroffen werden, die die Gemeinde Talheim – Gott schütze sie! – zu irgendeinem anderen Rabbinat hinweist, oder sollte in einem uns näheren Ort als Freudenthal ein Rabbiner aufgenommen werden, so muß uns ohne allen Nachteil der Rücktritt erlaubt sein, und alle obigen Verbindlichkeiten hören von selbst auf.

3. ebenso ist bestimmt, daß wenn von der Regierung – ihr Glanz werde erhöht! – eine Änderung hinsichtlich der Rabbinate getroffen wird, die die Gemeinde Talheim dem Rabbinat in Freudenthal zuteilt, so müssen beide Gemeinden sich eine Verminderung oder Vermehrung des Gehalts, wie es die Verhältnisse erfordern, gefallen lassen.

Alles Obige haben wir aus freiem Willen beschlossen und zur Beglaubigung desselben, sowohl als auch für die Festhaltung desselben, eigenhändig unterschrieben, hier Talheim, Sonntag, den 19. Tewet 588 der kleinen Zahl [= 588 nach Erschaffung der Welt = 6. 1. 1828]

der Kleine [= Unbedeutende] Gabriel, Sohn des Rabbi Elieser sel. And.

der Kleine [= Unbedeutende] Meier Arje, Sohn des Moses Segal

der Kleine [= Unbedeutende] Falk Hirsch, Sohn des Mordechai Moses

der Kleine [= Unbedeutende] Itzig, Sohn des Menachem Jacob von Talheim«. ⁹⁴

Im Text ist zu erkennen, daß 1828 eine Neuregelung der Rabbinate im Königreich Württemberg bevorstand, die auch den Freudentaler Rabbiner hart treffen sollte. Das schon angeführte Gesetz von 1828 bedeutete auch für die Religionsausübung der Juden in Württemberg ein tiefer Einschnitt. Utz Jeggle spricht von einer »Konfessionalisierung«. Die jüdische Religion sollte in eine mosaische Konfession umgewandelt werden. 1832 wurde der Israelitische Oberkirchenrat errichtet, dem alle jüdischen Gemeinden nach einem straffen landeskirchlichen System unterstanden. 1828 lebten im Königreich in 80 Gemeinden 9981 Juden. 69 jüdische Gemeinden wurden von 51 Rabbinern und 67 Vorsängern betreut. Nun wurden diese 69 Gemeinden in 41 »jüdische Kirchengemeinden« zusammengeschlossen und dazu 13 Rabbinate, und zwar in Stuttgart, Freudental, Lehrensteinsfeld, Berlichingen, Mergentheim, Weikersheim, Braunsbach, Oberdorf, Jebenhausen, Buttenhausen, Laupheim, Buchau und Mühringen errichtet.

Freudental wurde mit Zaberfeld eine solche »jüdische Kirchengemeinde« und war gleichzeitig Sitz eines Rabbinate. Allerdings betreute das Freudentaler Rabbinat keine weiteren jüdischen Gemeinden mehr und wird wohl nur wegen der bisherigen Bedeutung und der Größe der jüdischen Gemeinde (1832: 359 Personen) eingerichtet worden sein. 1983 fand man in dem östlichen Gebäude neben der Synagoge ein Dienstsiegel des Rabbinate.

Die Rabbiner sollten nun ein Universitätsstudium absolviert und zwei Dienstprüfungen bestanden haben, die Vorsänger mußten die Volksschullehrerlaufbahn erfolgreich abgeschlossen haben. Nur 6 Rabbiner wurden nach diesen neuen Verhältnissen als Staatsbeamte übernommen. 45 Rabbiner wurden arbeitslos, darunter auch der Freudentaler. Einige versuchten die verlangten Prüfungen nachzuarbeiten, so auch Rabbiner Joseph Maier mit 65 Jahren, aber sie schafften es nicht. 1834 wurde der Freudentaler Rabbiner abgesetzt und Henlen Juda Menasse übernahm sein Amt. Joseph Maier lebte aber bis zu seinem Tode 1861 in Freudental weiter und wirkte neben den offiziellen Rabbinern als »Dajan« oder »Rabbinerassessor«, wie er im Volksmund genannt wurde. Auch heiratete er 1846 zum dritten Mal in Freudental. Rabbiner Maier war ein Schüler des Anfangs des 19. Jahrhunderts bekannten Rabbiners Nathan Adler gewesen. Er war trotz seiner Entlassung ein anerkannter Gelehrter, der die Ergebnisse seiner Forschung zum Talmud und den Religionsordnungen in religiösen Gutachten auf oft von weither an

ihn gerichteten Anfragen niederlegte. Sein Stiefsohn Chaim Levi aus Freudental erbt diese Arbeiten, und 1890 wurde ein Teil davon, unter dem Titel »Sepher Schaaloth und Theschenboth RJWM Schnaittach« von Samuel Berlfein aus Radomyschel veröffentlicht.⁹⁵ Sie waren zumeist Fragen des praktischen Lebens gewidmet und zeichneten sich durch kluge Lebenskunde aus. Auf seinem Grabstein in Freudental wird er auch als Kabbalist gepriesen, besaß er doch eine bedeutende kabbalistische Bücherei. Auch erzählte man sich in der jüdischen Gemeinde viel Wundertätiges von ihm. So soll er einmal einen Brand in Freudental gelöscht haben, indem er ein »Beckenlaible« hineinwarf und dazu sprach, daß es nun genug gebrannt habe.⁹⁶ Daher bekam er auch den Beinamen »Wunderrabbi«. Dabei lebte er als »Entlassener« in großer Armut: 1854 bat er als 85jähriger Greis um die Erhöhung seiner Jahresrente von 200 Gulden, was abgelehnt wurde.

Jüdische Schule und bürgerliche Berufe

Jeggle nennt das Judengesetz von 1828 ein »Erziehungsgesetz«, denn die gesamte Tendenz dieser Neuordnungen zielte, wie alle vorherigen Einzelgesetze auf eine Umerziehung zu »bürgerlichen« Berufen hin. Man glaubte, mit diesen Maßnahmen die Juden vom Schacherhandel abbringen zu können. Auch die Schulgesetze von 1825, 1828 und 1836 trugen diesen Erziehungscharakter. 1825 wurde auf Drängen des Mühringer Rabbins Gabriel Adler die Schulpflicht für alle jüdischen Kinder eingeführt. Natürlich gab es in fast allen jüdischen Gemeinden schon viel länger jüdische Schulen. Die Hauptaufgabe war allerdings das Lesenlernen des Hebräischen, sollte doch jeder männliche Jude im Synagogengottesdienst aus der Thora vorlesen können. Allerdings dürfte der schlechte Ruf dieser jüdischen Schulen, wie ihn christliche Berichtersteller darstellten, nicht der Wahrheit entsprochen haben. Aus dem Oberamt Crailsheim wurde über die jüdischen Lehrer behauptet: »Keiner von ihnen kennt die Grundkenntnisse, die man bei einem christlichen Knaben von 10 Jahren antrifft.«⁹⁷

Es gibt auch ganz andere Berichte, z. B. aus Freudental. Anzunehmen ist, daß schon im 18. Jh. Freudentaler Juden Kinder Schulunterricht bekamen. 1809 berichtete Rabbiner Elsässer aufgrund einer Anfrage der Regierung über die Schulverhältnisse in Freudental.⁹⁸

Zuerst begründete er mit der kleinen Kinderzahl von 15, daß die Gemeinde keinen eigenen Schulmeister bezahlen, noch ein eigenes Schulhaus unterhalten könne. Seit langem würden Privatlehrer immer mehrere Kinder zusammen in den Wohnungen unterrichten. 1809 gab es zwei Privatlehrer, deren Namen er leider nicht nennt. Einer stammte aus Fürth, der andere war des hiesigen Vorsängers Gabriel Mandel Sohn. Ab 4 Jahren wurden die Kinder zum Lehrer geschickt, der ihnen zuerst das Alphabet und das Buchstabieren beibrachte und sie hebräisch lesen lehrte. Dann wurden sie unterrichtet, ihr Gebet in der Synagoge zweimal des Tages und andere Gebete zu verrichten. Dann lehrte man sie, die Heilige Schrift aus dem Hebräischen ins Deutsche zu übersetzen, jüdisch-deutsche Moralgeschichten und jüdisch zu schreiben. Ist der Lehrer auch in der Lage, Lektionen im Deutschschreiben zu geben, geschähe das auch, sonst schickten einige Eltern ihre Kinder auch zum christlichen Schulmeister gegen monatliche Bezahlung. Die Privatlehrer wurden anfänglich nur auf ein halbes Jahr verpflichtet und der Vater konnte prüfen, ob der Unterricht erfolgreich war. Der Rabbiner kam des öfteren dazu in den Unterricht, um die Kinder zu examinieren. Bei Knaben endete der Unterricht mit 13 Jahren, bei Mädchen mit 9, nachdem letztere das jüdische Gesetz zu lesen wissen und jüdisch schreiben können. Wenn allerdings ein Vater sein Kind den Talmud und die Gesetzesbücher studieren lassen wollte, so mußte ein Provisor mit 300 Gulden Jahresgehalt angestellt werden, wie in den großen Judengemeinden in

Mannheim, Frankfurt und Mainz. Da dies in Freudental unmöglich war, übernahm der Rabbiner diese Aufgabe. 1809 gab es aber nur den Enkel des Rabbiners, der von ihm selbst unterrichtet wurde. 1812 wurde ein Lehrer Samuel Maier in den Frondienstlisten genannt.

1825 schrieb der evangelische Pfarrer Ludwig Eduard Fleischmann in seinem Kirchenbuch eine »jüdische Schulchronik«.⁹⁹ Anlässlich der Einführung der allgemeinen Schulpflicht für Judenkinder berichtete er über die Schulverhältnisse vor 1825. Danach änderten sich die von Rabbiner Elsässer geschilderten Verhältnisse wohl 1816 mit der Zunahme der jüdischen Kinder. Der Sohn des Rabbiners, Baruch Elsässer, richtete im hinteren Zimmer seines eigenen Hauses im oberen Teil des Keltergebäudes eine jüdische Schule ein und wurde von der jüdischen Gemeinde mit 250 Gulden jährlich bezahlt. Baruch Elsässer unterrichtete hebräische Sprache und israelitische Religion; für die deutsche Sprache und Realien wurde der christliche Provisor Möhrle aus Baiersbronn mit täglich 4 Stunden bei 140 Gulden verpflichtet. 1824 war es dann ein Lehrer Luig aus Stetten. Der Sohn des Lehrers Baruch Elsässer, der ebenfalls Lehrer gewordene Alexander Elsässer, behauptete in einer späteren Eingabe an den König, daß sein Vater in Freudental die erste jüdische Volksschule in Württemberg eingerichtet habe. Pfarrer Fleischmann berichtete in seiner Chronik über Baruch Elsässer: »Er hat den Ruf eines braven Mannes, ist ziemlich gebildet und als Jude so aufgeklärt, daß er der erste im hiesigen Orte war, der zwei Stieföhne zu Handwerkern bestimmt und in die Lehre getan hat.« Seinen Sohn Alexander schickte Lehrer Baruch Elsässer nach der jüdischen Schule in die nahe Lateinschule Bönnigheim und dann in das Gymnasium nach Stuttgart. Lehrer Luig brachte offensichtlich 1824 einige Neuerungen in die Judenschule, denn er ließ einige Landkarten kaufen und verwendete als Schulbücher Ratzens Kinderfreund, Adelungs Briefsteller, Nasts Geographie, Raffs Naturgeschichte und Galettis Weltgeschichte. Jeggle erwähnt für die jüdische Schule in Jebenhausen ähnliche Lehrwerke. Nur mit der Einführung eines Gesangsunterrichtes konnten sich die Juden nicht anfreunden und er mußte ihn wieder aufgeben. Einen strengen Unterrichtsplan gab es nicht. Lehrer Elsässer unterrichtete 5 oder mehr Stunden, Lehrer Luig 4 Stunden am Tag. Letzterer war bei den jüdischen Eltern nicht beliebt, »da er gegen die Kinder, wie sie vorgaben, zu streng sei und sie hart züchtige, wogegen er sich damit entschuldigt, daß jede kleine und bei der Unordnungsliebe der Kinder oft unumgängliche notwendige Züchtigung den Haß und das Geschrei der Eltern nach sich ziehe, bei denen durchaus keine Kinderzucht stattfindet«. Stießen hier verschiedene Erziehungsvorstellungen aufeinander, eingepprägelter Untertanengehorsam und liberalerer Humanismus?

Pfarrer Fleischmann faßt die Mängel des bisherigen Unterrichts in der jüdischen Schule zusammen:

- a) gleichzeitiger Unterricht beider Lehrer in dem kleinen Schulraum,
- b) keine feste Schulpflicht: die Kinder konnten im 4. und 8. Lebensjahr eingeschult und nach Belieben wieder ausgeschult werden,
- c) »in dem der jüdischen Natur eigenen Haß gegen Ordnung und Zucht«,
- d) die Kinder waren gegenüber dem gewöhnlichen christlichen Schulunterricht zurück.

Die jüdische Gemeinde entschloß sich 1825 zu einer eigenen israelitischen Elementarschule, wobei sie alle Kosten zu übernehmen hatte. Die Schulaufsicht lag, wie bei der evangelischen Konfessionsschule Freudental, beim evangelischen Pfarramt bzw. Dekanat. Inzwischen hatte die jüdische Gemeinde den Lehrer Luig wegen weiterer Mißhandlungen ihrer Kinder entlassen. Am 16. 8. 1825 ernannte dann die Behörde Provisor Jakob Andreas Samet aus Großbottwar zum neuen christlichen Lehrer an der jüdischen Schule. Der jüdische Lehrer war weiterhin Baruch Elsässer, Pfarrer Fleischmann entwarf nun eine neue Konzeption für die Schule:

- a) Die Schulpflicht gilt von 6–14 Jahren; Kinder, die schon vor 14 Jahren entlassen wurden, sollten freiwillig am Unterricht wieder teilnehmen;
- b) Schulversäumnisse werden nach den bestehenden Gesetzen geahndet;
- c) es soll ein weiteres Klassenzimmer geschaffen werden, oder die beiden Lehrer sollen zu verschiedenen Zeiten unterrichten;
- d) das Pfarramt soll mit beiden Lehrern einen Lektionsplan entwerfen; der jüdische Lehrer soll biblische Geschichten nach dem Lehrbuch Schmid unterrichten und sich zu einem »auch in anderen Fächern gewachsenen Schulmann bilden«;
- e) Gesangsunterricht soll eingeführt werden; die Schule soll mit Gesang und Gebet eröffnet und geschlossen werden; das Gebet wird vom jüdischen Lehrer gebetet;
- f) eine Sonntagsschule soll eingeführt werden;
- g) eine Mädchen-Industrie-Schule soll eingeführt werden;
- h) jüdische und christliche Lehrer müssen an den Lehrerkonferenzen und Lehrergesellschaften teilnehmen.

Pfarrer Fleischmann berichtete in seiner Schulchronik, daß zu a) der Aufruf wenig fruchtete. Bei c) kam es wegen der hohen Kosten zu keinem zweiten Klassenzimmer, und da nirgends festgelegt war, wieviel hebräischer und wieviel deutscher Unterricht zu erteilen war, sträubte sich Lehrer Elsässer, Stunden an seinen christlichen Kollegen abzugeben. Bei e) sahen die Juden in der Einführung »einen Schritt zum Christentum«. Weil es damals keine jüdischen Lieder gab, sang man wohl auch Lieder mit christlichem Inhalt. »Der Unterricht kostet bei der natürlichen Unbegabtheit der Kinder unsägliche Mühe und der Gesang wird lange nicht erträglich werden.« Andererseits sei die Abneigung noch dadurch gesteigert worden, weil die Kinder keine Freude am Gesang hatten, meinte Pfarrer Fleischmann. Sonntags- und Mädchen-Industrie-Schule, beides eine Art Berufsschule, wurden gerne besucht und zum Teil regelmäßiger als von seiten der christlichen Bevölkerung. 1826 visitierten dann Pfarrer Fleischmann und 1827 Dekan Reuß aus Besigheim erstmals die neue jüdische Schule und bezeugten volle Zufriedenheit mit dem Zustand derselben. Auch der jüdische Gemeindevorsteher war mit den Lehrkräften zufrieden, nur trug er die alte Bitte nach Abschaffung des Gesangsunterrichtes wieder vor.

Das Volksschulgesetz von 1836 ermöglichte auch Freudental eine staatliche Konfessionsschule: das Gesetz sah vor, daß die politische Gemeinde auf ihre Kosten eine Schule einzurichten hatte, wenn 60 Familien einer Konfession ansässig waren. Jüdische Lehrer wurden nun auf Vorschlag des evangelischen Pfarrers am Eßlinger Lehrerseminar ausgebildet. Schon ab 1835 wurde dort auch Hebräisch und israelitischer Religionsunterricht von jüdischen Seminarlehrern erteilt. Der Lehrplan drängte die alte jüdische Schultradition immer mehr an den Rand. Die deutsche Sprache war das Zentrum, das wichtigste Bildungsgut für die Judenkinder. Hebräischlesen und -schönschreiben durfte nur noch in den unteren Klassen gelehrt werden. Es ergab sich mit der Zeit, daß deutscher Unterricht vormittags und hebräischer nur noch am Nachmittag erteilt wurden. Spätestens 1847 war der gemeinsame Unterricht von jüdischen und christlichen Lehrern beendet. Die Gehaltsbeschreibung für die Lehrerstelle berichtet, daß es 49 Kinder aus 75 Familien und insgesamt 358 Juden in Freudental gab. Das war etwas über 40% der Gesamtbevölkerung. Zum Lehreramte gehörte bereits das Vorsängeramt. Ein Lehrer Levi wirkte von 1847 bis wahrscheinlich 1861. Das Schulgesetz wirkte sich aus der Perspektive der Gesetzgeber sehr positiv aus. Jeggle schreibt: »Mit einem ungeahnten Eifer stürzten sich die Juden in den ihnen bislang verschlossenen Bereich der Bildung. Eine Bildungsreserve ungeahnten Ausmaßes tat sich auf.«¹⁰⁰ Das zeigte sich auch in Freudental. Der erwähnte Sohn des Lehrers Baruch Elsässer, Alexander Elsässer, studierte ab 1835 am Eßlinger Lehrerseminar. Schon 1815 studierte der Freudentaler

Samuel Marum Maier in Tübingen Jura und wurde später Professor der Rechtswissenschaften; 1837 ließ er sich taufen. Wesentlich war auch, daß es keine soziale Filterung, wie bei den christlichen Familien, gab. Ob Schacherjude, Rabbiner oder Viehhändler: nicht die Position des Vaters war ausschlaggebend, sondern allein die Begabung. Unter dem sehr beliebten Lehrer Ludwig Stern kaufte 1862 die jüdische Gemeinde das Simonsche Haus (heute Strombergstraße Nr. 16) und ließ im Erdgeschoß ein Klassenzimmer für die einklassige Schule und im ersten Stock eine Rabbinatswohnung einbauen.¹⁰¹

Eine Gegenüberstellung der Berufe von 1828 und 1860 zeigt die Hinwendung zu den »bürgerlichen« Berufen in Freudental:¹⁰²

1828		1860	selbst.	unselbst.
Rechtsgelahrter	1	Wissenschaftl. Erwerb	4	1
Rabbiner	1	Landwirtschaft	8	3
Lehrer	1			
Vorsänger	1	Großhandel	7	0
Schulklopfer	1	Detailhandel	2	10
Schacherhändler	41	Kram- u. Markthandel	0	0
Viehhändler	10	Viehhandel	21	3
Wollhändler	1	Schachergewerbe	5	0
Makler	1			
Metzger	5	Seßhafte Gewerbe:		
Metzgergeselle	1	Bäcker	2	1
Schuhmachergeselle	1	Buchbinder	0	1
Schneidermeister	1	Gerberei	1	1
Juwelier	1	Metzger	3	5
ohne Beruf	15	Schuster	1	2
	<u>82</u>		<u>81</u>	

Auf den ersten Blick gesehen zeigte das »Erziehungsgesetz« auch in Freudental Erfolge. Der verhaßte Schacherhandel verringerte sich von 41 auf 5 und die handwerklichen Berufe stiegen von 9 auf 17. Obwohl 11 Juden in der Landwirtschaft Arbeit fanden, verdoppelte sich der Viehhandel. Nach einer Generation »Umerziehung« kann man nicht von einem Wandel, sondern nur von einer Modifizierung sprechen. Zumal 1862 bei einer Bitte um einen Baukostenzuschuß für das umzubauende Rabbiner- und Schulhaus die 49 jüdischen Familien nach ihrer Beschäftigung wie folgt aufgeschlüsselt wurden:

Ausschließlich in Landwirtschaft	0 Familien
Landwirtschaft und Gewerbe	7 Familien
Landwirtschaft und Handel	21 Familien
Ausschließlich im Handel	12 Familien
Arme, unterstützungsbedürftige	9 Familien.

Dabei hieß es auch noch, daß neben einigen Wohlhabenden zwei Fünftel zum Mittelstand zu rechnen seien, ebenso viele hätten um ihre Existenz zu kämpfen und der Rest bestehe aus Armen.

Wie in vielen Judendörfern wurde ein Handwerk erlernt, welches den Handel miteinschloß, z. B. Metzger/Viehhändler oder Schneider/Stoffhändler. Freudentaler Juden mit akademischer Berufsausbildung verzogen meistens nach Heilbronn, Ludwigsburg oder Stuttgart, so daß die Gegenüberstellung nur eine Momentaufnahme ist und keine ausführlicheren Untersuchungen zuläßt.



Grabstein des Rabbiners u. Kirchenrats Dr. Josef Maier auf dem Hoppelaufriedhof in Stuttgart



Blatt aus einem jüdischen Buch aus der Synagoge Freudental

Ludwig Stern, Vorkämpfer für eine neue Orthodoxie

Von den verschiedenen Erneuerungen, die das Gesetz von 1828 den Juden brachte, geriet wohl keine so in die Kritik der jüdischen Gemeinden wie die »Israelitische Oberkirchenbehörde« in Stuttgart. Ihre Entstehung verdankte sie zwei unterschiedlichen Richtungen, die hier 1828 zusammenarbeiteten: von staatlicher Seite mit dem Gedanken »Religion als staatsbürgerliche Erziehung« zu verstehen und von der jüdischen Reformtheologie jener Tage als Rationalisierung und Vereinheitlichung der Glaubensinhalte als Voraussetzung für die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung anzusehen. Der Jude sollte zum deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens werden. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts traten dem jüdischen Reformtheologen und Stuttgarter Rabbiner Dr. Joseph Maier, der mit dem Titel »Kirchenrat« auch theologisches Mitglied des Israelitischen Oberkirchenrates von 1831 bis 1873 war, vor allem aus den ländlichen Gemeinden immer mehr konservative Kreise entgegen. Geistiger Gegenpol der Neuorthodoxie war eine Zeitlang der Freudentaler Lehrer Ludwig Stern. Beide bekämpften sich unter den Pseudonymen jüdischer Gelehrter des 17. Jh. Der Streit wurde von Ludwig Stern eröffnet, der unter dem Namen Gabiah ben Prisa ein Pamphlet: »Wohin kommen wir? Ein Wort an die gesetzestreuen Israeliten Württembergs« veröffentlichte.

Maier antwortete unter dem Namen Rabbi Schimon Hasaddik. Seine Gedanken gipfelten in dem Satz »Nicht die Juden als Nation, sondern ihr Glaube hat eine Zukunft, nicht Israel als Volk, sondern der Glaube Israels an einen einzigen heiligen Gott wird dereinst die Welt beherrschen.« So erließ die Israelitische Oberkirchenbehörde eine einheitliche Gottesdienstordnung mit einem deutschen Gebetbuch. Trauung, Beschneidung und Beerdigung wurden neu geregelt. Die Belehrung nahm in Maiers Konzept

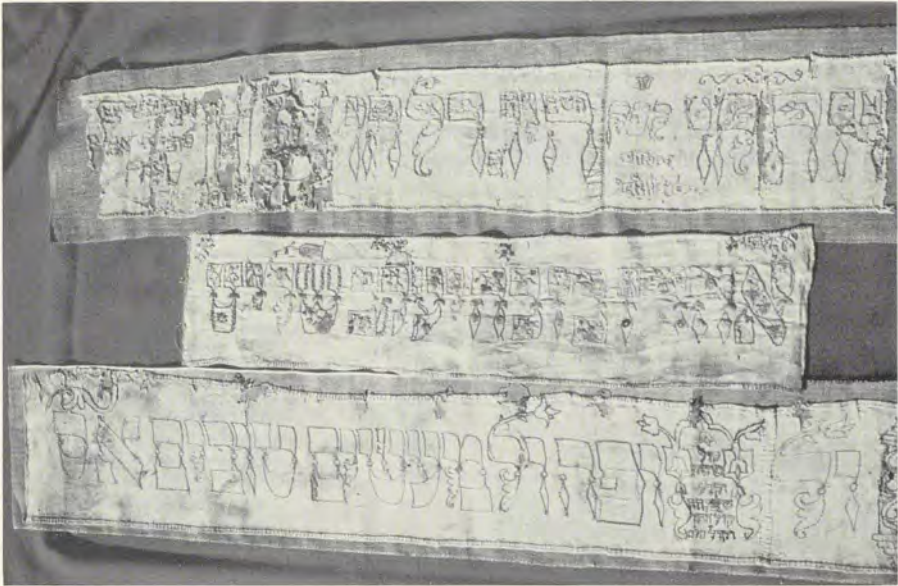
einen breiten Raum ein. 1834 gab er ein Religionsbuch und ein Spruchbuch für den Religionsunterricht in deutscher Sprache heraus, 1836 ein Gesangbuch. 1838 wurde die Bar Mizwa zur Konfirmation mit einem »Konfirmandenbüchle« wie bei den Evangelischen umfunktionierte. Dafür wurden das Küssen des Vorhanges beim Betreten der Synagoge, das Schuheausziehen, die Lichterprozession der Kinder am Simchat Thora und die Gebetsriemen und -täschchen abgeschafft. Auch die Mikwen verschwanden. In den Synagogen wurden Kanzeln für die deutsche Predigt eingerichtet, in der neuen Stuttgarter Synagoge gab es eine Orgel und die Buchauer krönte ein Glockenturm. In Stuttgart gab es keinen »Schabbat« mehr, sondern einen Samstag. Der Höhepunkt der Maierschen Reformpolitik war der programmatische Satz am Schluß seiner Weiherede bei der Einweihung der Stuttgarter Synagoge (1861): »Stuttgart ist unser Jerusalem!«¹⁰³ Es zeigte sich, daß solche revolutionären Gedanken, vor allem bei den ländlichen Gemeinden, nicht widerspruchslos hingenommen wurden. Selbst in Stuttgart fand Maiers neues Gebetbuch keine Gegenliebe. Doch war die Oberkirchenbehörde nicht zimperlich, wenn es, wie 1859 in Aldingen, zu passivem Widerstand kam: die Synagoge wurde geschlossen!

Der Freudentaler Lehrer wandte sich vor allem gegen die »kirchliche Gesetzgebung«, die dem Judentum fremd und zuwider sei. Die Israelitische Oberkirchenbehörde greife als reine Staatsbehörde in die heiligsten Gesetze, wie z. B. die Beschneidung ein, ohne Mitspracherecht der Gemeinden. Die Neuorthodoxen waren der Meinung, daß Reformen von den Gemeinden ausgehen müßten und nicht vom Staat Konfessionalisierung diktiert werden dürfe. Ludwig Stern schrieb: »Die Erwägung, daß es nichts Unzeitgemäßeres gibt, als heutzutage, da alle Welt nach kirchlicher Autonomie strebt, ein hierarchisch-bürokratisches Kirchenregiment, zumal im Judentum, wo nie ein solches bestanden, aufzurichten, hat die Oberkirchenbehörde gründlich verhaßt gemacht.«¹⁰⁴ »Stuttgart ist unser Jerusalem« ist nach Stern eine Verhöhnung des jüdischen Glaubens. In immer neuen Bittschriften an den König versuchten die Wortführer der Neuorthodoxen, die Machtbefugnis des Israelitischen Oberkirchenrats zu beschränken. 1863 wurde auch von der Gemeinde Freudental gefordert:

- a) Beseitigung der Israelitischen Oberkirchenbehörde,
- b) Autonomie der Gemeinden in allen rein religiösen Angelegenheiten,
- c) Erlaubnis zu Privatversammlungen zu gottesdienstlichen Zwecken, sobald 10 Familien zusammenkommen, damit die Rechte der Minorität gewahrt sind,
- d) Übertragung des Vorschlagsrechts für den Rabbiner an die Gemeinden.

1864 gipfelten die Beschwerden in der Forderung auf Absetzung des Kirchenrats Dr. Maier, der die wichtigsten, 500 Jahre alten, überall gültigen Gebete abgeändert und annulliert habe und den Talmud verachte. Das Gesetz von 1864, in dessen erstem Artikel stand: »Die im Königreich einheimischen Juden sind in allen bürgerlichen Verhältnissen den gleichen Gesetzen unterworfen, welche für die übrigen Staatsangehörigen maßgebend sind; sie genießen die gleichen Rechte und haben die gleichen Pflichten und Leistungen zu erfüllen«, brachte bezüglich der Israelitischen Oberkirchenbehörde keine Änderung. Erst mit dem Tode Maiers 1873 und dann mit dem Einzug des ersten konservativen Rabbiners Dr. Theodor Kroner in das Amt des theologischen Mitgliedes der Oberkirchenbehörde 1893 ließen die Protest- und Bittschreiben nach. 1912 durfte sich die israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg als Körperschaft öffentlichen Rechtes konstituieren und der Israelitische Oberkirchenrat wurde aufgelöst. An seine Stelle trat die Oberkirchenbehörde als Selbstverwaltungsorgan.

Die theologischen Fronten gingen auch quer durch die Freudentaler Gemeinde. Der pensionierte Rabbiner Joseph Maier aus Schnaittach berichtet, wie erschüttert er war, als seine Freudentaler von ihm eine in deutsch gehaltene Predigt verlangten. Andererseits



Teile von Thorawimpeln (18./19. Jh.) aus der Synagoge Freudental

wurden trotz Lehrer Ludwig Stern, der 1864 an das Würzburger Lehrerseminar berufen und später dessen Direktor wurde, wohl unter Rabbiner Dr. Haas die Maierschen Reformen auch in Freudental weitgehend befolgt. 1981–83 fand man nämlich bei der gründlichen Untersuchung des Synagogengebäudes im Dachstuhl viele Gebetskapseln und -riemen, Täschchen für Gebetsriemen als Geschenke vor Bar Mizwa mit Monogrammen aus Samt und Seide, kleine Gebetsmäntelchen für Kinder, Reste von Gebetsbüchern und einzelne Gebetsblätter, umfangreiche Buchreste mit biblischen Texten in hebräischer und jiddischer Sprache aus dem 17.–19. Jh., viele Thorawimpel, Mezuzahüllen und dazugehörige Textröllchen. Bei der Pietät der Juden gegenüber Kultgeräten – ausgediente Thorarollen wurden auf dem Friedhof begraben – legte man die nicht mehr erlaubten Dinge in den Dachstuhl der Synagoge, denn eine sogenannte Genisa, eine Art Schatzkammer, in der man solche Sachen sonst aufbewahrte, gab es in Freudental nicht. Diese Funde müssen wissenschaftlich noch ausgewertet werden.

Abwanderung – Ergebnis der Emanzipation

Nach den Gesetzen von 1828 und 1864 waren die Freudentaler Juden nun gleichberechtigte Bürger mit allen Rechten und Pflichten. Das Bürgermeisteramt war in allen bürgerlichen Angelegenheiten für sie zuständig. Die israelitische Konfessionsschule wurde wie die evangelische vom evangelischen Ortspfarrer im Beisein des israelitischen Kirchenvorstehers visitiert, und in allen Glaubensfragen gab es das Kirchenvorsteheramt. 1842 starb der Kirchenvorsteher Löb Simon, und als Nachfolger wurde David Kahn in das Amt gewählt. Von den 53 Wahlberechtigten durften 3 wegen Strafen und 14 wegen nicht bezahlter Personalsteuer nicht mitwählen, so daß es 36 Wähler gab: Löb Rotschild, Juda Levi, Samuel Hirschmann, Kifa Stein, Samuel Mayer, Israel Herrmann, Raphael Levi, Imanuel Marx, Moses Hirsch Marx, Seligmann Joseph Levi, Mayer Kahn, Moses Wolf, Liebmann Mayer, Bär Jakob Levi, Gabriel Ahlmann, Abraham Stein, Moses

Joseph Levi, Kasiel Uhlmann, Löb Stein, Jachiel Hirschmann, Schullehrer Levi, Moses Abraham, Levi Mayer Marx, Manasse Levi, Hayum Stern, Simson Rotschild, Michael Levi, Hesekiel Adler, Isaak Stein, Benjamin Horkheimer, Samuel Marx, David Kahn, Juda Kahn, Joseph Berlichinger, Moritz Marx und Isaak Aron.¹⁰⁵

Zwischen 1832 und 1865 stieg der jüdische Teil an der Freudentaler Einwohnerschaft auf 44 % und erreichte damit seinen Höhepunkt:

Jahre	jüd. Einwohner	davon jüd. Kinder	christl. Einwohner	Bemerkungen
1815	236		381	
1832	359			
1838	354		450	44 % Juden
1843	345			
1847	358	49		75 jüdische Familien
1851	364		504	42 % Juden
1862	377(?)		563	49 jüdische Familien
1865	356		584	
1872	307			147 männliche und 160 weibliche Juden
1886	274	31		37 jüdische Familien. ¹⁰⁶

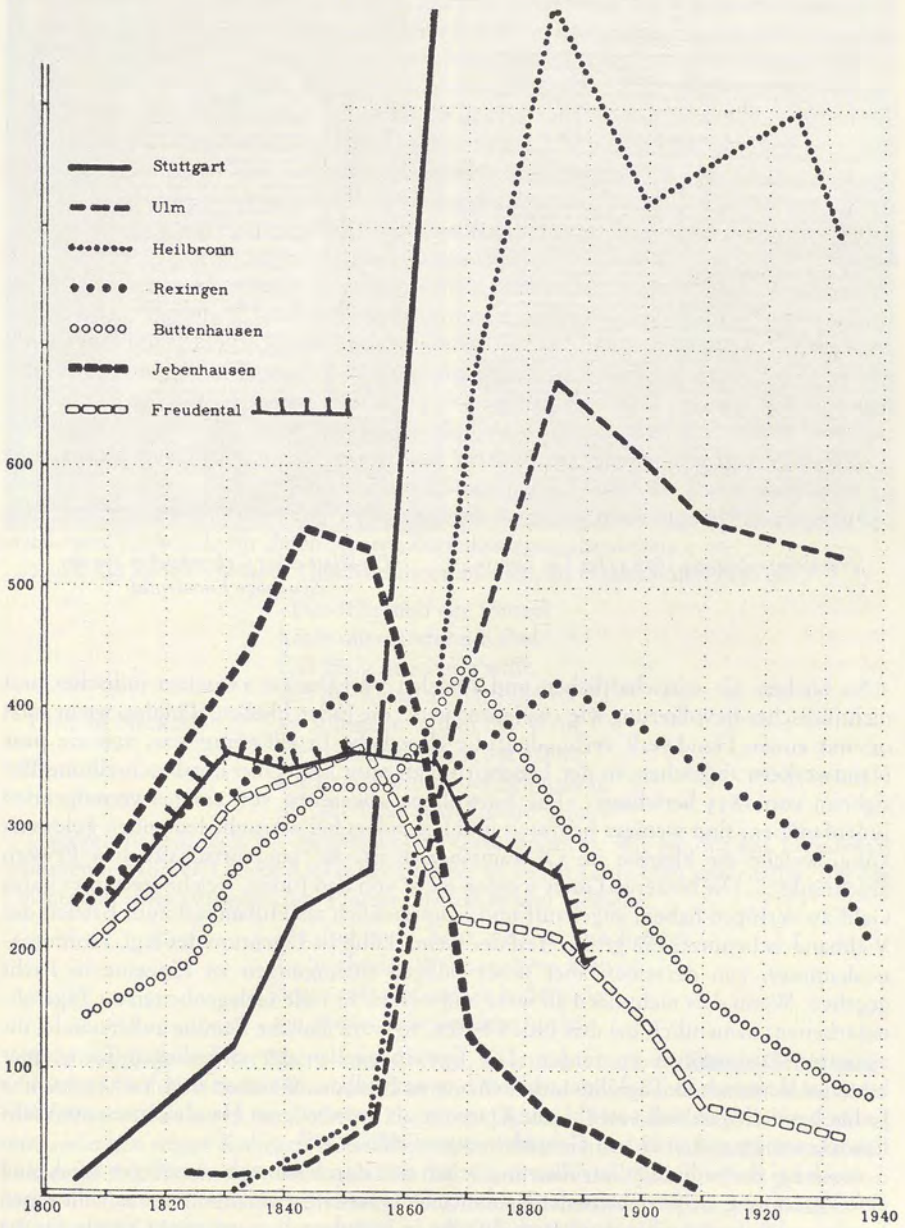
Während der christliche Bevölkerungsanteil stetig wuchs, erreichte der jüdische 1862 einen zahlenmäßigen Höhepunkt und sank dann rasch ab. Ursache für diese Entwicklung war die Abwanderung junger Juden aus Freudental. Wohl standen den Juden nun alle Berufe offen, aber in Freudental gab es kaum Möglichkeiten für die Ausbildung in einem handwerklichen Beruf, und für eine akademische Ausbildung bedurfte es nach der Bönningheimer Lateinschule des Besuches eines Gymnasiums in Heilbronn, Ludwigsburg oder Stuttgart. So verlegten viele junge Juden nach der Freudentaler Schulzeit ihren Wohnsitz in die aufstrebenden Städte, während ihre Eltern in der alten Heimat blieben. Auch wanderten in der 2. Hälfte des 19. Jh. viele junge Freudentaler Juden in andere Staaten aus:¹⁰⁷

Auswanderer	USA	Schweiz	Baden	Bayern	sonstige
1820-1850	0	0	6	0	0
1851-1860	3	0	0	0	1
1861-1870	13	5	1	2	2
1871-1880	14	0	0	0	1
nach 1880	2	0	0	0	1

Viele Abwanderer pflegten weiterhin enge Kontakte mit ihrer Freudentaler Heimat, aber berufliches Fortkommen gab es nun einmal nur außerhalb Freudentals. Zwischen 1820 und 1836 war die Entwicklung noch umgekehrt gewesen: die zentralisierten jüdischen Kirchengemeinden mit ihren neuen Schulen waren damals Anziehungspunkte für viele verstreut lebende Schutz- und umherziehende Betteljuden. So waren auch nach Freudental viele auswärtige Judenfamilien zugezogen.

Die Landflucht der Juden war eine landesweite Entwicklung. Es entstanden in den Städten junge, der Reformtheologie aufgeschlossene, jüdische Gemeinden ohne Konfes-

sionsschulen, und in den Dörfern verblieben die konservativen, überalterten Gemeinden. Jeggle vergleicht in einer Tabelle mehrere Orte, die neu ermittelten Freudentaler Zahlen wurden vom Verf. in diese eingearbeitet:





Jerusalem Zeitung 1878 »Das Tor Zions«



Titelblatt eines Gebetsbuches aus der Synagoge Freudental

So blieben die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung wie 100 Jahre zuvor: die Juden blieben Händler, wenn auch oft mit einem Handwerk verbunden; die christliche Bevölkerung war, von ein paar Handwerkern abgesehen, in der Landwirtschaft tätig. Die Oberamtsbeschreibung Besigheim von 1853 berichtete: »Die Einwohner, abgesehen von einigen vermögenden Judenfamilien, sind weniger bemittelt und besonders bei der unbedeutenden Feldmarkung, welche die kleinste im Oberamtsbezirk ist, auf landwirtschaftlichen Erwerb beschränkt. . . Die besseren Güter werden meist von den Juden, welche stets über bares Geld zu verfügen haben, angekauft und hauptsächlich als Hilfsmittel zum Betrieb des Viehhandels benützt. Ein großer Teil der Gemarkung ist Eigentum der Kgl. Hofdomänenkammer, von derselben aber unter billigen Bedingungen an Einzelne in Pacht gegeben. Wenn dies nicht der Fall wäre und sich nicht viele Gelegenheiten zu Tagelöhnerarbeiten, namentlich bei den Juden böten, so wäre manche Familie außerstande, ihr nötigstes Auskommen zu finden. Die Erwerbsquellen der christlichen Einwohner bestehen demnach in Tagelöhnerarbeiten, etwas Feldbau, Weinbau und Viehzucht. Die Juden beschäftigen sich sowohl mit Krämerei als auswärtigem Handel, meistens Viehhandel, wenige mit örtlichen Gewerben oder Feldbau.«¹⁰⁸

Auch bei der jüdischen Bevölkerung zeigte sich durch den zahlenmäßigen Rückgang eine Verarmung. So berichtete der Rabbiner Dr. Haas 1872 von mehreren israelitischen Fonds und Stiftungen für wohltätige Zwecke in Freudental: es gab einen Verein für die Verteilung von Brennholz im Winter an arme Juden und einen für die Bestattung von verarmten Juden. Weiter existierten ein Brautausstattungs- und ein Rekrutenverein;

letzterer versah Familienmitglieder und auch Rekruten während der Militärzeit mit Geldzuwendungen. Rabbiner Dr. Haas beziffert das Vermögen dieser Unterstützungsfonds auf 14 450 Gulden.

Gegensätze und Spannungen zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung wurden in Freudental, wie im übrigen Württemberg, trotz der Emanzipationsgesetze nur langsam abgebaut. So beklagte sich der Freudentaler Rabbiner Grünewald in einem Leserbrief über den »Judenhaß in der Gerichtsstube« 1845 im Stuttgarter Beobachter:¹⁰⁹

»Man traut kaum seinen Sinnen, wenn man in unserer Zeit, und zwar in unserem erleuchteten Württemberg noch Ausdrücke des Judenhasses hört und liest, wie man sie in dem unwissenden Mittelalter kaum krasser findet . . . Zu dieser Betrachtung veranlaßt den Einsender die in der Vertheidigungsschrift des suspendirten Dr. Klein citirte, im Beobachter Nro. 17 mitgetheilte Aeußerung des Inquirenten: »N. N. benahm sich mit einer bübischen Frechheit und einer Unverschämtheit, wie sie nur einem Juden möglich ist.« Mit diesen Worten ist das Verdammungsurtheil wider sämmtliche Juden ausgesprochen. Es mögen vielleicht ähnliche Aeusserungen in anderen Gerichtsstuben Württembergs schon manchen Israeliten daran erinnert haben, daß er einer in sehr vielen wichtigen Punkten zurückgesetzten und unterdrückten Religionsgesellschaft angehöre. Es bedarf wohl keiner Beweisführung, um darzuthun, daß der Jude als solcher derselben sittlichen Stärke fähig sey, und sie eben so oft bewähre, als der Christ, und daß allgemein verwerfende Urtheile gegen die Juden blos Ausgeburten des Vorurtheils und der Gehässigkeit seyen . . . Zurücksetzung und Verfolgung, Verspottung und Verhöhnung der Juden und ihrer Religion bekundet das Streben, die Fesseln der Juden noch enger zu schnüren, um aus der Handlungsweise, die diese Anlegung noch engerer Fesseln erzeugt, wiederum Vorwände für deren fernere Zurücksetzung abzuleiten.«

Auch die Spottverse über Geschäftsjuden blieben. In Pfaffenhofen hieß es:

»Der Itzig und der Samuel
kaafe mitanander a Kalwl.
Der Itzig hats net g'wißt,
daß die Kalwl a Stiarli ischt.«¹¹⁰

Und im Neckartal:

»z'Sontheim wohnt der Weiß,
z'Horkheim wohnt der Heiß,
z'Talheim wohnt der Seligmann,
der alle Leut ausschmiere kann.«¹¹¹

Dagegen halfen auch alle gutgemeinten Versuche nicht, wie sie der aus Freudental stammende Horber Lehrer Alexander Elsässer in vielen Gedichten unternahm. Bei der Einsetzung eines evangelischen Pfarrers schloß er sein Gedicht:

»Ja, Jud und Christ, sie sind ihm Brüder,
Er bricht des Wahnes ehern Joch;
drum ruft mit mir, es halle wider:
ein dreifach, heilig, lebe hoch!«

Aber nicht nur auf der Ebene von Jubiläen, Vereinsfeiern und »Königs Geburtstag« wurde von jüdischer Seite Gemeinsamkeit und Verbundenheit demonstriert. Alexander Elsässer versuchte in seinem Gedicht »Die ersten Juden im Ries« den historisch unhaltbaren Gedanken seines Kollegen Samuel Spatz, der ebenfalls aus Freudental stammte und Lehrer in Affaltrach war, aufzugreifen, daß Germanen und Juden schon gemeinsam gegen die Römer, ihrem gemeinsamen Feind, zusammenstanden. Spatz wollte sogar bei Germanen und Juden gemeinsame Sitten und Gebräuche gefunden haben. Diese gutgemeinten Versuche jüdischer Lehrer konnten aber den ausgangs des 19. Jh. heraufziehenden pseudowissenschaftlichen Antisemitismus weder eindämmen noch verhindern.

4 Schwäbisch-Jüdische Dorfgemeinschaft?

Auf einer Tagung des Ludwig-Uhland-Institutes Tübingen legte Martin Scharfe 1962 seine Arbeit über die Juden in Freudental vor. Sein Referat »Schwäbisch-Jüdische Dorfgemeinschaft – Bericht über Erhebungen in Freudental, Krs. Ludwigsburg«¹¹² versuchte den Eindruck zu erwecken, daß vom ausgehenden 19. Jh. bis zum Ende der Weimarer Republik ein intensiver Gewöhnungsprozeß zwischen Juden und Nichtjuden entstand. »Auf der Grundlage gegenseitiger Wertschätzung konnten sich wie selbstverständlich freundschaftliche Beziehungen entwickeln, ein beide Traditionsgruppen umfassendes Wir-Gefühl, das sein eigenes übergreifendes Normensystem hatte.« Jeggel¹¹³ widerspricht dieser These energisch. Es gibt auch eine jüdische Aussage zu diesem Verhältnis der beiden Gruppen. Julius Marx¹¹⁴ schrieb 1966: »700 Seelen, so hieß es damals (um die Jahrhundertwende), lebten in diesem Dorf. Mehr als 100 dieser Seelen waren jüdisch. Ob Christen oder Juden, sie bildeten eine Dorfgemeinschaft. Und doch war ein Sprung in dieser Tasse. Irgend eine Fremdheit ließ sich nicht auslöschen.« Und er meinte weiter, daß das nicht nur an der Verschiedenheit der Berufe und an der unterschiedlichen Einkommensart liegen könne.

So setzt der Verf. hinter die Überschrift, welche den Zeitraum zwischen dem Ende des vorigen Jh. und dem Ende der Weimarer Zeit beschreiben möchte, bewußt ein Fragezeichen.

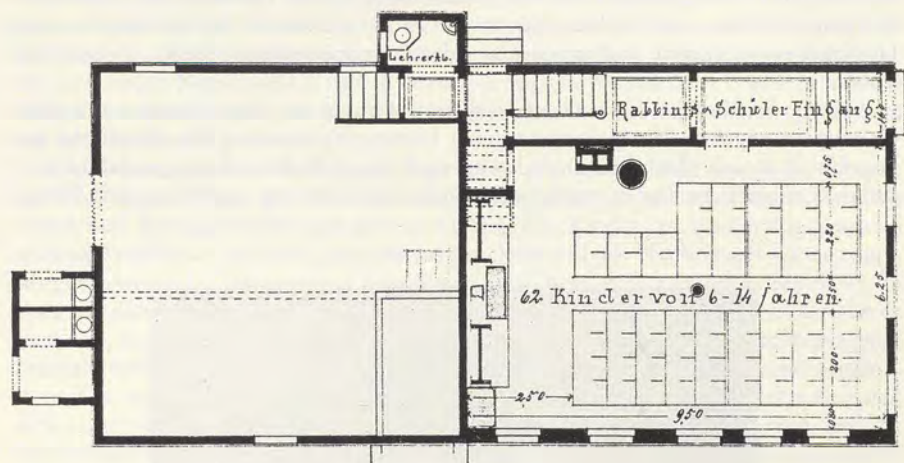
Entwicklung um die Jahrhundertwende

Die politischen Veränderungen in der zweiten Hälfte des 19. Jh. in den deutschen Staaten spiegelten sich in Freudental kaum wider. Wahrscheinlich war auch kein Freudentaler Jude als württembergischer Soldat im deutsch-französischen Krieg 1870/71 eingesetzt – wohl aber sind 16 christliche Freudentaler gefallen. Auf dem alten jüdischen Friedhof in Ludwigsburg bezeugt ein Gefallenendenkmal von 1871, daß Juden in württembergischen Regimentern in Frankreich gefallen sind. Viel wichtiger als die Reichsgründung 1871 war für die württembergischen Juden das württembergische Gesetz von 1864, welches in seinem ersten Artikel lautete: »Die im Königreich einheimischen Israeliten sind in allen bürgerlichen Verhältnissen den gleichen Gesetzen unterworfen, welche für die übrigen Staatsangehörigen maßgebend sind; sie genießen die gleichen Rechte und haben die gleichen Pflichten und Leistungen zu erfüllen.«¹¹⁵

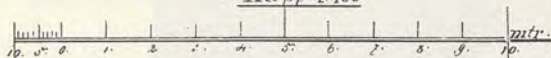
Die teilweise anezogene Begeisterung für alles Militärische nach der Reichsgründung spiegelte sich auch bei der Freudentaler Jugend wider. Julius Marx¹¹⁶ erzählt von »Soldäteskämpfen« der Freudentaler Jugend gegen Hexen und Drachen im nahen Wald, wobei er als Häuptling mit den Utensilien einer württembergischen Ulanenkorporalsuniform, welche wohl von seinem Urgroßvater stammte, auf seine Kameraden einen besonderen Eindruck gemacht hat. Marx berichtet über seine spätere Einstellung zum Militär: »Vom heldischen Vorbild meines Urgroßvaters beflügelt, vom eigenen Übermut verführt, und von der Kraft meiner Jugend angefeuert, die sich im Wettstreit mit einem Gegner zu bestätigen suchte, wurde ich ein Militarist par excellence. Dabei verband sich auch Abenteuerlust mit einer für jene Zeit typischen, in der Tradition verwurzelten Vaterlandsliebe. Der wie von Hölderlin stammende Satz: »Süß und richtig ist es, für das Vaterland zu sterben« rauschte gleich einem Fahnenwald in meinem Ohr, erzeugte Vorstellungen in meinem Gemüt, die mich bis in todeswütige Hochstimmung versetzten.« Kein Wunder, gab es doch auch in Freudental um die Jahrhundertwende einen Kriegerverein, in dem auch Juden Mitglieder waren. Vor allem an »Königs Geburtstag« marschierte man stramm mit Musik, Fahne und in Uniform vom Rathaus in die Kirche.

Die weiteren Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 19. Jh. in der jüdischen

PROJEKT II



Maßstab: 1:100



*Beigeb. im des
K. Hofb.*

Grundriß des erweiterten Schulsals im Rabinatshaus 1886

Gemeinde Freudentals wurden nicht von der großen Reichspolitik, sondern durch die Emanzipation der Juden beeinflusst. 1862 hatte die jüdische Gemeinde – wie schon erwähnt – mit 49 Familien und 377 Mitgliedern den nie wieder erreichten Höchststand erklimmt. Diese Bevölkerungszunahme hatte zur Folge, daß alle Gemeindeeinrichtungen zu klein wurden. Das sogenannte Simon'sche Haus – heute das Gebäude Strombergstraße 16 – wurde um 5400 fl erworben, im Erdgeschoß ein Schulzimmer mit Nebenräumlichkeiten eingebaut und im ersten Stock eine Rabinatswohnung eingerichtet. Sowohl für die Schule als auch für die Rabinatswohnung hatte man bisher gemietete Räumlichkeiten gehabt. Die Umbaukosten beliefen sich auf 730 fl; 400 fl erhielt die Gemeinde als Staatszuschuß. 1879 wurde ein Schülerabort angebaut, 1886 das Treppenhaus verlegt, um das Schulzimmer erweitern zu können. In einem Antrag für einen Staatsbeitrag wurde von 31 Kindern gesprochen, die Zahl werde aber noch auf 42 steigen.¹¹⁷ Es entstanden Kosten von 1844,39 Mark; 230 Mark wurden als Staatszuschuß gewährt. 1888 wurde vermutlich die Synagoge einer Innenrenovierung unterzogen, denn von da ab gibt es ein Inventarverzeichnis.¹¹⁸ Allerdings könnte das Gemeindeinventar auch aus Anlaß der Übernahme der Rabinatsaufgaben durch das Bezirksrabinat Stuttgart aufgestellt worden sein. Nach dem Tod des Freudentaler Rabbiners Dr. Haas erhielten die Freudentaler keinen eigenen Rabbiner mehr. Der Bezirksrabbiner Dr. Stössel aus Stuttgart betraute vielmehr die Vorsänger und Lehrer in Freudental mit rabbinischen Aufgaben. Allerdings blieb das Rabinat Freudental formal bestehen, denn 1912 wurde bei den Wahlen zum »Erweiterten Rat« bei der israelitischen Oberkirchenbehörde im Wahlbezirk 4 auch Freudental als Rabinatsbezirk benannt.

Aus dem Inventarverzeichnis der Synagoge ist zu erkennen, daß es 1888 sieben Thorarollen gab, als deren Stifter S. Simon, S. Levi, M. Löwe, Lehman Mayer, M. Hirschmann, D. Levi bekannt sind, dazu 8 Thoramäntelchen, Decken für den Almemo (den Vorsängerstand) und die Kanzel, sowie je einen Thoraschrein-Vorhang für Werkstage, Bußstage und Sabbat. 1895 wurde an der westlichen Südseite der torartige Durchgang zugemauert und außen eine Abortanlage angebaut,¹¹⁹ 1902/03 ein Ofen installiert.

Auf dem Friedhof wurden 1884 alle bisherigen Gräber neu durchnummeriert und ein Gräberplan angelegt.¹²⁰ 1895 erfolgte eine kleinere Erweiterung des Friedhofes um ungefähr 10 m nach Osten bis zum Feldweg, 1908 eine große Erweiterung nach Süden, so daß die Gräberfläche beinahe verdoppelt wurde. Ein Mittelweg von Osten nach Westen



Leutnant Julius Marx (1. Weltkrieg)

wurde zwischen dem alten und neuen Teil angelegt. Das einfache Unterstellhäuschen war schon 1895 errichtet worden. Die Texte auf den Grabsteinen waren ursprünglich nur hebräisch. Als Symbole findet man Kanne (aus dem Geschlecht der Leviten, die Leute hatten oft den Namen Levi), segnende Hände (aus dem Geschlecht der Priester, diese Leute hatten oft den Namen Kahn), Beschneidungsmesser (auf den Grabsteinen von Rabbinern) und Schofarhorn. Seit den 1870er Jahren wurde es üblich, auf der Rückseite der Grabsteine Namen und Daten in deutscher Sprache festzuhalten. Seit dem 1. Weltkrieg findet man deutsche Namen- und Datenangaben und hebräische Texte gemeinsam auf der Vorderseite.

Wie oben ausgeführt, kam es auch in Freudental in der 2. Hälfte des 19. Jh. zu einer starken Abwanderung. So stammten viele Ludwigsburger Juden zu dieser Zeit aus Freudental. Einige Freudentaler Juden schickten ihre Kinder zur Vorbereitung auf ein späteres Studium in die Bönningheimer Lateinschule und das Heilbronner Gymnasium. Bürgermeister a.D. Zipperlin aus Bönningheim berichtete, daß er zu seiner Schulzeit um 1904 vier jüdische Mitschüler aus Freudental hatte. Sie zeichneten sich durch besonderen Fleiß aus, waren für die damaligen Verhältnisse sehr gut gekleidet und wurden mit einer Pferdekutsche gebracht und geholt. Auch Julius Marx ging ins Heilbronner Gymnasium. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der in Freudental verbliebenen Juden änderten sich nicht. Aus den im Synagogendach gefundenen Kalendern geht hervor, daß die Handelsreisen auch über die Jahrhundertwende hinaus sich weit nach Franken und in die Pfalz ausdehnten. Die gefundene Wochenzeitung »Schave Zion« (Tor Zion) vom 20. 6. 1878, in Jerusalem gedruckt, beweist die weiten Verbindungen.

Der erste Weltkrieg

Die allgemeine Begeisterung für den Kriegsdienst zu Beginn des 1. Weltkrieges war auch bei den Juden zu finden. Julius Marx erzählt, daß er große Sorge hatte, von einer ausländischen Geschäftsreise noch rechtzeitig heimzukommen, um sich als Soldat zu melden. Aus Freudental sind 21 Soldaten, dabei die Juden Eugen Jordan, Isidor Levi und Julius Marx gefallen. Isidor Manasse ist als Soldat an Grippe gestorben und in Freudental beerdigt. Jüdische Kriegsteilnehmer waren:¹²¹

Name, Vorname	Truppenteil	Dienstgrad	Auszeichnung
Blum, Josef	Feld. Rekr. Dep. 242 Inf. Div.	Füsilier	
Blum, Moritz	Feld. A. R. 13, Feld. A. R. 238, Tragtier-Kol. 13	Gefreiter	EK II, W
Jordan, Berthold	Res. Inf. R. 248	Infantrist	W, verwundet
Jordan, Eugen geb. 8. 11. 1888	Res. Inf. R. 121	Schütze	vermißt seit 2. 4. 1916 bei Arras
Jordan, Julius	Drag. R. 25	Dragoner	EK II, W
Levi, Irwin	Feld. A. R. 29	Unteroff.	EK II, W
Levi, Isidor geb. 11. 6. 1889	Füs. R. 122	Reservist	gefallen am 24. 8. 1914

Manasse, Isidor geb. 1. 10. 1887	Res. Inf. R. 121	Gefreiter	EK II, W 16. 10. 1918 gest. an Grippe
Marx, Julius geb. 19. 4. 1888	Bayr. 18. Inf. R.	Gefreiter	gefallen am 30. 10. 1914
Marx, Ludwig	Landst. Inf. Batt. Eßl. XIII/18	Schütze	
Marx, Samuel	Res. Inf. R. 249	Schütze	EK II, verwundet
Spatz, Moritz	Res. Inf. R. 120	Gefreiter	EK II, verwundet
Stein, Berthold	San. Komp. 54	San. Gefreiter	EK II
Stein, Isak	Drag. Reg. 25	Sergeant	W
Stein, Julius	Landst. Inf. R. 39	Gefreiter	W
Stein, Leopold	Masch. Gew. Scharfsch. Abt. 55	Gefreiter	
Stein, Ludwig	Feld. A. Batt. 888, Landw. Feld. A. R. 2	Kanonier	W
Stein, Moritz	L. Mun. Kol. 54	Ers. Res.	

Der am 30. 10. 1914 gefallene Julius Marx ist nicht mit dem schon mehrmals zitierten, am 14. 2. 1888 in Freudental geborenen Julius Marx identisch. Dieser wohnte vor dem 1. Weltkrieg in Stuttgart, war Leutnant im Reserve-Infanterie-Regiment 120 und Infanterie-Regiment 121 (EK II, W) und wurde auch verwundet.¹²² Von den 1914 in Württemberg lebenden 10 824 Juden waren 1674 Soldaten, davon sind 270 gefallen, 533 wurden verwundet, 581 befördert und 1071 erhielten Frontauszeichnungen.¹²³

Die gemeinsamen Kriegserlebnisse beschleunigten äußerlich die Integration der Juden. Das geschah nicht durch so markige Sprüche wie auf einem Heilbronner Kasernenhof 1914: »Ob katholisch oder evangelisch oder Jud, Dienst ist Dienst und Krieg ist Krieg«,¹²⁴ sondern bei gemeinsamem Leid und Sterben an den Fronten. Noch 1932 beschwor ein jüdischer Kriegsteilnehmer bei einer Versammlung des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten in Horb diese gemeinsame Verbundenheit: »Frontgeist ist das tiefste Erlebnis der Gemeinschaft. Frontgeist ist jener Geist, der den einzelnen befähigt, demjenigen Beistand zu leisten, der neben ihm steht, und zwar aus der Erkenntnis heraus, daß der Einzelne nichts ist, wenn die Gesamtheit, das Vaterland, in Gefahr steht.«¹²⁵ Aber auch in der Heimat rückte man in den Jahren der Not und Entbehrungen enger zusammen. So fanden sich in Freudental Frauen zu einer Gruppe zusammen, um aus Abfällen Schuhe zu produzieren, bei der auch die jüdischen Frauen Selma Levi, Bella Stein, Zilli Stein, Rita Weil und Siddi Wertheimer mitarbeiteten. Zeitweilig wurden aus Lehrermangel die christlichen und jüdischen Kinder in Freudental gemeinsam unterrichtet. 1928 ließ sich die jüdische Gemeinde eine »Kriegergedenktafel 1914–1918« aus eichenem Holz für ihre vier Kriegstoten anfertigen¹²⁶ und brachte sie im Innenraum der Synagoge unter der Frauenempore an.

Die Zeit der Weimarer Republik

Mit den politischen Veränderungen 1918 verschwanden für die Juden in Württemberg auch die letzten Reste des Staatskirchentums. Zwar war die Israelitische Religionsge-

meinschaft seit 1912 eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, unterstand aber der Aufsicht durch das Ministerium für Kirchen- und Schulwesen. Die Anerkennung der Israelitischen Religionsgemeinschaft als Landesorganisation und der israelitischen Religionsgemeinden als Körperschaft öffentlichen Rechtes, das Besteuerungsrecht der Glaubensgenossen und der israelitische Religionsunterricht an öffentlichen Schulen mit israelitischen Schülern wurden nun durch Verfassung und Gesetze garantiert. Eine Landesversammlung beschloß 1924 die »Verfassung der israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs«. Die Freudentaler Juden bekamen diese Veränderung bald zu spüren. Schon bei den ersten Wahlen zur Landesversammlung wurde die Religionsgemeinde Freudental mit Zaberfeld und den jüdischen Gemeinden Cannstatt, Esslingen und Ludwigsburg im Bezirksrabbinat Stuttgart zusammengefaßt. Die israelitische Konfessionsschule wurde, da die Kinderzahl in den 1920er Jahren immer mehr zurückging, aufgelöst: alle Freudentaler Kinder gingen nun gemeinsam in die evangelische Konfessionsschule. Das Klassenzimmer im Rabbinatsgebäude wurde aber weiter von der »Unterschule« (den drei untersten Klassen) benutzt. Trotzdem hatten die Freudentaler Juden weiterhin einen jüdischen Lehrer, der vom Oberrat angestellt war und als Vorsänger und Religionslehrer seinen Dienst versah. Das war zunächst noch Wochenmarck, und ab 1932 als letzter Simon Meißner. 1924 gab es in Württemberg noch 51 jüdische Religionsgemeinden, darunter auch Freudental. Josef Jordan, auch bürgerlicher Gemeinderat, war mit Salomon Stein und Leopold Wertheimer im Vorstand der Gemeinde. Sigmund Laser war Synagogendiener und Salomon Falk Gemeindepfleger. 1931 veranstaltete der israelitische Oberrat in Stuttgart eine geschichtliche Feier zum



Frauenarbeitskreis im 1. Weltkrieg mit Selma Levi, Rita Weil, Siddi Wertheimer, Bella Stein, Zilli Stein

Gedenken an den Tag, an dem 100 Jahre zuvor der Israelitische Oberkirchenrat seine Tätigkeit aufnahm und somit die israelitische Landesorganisation ins Leben trat. Der Stuttgarter Stadtrabbiner Dr. Rieger hatte dazu eine Festschrift¹²⁷ herausgegeben, in der auch Freudental einen bedeutenden Platz einnahm. Waren doch genau 200 Jahre vergangen, seitdem die Freudentaler Juden mit dem Graevenitz'schen Judenedikt eine feste Grundlage ihres Gemeindegewesens erhalten hatten. Über die örtlichen Jubiläumsfestlichkeiten ist nichts mehr bekannt.

Schon seit 1912 war Bernhard Stein im Freudentaler Gemeinderat Mitglied. Bei den ersten Wahlen nach 1918 wurden Wolf Blum und Josef Stein neu in den zehnköpfigen Gemeinderat gewählt. 1922 kam dann Josef Jordan statt Josef Stein in das Gremium, dem er bis zu seinem Tode 1931 angehörte. Wolf Blum wurde 1925 nicht wiedergewählt, als der Gemeinderat aus Ersparnisgründen von 10 auf 8 Personen verkleinert wurde. 1930 kam es aufgrund der Neunumerierung bei der Gebäudebrandversicherung auch zu Straßen-Neubenennungen. So erhielt die Straße von »Josef Jordan bis zum Neubau Heinrich Feyler« die Bezeichnung »Judengasse«, der Platz vor der Synagoge wurde »Synagogenplatz«.¹²⁸

In diesen Jahren verloren viele Juden, die schon lange nicht mehr in Freudental wohnten und auch keine Ortssteuern mehr bezahlten, ihr Bürgerrecht. So auch 1929 der in Stuttgart wohnende Julius Marx. Andererseits erhielten auch jüdische Mitbewohner nun Waldstücke von der Gemeinde zur Nutzung, wie es allen Freudentaler Bürgern zustand. 1934 erhielt Moritz Stein vom Gemeinderat einen Schadenersatz wegen des Brückenneubaus am Steinbach. Zweimal erhielt Freudental in diesen Jahren von Juden großzügige Spenden. 1919 stiftete der Mannheimer Fabrikant Michael Max Löwe in seinem Testament 2000 Mark »zur Verteilung an Bedürftige ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses«. (Seine Witwe, Auguste Löwe, wohnte bis zu ihrer Deportation in der Schloßstraße 3.) Das Geld wurde je zur Hälfte an Weihnachten 1919 und an der Konfirmation 1920 verteilt. 1921 erhielt die Gemeinde 10 000 Schweizer Franken von einem Ludwig Roth, der 1869 in die Schweiz ausgewandert war. Die Gemeinde wollte das Geld für die dringend notwendigen Reparaturen am Rat- und Schulhaus verwenden. Die Gemeindeaufsicht verlangte aber, damit die sehr hohe Verschuldung des Ortes zu vermindern.

Die gemeinsamen Erfahrungen des 1. Weltkrieges und die bittere Not der Nachkriegsjahre ließen eine Dorfgemeinschaft zusammenwachsen; dies bezeugen vor allem die Vereine und ihre Feste. Im Sportverein war Erich Weil Mitglied; er wanderte aber in den 1920er Jahren nach Amerika aus. Im Gesangsverein sangen zeitweise mehrere Juden mit, so Moritz Blum, Josef Stein und Josef Weil. Man sang an christlichen Festtagen in der Kirche, aber auch einmal bei einer Hochzeit in der Synagoge; 1929 feierte der Gesangsverein sein 50jähriges Bestehen. Bei der freiwilligen Feuerwehr bildeten die Juden den 4. Zug. Unter den Festdamen beim 50jährigen Jubiläum 1930 waren Emmy Weil und Betty Stein. Alte Freudentaler schwärmen heute noch von der Schönheit der Töchter des Metzgers Emil Weil. Es gab den jüdischen Frauenverein, der sich der Krankenpflege widmete, medizinische Geräte auslieh und Juden wie Christen half. Von viel guter Nachbarschaft wurde berichtet: so half der Gemeinderat Josef Jordan seinem christlichen Nachbarn mit einer Kuh aus, als jener seine notschlachten mußte; Sigbert Wertheimer brachte seiner christlichen Nachbarin immer wieder einmal Aussteuerware mit der Bemerkung »Zahleses wie ses könne. I lass alles do!« Großer Beliebtheit erfreuten sich auch die schulischen Weihnachtsfeiern im Lamm. Juden und Christen hörten und sahen sich alljährlich die Krippenspiele an. Die Kinder des Leopold Wertheimer kamen in der Adventszeit als Nikolaus verkleidet zu den Kindern ihrer christlichen Nachbarn mit Rute und Sack.

Bis 1933 gab es wohl nur zwei rein jüdische Vereine in Freudental: den »Rekrutenunterstützungsverein« und den »Talmud-Thora-Verein«. Als die jüdischen Vereine nach 1933 aufgelöst werden mußten, berichtete das Amtsgericht Besigheim, daß es nur einen jüdischen »e.V.« in Freudental gebe. Es war wohl der Rekrutenverein, ein Überbleibsel aus der Kaiserzeit, der Ende 1932 noch 15 Mitglieder hatte. Moritz Hermann war Vorstand, Leopold Wertheimer stellvertretender Vorstand und Kassierer. Es ist interessant, wer an der letzten Hauptversammlung teilnahm: Josef Blum, S. Falk, Moritz Hermann, Wolf Marx, Bernhard Stein, Sara Stein, Ernestine Spatz, Ferdinand Stein, Emil Weil, Leopold Wertheimer. Der »Talmud-Thora-Verein«, der 1858 gegründet worden war, um die Kenntnisse über die Thora und die rabbinische Literatur in der Gemeinde zu vergrößern, existierte noch 1927.

Die Sprache der Juden war wohl ein »gehobenes« Schwäbisch, in das auf jeden Fall oft hebräische Wörter einfließen. Auffallend ist, daß viele ältere Leute, die mit Juden Umgang hatten, noch heute hebräisch bis 10 zählen können. Es wird berichtet, daß Füllwörter, wie »nu, ach, ebes und weger« viel verwendet wurden. Jeggle berichtet, daß beim Handelsgespräch oft hebräische Wörter vorkamen und daß die schwäbische Mundart durch den Gebrauch des Hebräischen in der Klangfarbe verändert wurde. Die Hebräisch-Kenntnisse der Freudentaler Juden beschränkten sich aber weitgehend nur auf die im Gottesdienst vorkommenden Texte, die sie auswendig konnten, obwohl jedes jüdische Kind auch in den 30er Jahren im Religionsunterricht hebräisch lesen und schreiben lernte. Julius Marx gesteht in seinem Tagebuch, daß er kein Hebräisch mehr kann.

Jüdisches Leben im Alltag und in Festzeiten

Immer wenn Juden und Christen in einer Dorfgemeinschaft zusammenlebten, dann waren es die religiösen Eigenarten der Minderheit, die der Mehrheit der Bevölkerung auffielen. Da die Juden über ihren Glauben mit Nichtjuden wenig sprachen (Verbreitung ihrer Religion, wie in der christlichen Mission üblich, ist ihnen ja unbekannt), entstanden bei der christlichen Bevölkerung oft genug unklare Vorstellungen vom jüdischen Glauben. Die in den mittelalterlichen Städten gegen die Juden gerichteten Ritualmordvorwürfe entstanden aus Unwissenheit und absichtlicher Lüge. Den meisten Einblick in den jüdischen Glauben erhielten auch die Freudentaler, von denen viele noch 1933 in jüdischen Häusern arbeiteten, durch das *Sabbat*-Geschehen; hierüber sind auch heute noch die meisten Erinnerungen erhalten. Der »Schabbes«, wie ihn die Freudentaler Juden nannten, begann am Freitag in der Abenddämmerung. Alle jüdischen Händler waren mit ihren Gespannen und Kutschen von ihren Handelsfahrten zurückgekehrt. Verspätungen kosteten eine Geldbuße.¹²⁹ In den jüdischen Häusern nahmen die Vorbereitungen schon den ganzen Freitag in Anspruch. Das Haus und die Straße wurden gereinigt, das umfangreiche Festessen vorbereitet. Rindfleisch wurde gedorscht (12 Stunden in Wasser gelegt) und »Berches«, lange Kapsellaibe aus gesalzener Weißmehl ohne Hefe, mit einem Zopf geziert und mit Mohn bestreut, gebacken. Diese Sabbatbrote wurden auch an das christliche Hauspersonal verschenkt; alte Freudentaler konnten noch 1962 dieses Weißbrot backen. Die Schabbeslampen wurden vorbereitet, letzte Botengänge erledigt, Kinder mit Kuchen und Wein zu armen Familien und Witwen geschickt. Schließlich wusch man sich gründlich – früher sollen sich die Männer mit hölzernen Messern rasiert haben – und kleidete sich festlich. Zum Freitagabendgottesdienst forderte der »Schulklopfer« durch Klopfen an den Haustüren auf: »Lepold, Schula! Josef, Schula!« (Die Freudentaler Juden nannten ihre Synagoge Schule).

Julius Marx berichtete über den Sabbat: »Auf dem Weg zum Gotteshaus gingen die beiden jüngsten Söhne rechts und links vom Vater. Der älteste Sohn begleitete, ja



Festdamen beim Feuerwehrfest 1930 mit Emmi Weil und Betty Stein

geleitete die Mutter. Der Anzugskragen scheuerte am rot geriebenen Hals. Der Magen knurrte. Vater trug als einziger im Dorf einen Zylinder. Er konnte es sich leisten und wollte sich's auch leisten. Eine stolze Familie schritt also zur Synagoge. Dort dauerte die Sabbatfeier nicht länger als höchstens eine halbe Stunde. Für uns Buben entstand aber jedesmal der Eindruck einer Ewigkeit. – Das Zeremoniell des Abends zu Hause war unverrückt. Die Mutter sprach den Segen über die Kerzen auf dem silbernen Leuchter. Der Vater sang ein Lied in hebräischer Sprache. Er sang auch den Spruch des Segens über Wein und Brot. Das Volk Israel war zugegen und der Gott Israels war mit uns, obwohl wir weder dieses Volk noch diesen Gott sahen, nur der Abglanz davon, in den Augen der Gäste, des Vaters, der Mutter, der Brüder. – Schneeweißes Linnen, glatt wie ein Schafsbau nach der Schur, lag auf dem Tisch, an den herabhängenden Seiten mit bunter Wolle bestickt. Die Mutter trug auf. Wir alle waren ihre Gäste. Es gab Nudelsuppe aus dampfender Terrine, Fisch auf flachen Ovaltellern, Siedfleisch und Kartoffelsalat in bemalten Porzellanschüsseln. War die Speisenfolge zum letztgenannten Gang vorgeückt, dann kam es zum obligatorischen Zank mit den Gästen, den polnischen Juden, die den Kartoffelsalat nicht anrühren wollten. Dabei gelangte nicht ein Gramm Schweinefleisch oder Schweineschmalz über die Türschwelle unseres Hauses. War schließlich der Frieden des Hauses wieder hergestellt, dann trank der Vater seinen Liter selbstgekelterten Wein aus dem silbernen Becher und ließ die Mutter Kuchen auf schilfgeflochtenen Tellern wie ein Friedensmahl herumreichen.«¹³⁰

Am Sabbat gingen vormittags wieder alle festlich gekleidet in die Synagoge. Allerdings kamen nicht alle gleichzeitig. Die Frommen hielten sich von halb neun bis halb elf in der Synagoge auf. War der Lehrer als Vorsänger einmal außerorts, übernahm das Amt Sigmund Laser. Eine Ansprache entsprechend der christlichen Predigt gab es nur, wenn ein Rabbiner anwesend war. Da der Ablauf des Gottesdienstes nicht mit der christlichen Liturgie vergleichbar war – die Juden beteten teilweise halblaut vor sich hin – klang das

Ganze für christliche Ohren wie ein lautes Durcheinander und so gab es auch in Freudental den dummen Spruch: »Es geht zu wie in der Judenschul!« Ein besonderer Höhepunkt war das Herausheben der Thorarolle aus dem Thoraschrein, welches von Gebeten begleitet wurde, das Entkleiden und Aufrollen auf dem Almemor und die Lesung aus Gottes Wort, die jeder erwachsene Jude vornehmen durfte, die aber meistens durch den Vorsänger geschah. Im Winter bei großer Kälte fand der Gottesdienst auch im Schulsaal des Rabbinatshauses statt. Nachmittags saßen die Juden auf den Bänken vor ihren Häusern, so daß die Löchgauer oft sagten: »Die Freudentaler sitzen auf ihren Bänken und schaffen nix.« Spaziergänge waren auf ein genaues Maß beschränkt, aber Schabbesschranken wie im 18. Jahrhundert gab es keine mehr. Andere tranken auch gern im »Lamm« Kaffee, was erst nach vier Uhr erlaubt war. Immer wieder wird berichtet, daß die Juden das Arbeitsverbot am Sabbat streng einhielten. Christliches Hauspersonal kochte ein einfaches Essen, oder christliche Nachbarn zündeten das Feuer an, jüdische Kinder gingen samstags nicht in die Schule oder schrieben in der Schule nicht mit. Es wurde kein Brief geöffnet, nicht telefoniert, zum Teil auch im Wirtshaus nicht bezahlt und natürlich nicht gehandelt. Nicht immer stieß dieses rigorose Einhalten des Arbeitsverbots bei Christen auf kopfschüttelnde Ablehnung, sondern auch manchmal auf bewundernde Anerkennung: »Oh, wenn die unseren nur auch so fromm wären!« Der Sabbat endete mit Sonnenuntergang am Samstag.

Unverständlicher als die Sabbatordnung waren für die Nichtjuden die *Speisegesetze*. Oberste Aufgabe jeder jüdischen Hausfrau war, darüber zu wachen, daß der Haushalt kosher geführt wurde. Das Gebot geht auf die Anordnung Moses (Ex. 23; 19 und 34; 26) zurück, Fleischiges und Milchiges unbedingt getrennt zu halten. So gab es in jedem jüdischen Haushalt dreierlei Geschirr und Besteck. Fleischding, Milchding und »Mennichding«, die getrennt gehalten und gesäubert werden mußten. Fleischspeisen durften nicht mit Milchspeisen gegessen oder vermengt werden, wohl aber durften beide Arten mit »Mennich« (z. B. Kartoffeln, Gemüse, Brot) genossen werden. So gab es in den Küchen auch getrennte Spülen. Die Jüdinnen stöhnten oft: »Das war ein arges Geschäft, bis das die christlichen Mägde gelernt hatten.« Schlimm war nicht nur, wenn die Speisen vermischt worden waren, sondern auch wenn das Geschirr verwechselt wurde: dann war alles »trefe« (unrein) und bedurfte einer Reinigung; ursprünglich durfte »trefes« Geschirr nicht mehr verwendet werden und wurde zerschlagen. Christliche Dienstmädchen konnten durch absichtliches Verwechseln von Geschirr ihre jüdische Herrschaft ärgern. Tiere mußten »geschächtet«, d. h. auf eine spezielle Art geschlachtet werden, weshalb die Juden immer einen eigenen Metzger brauchten. Seitdem der letzte jüdische Metzger, Emil Weil, gestorben war, kauften die Freudentaler Juden auswärts ihr geschächtetes Fleisch. Kleinvieh schächtete bis zur Deportation der letzten Freudentaler Juden Sigmund Larer. Vom Tier wurde aber nur der vordere Teil verwendet, die Adern wurden herausgeschnitten und das Fleisch lange in Wasser gelagert. Bei der Zubereitung mußte es mehrmals gesalzen werden und nochmals eine halbe Stunde ruhen, bis es kosher war. Aßen die Juden während ihrer Handelsreisen auswärts und fanden keine koschere Gastwirtschaft, hatten sie ihr eigenes Eßgeschirr, in dem sie kochen ließen und nach dem Gebrauch »hebräisch hineinschrieben« (d. h. nach den Speisegesetzen zeichneten). Nach dem 1. Weltkrieg sollen die Speisegesetze auch in Freudental nicht mehr so streng eingehalten worden sein.

Das *tägliche Gebet* spielte im Leben des frommen Juden eine große Rolle. So konnten die Freudentaler morgens manchen Juden am offenen Fenster stehen und beten sehen. Allerdings konnte man das Gebet durch einen morgendlichen Gruß zum Nachbarn hinüber unterbrechen. Fromme Juden gingen zum Morgen- und Abendgebet in die Synagoge. In Freudental nannten sie das »Menja machen«. Sie hatten dann ein Käppchen

auf, Gebetsriemen mit kleinen Kapseln um Stirn und Unterarme gewickelt, einen Gebetsmantel mit Schaufäden an und das Gebetbuch, welches Pfillem (Siddur) genannt wurde, in einem Samttäschchen. Das Wochengebet in der Synagoge war gelegentlich problematisch: Der Gottesdienst konnte nur gehalten werden, wenn 10 Männer anwesend waren. Doch war man nicht verlegen. Man bat einfach einen christlichen Mann mit zum Gebet in die Synagoge. Von solcher christlicher Hilfe wurde auch aus Archshofen und Talheim berichtet. In Freudental sollen manchmal bis zu drei Christen mit dem Hut auf dem Kopf und rasch umgebundenen Gebetsriemen »ausgeholfen« haben. Sicher war das nach jüdischer Lehre nicht statthaft, wurde es doch in anderen Gemeinden strikt abgelehnt. Dort half man sich mit jüdischen Gästen aus, die man der Gebete wegen bat, noch etwas länger zu verweilen.



Kindergruppe beim Feuerwehrfest 1930 mit Margot Stein und Ruth Jordan

Von den *jüdischen Festen*, die die Freudentaler Juden bestimmt alle einhielten, kannte die übrige Bevölkerung nur wenige, zumal die Feste auf einen Nichtjuden alle wie das Feiern des Sabbats wirken mußten. Eine Besonderheit war, daß die jüdischen Festtage in jedem Jahr an einem anderen Kalendertag waren. Das liegt am jüdischen Kalender, der sich nach dem Mondumlauf orientiert und nach einem bestimmten Zyklus Schaltjahre mit 13 Mondmonaten hat. So hatten die auf dem Synagogendachboden gefundenen Kalender nicht nur wirtschaftliche Bedeutung (Eintragungen von christlichen Feiertagen, Messen und Märkten); mit den Eintragungen der jüdischen Festtage und der Sonnenauf- und -untergänge an Sabbattagen waren sie unabdingbare Voraussetzung für die Religionsausübung. An *Rosch Haschana*, dem jüdischen Neujahrstag im September, wurde »Fest gewünscht« – wie die Freudentaler Juden zu ihresgleichen und den Nachbarn sagten – und das Schofar-Horn im Synagogengottesdienst geblasen. Das Versöhnungsfest *Jom Kippur* fiel auch in Freudental als besonderes Fastenfest auf: die Juden seien »Tag und Nacht« (vom Augenblick an, wo 3 Sterne morgens noch am Himmel standen bis abends zum selben Zeitpunkt) in ihren weißen Sterbekutten in der

Synagoge gewesen. An diesem Tag durften die Juden nichts essen. In der Nacht vor Jom Kippur brannten Kerzen in der Synagoge und der Synagogendiener hatte auf den kommenden Messias zu warten. An Jom Kippur sahen es die Juden auch gerne, wenn Christen an ihrem Gottesdienst teilnahmen. An *Sukkoth*, dem Laubhüttenfest, als Erntedankfest ebenfalls im Herbst, wurden in Freudental zwei Siggas (Laubhütten) im Ort aufgestellt. Die Siggas war ein Holzgestell, mit Laub und Früchten des Gartens und des Feldes geschmückt. Eine Schabbeslampe hing ebenfalls auf einer Seite. Ein Dach gab es nicht, denn man sollte den offenen Himmel sehen können. Fromme Juden saßen die ganze Woche zu allen Mahlzeiten an Tischen und Bänken in der Laubhütte. Eine der beiden Freudentaler Laubhütten stand beim Haus des Leopold Wertheimer, in dem sich abends auch die jüdischen Männer trafen. Mit den Laubhütten wurde mancher Unfug getrieben: Freudentaler Burschen hoben sogar einmal durch einen geschickten Mechanismus eine Siggas samt frommer Familie in die Höhe.¹³¹ Das Laubhüttenfest dauerte 9 Tage, wobei am 1. und 2. sowie am 8. und 9. Tag absolute Arbeitsruhe galt. Der Schlußtag Simcha Thora wurde bestimmt auch in Freudental als großer Freudentag zu Ehren der Thora gefeiert, an dem die Thora-Rollen tanzend und singend durch die Synagoge und vielleicht auch auf den Vorplatz getragen wurden. Die Kinder bekamen an diesem Tag Geschenke.

Das *Chanukka-Fest* wurde bei den Christen als eine Art »jüdisches Weihnachtsfest« angesehen, weil es zur gleichen Zeit wie Weihnachten stattfindet. In Freudental wurden auf den Fenstersimsen lange Bleche mit vielen Röhrchen, in denen Dochte steckten, aufgestellt und mit Öl gefüllt. Jeden Abend wurde ein weiterer Docht angezündet. Manche Christen meinten, das sei eine verkleinerte Ausgabe eines Weihnachtsbaumes. Der Chanukka-Leuchter mit seinen 8 Kerzen und dem Wächter wurde aber in Erinnerung der Tempelweihe so entzündet. Das *Purimfest* entspricht ebenfalls nur zeitlich der Fasnacht. Verkleidete Burschen jagten einem »Haman« nach und verschlugen ihn öfters. Auch wurden Fasnatküchle als »Buremküchle« gegessen, und die jüdischen Kinder schrien durch Freudental:

»Purimkiachla wölle mer essa
und da Haman net vergessa;
der Haman ischt a beser Ma,
er fangt mit alle Jidda a!«¹³²

Das jüdische *Osterfest* war das beeindruckendste Fest des ganzen Jahres, auch wenn es wegen der Eigenart des jüdischen Kalenders nicht immer mit dem christlichen zusammenfiel. Die Vorbereitungen auf Pessach waren unübersehbar. Der große Hausputz begann in manchen jüdischen Häusern schon im Januar. Von den Ziegeln und Dachsparren bis in den Keller wurde alles gereinigt; alte Brotreste und sonstige Lebensmittel sollten aus dem Haus verschwinden. Am Tag vor Ostern, der Rumpelnacht, wurde die Küche geräumt, das normale Geschirr weggeschlossen und das Ganze der Magd »verkauft«, um es natürlich nach den Feiertagen »zurückzukaufen«. Die Burschen veranstalteten auch in Freudental das »Chometzfeuer«, indem sie in einem Reisigfeuer alles »Lumpengefräß, Dreck und Federbüsch« verbrannten und dazu beteten. Zu den 14 Tage dauernden Festlichkeiten wurde besonderes »österliches Geschirr« verwendet und die Vorbereitungen für das festliche Essen waren die umfangreichsten des Jahres. Im Hause des Julius Stein gab es gute Rindsbratwurst mit Knoblauch gewürzt und eine Torte mit Hägemark und Ei. Das typische Gebäck waren die Matzen, die der jüdische Bäcker Max Marx auch für die Nachbargemeinden buk. Es war ein flaches ungesalzenes Brot aus Wasser und Weißmehl, größer als ein Pfannkuchen und kleiner als ein Kuchen. Für die Zubereitung des äußerst trockenen Teiges brauchte man zwei Stunden, eine Frau schöpfte die genau vorgeschriebene Menge Wasser hinein. Der Teig wurde mit einem

besonderen Gerät, auf dessen gepolsterten Balken man sich setzte, »gebrochen«. Wegen der großen Hitze, die notwendig war, buk der Bäcker nur mit Handschuhen. Christen- jungen warteten immer auf mißratene und zerbrochene Matzen, die sie gern aßen, obwohl sie fad und süß schmeckten. Als Max Marx seine Bäckerei in der Pforzheimer Straße 6 aufgab, ließen die Freudentaler Juden die Matzen sich aus Wenkheim in großen Paketen schicken. Die Matzen wurden von den Juden auch an christliche Nachbarn und Dienstboten verschenkt, die diese gern annahmen und ihrerseits Ostereier verschenkten. Aus Matzenmehl machten die Juden in Freudental zu Ostern auch Spätzle. Getrunken durfte zu Pessach nichts »Gemachtes« (Bier oder Most) werden, sondern nur Wein. Von den Seder-Abenden in jüdischen Familien als Höhepunkt der häuslichen Pessachfeier erfuhren die Außenstehenden nur wenig. »Am Abend wurde bei uns die Haggada mit der Geschichte der Befreiung Israels aus der Knechtschaft Ägyptens mit ihrer talmudisti- schen Disputation vorgelesen und die darin enthaltenen Lieder gemeinsam gesungen. Dann wurden die Mazzoth nach der Vorschrift gebrochen und wir Kinder suchten auch die Pflicht, vier Becher Wein zu trinken, nach Kräften zu erfüllen.«¹³³

Über das jüdische Pfingstfest *Schawuoth* ist in Freudental nichts mehr bekannt, obwohl es auch hier bestimmt gefeiert wurde. Das Fest der Gesetzesübergabe am Sinai wurde im alten Israel auch als 1. Erntedankfest gefeiert. In der Synagoge in Hohebach standen zu diesem Fest Maibäume und alles war mit Girlanden geschmückt. Auch in Freudental erinnert man sich, daß gelegentlich der Thora-Schrein mit Blumen ge- schmückt war. Das war bestimmt zu Schawuoth.

Zu den persönlichen Festen gibt es auch in Freudental manches zu berichten. Wurde ein Kind geboren, eilten alle jüdischen Nachbarinnen in das Haus. Die jüdischen Kinder riefen nach altem Brauch vor dem Haus der Eltern:

»Hola, hola grascha
wie soll's Bobbele haaßa:
Böckle oder Gaaßla?«¹³⁴

Sie erhielten dann von den Eltern eine »Guck« mit Nüssen und Brötle. »Hola Krasch« war ein typisch südwestdeutscher Brauch der Namensgebung, der meistens bei Mädchen geübt wurde. Man hob die Wiege mit dem Kind dreimal in die Höhe und rief den Namen aus. – Die Beschneidung des Berit Mila wurde in der Synagoge oder auch mal zu Hause von dem Beschneider oder dem Rabbiner selbst vorgenommen. In der Freudentaler Synagoge war dafür ein besonderer Platz. Bis zur Mayer'schen Reform Mitte des 19. Jh. war es in Freudental üblich gewesen, die Beschneidungswindeln des Berit Mila anlässlich der Bar Mizwa als Thorawimpel zu stiften. Das war vor allem ein in Südwestdeutschland vorkommender Brauch. Die Beschneidungswindeln wurden zu einem zwei bis drei Meter langen und 20–30 cm breiten Stoffband zusammengenäht, kunstvoll bestickt oder ausgemalt. Immer war der hebräische Satz »Er wachse zur Thora, zur Chuppa (Vermäh- lung) und zu allen guten Werken« sowie der Name des Jungen und das Geburtsdatum eingetragen. Die 1981–83 auf dem Synagogendachboden gefundenen Thorawimpel sind reich verziert und buntbestickt, für die hebräischen Buchstaben und Texte haben mittelalterliche Vorbilder gedient, und oft ist in der Mitte des Bandes eine aufgerollte Thorarolle mit dem Text »Das ist die Lehre, die Moses vor die Kinder Israels gelegt hat« zu sehen. Am Sabbat der Bar Mizwa unwickelt der Ben Berit (Sohn des Bundes) die Thorarolle mit diesem gestifteten Band.¹³⁵ Zur Bar Mizwa »Konfirmation« zu sagen, war durch das Staatskirchentum des 19. Jh. üblich geworden.

Von jüdischen Hochzeiten weiß man nur noch wenig, denn diese wurden in koscheren Gaststätten auswärts gefeiert. Doch daß einmal der Gesangverein bei einer Hochzeit in der Freudentaler Synagoge sang, weiß man noch. Dieses Ereignis war so einmalig, daß alte Mitglieder des Gesangvereins heute noch wissen, daß man »Mit dem Herrn fang alles

an« sang. Nach dem Hochzeitszug in die Synagoge fanden bestimmte Zeremonien statt, von denen die Freudentaler ab und zu vom Synagogendiener erfuhren, weil er diese bei den Hochzeitsfestlichkeiten im Gasthaus parodierte. Es ging dabei um den Kiddusch (Segen über das Brautpaar) und den Wein (der als Fruchtbarkeitssymbol verstanden wurde), und daß das Brautpaar mit einem weißen Tuch (wohl Gebetsmantel) umhüllt wurde. Das Ganze erinnert an die Chuppa, ein baldachinartiges Brautzelt,¹³⁶ unter welchem im 18. Jh. das Brautpaar vom Rabbiner getraut wurde. Obwohl auch das durch die Mayer'sche Reform seit der Mitte des 19. Jh. verboten worden war, geht aus dieser Freudentaler Überlieferung hervor, daß sich in der jüdischen Gemeinde Freudentals alte Traditionen erhalten haben. In der Trauordnung von 1836 hieß es nur: Hierauf spricht der Rabbiner langsam und mit Würde den ersten Segen, läßt sodann den Bräutigam seiner Braut vor zwei tüchtigen Zeugen mit Aussprechung der gewöhnlichen Formel: »Siehe, du bist mir angeheilig durch diesen Ring nach dem Gesetze Moses und Israels« den Trauring an den Finger stecken, verliest sodann die Ketubba (Traubrief) und die sieben Segensprüche.¹³⁷ Nicht sicher ist, ob auch noch die alte Sitte, ein Glas vor dem Brautpaar zu zerbrechen, geübt wurde.

Scharfe berichtete sehr ausführlich über Tod und Beerdigung Freudentaler Juden.¹³⁸ Allerdings bezog er sich bei allen Einzelheiten auf eine nicht aus Freudental stammende Zusammenfassung,¹³⁹ so daß nicht sicher ist, wieweit in der Weimarer Zeit die bei ihm aufgeführten Riten und Bräuche noch geübt wurden. In der Zeit zwischen 1918 und 1942 fanden ungefähr 30 jüdische Beerdigungen statt. Was im Trauerhaus geschah, blieb christlichen Augen weitgehend verborgen. Der Tote wurde in das weiße Bußgewand, welches er zum Versöhnungsfest Jom Kippur getragen hatte, gekleidet und in einen einfachen Holzsarg gelegt. Man erinnert sich noch, daß früher der Sarg »halb im Trab« von Männern zum Friedhof getragen wurde, aber nach dem 1. Weltkrieg wurde dazu ein Wagen benutzt. Der Landwirt Hermann Hofmann versah bis 1942 diesen Dienst. Beim Rabbinategebäude stand ein Zuber mit Wasser zum Reinigen der Hände. Auch begleiteten die Frauen den Trauerzug nur bis zu diesem Gebäude. Bei den jüdischen Beerdigungen waren auch immer viele christliche Nachbarn und Schulkameraden anwesend. Mehrere Wochen betete und fastete die jüdische Familie. Zwar pflegten die Juden ihre Gräber nicht mit Blumen, aber am ersten Jahrestag nach dem Todestag wurde der Grabstein gesetzt, und der Sohn mußte am Grab der Eltern beten. Als Zeichen dafür legte er einen Stein auf den Grabstein. Christliche Burschen nahmen aus Unkenntnis dieser Sitte die Steine oft weg. Auch die Juden selbst trugen zu Mißverständnissen über diese Steine bei. Als eine junge christliche Magd in Freudental einmal nach der Bedeutung der Steine fragte, bekam sie von ihrer jüdischen Herrin zur Antwort: »Wenn das Zimmermännlein kommen sollte, daß man schmeißen kann!« Die Antwort ist nicht so einmalig, auch Jeggle berichtet darüber im gleichen Zusammenhang.¹⁴⁰

Jüdische Familien

Die jüdischen Familien wohnten im ganzen Ort verteilt. Soweit die noch bestehenden Häuser nach 1945 nicht umgebaut wurden, kann man einige der jüdischen Häuser noch an den vorhandenen oder zugegipsten Mesusa-Schlitzten am rechten Türpfosten erkennen. In diesem Schlitz war eine Metall- oder Holzhülse mit einem zusammengerollten Pergamentblättchen. »Mesusa« heißt Türpfosten, und das Ganze bezog sich auf eine mosaische Anordnung im Deuteronomium Kapitel 6, Verse 6–9. Auf dem Pergamentröllchen stand in hebräisch das »Schma Israel: Höre, Israel, Jahwe ist unser Gott, Jahwe allein. Darum sollst du den Herrn, deinen Gott lieben mit ganzem Herzen, mit ganzer Seele und mit ganzer Kraft.« Und die Anweisung lautete: Diese Worte, auf die ich dich heute verpflichte, sollen auf deinem Herzen geschrieben stehen. Du sollst sie deinen

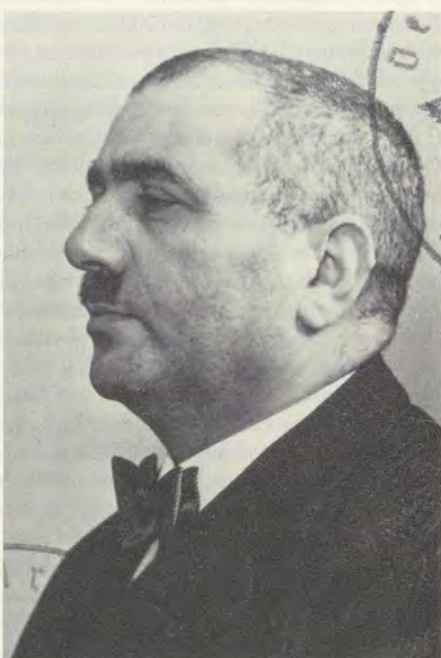
Söhne wiederholen. Du sollst von ihnen reden, wenn du zu Hause sitzt und wenn du auf der Straße gehst, wenn du dich schlafen legst und wenn du aufstehst. Du sollst sie als Zeichen um das Handgelenk binden. Sie sollen zum Schmuck auf deiner Stirne werden. (Daher die Gebetsriemen um Kopf und am Handgelenk.) Du sollst sie auf die Türpfosten deines Hauses und in deine Stadttore schreiben. Auf der Rückseite des Röllchens stand das Wort »Schaddai« (der Allmächtige) und war durch eine Öffnung in der Hülse zu sehen. Die Mesusa hatte ursprünglich wohl amulettartige Bedeutung, im Talmud wurde der Sinn so gedeutet, daß, wer eine Mesusa an seiner Türe hatte, beschützt wird, nicht zu sündigen. Der fromme Jude berührte beim Betreten des Hauses die Mesusa mit der rechten Hand. Durch die Witterung und das Berühren verwitterten die Mesusa, so daß sie durch neue ersetzt werden mußten. Die alten wurden aber wie alles Heilige aufbewahrt.

Eine genaue Aufstellung aller jüdischen Mitbürger, welche 1933 in Freudental wohnten, und ihr weiteres Schicksal dazu, folgt am Schluß dieser Arbeit. Hier sollen einige der wichtigen jüdischen Familien herausgestellt werden.

In der *Hauptstraße* 3 wohnte mit seiner Familie Leopold Wertheimer. Er war Pferdehändler, sein erwachsener Sohn Sigbert handelte mit Aussteuerwaren. Er und seine Frau Fanny waren fromme Juden, er war Gemeindevorsteher. Im Herbst stand eine Laubhütte vor seinem Haus. Im Haus Hauptstraße 15 (nach 1945 abgebrochen) wohnte der Metzger Emil Weil mit seiner Frau Frida, Mutter, Schwester und den Kindern Julius, Josef, Rita und Emmy. Emmy starb 1935 mit 24 Jahren an Leukämie. In der Hauptstraße 18 wohnte Josef Jordan, der bis zu seinem plötzlichen Tod 1931 langjähriges Mitglied im Gemeinderat war. Danach wohnte dort seine Witwe Clara mit dem verheirateten Sohn Erich. Der Bruder Julius Jordan wohnte mit seiner Familie ebenfalls in diesem



Sigmund Lasar



Julius Stein



Seestraße Nr. 24: ehemaliges jüd. Frauenbad

Haus zur Miete, später Strombergstr. 25 und Pforzheimer Str. 18.

In der *Pforzheimer Straße* 1 wohnte der reiche Pferdehändler Abraham Levi mit Frau Ernestine (die nach seinem Tod nach Stuttgart wegzog) und Sohn Irwin. Das ganz aus Sandstein erbaute Haus ist auch heute noch stattlich und die Mesusahölse ist noch deutlich zu sehen. In Nr. 4 wohnte der Handelsmann Max Marx mit seiner Frau Regine und den Kindern Ludwig und Hertha. Pforzheimer Straße 6 war die ehemalige Bäckerei und in Nr. 8 wohnte bis zu ihrem Tode 1930 die alte Fanny, genannt Vögele, mit ihrer Tochter Henriette Neu. Der Enkel Alfred zog nach Stuttgart. Sie besaß einen Krämerladen, in dem es alles gab, was man sich nur denken konnte. Auch wohnte in diesem Hause noch eine Ernestine Spatz.

Moritz Blum in der *Gartenstraße* 2 gehörte ebenfalls zu den reicheren Viehhändlern Freudentals. Die Familie mit ihren drei Buben wohnte wohl zuerst im elterlichen Haus in der Hauptstraße 8, das dann Josef Blum bewohnte. Beide Brüder, Kriegsteilnehmer des 1. Weltkrieges, nahmen am öffentlichen Leben teil. Ihr Vater Wolf Blum war bis 1925 Gemeinderat. Moritz Blum sang im Gesangverein und Josef war Mitglied der SPD in Bietigheim und des »Reichsbanners Schwarzrotgold«.

Der einzige Landwirt unter den Juden war Moritz Herrmann, Moses Löb genannt; er hatte seinen Hof in der *Strombergstraße* 11. Er bearbeitete eine Fläche von ungefähr 5 ha mit seiner zweiten Frau Sidonie und den Kindern Julius, Adolf und Lina. Er besaß Parzellen südlich der Synagoge mit großen Obstbäumen und Gemüsegärten beim Rabbinat. Bei ihm wohnte auch der Lehrer Simon Meißner. Julius Stein in der Strombergstraße 16 gehörte zu den Frommen in der Gemeinde. Mit Kopfbedeckung und

Gebetsriemen ging er jeden Morgen hinüber in die Synagoge zum Morgengebet. Wenn er als Viehhändler fortfuhr, verabschiedete ihn seine Frau Helene mit dem Satz: »Schalom, masseldrobe«. Zu seiner Familie gehörte neben der Tochter Margot auch Johanna Metzger, die Schwester der Frau Helene Stein. Oft kam aus Berlichingen die »schöne Karoline« zu Besuch. Sie war die Mutter des Julius Stein und wohnte später in der Hauptstraße 9. Aus Fessenheim brachte Frau Bella, wohl eine Schwester von Stein, Spargel als Besonderheit mit. Auch sie wohnte eine Zeitlang mit ihrem Mann Arthur Kirchheimer in Freudental. Julius Stein galt als sehr reich; die Familie hatte zusammen 12 »Waldstücke« (3 Waldstücke waren 1 Morgen) und ein Baumstück im Kugelsee mit schönen Bäumen. Julius Stein verwahrte in seiner Wohnung auch Vorhänge zum Thoraschrein, Gedecke für den Almemor und Gehänge auf, in roten, lila und grünen Farben und mit hebräischen Buchstaben bestickt. Auch der Synagogendiener Laser wohnte bei ihm.

Auguste Löwe wohnte in der *Schloßstraße* 3. Sie war gelähmt und wurde im Rollstuhl von ihrer Haushälterin Sofie Jordan gepflegt. Frau Löwe war die Schwester des Mannheimer Tabakwarenfabrikanten Michael Max Löwe, der 1919 in seinem Testament auch die Gemeinde Freudental bedacht hatte. Das Haus ist das ehemalige Gasthaus »Zur Linde« und gehörte ursprünglich dem sogenannten »Drecksdavid«, einem reichen Juden, der seinen Besitz auf nicht ganz redliche Weise erworben haben soll. Salomon Stein wohnte mit seiner Frau Sara in Nr. 7 und hatte als einziger Jude damals schon eine Badeeinrichtung. Sein Sohn Josef, der ebenfalls dort mit seiner Familie wohnte, übernahm nach dem Tode des Vaters 1930 den Handel. Sohn Irwin betrieb in Bietigheim erst in der Bahnhofstraße und später in der Hauptstraße ein Textilgeschäft. Tochter Betty arbeitete eine Zeitlang als Angestellte auf dem Freudentaler Rathaus. Moritz Stein, genannt Mohle, wohnte mit seiner Frau Helene, Schwiegermutter Hannchen und den Kindern Fritz und Anni in Nr. 23 direkt an der Steinbachbrücke. Er war ebenfalls Viehhändler und im Krieg Soldat gewesen.

In der *Seestraße* 21 wohnte Salomon Falk mit Frau Rosa und Tochter Betti, verheiratete Bleicher. Nach seinem Tod 1931 betrieb seine Frau den Manufakturenhandel weiter. In dem Haus Seestraße 24 war im 19. Jh. ein jüdisches Frauenbad,¹⁴¹ eine Mikwe. Vor diesem Haus gibt es heute noch einen Brunnen. Nachdem das Haus wahrscheinlich schon Ende des 19. Jh. verkauft worden war, wurde es umgebaut.

Der aufkommende Antisemitismus

In Freudental hatte sich bis in die Weimarer Zeit hinein ein dreigliedriges Normsystem im Zusammenleben von jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung entwickelt. Das erste System ordnete das Zusammenleben der Juden untereinander. Es war in Sitte und Tradition ganz vom mosaischen Glauben bestimmt. Das zweite regelte das Zusammenleben der christlichen Bevölkerung und das dritte System regulierte das jüdisch-christliche Zusammenleben im Dorf, trennte und verband zugleich. Jeggel: »Dieser Norm-Überbau machte das Spezifische der Judendörfer aus und unterschied diese von den Städten mit jüdischen Minderheiten.«¹⁴² Die jüdische Bevölkerung, die den 1. Weltkrieg bewußt miterlebt hatte, akzeptierte dieses System und in den Orten, wo sich die Abwanderung der jungen Juden in Grenzen hielt, zeigte die Judengemeinde eine erstaunliche Stabilität. In den Städten war die Bindung an die Glaubensgemeinde viel lockerer. Die meisten Juden waren dort »liberal«. Mischehen (und Taufen) gab es zu 95 % in Stuttgart, in Freudental nur eine einzige, die dazu nicht im Ort geschlossen worden war. In diese schwäbisch-jüdische Dorfgemeinschaft drang nun der Antisemitismus ein. Neben dem christlichen Antijudaismus und dem aus dem Mittelalter stammenden Judenhaß aus wirtschaftlichen Gründen ist der Antisemitismus die gefährlichste Form der Unterdrück-

kung, Verfolgung und Vernichtung jüdischer Minderheiten. Die Entstehung dieser Rassenideologie kann hier nicht erklärt werden, sie darf als bekannt vorausgesetzt werden. Antisemitismus begann auch in Freudental nicht erst 1933. Bestimmt erfuhren die Freudentaler Juden von der tumultartigen Versammlung des »Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Ortsgruppe Heilbronn«,¹⁴² in der ein Prof. Lichtenberg aus Gotha 1921 über den Einfluß des Judentums auf das deutsche »Geistesleben« sprach. Auf Plakaten wurde bereits verkündet, daß die Juden die Zerstörer des deutschen Geisteslebens seien. Auch wurden die Freudentaler Juden in ihrer »Gemeindezeitung für die israelitischen Gemeinden Württembergs«¹⁴⁴ immer wieder mit Antisemitismus konfrontiert. Am 1. März 1927 kommentierte z. B. der Artikel »Zurück zur Scholle« den Vorschlag des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, eine jüdische landwirtschaftliche Siedlung in Deutschland zu gründen, um damit eine Berufsumschichtung im deutschen Judentum anzuregen. Man versuchte damit den Vorwurf der Antisemiten zu entkräften, im deutschen Judentum hätte es nie Landwirte gegeben. Der Kommentar kommt zu dem Schluß: »Die Juden haben immer noch nicht die knechtische Einstellung überwunden, sich in ihren Entschließungen nach dem Urteil der Umwelt zu richten. Es muß doch endlich gleichgültig erscheinen, was die Anderen zu unserem Tun und Lassen sagen. Wir wissen es doch schon lange, daß wir unsere lieben Gegner nicht überzeugen können, weil sie sich nicht überzeugen lassen wollen. Die Antisemiten machen es uns zum Vorwurf, daß wir keine Bauern unter den Juden haben; sie werden es uns aber ebensowenig verzeihen, wenn wir uns dem Bodenbau widmen. Wir Juden sollten endlich zu der Erkenntnis kommen, das zu tun und zu lassen, was wir selbst als richtig erkennen und sittlich verantworten können.«¹⁴⁵

Eine solch selbstbewußte Haltung zeigten die Freudentaler Juden 1932 nicht, als Julius Jordan beim Gemeinderat beantragte, die Judengasse umzubenennen: »Ein Teil der hiesigen Israeliten unter Leitung von Julius Jordan, hier, will diese Bezeichnung geändert haben, da dieselbe, zumal derzeit, aufreizend wirke, insbesondere nachdem das Täfelchen »Judengasse« am Hause eines Israeliten [Haus des Julius Jordan, heute Hauptstraße 18] angebracht sei. Man verlange, daß dieses Täfelchen von dem Hause weggenommen und auf einen Pfosten gemacht werde.«¹⁴⁶ Der Gemeinderat lehnte den Antrag ab: »Der Gemeinderat hat seinerzeit aus rein gemeindegeschichtlichen Motiven heraus, auch der Ortsüblichkeit wegen, der Straße die Bezeichnung »Judengasse« gegeben. Vor 100 und mehr Jahren mußten die Juden in dieser Judengasse wohnen, dortselbst befinden sich auch die Synagoge, das Rabbinatshaus und das Judenschlößle. Die israelitische Gemeinde wird immer kleiner, sie kann über kurz oder lang ganz verschwinden. Das Täfelchen ist vorschriftsmäßig bei Beginn der Judengasse rechts angebracht worden. Ein Pfosten ist verkehrsstörend. Nachdem der Vorsitzende den Rechtsstandpunkt zu diesem Ansinnen an die Gemeinde bei der Schriftleitung der Württembergischen Gemeindezeitung eingeholt hat, wird dieselbe verlesen und vom Gemeinderat beschlossen, die Bezeichnung »Judengasse« zu belassen.«

Verständlich war die Besorgnis der Freudentaler Juden allerdings sehr wohl, wenn sie die Zeitungsberichte von der antisemitischen Hetze in NSDAP-Versammlungen lasen. So berichtete z. B. die Ludwigsburger Zeitung am 26. 1. 1932: »... Der Redner schilderte die Juden als Zwischenhändler... die Erdverbundenheit fehle dem Juden. Dagegen gehe sein Streben unter allen Umständen dahin, die Völker des Erdballes zu beherrschen... Das Geld... sei vom jüdischen Kapitalismus zum Herrn der Welt gemacht worden und mit Hilfe des Geldes unterjochte er die Völker...«¹⁴⁷ Und in einer NSDAP-Wahlversammlung am 13. 3. 1932 in Ludwigsburg hieß es: »Und bei der späteren Abrechnung solle das Bismarck'sche Wort gelten: Höflich bis zur letzten Galgenprosse, aber gehängt wird doch!« In Freudental war der evangelische Pfarrer als Antisemit

bekannt. Er grüßte die Juden nicht zurück, so daß die ihre christlichen Dienstboten fragten: »Warum grüßt uns euer Pfarrer nicht?« Im Konfirmandenunterricht hieß es: »Wir lesen nicht im Alten Testament, das ist eine Judenbibel.« Den Mädchen wurde nahegelegt, bei Dorffesten nicht mehr mit Juden zu tanzen, denn diese würden sie »verderben«.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen in Freudental zeigen die politische Entwicklung:¹⁴⁸

	20. 5. 1928	14. 9. 1930	31. 7. 1932	6. 11. 1932	5. 3. 1933
Wahlberechtigte	389	393	413	417	416
abgegebene		310	321	256	351
Stimmen	298	311	320	253	350
gültige Stimmen					
KPD	9	7	32	32	22
SPD	78	118	81	42	55
Zentrum	1	10	2	2	2
DVP	7	0	1	1	1
DDP	86	23	6	28	31
Bauern- und Wein-					
gärtner-Bund	52	59	25	32	24
DNVP	8	2	7	9	12
NSDAP	0	39	153	96	189

Die Stimmen der Nazis stiegen von 0 auf 12,5% - 47,6% - 37,5% - 56,7%! Auffallend ist im Juli 1932 die starke Zunahme der kommunistischen und nationalsozialistischen Stimmen und im November 1932 der starke Rückgang der Nazis. Dies entspricht der Entwicklung im ganzen Deutschen Reich. Zwischen 1928 und 1933 gab es in Freudental 55 stimmberechtigte jüdische Bürger.

Auf schlechte wirtschaftliche Verhältnisse und die sich dadurch verändernden Wahlergebnisse soll hier nicht eingegangen werden. Vielmehr wäre interessant, ob in Freudental die Zunahme der Nazi-Stimmen ursächlich mit der jüdischen Bevölkerungsgruppe und der antisemitischen Hetze der Nazis zusammenhing. Dazu die prozentuale Stimmenverteilung der NSDAP bei den Reichstagswahlen in einigen Nachbarorten um Freudental.

	20. 5. 1928	14. 9. 1930	31. 7. 1932	6. 11. 1932	5. 3. 1933
Freudental	0,0	12,5	47,6	37,5	56,7
Besigheim	2,3	14,4	46,1	42,5	55,0
Bietigheim	0,8	4,3	26,3	23,1	33,6
Bönningheim	-	0,8	26,5	19,0	-
Erligheim	-	0,1	25,6	16,3	-
Großsachsenheim	0,4	2,9	36,5	28,2	43,5
Hessigheim	-	4,5	64,5	49,5	-
Hohenstein	-	2,0	44,3	37,9	69,0
Löchgau	1,0	3,1	38,5	35,6	50,7
Kleinsachsenheim	0,2	1,9	30,5	23,0	40,4
Walheim	-	10,9	57,7	51,8	-
OA Besigheim	0,9	4,8	37,7	27,5	40,9
OA Vaihingen	1,3	5,2	33,3	26,5	52,4

Schon 1930 fallen Besigheim, Freudental und Walheim mit über 10 % Nazi-Stimmen auf, während der Durchschnitt noch um 5 % lag. Bei der Juliwahl 1932 kam Freudental beinahe an 50 %; nur Hessigheim und Walheim lagen noch höher. Bei der Novemberwahl 1932 fielen die Nazi-Stimmen in Freudental um 10 % und lagen hinter Walheim, Hessigheim und Besigheim. Bei der nicht mehr freien Wahl 1933 stieg der Stimmenanteil wieder über den Durchschnitt der beiden Oberämter. Beim ersten Überblick könnte es so aussehen, als ob der auffallend hohe Nazistimmenanteil in Freudental ursächlich mit der jüdischen Bevölkerungsgruppe zu tun hätte. Nun hatten aber Hessigheim, Walheim und auch Besigheim sehr hohe Stimmenanteile der Nazis, und dort gab es keine jüdischen Einwohner noch jüdische Geschäfte. In Bietigheim gab es jüdische Geschäfte und auf den Pferdemarkten Juden, aber dort lag der Stimmenanteil auffallend niedrig. Jeggle hat in Südwürttemberg und Hohenzollern, wo es sehr viele jüdische Gemeinden gab, Wahlvergleiche vorgenommen und kam zu dem Ergebnis: »Die Wahlstatistik der Reichstagswahlen zwischen 1928 und 1933 zeigt, daß das Wohnen in einem Judendorf keine Determinante der politischen Willensbildung war.«¹⁴⁹ So hatten zum Beispiel die beiden Judenorte Baisingen und Rexingen bei der Juliwahl 1932 nur 5,6 und 4,9 % Nazistimmen. Allerdings gab es dort eine katholische Mehrheit, die zu 84,9 und 69,1 % das Zentrum wählte. Der hohe Stimmenanteil der Nazis in Freudental kann nicht beweisen, daß die Bevölkerung in Freudental besonders schlechte Erfahrungen mit ihren jüdischen Nachbarn gemacht und den antisemitischen Naziparolen besonders geglaubt hätte. Wie umgekehrt nicht bewiesen werden kann, daß die um Freudental herumliegenden Orte mit wenigen Nazistimmen, in denen die Freudentaler Juden ja auch bekannt waren, besonders gute Erfahrungen gemacht und daher den Naziverleumdungen keinen Glauben geschenkt hätten. Der sprunghafte Anstieg von kommunistischen und nationalsozialistischen Stimmen bei der Juliwahl 1932 lag an der schwachen wirtschaftlichen und sozialen Struktur Freudentals. Es gab nur wenige Möglichkeiten, als Pendler in die Fabriken nach Bönningheim, Besigheim oder Bietigheim zu kommen. Die Gemeinderatsprotokolle aus den 20er Jahren berichten immer wieder von der großen Verschuldung Freudentals und der Armut der Bevölkerung. So dürften die Freudentaler Wähler, wie weithin im Deutschen Reich, die Nazis wegen ihrer wirtschaftlichen Versprechungen gewählt haben.

Die Frage, ob die Freudentaler Juden Württemberger oder ob die deutschen Juden Deutsche seien, wurde vom Antisemitismus brutal verneint. Die mühsamen und gutgemeinten, aber doch wohl falsch angelegten Versuche der Emanzipation im 19. Jh., die Entwicklung durch die Generationen und die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, schufen die Heimatverbundenheit der Freudentaler Juden: Deutsche mit israelitischer Religionszugehörigkeit. Als Martin Buber in Stuttgart über das Thema: »Was geht uns Palästina an?« sprach, wurde ihm geantwortet: »Für uns württembergische Juden kommt das doch gar nicht in Betracht!«¹⁵⁰ In Stuttgart gab es nur eine ganz kleine Gruppe von Zionisten und in Heilbronn nur den Arzt Dr. Alfred Würzburger,¹⁵¹ der als Orthodoxer schon vor 1933 den Gedanken verfocht, daß in Palästina ein Staat für Juden aus allen Nationen aufgebaut werden müsse. Die Orthodoxen sahen das liberale Judentum und die Assimilation letztlich als die Gefahr für die Auflösung des Judentums. So meinten sie, im Zionismus die einzige Möglichkeit der Erhaltung des Judentums zu erkennen. In den Dörfern – auch in Freudental –, sah man dies nicht so. Hier gab es eher die Gefahr der Auflösung durch die Abwanderung der Jungen in die Städte. Doch die Verbundenheit mit der dörflichen Heimat blieb groß und zeigte sich immer wieder bei Besuchen anlässlich der religiösen Feste. Nicht nur am Beispiel des Industriellen, Mäzens und Schriftstellers Julius Marx läßt sich das belegen. Gerade die Juden, die trotz der Schwierigkeiten in den Dörfern geblieben waren, glaubten an die Stabilität einer jüdisch-

schwäbischen Dorfgemeinschaft und an die Möglichkeit, deutscher Jude sein zu können. Sie waren nicht »die Krankheit Israels«, wie Jochanan Block¹⁵² behauptet, sondern ausschließlich Opfer deutschen Hasses. Diese Heimatverbundenheit bezeugt noch 1981 Irwin Stein, der aus Israel schrieb: »Ich liebe trotzdem mein Schwabenland und ich kann diese Liebe nicht aus meinem Herzen reißen. Das ist geschrieben von einem Juden, der ein gedemütigter Schwabe ist.«¹⁵³ Vor 1933 gab es in Freudental keine zionistischen Gedanken. Erst der Antisemitismus nach 1933 ließ auch in Freudental die Erwägung aufkommen, nach »Zion« auszuwandern.

Anmerkungen

- 74 Sauer, Paul: »Die jüd. Gemeinden in Württemberg und Hohenzollern«, Stuttgart 1966, S. 3.
- 75 HStAS/A 434, Bü 3 (Wegfall des Pferdezolls).
- 76 HStAS/A 434, Bü 3 (Schutzgebühren).
- 77 HStAS/A 434, Bü 3 (1796 Steueraufkommen).
- 78 Jeggle, S. 78.
- 79 Marx, S. 16.
- 80 Jeggle, S. 64.
- 81 HStAS/A 434, Bü 4.
- 82 StAL/E 245 I, Bü 1164 (Fasanerie).
- 83 StAL/E 245 I, Bü 1410.
- 84 Meisser, Simon: »Bildnis einer Jüd. Landgemeinde« in Jüd. Gemeindeblatt, Stuttgart, 16. Mai 1938.
- 85 Registratur der Israelit. Kultusgemeinde Württemberg 929 und 931.
- 86 Scharfe, S. 28.
- 87 Grundbuchamt Bönningheim, Grundbuch Nr. 969, Parzelle 6889.
- 88 StAL/E 19, Bü 997.
- 89 StAL/E 19, Bü 609.
- 90 Registratur der Israelit. Kultusvereinigung Württemberg, 921–927.
- 91 Gemeindearchiv Freudental, A 944.
- 92 StAL/F 154, Bü 246 (Familiennamen).
- 93 Mayer, F. F.: »Gesetz in Betreff der Israeliten«, S. 31.
- 94 The Jewish Historical General Archives Jerusalem, Sig. JNV/1018/3.
- 95 Tänzer, S. 77f.
- 96 Scharfe, S. 7.
- 97 HStAS/E 146, Bü 1193.
- 98 StAL/F 154, Bü 241 (1. Schulbericht).
- 99 Fleischmann, W. L. E.: »Jüd. Schulchronik«, Freudentaler Kirchenbuch 1825.
- 100 Jeggle, S. 124.
- 101 HStAS/E 201 c, Bü 22.
- 102 StAL/F 154, Bü 246.
- 103 Jeggle, S. 132.
- 104 Theil, Bernhard: »Die Israelit. Oberkirchenbehörde Stuttgart und ihre Kritiker« in Zeitschr. f. Württ. Landesgeschichte 39/1980, S. 213. Zum Folgenden ebd. S. 213–219.
- 105 Gemeindearchiv Freudental, A 944.
- 106 Aus verschiedenen Unterlagen zusammengestellt.
- 107 Gemeindearchiv Freudental A 825.
- 108 Oberamtsbeschreibung Besigheim 1853, S. 171.
- 109 StAL/E 212, Bü 42.
- 110 Sommer, Konferenzaufsatz 1900 aus Pfaffenhofen.
- 111 Jeggle, S. 234 ff.
- 112 Scharfe, S. IX.
- 113 Jeggle, S. 228.
- 114 Marx, S. 11.
- 115 Württ. Regierungsblatt 1864, Nr. 16.
- 116 Marx, S. 16f.

- 117 StAL/F 154, Bü 251a.
 118 Central Archives of the History of the Jewish People Jerusalem, WT II Freudenthal, Nr. 15, S. 13.
 119 StAL/F 154 II Bü 1547.
 120 Gemeindearchiv Freudental A 942.
 121 »Jüd. Frontsoldaten aus Württemberg und Hohenzollern«, Stuttgart 1926, S. 34 (EK II: Eisernes Kreuz, 2. Klasse; W: Württ. silberne Militärdienstmedaille).
 122 Marx, Julius: »Das Kriegstagebuch eines Juden«, Zürich 1939.
 123 »Jüd. Frontsoldaten aus Württemberg und Hohenzollern«.
 124 Jeggle, S. 250.
 125 Jeggle, S. 251.
 126 Central Archives of the History of the Jewish People Jerusalem, WT II Freudenthal, S. 16.
 127 Gemeindearchiv Freudental A 944.
 128 Ebd. B 201, S. 262f.
 129 Scharfe, S. 20ff.
 130 Marx, S. 12f.
 131 Scharfe, S. 17.
 132 Scharfe, S. 18.
 133 Jeggle, S. 261.
 134 Scharfe, S. 12.
 135 Vgl. Kap. 3, Ludwig Stern.
 136 Katalog zur Monumenta Judaica, S. E 145–148.
 137 Mayer, F. F.: »Sammlung der württ. Gesetze betr. der Israeliten« Anhang der Gesetzessammlung von Reyscher, Tübingen 1847, S. 104.
 138 Scharfe, S. 14f.
 139 Höhn, Heinrich: »Sitte und Brauch bei Tod und Begräbnis« in Karl Bohnenbergers Volkstümlichen Überlieferungen in Württemberg, Neudruck Stuttgart 1961.
 140 Jeggle, S. 285.
 141 Scharfe, S. 26a.
 142 Jeggle, S. 291.
 143 Franke, Hans: »Geschichte und Schicksal der Juden in Heilbronn«, 1963, S. 109.
 144 HStAS/J 355 Bü 255.
 145 Gemeindezeitung (siehe 144) 1927, Nr. 23, S. 536.
 146 Gemeinderatsprotokoll Freudental 1932 (Gemeindearchiv Freudental B 201, S. 262f.).
 147 Schüssler, Beate Maria: »Das Schicksal der jüd. Bürger von Ludwigsburg während der Zeit der nationalsozialist. Verfolgung« in Ludwigsburger Geschichtsblätter 30/1978, S. 28.
 148 »Bietigheimer Zeitung« und »Neckar- und Enzbote«.
 149 Jeggle, S. 295.
 150 Zelzer, S. 87.
 151 Franke, S. 82.
 152 Bloch, J.: »Das anstößige Volk«, S. 22ff.
 153 Stein, J. aus einem persönlichen Brief 1981 an den Verf.

Das Barfüßerkloster auf dem Frauenberg bei Bönningheim

von Elisabeth Zipperlen

1. Die Freilegung und Konservierung der Ruinen

Die Rebflurbereinigung V im Gewann »Forst-Winterhælde« in Bönningheim begann Anfang des Jahres 1974 und umfaßte auch den unteren Teil des Gewannes »Frauenberg«. Nun war es bei der Stadtverwaltung Bönningheim und beim Stadtarchiv sowie auch bei alteingesessenen Bürgern – vor allem den Weingärtnern – durchaus bekannt, daß sich zwischen den beiden »Pfaffenwegen« südwestlich der Stadt auf der Anhöhe das sogenannte »Frauenbergkloster« befunden hatte. Auch stand an der Gabelung dieser Wege bis zur Rebflurbereinigung das »Klosterhäusle«, eine Weinberghütte, die laut Inschrift über dem Eingang im Jahre 1723 aus Steinen des abgegangenen Wallfahrtsklosters errichtet worden war.

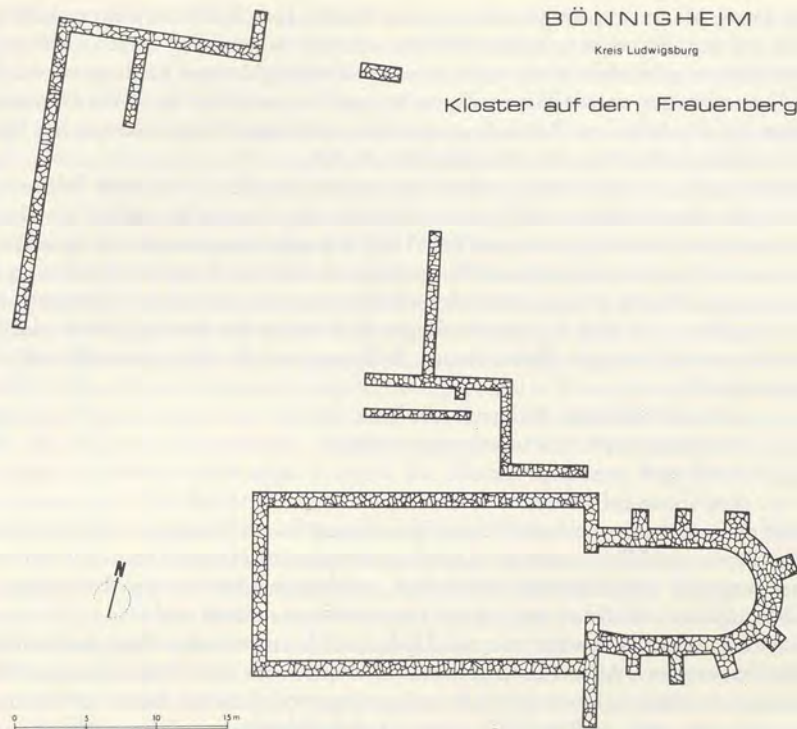
Infolgedessen wurden gleich zu Beginn der Räumungs- und Planierungsarbeiten Flurbereinigungsamt, Wasserversorgungsamt und Baufirma von der Stadt darauf aufmerksam gemacht, daß sich auf diesem Gebiet das einstige Wallfahrtskloster befände. Außerdem hatte man vorsorglich zur Orientierung für die Räumungs- und Planiermaschinen an den Stellen, wo Kloster- und Wirtschaftsgebäude vermutet wurden, Markierungen angebracht. Präzise Vorstellungen von der Größe der Anlage hatte man jedoch nicht, da die Chronik des sogenannten »Grünen Buchs« nur angibt, daß »das Kloster auf dem Frauenberg eine gute Viertelstunde Wegs südlich von Bönningheim gelegen« sei. Die ganze Anlage habe nach Fertigstellung »ein zierlich vornehmes Aussehen« gehabt, und die Wirtschaftsgebäude hätten »besonders fest und stattlich ausgesehen«.

Nach Auffindung der ersten Fundamentspuren wurde sofort das Landesdenkmalamt um eine Expertise gebeten, um festzustellen, in welchem Umfange sich Grabungen lohnen würden, und was gegebenenfalls erhaltungswürdig sei. Es zeigte sich nun, daß die Anlage größer gewesen sein muß als ursprünglich angenommen. Sämtliche freigelegten Mauerreste von Kirche und Wirtschaftsgebäuden wurden durch Dr. H. Schäfer vom Landesdenkmalamt vermessen. Da die gefundenen Grundmauern, insbesondere des Kirchenchores, sich noch in relativ gutem Zustand zeigten, waren alle amtlichen Stellen der Ansicht, daß die Erhaltung dieser Partien dringend notwendig sei. Man stimmte daher dem Vorschlag von Reg.-Dir. Rudolf Brick vom Flurbereinigungsamt Schorndorf allgemein zu, den um die zu konservierende Chorpartie gelegenen Winkel der Anlage gärtnerisch zu gestalten und so einen neuen »Naherholungsort« zu gewinnen. Nun führt ein Weg in Nord-Süd-Richtung quer durch den Raum des ehemaligen Kirchenschiffs und vorbei an dem weiträumigen Chor. Ein anderer Weg verläuft von hier nach Westen in die neue Weinberganlage etwa parallel zum nicht mehr vorhandenen Kirchenschiff, an dessen Mauerresten man zum Teil gut erhaltene Skelette aufgefunden hatte. Es handelte sich dabei wohl um die Gebeine der im Nekrologium aufgeführten Franziskanermönche. In Bönningheim sah man in den nun der Nachwelt teilweise erhaltenen Klosterresten »keine Sensation«, jedoch wußte man durch diese bestätigt, daß schon vor Hunderten von Jahren das Wasser aus den Quellen der Hummelswiesen am nördlichen Fuße des Frauenberges zu einer recht bedeutenden Wallfahrt geführt hatte.

BÖNNIGHEIM

Kreis Ludwigsburg

Kloster auf dem Frauenberg



2. Die Quellen zur Klostergeschichte

Ein Bericht über das, was bis heute über die christliche Kultstätte auf dem Frauenberg bekannt wurde, hat mit dem Forstkartenwerk des württembergischen Oberrats Dr. Georg Gadner von 1580/84 zu beginnen, welches im Hauptstaatsarchiv Stuttgart verwahrt wird. Auf dem Blatt »Stromberger Vorst« findet man etwas südwestlich von »Binikhaim« zwischen dem »Rotberg« und dem »Vogelsang« auf einem nicht benannten Hügel eine Kapelle eingezeichnet, wobei es sich um die wohl einzig vorhandene »Ansicht« des Klosters auf dem Frauenberg handelt. Der Name »Frauenberg« legte es früher nahe, an ein Nonnenkloster zu denken. So wird auch in der Oberamtsbeschreibung Besigheim (1853), S. 159/160, der klösterlichen Niederlassungen in Bönnigheim wie folgt Erwähnung getan: »ein Franziskanerkloster am unteren Tor...«, »ein Nonnenkloster, welches dritte Ordensschwester des heiligen Franz von Assisi inne hatten, stund südlich der Stadt auf dem Frauenberg...« usw. Es ist daher nicht verwunderlich, daß auch die Lehrer in der Schule von einem Nonnenkloster sprachen, wie heute noch die alte Generation zu erzählen weiß.

Bereits im Jahre 1921 hatten sich drei Bönnigheimer zusammengetan, um das Archiv weiter auszubauen, welches sich im 1765 erbauten Rathaus befand. Es waren dies der Rektor und Ehrenbürger Konrad Koppenhöfer, Stadtschultheiß Hermann Zipperlen sowie der damalige Ortschronist, Pfarrer Ernst Mayer, der aus den dort befindlichen Archivalien, wie dem »Grünen Buch«, den »Ganerben-Recessen« und den Urkundenbüchern neue Erkenntnisse gewonnen hatte. Bei Gelegenheit eines großen Heimata-

bends am 6. März 1933 im Gasthaus »zum Bären« sprach Pfarrer Mayer auch vom Kloster auf dem Frauenberg und versicherte seinen Zuhörern, daß es sich nicht um ein Nonnenkloster gehandelt habe, obgleich es »Frauenbergkloster« genannt werde. Bald nach diesem Vortrag wurde Mayer, Zipperlen und Koppenhöfer durch die Nationalsozialisten jegliche Arbeit am Bönningheimer Archiv untersagt. Fortan betreute der Bietigheimer Archivar Dr. Palm das Bönningheimer Archiv.

In den dreißiger Jahren fand Stadtpfarrer August Stocker in der alten Sakristei der evangelischen Stadtkirche einen Maria mit dem Jesuskind darstellenden Schlußstein, den er im Sockel des Hochaltars einbauen ließ. Die Herkunft dieses Steines war damals nicht zu ergründen. Leider erlebte Pfarrer Stocker es nicht mehr, daß dem jetzigen Stadtarchiv die Lösung des Rätsels gelang, und daß noch weitere wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden konnten. Es fand sich ein wichtiges Dokument aus dem 16. Jahrhundert im Hauptstaatsarchiv Stuttgart (Bestand A 63, Religions- und Kirchensachen, Bü. 96,3) mit der Überschrift:

»Was fur furneme Walfarten vor Jarn
Im Furstenthumb Wurtenperg gewesen,
vnd auch an selbige Ort
Capellenn gebawt wordenn.«

Unter »Bönningheim« heißt es da: »Zu Binickhenn, So ein Ganerben, vff dem frowenperg genant, seind Barfuesser Im Closter gewesen.« Im Hauptstaatsarchiv sind noch weitere Regesten und Urkunden überliefert, wohingegen die einstigen Unterlagen auf dem Bönningheimer Rathaus am 7. April 1945 restlos verbrannt sind.

Weitere Erkenntnis gewann man mit Hilfe von Herrn Johannes Gatz aus Landshut, des Bearbeiters der »Alemania Franciscana Antiqua«, der dem Bönningheimer Archiv dankenswerterweise nicht nur sämtliche in Landshut vorhandenen Akten zur Verfügung stellte, sondern auch in Band XVI seiner großen Schriftenreihe unter Mitarbeit des Bönningheimer Archivs die Bönningheimer Franziskaner-Observanten würdigte.

3. Die Geschichte des Klosters bis zur Reformation

Das Gründungsdatum einer ersten Kapelle auf dem Frauenberg ist bis heute unbekannt, sie muß aber bereits vor 1449 bestanden haben; denn ein in der Bönningheimer Stadtkirche aufbewahrter Chorstuhl trägt an der Seite die Jahreszahl 1449. Die jetzt aufgefundenen Mauerreste gehören jener Klosterkirche an, deren Gründung laut Beschluß des Provinzialkapitels der Franziskaner-Observanten zu Bamberg im Jahre 1477 erfolgte. Es wurde damals beschlossen, das Angebot einer Niederlassung auf dem Frauenberg bei einer Kapelle der seligen Jungfrau Maria bei Bönningheim anzunehmen; denn diese Kapelle hatte bereits den Ruf einer gut besuchten Wallfahrtsstätte für Pilger, die bei der Gottesmutter auf dem Frauenberg Trost und Hilfe für ihre Anliegen und Leiden fanden. Es sollte nicht ein Konvent, sondern eine »Residenz«, ein Klösterlein mit wenigen Insassen werden. Laut Ganerben-Recess hatte Erzbischof Dieter von Mainz den Barfüßern bereits Grund und Boden als Lehen anvertraut. Offenbar war die Gründung schon im Jahre zuvor »in der Vigil von Mariae Purificatio« durch den Generalvikar P. Johannes Philipp festgelegt worden, der 1476 das nahegelegene Heilbronn mit dem Pater Simon Gauda aus Mainz und dem Guardian Heinrich Vigilius aus Leonberg visitierte. Er hatte dort zwei Schreiner-Brüder angetroffen – einer davon der bekannte »Bruder Herrmann« –, die auf Anordnung des Provinzialkapitels schon Chorstühle für die Clarissen sowie für die Konvente Amberg und Landshut angefertigt hatten. Sie sollten nun auch für »Bünikken« solche herstellen. Im darauffolgenden Jahre

beschloß nun der Provinzial, die Liebfrauenkapelle zu vergrößern und mit dem Kloster zu verbinden. Einen Glockenturm besaß sie nicht, wohl aber einen Dachreiter, der ein Glöcklein trug. Im Chor stand das kunstreich geschnitzte Gestühl aus Eichenholz. Besonders erwähnt wird noch ein Aufgang im Kloster mit einer Wendeltreppe. Die Fenster sollen profilierte steinerne Umrahmungen gehabt haben, auch sei das Eingangsportal in reicher Steinmetzarbeit gestaltet und der Kirchenboden mit Steinplatten belegt gewesen. Das Kircheninnere haben Säulen geschmückt, und ein Schlußstein im Kreuzgewölbe des Chores – Maria mit dem Kind, das ein Gefäß in den Händen hält – übte besonders große Anziehungskraft auf die Wallfahrer aus. (Wie wir bereits sahen, gelangte dieser Schlußstein später in die Sakristei der Stadtkirche und wurde dann in den Sockel ihres Hochaltars eingebaut.) Im Klosterhof standen zwei Brunnentröge, worin die Brüder ihre Habite wuschen. Im Klostergarten wurden Heilkräuter gezogen.

Die Franziskanerbrüder hatten keine Besitzungen, Einkünfte, Gefälle oder Zehnten. Sie halfen vielfach mit bei der Arbeit im Weinberg, zumal in Bönningheim, Erligheim und Clebronn. Einmal im Jahr, im Herbst, war es ihnen erlaubt, bei den Bauern Lebensmittel für das Kloster zu sammeln. Durch Gottesdienste für Verstorbene und durch Stiftungen bekamen sie auch etwas Bargeld. Die Namen der Stifter wurden im Kapitelsaal verlesen und allen Brüdern zum Gebet empfohlen. Diese Ordnung führte 1518 zu einer längeren Streitigkeit. Der alte Seemeister Dieter Weisbronn aus Lauffen am Neckar vermachte dem Gotteshaus zu Bönningheim 10 fl. und verordnete, daß man sein Gedächtnis in fünf besonderen Messen begehen solle. Der Bönningheimer Konvent wollte indessen strikt nach der Ordensregel verfahren, woraufhin der Erbe das Geld nicht zu zahlen bereit war. Der Konvent wandte sich daher an den Rat der Stadt Heilbronn mit der Bitte, er möge den jungen Weisbronn veranlassen, das Geld herauszugeben. Der Rat richtete jedoch nichts aus, und die Angelegenheit kam vor Herzog Ulrich, der dann den Streit zugunsten des Konvents beilegte.

Für die Zeit von 1486 bis 1543 sind die Mönche im Frauenbergkloster namentlich bekannt. Die Hausoberen nannten sich zuerst Vikare (– wohl weil sie von Heilbronn abhängig waren –), dann ab 1501 Präsidenten. 23 Namen sind bekannt; von den Predigern sind 20 Namen erhalten. Im Nekrologium sind 10 verstorbene Brüder namentlich aufgeführt. Bemerkenswert ist, daß im 15. Jahrhundert, als der Ruf der Klöster bisweilen nicht der allerbeste war, über die Bönningheimer Franziskaner nicht der geringste Tadel laut wurde. Sie waren im Gegensatz zu den Weltgeistlichen eifrigere Prediger und Seelsorger.

4. Reformation und Niedergang

Zunächst schien die Reformation in der Stadt Bönningheim im Gegensatz zu den Reichsstädten wenig Anklang zu finden, stand doch die Stadt unter der Oberherrschaft eines geistlichen Fürsten, des Erzbischofs von Mainz, weshalb sie sich von vornherein ablehnend gegen die papstfeindlichen Neuerungen stellte. Trotzdem schlugen die Vorgänge in Wittenberg und auf dem Reichstag zu Worms auch bis nach Bönningheim Wellen. Am 26. April 1518 kam Martin Luther nach Heidelberg in den Augustinerkonvent, dem auch zwei geborene Bönningheimer angehörten, der Prior Augustin Lupf und der Bruder Ambrosius. Auf dem Reichstag zu Worms (1521) war der Bönningheimer Ganerbe Dietrich von Gemmingen Zeuge des unerschrockenen Auftretens Luthers vor Kaiser Karl V. Er kehrte als begeisterter Anhänger Luthers zurück, und es gelang ihm, seine Mit-Ganerben, die Liebensteiner, Neipperger und Wöllwarts für die Sache des Evangeliums zu gewinnen.

Unmittelbar nach Überstehen des Bauernkrieges, dem die Bönningheimer Ganerbenburg teilweise zum Opfer fiel, wurde auf dem Ganerbentag die Einführung der evangelischen Predigt in der Stadtkirche beschlossen. Sie fand Martini 1525 erstmals statt. Den Franziskanerbrüdern auf dem Frauenberg wurde befohlen, von nun an das Wort Gottes und das Evangelium lauter und klar zu predigen, unvermischt mit unnützen Menschenlehren. Außerdem durfte das Kloster keine neuen Brüder und Novizen mehr aufnehmen. Somit wurde es gewissermaßen auf den »Aussterbeetat« gesetzt. Dennoch durften die noch lebenden Brüder wegen ihrer Verdienste im Kloster verbleiben und ihr gewohntes klösterliches Leben fortsetzen. Im Jahre 1530 vermachte ihnen der Prediger von St. Alexander zu Marbach, der Priester Albert Heck, sogar noch Bücher. 1534 verstarb Pater Alexander Gien, andere zogen von Bönningheim weg. Als letzter zog der Präsident Jacob Praitenbert im Jahre 1540 nach Lenzfried, wo er bald darauf verstarb.

Der Verfall der Gebäude setzte erst langsam ein. Am 23. März 1542 überließ Albrecht von Mainz das Barfüßerkloster der Stadt Bönningheim. Von da an wurden die Klostergebäude für vogelfrei betrachtet, denn die Stadt schenkte ihnen kein großes Interesse. Jeder holte sich bei Tag und Nacht, was er brauchen konnte, und obwohl der Bürgermeister Fenster und Türen zumauern ließ, wurde trotzdem gestohlen. Schließlich wurde das Kloster sogar zu einer Räuberhöhle. Eine Bande hatte sich hier festgesetzt, und niemand wagte sich mehr in die Nähe des Klosters aus Angst, überfallen zu werden. Nun griffen die Ganerben ein, und man faßte drei Räuber, die dann in Vaihingen an der Enz durch den Strang hingerichtet wurden. Das Kloster verfiel bald immer mehr. 1652 war das Kirchenschiff bereits eingestürzt. Stadtschreiber Sussdorf berichtet 1786, daß nur noch die Ringmauern und der gewölbte Chor vorhanden seien. 1792 wurden dann die Ruinen abgebrochen und zu Weinbergmauern verbaut.

Glücklicherweise hat der erwähnte Bönningheimer Stadtschreiber Sussdorf manches als wertvoll genug erkannt, um es zu erhalten, so den schon erwähnten Schlußstein des Chorgewölbes und eine Darstellung der »Aussendung der Jünger«. (Hier wäre noch nachzutragen, daß der Überlieferung nach zweimal Bönningheimer Barfüßer in Jerusalem gewesen sein und ihren Brüdern ein kleines von dort mitgebrachtes Kreuz verehrt haben sollen). Ferner hat Sussdorf zwei der kunstvollen Chorstühle gerettet, die bis 1960 ihre Aufstellung auf dem Lettner der Stadtkirche fanden. (Während der Kirchenrenovierung wurde leider der eine der beiden – mit der Jahreszahl 1477 – gestohlen.) Die beiden Waschröge fanden ihre Aufstellung am Bönningheimer Stadtbrunnen; eine Säule des alten Klosterkirchenschiffs gelangte in ein Privathaus. Schließlich war in einer Mauer am Amann-Weg ein beschrifteter Stein eingemauert, der von alten Bönningheimern immer schon als »Frauenberg-Brunnenstein« bezeichnet worden war. Dieser Stein fand jetzt wieder einen Platz am Eingang zum Chor der Klosterkirchen-Ruine. Seine Inschrift lautet: »der brun ist 25 claft dif«. Das heilkräftige Wasser dieses Brunnens trug einst zu einem regen Wallfahrtsleben bei. Die Quelle ist bis heute unversiegt.

Im erhaltungswürdigsten Teil der Anlagen, dem Chor der einstigen Wallfahrtskirche der Franziskaner-Observanten, fand am Samstag, dem 20. September 1975, die neuerliche kirchliche Bestattung der aufgefundenen Gebeine von Barfüßermönchen statt. Strahlender Sonnenschein lag über dem Gewann Frauenberg, diesem geschichtlich so bedeutsamen Platz. In feierlichem Zuge schritten der Ludwigsburger Dekan Paul Kopf, der Bönningheimer Stadtpfarrer Alfred Heilig, die Ministranten sowie die katholischen Kirchengemeinderäte zu jener Stelle im Chor, die fortan die Gebeine der Brüder aufnehmen sollte, welche vor 400 Jahren hier gelebt, gewirkt und auch ihre letzte Ruhestätte gefunden hatten. Man hatte diese Gebeine nach ihrer Bergung pietätvoll aufbewahrt und später durch das katholische Pfarramt Bönningheim in eine große kupferne Urne umbetten lassen. Die Geistlichen sprachen insbesondere den Franziska-

nern in Landshut und dem obengenannten Sachbearbeiter Johann Gatz (der leider krankheitshalber am Kommen verhindert war) ihren herzlichen Dank aus. Dekan Kopf betonte, daß dies nicht nur eine merkwürdige, sondern im wahrsten Sinne des Wortes einmalige Stunde sei, die durch die Einsegnung und Bestattung der Barfüßerbrüder in geweihter Erde ihre besondere Bedeutung erhalte. Die feierliche Einsegnung der zehn, nun zum zweiten Male der Erde übergebenen Gebeine der Brüder wurde unter Nennung ihrer vermeintlichen Namen durch den Dekan vollzogen. Jedem der Teilnehmer wird diese denkwürdige Feierstunde unvergeßlich bleiben.

Quellen und Literatur: Stadtarchiv Bönningheim; Lagerbücher, Regesten. Kirchengeschichte von Bönningheim, vorreformatorische Zeit. Oberamtsbeschreibung Besigheim 1853; Württ. Jahrbücher 1859/61. Blätter für Württ. Kirchengeschichte. *Analecta Franciscana Necrologia I. Alemania Franciscana Antiqua Bd. XVI.*

Die Geschichte der Bausparkasse Wüstenrot*

– zugleich die Geschichte des deutschen Bausparwesens

von Otto Schäfer

1. Einleitung

Für den historisch Interessierten ist Wirtschaftsgeschichte im allgemeinen und die Geschichte eines einzelnen Unternehmens im besonderen gewöhnlich ein Randgebiet, dem er nur selten seine Aufmerksamkeit widmet. In der Regel ist dieser Ausschnitt aus der Vergangenheit auch eine sehr spröde Materie, die zudem so eng mit dem Hauptprodukt des zu betrachtenden Unternehmens verbunden ist, daß darauf nur schwer allgemeingültige Aussagen zu unserem Geschichtsverständnis gegründet werden können.

Wenn ich trotz dieser Handikaps es wagen darf, vor Ihnen die Geschichte des Hauses Wüstenrot, genauer der »Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot gemeinnützige GmbH«, auszubreiten, dann hat das einige gute Gründe:

1. ist diese Bausparkasse für die Region Ludwigsburg schon deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie der größte Gewerbesteuerzahler der Stadt Ludwigsburg und durch die Gebäudekomplexe auf dem sogenannten Tambour auch der Stadt Kornwestheim ist;

2. ist sie auch einer der größten Arbeitgeber der Stadt; viele Personen mit ihren Familien sind Bürger der Stadt Ludwigsburg durch ihr Beschäftigungsverhältnis bei der Bausparkasse Wüstenrot geworden, insbesondere im Rahmen der nach 1945 eingetretenen bzw. erzwungenen Bevölkerungsbewegung;

3. zeigt der Bestandteil der Firma der Bausparkasse mit den Worten »*Gemeinschaft der Freunde*«, daß in der Firmengeschichte eine Besonderheit vorliegen muß; schließlich entspricht ein solcher Name weder in seiner mangelhaften Griffigkeit noch in seinem emotionalen Bezug mit Worten wie »Gemeinschaft« und »Freunde« nicht gerade dem, was sich ein Werbemann wünscht. (Übrigens: Für die Ludwigsburger ist die Bausparkasse bis heute immer noch »die GdF«, auch wenn das Unternehmen in werblichen Aussagen und in sonstigen Auftritten bewußt das Kennwort »*Wüstenrot*« in den Vordergrund stellt.);

4. reizt die von einer Bausparkasse angebotene Dienstleistung schon zu näherer Betrachtung, ist sie doch ein Stück Geschichte der Wohnungswirtschaft und zugleich ein Abschnitt Sozialgeschichte;

5. ist die Bausparkasse Wüstenrot nicht nur die älteste deutsche Bausparkasse; sie war auch in der Branche seit ihrem Bestehen der Kristallisationspunkt vieler Grundsatzdiskussionen und Marktführer nahezu aller Innovationen, so daß die Geschichte dieses Hauses zugleich die Geschichte der Branche und ihres Produktes, kurz die des deutschen Bausparwesens ist. (Dazu Lehmann-Zitat S. 30 u. S. 31.)

Gestatten Sie mir bitte noch eine weitere kurze Vorbemerkung: Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte beschreibt ihrem Wesen nach vor allem langfristige, strukturelle und kollektive Entwicklungen. Dabei gerät sie leicht in Gefahr, den menschlichen Aspekt,

* Text eines beim Historischen Verein Ludwigsburg am 13. 01. 83 gehaltenen Vortrags.

das Einzelereignis, das ja auch zu ihr gehört, zu vernachlässigen. Die übergreifende Darstellung führt zwangsläufig zu einer Unterbewertung der Einzelleistung. Treitschkes Wort, daß »Männer die Geschichte machen«, trifft aber selbstverständlich auch auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu. Die Historie des Bausparens zeigt dies in eindrucksvoller Weise. Gleichwohl ist es notwendig, zunächst den Hintergrund auszu-leuchten, vor dem die Initiatoren des Bausparens in unserem Land agierten. Das ist nicht nur für das Verständnis der Entwicklung wichtig, sondern auch deshalb, weil es gerade die wirtschaftliche und soziale Situation war, die Georg Kropp – von dem im folgenden noch zu sprechen sein wird – und seine »Gemeinschaft der Freunde« zum Handeln veranlaßte.

2. Allgemeiner wirtschaftshistorischer Hintergrund

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, als das Bausparen in Deutschland Gestalt annahm, gab es im Reich zunächst keine ausgeprägte Nachkriegsrezession. Der Verfall der Wechselkurse und die Reparationszahlungen an die ehemaligen Gegner förderten sogar den Export; die Reichsregierung sorgte mit einer inflationären Geldpolitik für eine zusätzliche Belebung der Binnenkonjunktur. Zwischen 1919 und 1922 verdoppelte sich die Industrieproduktion; die Arbeitslosigkeit lag unter 3%. Jedoch war dies nur eine Scheinblüte. Die Stabilisierungskrise von 1924 brachte es ans Licht. Die wohnungswirtschaftliche Entwicklung jener Jahre bietet ein besonders trübes Bild: Bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 60 Mio. Menschen im damaligen Reichsgebiet betrug der jährliche Rohzugang an Wohnungen nur rund 130 000. Zum Vergleich: Von 1950 bis 1981 hatten wir bei einer nur leicht höheren Bevölkerungszahl im Bundesgebiet (62 Mio.) einen Zugang von im Schnitt 522 000 Wohnungen je Jahr, also mehr als das Vierfache.

In diesem Zusammenhang sind auch einige Kennzahlen über die Einkommen und Wohnkosten jener Zeit zu nennen: Ende 1924 betrug der tarifmäßige Wochenlohn eines gelernten Arbeiters 38,44 RM, was einem Monatseinkommen von knapp 154 RM entsprach. Ein verheirateter Reichsbeamter der mittleren Gehaltsstufe verdiente 1924 281 RM. Die Privathaushalte des *gesamten* Reichsgebietes gaben *im Schnitt* für die Wohnung 16% aus. (Heute: 4 Personen-Haushalte mittleren Einkommens: 13% des verfügbaren Einkommens.) Das entspricht Wohnungsmieten von monatlich 25 bis 45 RM. In Stuttgart dagegen betrug die Mieten für 3-Zimmer-Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln gebaut wurden, zwischen 75 und 90 RM monatlich. In den benachbarten Industriegemeinden und in den größeren Städten, wie z. B. Ludwigsburg, waren Monatsmieten von etwa 60 bis 80 RM aufzubringen. Im freien Wohnungsmarkt lagen die Mieten z. T. beträchtlich höher, so etwa zwischen 70 und 90 RM monatlich im Umland, in Stuttgart gar zwischen 100 bis 140 RM. Kein Wunder bei diesen Zahlen, daß die Wohnungsnot damals einer der drängendsten Notstände war. Um ihr abzuhelfen, konnte der Hebel nur an der Wohnungsbaufinanzierung angesetzt werden.

3. Wohnungsbaufinanzierung nach dem Ersten Weltkrieg

Der Wohnungsbau und seine Finanzierung war schon immer ein Sorgenkind; die marktwirtschaftlichen Gesetze konnten nur unvollständig seinen Anforderungen gerecht werden. Dies blieb auch so nach der Stabilisierung der Währung. Die Zinsen, die ein Darlehensnehmer für *erststellige* Hypotheken z. B. im Jahr 1925 zu entrichten hatte, lagen bei 10,5%. Wir hatten damals schon eine ausgesprochene Hochzinsphase, die sich

mit geringen Schwankungen bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise 1931 fortsetzte. Die hohen Zinssätze spiegeln die ungeheure Kapitalknappheit jener Jahre wider.

Hinzu kam ein so rapider Anstieg der Baukosten, daß in der Regel die Finanzierung eines Hausbaus für den normalen Einkommensbezieher nicht mehr darstellbar war: Die Kreditinstitute, die Kredite für Wohnungsbaufinanzierungen gewährten, d. h. die Institute des sog. organisierten und nicht organisierten Realkredits (in erster Linie Hypothekenbanken und Sparkassen) konnten einschließlich der Eigenmittel der Bauherren kaum mehr als die Hälfte der entstehenden Bau- und Bodenkosten aufbringen; in den ersten Jahren nach der Stabilisierung der Währung (das ist die Zeit, in der die erste Bausparkasse entstand) sogar nur etwa 40% dieser Kosten. Da das im Rahmen der I. Hypothek beschaffbare Fremdkapital einschließlich der Eigenmittel damit zur vollen Finanzierung des Wohnungsbaues mit zunehmender Steigerung der Baukosten bei weitem nicht mehr ausreichte, hatte sich – und zwar schon vor dem Ersten Weltkrieg – allmählich die Übung entwickelt, fremdes Kapital über die Beleihungsgrenze von 60% des Grundstückswerts hinaus, die früher die Obergrenze für Wohnungsbaufinanzierungen darstellte, durch Eintragung einer sog. II. oder nachrangigen Hypothek im Grundbuch zu sichern. Diese II. Hypotheken kamen in der Regel aus privater Hand. Der entsprechend dem Risiko erhöhte Zinssatz war (vor allem schon vor dem Ersten Weltkrieg) auch für den kleinen Sparer ein starker Anreiz zur Kapitalanlage: So haben z. B. sogenannte Privatiers auf diese Weise ihr Einkommen aufge bessert. Eine weitere Gruppe, die leider nur zu oft und meistens unfreiwillig unter den zweiten Hypothekengläubigern erschien, waren die Bauhandwerker. Dabei bestand für die Hergabe II. Hypotheken bei weitem nicht der gleiche leistungsfähige Markt wie für den erststelligen Realkredit, denn schließlich kamen die Geldgeber in beträchtliche Schwierigkeiten, wenn krisenhafte Entwicklungen auftraten. Da zeigte sich dann meistens, wie unsicher dieses zweitstellige Darlehen war; in der Zwangsversteigerung wurde die nachrangige Hypothek des Privatgläubigers oft nicht ausbezahlt; er verlor häufig sein Kapital samt Zinsen. All das schreckte die Leute in den zwanziger Jahren davon ab, ihre Ersparnisse in II. Hypotheken anzulegen, abgesehen davon, daß das notwendige Leihkapital nach der Kapitalvernichtung durch Krieg und Inflation sowieso nur noch in sehr beschränktem Umfang zur Verfügung stand. Um überhaupt die zweite Stelle finanzieren zu können, mußte die öffentliche Hand mit der sogenannten Hauszinssteuer-Hypothek einspringen, die von den Ländern und Gemeinden aus Mitteln eines Hauszinssteueraufkommens gegeben wurde.

So also sah die Situation aus, als in dem schwäbischen Dorf Wüstenrot ein Mann namens Georg Kropp mit seinen Freunden an die Öffentlichkeit trat. Der Kapitalmarkt lag total darnieder, der Wohnungsbau nicht minder. Die politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen ließen den Wunsch vieler Menschen nach einem Eigenheim immer stärker werden. Ein ganzes Volk befand sich auf der Flucht in die Sachwerte. Das eigene Dach über dem Kopf und der eigene Boden unter den Füßen schienen in der Inflation wertvoller als alle Bankkonten. Zur Inflation und zur Eigenheimbewegung trat als dritte, mächtige Triebfeder für die Entwicklung des Bauspargedankens die sich allgemein verstärkende Neigung zum Zwecksparen hinzu. Man sparte nicht mehr rein aus Vorsorge oder nur zur Kapitalmehrung, sondern mit einem von vornherein bestimmten Ziel. Nicht zu Unrecht wurde davon gesprochen, daß es in jener Zeit durch die Zielfixierung der Kaufkraft zu einer Art stillen Revolution des Kapitalmarktes gekommen sei.

Alles in allem: Der Boden war vorbereitet, das soziale und wirtschaftliche Umfeld aufgeschlossen, der Augenblick günstig, als Georg Kropp zur Tat schritt, gemäß seinen grüffig formulierten Maximen, die da beispielsweise lauteten: Taten statt Tinte; Werke statt Worte.

Was war das nun für ein Mann?

4. Georg Kropp, der Gründer

Georg Kropp kam aus Pommern. Im Jahr 1865 in Swinemünde auf der Insel Usedom geboren, war er das fünfte Kind eines Kapitäns, der noch mit einer ihm gehörenden Dreimastbark zur See fuhr. Die aufkommende Dampfschiffahrt brachte ihn um seinen Beruf. Vater Kropp eröffnete eine Drogerie; sein Sohn Georg, dessen sehnlichster Wunsch es war, später einmal als Missionar ins Ausland zu gehen, mußte sich damit abfinden, das Geschäft seines Vaters zu übernehmen. Schon in diesem Abschnitt von Kropps Jugendzeit zeichnete sich eine für sein ganzes Leben charakteristische Eigenschaft ab: seine Begeigerungsfähigkeit, seine Neigung, sich mit einer Aufgabe zu identifizieren. Er will mehr sein als ein einfacher Drogist. Er hat den Ehrgeiz, auch aus dem ihm aufgenötigten Beruf etwas zu machen. So besucht er 1887/88 einen Kurs an der Drogistenakademie in Braunschweig und erhält dort für seine Leistungen das beste Zeugnis, das die Anstalt bis dahin vergeben hatte.

Sein Erfolg ermutigt ihn, er will ihn nutzen und nimmt sich vor, ins Ausland zu gehen. Dort will er sich weiterbilden. Doch da macht ihm der Vater einen Strich durch die Rechnung. Um die Drogerie in Swinemünde steht es nicht gut. Der Sohn soll nach Hause zurückkehren, um das Geschäft wieder hochzubringen. Gehorsam folgt er des Vaters Wunsch. Doch so sehr sich der junge Kropp auch abmüht, er hat keinen Erfolg. Am Ende muß die verschuldete Drogerie aufgegeben werden.

Kropp geht nach Süddeutschland und gründet in Mannheim ein neues Geschäft, das er durch eine pharmazeutische Produktion erweitert. Wiederum bleibt ihm das Pech treu, das Geschäft floriert nicht, er muß sich nach einer anderen Aufgabe umsehen.

Gleichwohl waren die harten Jahre in Mannheim und die bitteren Erfahrungen, die er als selbständiger Geschäftsinhaber gemacht hatte, von Bedeutung für seine weitere Entwicklung. Er hat eine Menge Lehrgeld bezahlt, er hat viel gelernt und sein Wissen erweitert, und er glaubt zu sehen, daß seine eigentlichen Fähigkeiten im publizistischen Bereich liegen. So übernimmt er bei einer Verlagsanstalt in Ludwigshafen die Redaktion einer Fachzeitschrift. Als der Erste Weltkrieg ausbricht – er ist damals knapp 50 Jahre alt – beginnt er mit der Herausgabe einer Kriegschronik, die in vielen Zeitungen nachgedruckt wird. Es ist, wie es im Titelblatt heißt, »eine volkstümliche, reich illustrierte Einschichte des gewaltigsten Völkerzusammenstoßes des 20. Jahrhunderts, mit vielen Einzelerzählungen aus den Schlachten und Berichten nach Feldpostbriefen...«.

Bald hat er eine neue Idee: Er will einen Volkskalender herausbringen, mit dem er breite Volksschichten ansprechen kann. Und so erscheint dann im Jahr 1918 in Heilbronn zum ersten Mal »Der Michel«, der Kropp's Namen bald über das schwäbische Unterland hinaus bekannt macht. In Wirklichkeit ist dieser Volkskalender ein Sprachrohr der Gedanken und Überzeugungen, die ihn immer stärker bewegen. Kropp will seine Ideen unter die Leute bringen, will sie dafür gewinnen, er will ein bißchen die Welt verbessern. Kein Zufall, daß er den »Michel-Kalender« später in »Glücksbuch« umtauft.

Neben seinem Beruf als Redakteur und Publizist verfolgt Georg Kropp noch eine Reihe persönlicher Interessen. So war er ein anerkannter Pilzkundler, der sich auch auf diesem Gebiet fachpublizistisch betätigte. Er pflegte Kontakte zu den Bodenreformern um Damaschke, er interessierte sich für die Gartenstadtbewegung, er bekannte sich zur Methodistischen Kirche und vor allem zu den Guttemplern, denen er als überzeugter Abstinenzler angehörte. Schon in den Jahren 1911/1912 hatte er bemerkenswerterweise eine Großlogensitzung des Guttempler-Ordens benutzt, um den Mitgliedern ein Zwecksparsystem für Altenheime und Eigenheime vorzustellen, das er ausgearbeitet hatte. Aus dieser Zeit stammte sein Beiname »Bruder Kropp mit dem Eigenheim in der Tasche«.

Als Georg Kropp im Jahre 1921 seine »Gemeinschaft der Freunde« in Wüstenrot gründete, war er kein Unbekannter mehr. Es wird deutlich, daß ihn der Gedanke des Eigenheimsparens schon ein gutes Jahrzehnt umgetrieben hatte, ehe er den entscheidenden Vorstoß wagte. Kropp besaß recht klare Vorstellungen von dem künftigen Werk – auch wenn diese Ideen noch nicht die Probe aufs Exempel bestanden hatten. Diese Probe sollte gewagt werden, als er am 10. Mai 1921 zur Gründung des Vereins »Gemeinschaft der Freunde« schritt. Im kleinen Saal des Evangelischen Hospizes Herzog Christoph in Stuttgart beriet eine Versammlung unter dem Vorsitz von Kropp eine Vereinssatzung. Schon in der nächsten Sitzung am 22. Juli 1921 konstituierte sich der Verein endgültig. Anwesend waren 12 Mitglieder, darunter auch die in Ludwigsburg bekannte Landtagsabgeordnete Mathilde Plank. Im Gründungsdokument sucht man zwar die Wörter »Bausparen« oder »Bausparkasse« noch vergeblich, doch war die Zielsetzung des Vereins klar beschrieben. Es hieß dazu: »Die Gemeinschaft der Freunde ist ein Verein, der auf freier gemeinnütziger bodenreformerischer Grundlage die Schaffung von Wohngelegenheiten und Altersheimen für die Allgemeinheit erstrebt.«

Allerdings war die »Gemeinschaft der Freunde« im Jahr 1921 aus mancherlei Gründen gar nicht in der Lage, die Aufgaben, die sie sich gestellt hatte, auch nur annähernd zu lösen. Hinzu kam, daß sich zu Beginn des Jahres 1922 der Verfall der deutschen Währung immer klarer abzeichnete. Noch bevor die Inflation ihren Höhepunkt erreichte, taten Kropp und seine Freunde das Klügste, was sie tun konnten: Sie zahlten die bisher in einem erstaunlichen Umfang eingegangenen Spargelder, teilweise unter beträchtlichen persönlichen Opfern, schleunigst zurück und beschlossen, bessere Zeiten abzuwarten.

Damals erwarb Kropp ein kleines Häuschen in Wüstenrot und erlebte am eigenen Leibe, wie ein solcher Besitz mit etwas Gartenland über die schlimmste Not hinweghelfen konnte. Er fühlte sich in allem, was er bisher gedacht und gepredigt hatte, durch seine persönliche tägliche Erfahrung bestätigt. Er nutzte die Zeit, um die Tragfähigkeit seiner Grundideen noch einmal zu prüfen und zu verbessern. Vor allem bemühte er sich, die finanztechnische Seite seiner Projekte weiter zu entwickeln. Seine bisherigen Überlegungen, die schon immer von einem gemeinsamen, gebündelten Einsatz der Finanzierungsmittel mehrerer Personen mit gleicher Zielsetzung für den Bau von Eigenheimen und Eigenwohnungen ausgingen, fanden in einem kollektiven Sparsystem ihre grundlegende Ausprägung. Er wollte, grob gesagt, alle Sparer der »Gemeinschaft der Freunde« zu Gruppen von jeweils 100 Personen zusammenfassen, sie zu regelmäßigen Sparleistungen anhalten und immer dann, wenn auf diese Weise die Baukosten für ein Eigenheim angesammelt waren, diese Summe innerhalb der Gruppe auslosen. Natürlich würden bei diesem Verfahren, wie Kropp genau wußte, jeweils nur wenige Sparer zum Zuge kommen, aber andererseits würde auch, wie leicht zu beweisen ist, der letzte von ihnen nicht später im Besitze eines Hauses sein, als es ihm möglich gewesen wäre, wenn er allein, ohne die Hilfe der anderen Sparer, das Haus hätte finanzieren müssen.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Wenn 10 Personen, von denen jede DM 1000 im Jahr ersparen kann, für sich allein sparen, hat jeder sein Sparziel von DM 10 000 nach 10 Jahren erreicht. Tun sie sich zu einer Gemeinschaft zusammen und wirft jeder seine Jahressparrate von DM 1000 in einen Gemeinschaftstopf, dann kann bereits im 1. Jahr einer aus dieser Gemeinschaft die benötigten DM 10 000 erhalten. Im 2. Jahr sparen 9 je DM 1000, der erste leistet bereits DM 1000 Tilgung. Das geht so weiter bis zum 10. Jahr, in dem der zehnte und damit letzte aus dieser Gemeinschaft seine DM 10 000 erhält, also so *viel* und nicht *später*, als wenn er für sich allein gespart hätte. Der Zusammenschluß zur Gemeinschaft hat jedem die Chance gegeben, *früher* sein Sparziel zu erreichen. Dies ist der Grundgedanke des sogenannten kollektiven Bausparsystems, wobei allerdings Zins- und Ertrags- sowie Kostenfragen unberücksichtigt blieben.

Ob dieser Gedanke von Kropp selbst geboren wurde oder ob er auf historische Vorgänge zurückgegriffen hat, ist nicht bekannt. Immerhin zeigt die Geschichte der Entwicklung der englischen und amerikanischen Bausparkassen manche Parallelen. Die Frage, ob Georg Kropp fundierte Kenntnisse darüber besaß, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Man weiß, daß er, vermutlich im Jahr 1906, Upton Sinclairs Roman »Der Sumpf« gelesen hat, in dem beschrieben ist, wie eine vermögenslose Familie mit Hilfe einer Building and Loan Association, der *amerikanischen* Spielart der Bausparkassen, auf Abzahlung ein Eigenheim kauft. Es ist auch nicht auszuschließen, daß er einige Grundideen des kollektiven Bausparsystems aus der englischen Bauspargeschichte kannte.

Die ersten *englischen* Building Societies arbeiteten nämlich in ihrer Anfangszeit nach dem gleichen eben am Beispiel dargestellten Prinzip, das später Kropps Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde in Wüstenrot zugrunde lag. Neuere Forschungen haben ergeben, daß die erste englische Bausparkasse 1775 in Birmingham im Wirtshaus Zum Goldenen Kreuz gegründet wurde. Außer einigen erhalten gebliebenen Zeitungsanzeigen weiß man nicht sehr viel über ihre Tätigkeit. Dagegen sind wir über eine in Deritend bei Birmingham 1781 in dem Gasthaus Zum Brunnen gegründete Building Society recht gut unterrichtet. Sie ging wahrscheinlich aus einem Sparverein, einem sogenannten Money-Club hervor. Die Mitglieder verpflichteten sich, am ersten Montag eines jeden Monats in das Wirtshaus zu kommen und dem von der Gesellschaft gewählten Schatzmeister eine halbe Guinea auf jeden gezeichneten Anteil zu zahlen. Die auf diese Weise angesammelten Beträge wurden dann unter die Mitglieder aufgeteilt. Die Reihenfolge der Verteilung bestimmte das Los. Die Entfaltung des englischen Bausparwesens im ausgehenden 18. Jahrhundert fällt mit der industriellen Revolution zusammen, die in den Städten zu einem großen Wohnungselend führte, zu dessen Behebung vor allem die Arbeiterschaft weitgehend auf Selbsthilfe angewiesen war. Gleichwohl weisen einige deutsche Historiker, darunter auch Friedrich Engels, darauf hin, daß die Mitglieder dieser Building Societies weniger aus der Arbeiter-Klasse als vielmehr aus der darüberliegenden Mittelschicht kamen. Für die Annahme, daß vorwiegend die bessergestellten Schichten an den Building Societies beteiligt waren, spricht auch, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in England zu jener Zeit so schlecht war, daß ein Arbeiter nicht den geforderten monatlichen Beitrag aufbringen konnte.

Eine 2. mögliche Wurzel: Recht unwahrscheinlich ist, daß Kropp etwas von den Aktivitäten des Pastors Friedrich von Bodelschwingh wußte, der einer von ihm geschaffenen Einrichtung den Namen »Bau-Sparkasse« beilegte. Bodelschwingh legitimierte seine Pläne ausdrücklich unter Berufung auf das Beispiel der amerikanischen Arbeiter-Bauvereinigungen und gründete im Jahr 1885 eine »Bausparkasse für Jedermann«. Sie war eine Einrichtung des »Vereins Arbeiterheim« in Bielefeld. Die Satzungen des Vereins bezeichneten als Zweck der Vereinigung, »dem deutschen Arbeiter die Möglichkeit zu schaffen, sich ein eigenes Heim auf eigener Scholle im Einfamilienhaus zu erwerben«. Es wurden Lokal- oder Distriktsvereine gegründet, die in der nächsten Stufe, wenn sie sich nicht als Aktiengesellschaft konstituierten, ein Patronat bildeten (übrigens ist dieses Patronat für den Rechtshistoriker eine interessante Erscheinung, vermischt es doch Elemente des Kirchenrechts mit denen des Zivilrechts). Das Patronat schließlich rief eine »Arbeitergenossenschaft« ins Leben und organisierte eine Bausparkasse. Die Kapitalansammlung durch die Bausparkasse geschah in der Weise, daß nicht nur die Eigenheiminteressenten Sparzahlungen leisteten, sondern auch wohlhabende Förderer der sozialen Bestrebungen des »Vereins Arbeiterheim«. Der Verein war relativ erfolgreich und hat bis zum Jahr 1904 174 Häuser gebaut und finanziert. Heute gibt es weder diese Bausparkasse mehr noch ein Nachfolgeinstitut. Man kann den Verein auch nicht als Vorläufer des Bausparens bezeichnen, denn Bodelschwingh verfolgte in erster Linie karitative Ziele,

während das charakteristische Merkmal von Kropps Bausparen der grundlegende Gedanke der Hilfe zur Selbsthilfe war. Trotzdem – dies sei aber nur am Rande vermerkt – bringen es Wüstenrots Freunde bei der Konkurrenz nur schwer übers Herz, der Ludwigsburger Bausparkasse das Erstgeburtsrecht zuzuerkennen. Erst vor kurzem wieder haben z. B. die öffentlichen Bausparkassen in einer Publikation über die Geschichte des deutschen Bausparens bei Bodelschwingh angefangen, um dann ohne Umschweife unter Ausklammerung von Georg Kropp und Wüstenrot direkt zur Gründung der ersten *öffentlichen* Bausparkasse, der heutigen LBS in Stuttgart, zu kommen.

Aber zurück zu Georg Kropp und zum Beginn der zwanziger Jahre: Trotz der aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung folgenden ungunstigen Erfahrungen mit den im Jahre 1921 gestarteten ersten Versuchen blieb Kropp hartnäckig bei seinen Ideen. Es gelang ihm in vielen Gesprächen, die Zweifler unter seinen Mitstreitern zu überzeugen. Am 16. Februar 1924 trafen sie sich im alkoholfreien Speisehaus Silberner Hecht in Stuttgart und beschlossen, im Rahmen der Vereinstätigkeit eine »Bausparkasse« ins Leben zu rufen, selbst »Bausparer« zu werden und eine Zeitschrift herauszugeben, die den Namen »Mein Eigenheim« tragen sollte. Der 16. Februar 1924 ist damit der Tag, an dem die »Gemeinschaft der Freunde« als Bausparkasse im heutigen Sinne ihre Arbeit aufgenommen hat und ist damit zugleich der Beginn des Bausparens in Deutschland, das heute als festgefügteter Bestandteil der Kreditwirtschaft zu sehen ist.

Der erste Bausparer ließ nicht lange auf sich warten. Er trat am 7. April 1924 der »Treuhandbausparkasse der Gemeinschaft der Freunde« bei, hieß Johannes Rau und war der Bahnhofsvorsteher von Heidenheim an der Brenz. Viele taten es ihm gleich, – schon nach wenigen Monaten fast 1000, der größte Teil von ihnen Arbeiter, Angestellte und bemerkenswerterweise Lehrer und Pfarrer. Aber welchen Beruf sie auch hatten, welche Motive sie im einzelnen haben mochten – mutige Leute waren sie, denn sie vertrauten sich voller Optimismus einer damals letztlich ungewissen Zukunft an.

Zweifellos war der überraschende Anfangserfolg in erster Linie Kropps persönliches Verdienst. Ohne seine Energie, seine mitreißende Begeisterung wäre das Werk wohl kaum über seine Ansätze hinausgekommen. Kropp reiste in jener Zeit wie ein Missionar, der er ja ursprünglich auch einmal werden wollte, unermüdet im Lande herum, um in Reden und Vorträgen für das Bausparen, für seine »Gemeinschaft der Freunde« zu werben. Wie sehr er damit Erfolg hatte, ließ sich am Ergebnis ablesen. Fast 10 000 neue Bausparer stießen im ersten vollen Geschäftsjahr 1925 zur Bausparkasse. Wüstenrot wurde, zumindest im württembergischen Land, schnell zu dem, was seine Gründer wollten: ein eindrucksvoller Beweis für die Richtigkeit des Leitgedankens, »Hilfe durch Selbsthilfe« im Eigenheimbau zu praktizieren. Der rasche Erfolg stellte Kropp und seine Freunde, die ihre Arbeit zunächst ehrenamtlich versahen, vor beträchtliche organisatorische Probleme. Am Anfang fehlten ja die einfachsten technischen Hilfsmittel, es gab keine Schreibmaschine, kein Telefon. Der ganze Bürobetrieb spielte sich in der qualvollen Enge der privaten Wohnräume von Kropps Familie ab. Bald wurden die ersten hauptamtlichen Mitarbeiter eingestellt, sie mußten nicht nur in die neue Arbeit eingewiesen, sondern auch versorgt werden. In den Bauernhäusern Wüstenrots fanden sie eine oft nur notdürftige Unterkunft. Gegessen wurde im Kroppschen Wohnzimmer, die Ehefrauen der Männer kochten und sorgten für das leibliche Wohl. Kropps Glück war, daß er schnell eine ihm ergebene und selbstlose junge Mitarbeiterschar fand, die bereit war, mit den Unzulänglichkeiten des Bürobetriebs, aber auch des Lebens in dem kleinen Dorf fertigzuwerden. Sie taten es in dem Bewußtsein, daß sie Pionierarbeit leisteten, vor allem natürlich auch, weil ihnen Kropp ein Vorbild war. Sie wollten ihm helfen, seine großartige Idee in die Wirklichkeit umzusetzen.

5. Das Bausparen setzt sich durch

Natürlich konnte es in dem schnell wachsenden Unternehmen nicht bei der patriarchalischen Führung der Geschäfte bleiben. Die Möglichkeit zur organisatorischen Umgestaltung bot sich, als im November 1925 der Verein eine Satzungsänderung beschloß. Hatte man in den alten Vereinssatzungen noch ausdrücklich die bodenreformerische Grundhaltung betont, so war in der neuen davon nicht mehr die Rede. Der Zweck des Vereins, so hieß es lediglich, »ist die Beschaffung der Mittel zum Bau und Erwerb von Eigenheimen, Altersheimen und anderen gemeinnützigen Bauwerken«. Am auffallendsten trat in der Satzung die starke Betonung des gemeinnützigen Charakters der »Gemeinschaft der Freunde« in Erscheinung. Kropp selbst, der bisher das Unternehmen als Vereinsvorsitzender und Geschäftsführer zugleich geleitet hatte, trat nun an die Spitze eines neunköpfigen Aufsichtsrats. Dazu wurde ein geschäftsführender Vorstand berufen, der ehemalige Heilbronner Landgerichtsdirektor Max Speidel. Die innere Konsolidierung der Bausparkasse erwies sich schon deshalb als dringend erforderlich, weil sich mittlerweile die Kritiker und Gegner des Werkes formiert hatten, die Kropp und seinen Freunden bis ins kleinste bewiesen, warum und weshalb ihre Bausparkasse zum Scheitern verurteilt sei. Die Angriffe kamen von allen Seiten, wobei es nicht verwunderte, daß die klassischen Realkreditinstitute, die sich ja plötzlich einem neuen Wettbewerber am Markt gegenübersehen, zu den eifrigsten Widersachern gehörten. Überdies war diese Kritik in mancher Hinsicht verständlich. Schließlich handelte es sich beim Bausparen um etwas durchaus Neues, Unerprobtes, und es war verhältnismäßig leicht, die Mängel des kollektiven Systems bloßzulegen, das die Gesetze und Spielregeln des Marktes zu mißachten schien. Da die staatlichen Behörden die Aufforderung, endlich einzugreifen und Maßnahmen gegen das Bausparen zu treffen, nicht überhören konnten, erklärte im Januar 1926 das württembergische Ministerium des Innern: der Geschäftsbetrieb des Vereins mangle der erforderlichen gesetzlichen Grundlage und drohte mit dem Verbot.

Natürlich dachte Kropp nicht im Traum daran, aufzugeben. Er glaubte an seine Idee, er war überzeugt, auf dem richtigen Wege zu sein, und er konnte immerhin darauf verweisen, daß im dritten Geschäftsjahr der Bausparkasse, im Jahr 1926, wiederum fast 11 000 Bausparer seinem Werk beitraten. Es spricht für das Gespür des damaligen württembergischen Innenministers Dr. Bolz, daß er bald von dem Vorprellen seiner Beamten abrückte und verlauten ließ: In der württembergischen Regierung verfolge man mit größtem Interesse die ganze Bewegung, die, wie es wörtlich hieß, »auf überaus gesunden und begrüßenswerten Gedanken« beruhe. In Wüstenrot sah man in der elastischen Haltung des Ministers ein Entgegenkommen. Man akzeptierte, daß ein von der Regierung bestellter Prüfer das Unternehmen unter die Lupe nahm – und schlug sogar Kapital daraus. Denn das Ergebnis der überaus gründlichen Untersuchungen trug zu einem wesentlichen Stimmungsumschwung im Ministerium bei. Der Prüfer, ein landesweit bekannter Bilanzfachmann, wurde selbst Bausparer und trat in den Aufsichtsrat ein. Das war eine glänzende Rechtfertigung für Kropp, Peidel und ihre Mitarbeiter, und sie erklärten sich dann auch sofort bereit, den eingetragenen Verein, wie verlangt, in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umzuwandeln. Schon am 21. Mai 1926 wurde der neu abgeschlossene Gesellschaftsvertrag vorgelegt. Seitdem ist die Bausparkasse GdF Wüstenrot eine gemeinnützige GmbH. Daneben besteht bis auf den heutigen Tag der Verein unter dem Namen Deutscher Eigenheimverein Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot als eingetragener Verein weiter. Er beeinflusst – das sei hier nur am Rande vermerkt – noch jetzt über seinen Stimmführer die Entscheidungen der Organversammlungen der Bausparkasse GdF Wüstenrot.

6. Organisatorische Umgestaltung

Doch zurück ins Jahr 1926:

Man fand jetzt in Wüstenrot Zeit, die geplanten bauspartechnischen und betriebswirtschaftlichen Verbesserungen durchzuführen. Im Kern ging es darum, ein möglichst gerechtes System der Verteilung der Baugelder zu finden. Es gelang, die bisher weitgehend unbekanntes bauspartechnischen Zusammenhänge so weit theoretisch aufzuhehlen, daß das Zuteilungsverfahren und die betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen entscheidend verbessert werden konnten: Die Verlosung der Bauspargelder, die bis dahin das übliche Zuteilungsverfahren war, wurde durch ein mathematisch abgesichertes Zeit-Mal-Geldsystem, niedergelegt in einem umfangreichen Tarifwerk, ersetzt. An der Vollfinanzierung allerdings, d. h. an der Bereitstellung des gesamten für ein Vorhaben des Bausparers erforderlichen Leihkapitals durch die Bausparkasse, hielt man zunächst noch fest.

Im übrigen lebte man trotz der Hektik jener Jahre in Wüstenrot seinen eigenen Stil. Der Arbeitstag dauerte von früh bis spät. Die Mahlzeiten wurden an Kropps Tisch eingenommen, die Mitarbeiter wohnten in den Häusern der Bauern. Mit der Außenwelt war man wegen der mangelhaften Verkehrs- und Postverhältnisse durch einen besonderen Botendienst verbunden. Das Fahrrad spielte eine wichtige Rolle. Die Bausparkasse hatte nach einem provisorischen Zwischenaufenthalt im Wüstenroter Rathaus eigene Büroräume in Holzhäusern bezogen, aber die dörfliche Enge stellte das wachsende Unternehmen vor immer größere Schwierigkeiten. Ende 1928, knapp vier Jahre nach der Gründung, waren schon 230 Mitarbeiter beschäftigt, für die die bisherigen Geschäftsräume und Wohnunterkünfte einfach nicht mehr ausreichten. Kropp freilich, der sich mit seinem Werk völlig identifizierte, fiel es schwer einzusehen, daß das Unternehmen mittlerweile ein eigenes Gewicht bekommen hatte, eigenen Regeln und Gesetzen gehorchend, und jedenfalls nicht mehr mit patriarchalischer Autorität allein zu lenken war. Zwar hatte er noch der Berufung von neuen Geschäftsführern zugestimmt – das waren der bisher bei einer Landesbehörde tätige Dr. Hermann Schuon und der aus den Reihen des Aufsichtsrats kommende Notar Bernhard Oechlin –, doch kam es zwischen dem Unternehmensgründer und der neuen Geschäftsführung recht bald zu Reibereien. Max Weber hat diese Situation, vor der Wirtschaftsunternehmen in einer bestimmten Phase ihrer Entwicklung häufig stehen, als »schlechthin unentrinnbar« bezeichnet. Er spricht davon, daß man nur die Wahl habe zwischen Bürokratisierung und Dilletantisierung. Die Entscheidung für einen professionellen Verwaltungsapparat aber war unumgänglich. In Wüstenrot kam noch eine weitere Schwierigkeit hinzu: Für Kropp war die »Gemeinschaft der Freunde« nicht ein bloßer Name, sondern er glaubte – Idealist der er war – daran, daß die Bausparer, die dem Werk beitraten, eine wirkliche Gemeinschaft der Freunde sein sollten, daß sie ein Bausparkollektiv bilden sollten, indem sie einander halfen und sich in diese Gemeinschaft einfügten. Er sah nicht oder wollte nicht sehen, daß dieses Idealbild nicht zu realisieren war, wenn Jahr für Jahr mehr als 10000 neue Bausparer der GdF beitraten, die einen Anspruch darauf hatten, von einer reibungslos funktionierenden Verwaltung gut betreut zu werden. Die Bausparer verfolgten ganz realistische Ziele, sie wollten sparen, sie wollten die Gewißheit haben, daß mit ihrem Geld vernünftig umgegangen werde, sie wollten Kontoauszüge haben, wollten ordentlich beraten werden, korrespondieren. Erst in zweiter Linie interessierten sie sich für die ideellen Grundlagen der »Gemeinschaft der Freunde«, wengleich hervorgehoben werden muß, daß sich zwischen den Bausparern und der GdF Wüstenrot ein besonderes Vertrauensverhältnis herausbildete, das von Gefühlen bestimmt und von der Einsicht getragen war, daß hier Tausende von Menschen dem gleichen Ziel nacheiferten, daß sie

alle am gleichen Strang zogen. In vielen Städten und Gemeinden des Reichsgebiets entstanden Ortsgruppen, in denen der Gedanke des Eigenheimsparens und die Verbindung mit Wüstenrot gepflegt und gefördert wurde. Die führenden Männer aus dem kleinen schwäbischen Dorf traten dort als Redner auf, und insbesondere Kropp, der Missionar der Eigenheimbewegung, versäumte bei solchen Gelegenheiten nie, darauf hinzuweisen, was ein Eigenheim für Familie, Gesellschaft, Gesundheit und Geist bedeutet. Und wenn man in den damaligen Ausgaben der Zeitschrift »Mein Eigenheim« nachblättert, findet man zu Hunderten Aufsätze, Aufrufe und Gedichte, in denen die Gefühlswerte des Eigenheims beschworen werden.

7. Von Wüstenrot nach Ludwigsburg

Aber wie gesagt: Das alles geriet zunehmend in Widerspruch zu den Notwendigkeiten einer wirtschaftlichen Führung des Unternehmens. Georg Kropp sah sich bald vor die harte Alternative gestellt, entweder eine kleine von religiösen und lebensreformerischen Maximen geleitete Gruppe zu bleiben, oder als Bausparkasse in eine wirtschaftliche Größenordnung hineinzuwachsen, in der diese ideologischen Bindungen zurücktreten mußten. Der Konflikt entzündete sich an der Frage, ob die GdF in dem abgelegenen Dorf Wüstenrot weiter bleiben könne, oder ob es nicht notwendig sei, sich in einer größeren Stadt niederzulassen. Damals waren neben Ludwigsburg auch noch Stuttgart und Heilbronn im Gespräch. Als der Ludwigsburger Oberbürgermeister Erich Schmid ein attraktives Bauplatzangebot machte, stimmte der Aufsichtsrat 1928 gegen seinen Vorsitzenden Kropp für den Wegzug von Wüstenrot mit der Begründung, man müsse für die nunmehr 40 000 Bausparer des Werkes bessere Betreuungsmöglichkeiten schaffen. Der Bruch war da. Die Wahl fiel auf Ludwigsburg. Schon im April 1930 bezog man dort ein neues Verwaltungsgebäude in der Hohenzollernstraße, und alle waren stolz darauf, daß der veranschlagte Preis – man hatte mit uns heute märchenhaft anmutenden 40 RM für den Kubikmeter umbauten Raum gerechnet! – noch unterschritten werden konnte. Freilich, es war die Zeit der großen Weltwirtschaftskrise, die Zahl der Arbeitslosen lag bei 4 Millionen, die Bauunternehmen suchten verzweifelt nach Aufträgen. Daß ein Kreditinstitut wie die »Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot« (so lautete jetzt der Firmennamen) über steigende Geldeingänge berichten konnte, schien in dieser tristen Situation wie ein kleines Wunder. Noch im März 1931 stellten Aufsichtsrat und Geschäftsführung fest, daß man bisher relativ gut durch die Krise hindurchgekommen sei. Allerdings konnte es nicht ausbleiben, daß auch die Bausparkasse in der weiteren Entwicklung die Auswirkungen der katastrophalen internationalen und nationalen Wirtschaftslage zu spüren bekam, doch machte man schon damals die sich später wiederholende Erfahrung, daß das Bausparen, bei aller politischen Empfindlichkeit, vergleichsweise besser mit depressiven Erscheinungen fertigwerden kann als andere Wirtschaftszweige, weil gerade in Notzeiten die Bausparer die letzten wirtschaftlichen Reserven mobilisieren, um das Erreichte zu erhalten.

Mitten in der Weltwirtschaftskrise mußte die Bausparkasse GdF Wüstenrot mit einem für sie schmerzlichen Ereignis fertigwerden: Georg Kropp, der nach dem Wegzug der Verwaltung von Wüstenrot noch immer dem Aufsichtsrat und dem Gründungsverein angehört hatte, schied im August 1930 endgültig aus seinem Werk aus. Die sachlichen Gegensätze waren nicht mehr zu überbrücken und wurden sicherlich durch Emotionen zusätzlich belastet. Kropp gründete sogar eine neue Bausparkasse, genannt die Neue GdF Wüstenrot, die allerdings keinerlei wirtschaftliche Bedeutung erreichte und später mit der öffentlichen Bausparkasse Württemberg fusioniert wurde. Aber nie stand bei

denen, die das Werk fortführten, die Achtung vor der lauterer Gesinnung und historischen Leistung des Gründers in Zweifel. Die Gemeinschaft der Freunde war und blieb sich stets bewußt, daß sie Georg Kropps Tatkraft und seinem Ideenreichtum, seinem Mut und seinem persönlichen Einsatz unendlich viel verdankte. Dreizehn Jahre nach dem Abschied von seinem Werk ist er 1943 im Alter von 77 Jahren in Wüstenrot gestorben. Sein Grab liegt im kleinen Dorffriedhof der Gemeinde Wüstenrot.

Nach den einzigartigen Erfolgen der GdF in Wüstenrot kam es in den Jahren seit 1926 bis zum Jahr 1931 zu einer immer stärker anschwellenden Gründungswelle. Es entstanden in dieser Zeit über 400 Bausparunternehmungen, zum großen Teil Nachahmungen des Kroppschen Beispiels, zum Teil auch mit eigenem Gepräge. Den meisten fehlte die personelle, fachliche und finanzielle Ausrüstung zum Betrieb einer Kasse, manche waren schlicht auf Betrug angelegt. Schon aus diesen Gründen hatten sie eine sehr kurze Lebensdauer. Der Staat tat ein Übriges und verordnete eine Prüfung des neuen Wirtschaftszweiges. Bereits am 1. Oktober 1931, als die Reichsaufsicht in Kraft trat, waren rund 150 Unternehmungen wieder von der Bildfläche verschwunden. Naturgemäß verursachten die zahlreichen Zusammenbrüche eine starke Beunruhigung in der Öffentlichkeit. Es konnte nicht ausbleiben, daß der Bauspardanke dadurch stark in Mißkredit geriet. Die Aufsichtsbehörde griff hart durch. Ende 1935 gab es nur noch 50 Bausparkassen. (Heute noch 30:17 private und 13 öffentliche Bausparkassen.)

An dieser Stelle ist zu vermerken, daß in den Jahren seit 1928 neben den privaten Bausparkassen die ersten öffentlichen Bausparkassen entstanden, obwohl das kollektive Sparsystem ursprünglich von den Sprechern der öffentlichen Sparkassen als auf der »zweifelhaften Mithilfe von Spargenossen« aufgebaut, abgelehnt worden war. Die öffentlich-rechtlichen Bausparkassen wurden und werden noch heute meist als rechtlich unselbständige Abteilungen der regionalen Sparkassen- und Giroverbände geführt. Wenn sie auch in ihrem Sparsystem den privaten Bausparkassen stark ähnelten, so war man sich doch beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband von Anfang an darüber klar, daß die öffentlichen Bausparkassen nicht in einen unfruchtbaren Wettbewerb mit ihren eigenen Sparkassen verfallen durften, sondern daß es hier eine Arbeitsteilung geben müsse. Der Verband betrachtete es daher als Hauptaufgabe der öffentlichen Bausparkassen, für den Wohnungsbau den *zweitstelligen* Kredit zu beschaffen.

8. Bausparreform

Hier stecken übrigens die ersten Ansätze zu einer Bausparreform. Der wundeste Punkt des Systems seit der Gründung der Bausparkassen war noch immer die Wartezeitfrage. Zwar gab es eine Reihe weiterer Mängel, die unter den Bausparern hin und wieder Unzufriedenheit auslösten, aber das waren Unzuträglichkeiten, die leichter zu verschmerzen waren als die sich immer länger ausdehnenden Wartezeiten bis zur Zuteilung der Verträge. Offensichtlich war es so, daß vor allem die bisher betriebene Vollfinanzierung der gesamten Bau- und Bodenkosten auf kollektiver Basis die Leistungskraft der Bausparer überforderte. Wenn man erträgliche Wartezeiten erreichen wollte, so wurde argumentiert, dann müsse man von vornherein das Ziel des Bausparens auf die Finanzierung des am Kapitalmarkt sonst nicht beschaffbaren Teils des Leihgeldes beschränken. Auf diese Weise würde man nicht nur eine befriedigende Proportion zur wirtschaftlichen Leistungskraft des Bausparers herstellen, sondern auch die Wartezeiten beträchtlich verringern können. Schließlich hätte eine solche Regelung den weiteren Vorteil einer Arbeitsteilung zwischen den Bausparkassen und den klassischen Realkreditinstituten: Die Bausparkassen kämen, wenn sie sich auf die Gewährung nachstelliger Hypotheken

beschränkten, dem organisierten Realkredit vor allem der Hypothekenbanken nicht mehr ins Gehege.

Mehrere Jahre hindurch kam der Streit der Meinungen innerhalb der deutschen Bausparkassen nicht zur Ruhe. Es war vor allem die Geschäftsführung der GdF Wüstenrot, die sich für die Vollfinanzierung einsetzte und gegen die von der Mehrheit vertretenen Reformgedanken stimmte. Aber es half nichts, 1938 wurden vom Reichswirtschaftsminister die sogenannten Reformrichtlinien erlassen, in denen den Bausparkassen als wichtigstes Arbeitsfeld die Gewährung II. Hypotheken für Eigenheime und Kleinwohnungsbauten zugewiesen wurde. I. Hypotheken sollten von den Bausparkassen selbst grundsätzlich nur noch gewährt werden, soweit sie von einem anderen Geldgeber zu marktüblichen Bedingungen nicht zu erlangen sind.

In Ludwigsburg hat man damals die Reformrichtlinien wohl eher etwas zähneknirschend hingenommen. Andererseits waren jetzt endlich klare Verhältnisse geschaffen. Es ergaben sich kürzere Wartezeiten für die Bausparer als vorher. Zudem war mit dem Einbau der Bausparkassen in das deutsche Kreditsystem zweifellos ein entscheidender Schritt zum Aufbau eines organisierten nachstelligen Realkredits auf privatwirtschaftlicher Grundlage getan worden. Das war auch schon deshalb von Bedeutung, weil im Dritten Reich die Existenz der Bausparkassen niemals völlig gesichert schien. Die Institute konnten zu keiner Zeit ihres Lebens froh werden.

9. Im Dritten Reich

Überhaupt hatte der politische Umschwung von 1933 auch für die Bausparkassen beträchtliche Folgen. Die nationalsozialistische Regierung bezeichnete ihr Wirtschaftssystem selbst als »Lenkungswirtschaft« und verstand darunter eine Art Zwischenstufe zwischen dem System der freien Marktwirtschaft und der sozialistischen Planwirtschaft. In den ersten Jahren nach der Machtergreifung durch Hitler und vor der Verkündung des Vierjahresplanes überwog dann auch tatsächlich das marktwirtschaftliche Element. Doch bekamen die Bausparkassen schon in dieser Zeit zu spüren, daß bestimmte Gruppen innerhalb der NSDAP eine Neuordnung der Kreditwirtschaft anstrebten, in der die privaten Bausparkassen um ihre Existenz bangen mußten. Recht fragwürdig war andererseits, daß das Gedankengut, das dem Bausparen zugrunde lag, in verdächtige Nähe der nationalsozialistischen Ideologie geriet. Die niedrigen Darlehenszinsen der Bausparkassen dienten dazu, das Wort von der »Brechung der Zinsknechtschaft«, das die Nationalsozialisten in ihrem Wirtschaftsprogramm stehen hatten, zu illustrieren. Der württembergische Ministerpräsident, Professor Mergenthaler, schrieb: »In dem Bauspargedanken will eine Idee Wirklichkeit werden, die durch und durch verwandt ist mit den Zielen, die sich auch die nationalsozialistische Bewegung gesteckt hat. Wir brauchen zur Erneuerung Deutschlands ein bodenverbundenes Volk mit ausgeprägtem Heimatsinn, denn Blut und Boden sind die tragenden Pfeiler des Dritten Reichs. In den Mietkasernen der Großstädte sind diese Grundlagen zerstört worden. Eigenheime in Licht und Luft und Sonne in Gottes freier Natur müssen mithelfen, ein heimatverbundenes, an Leib und Seele gesundes Geschlecht zu schaffen.«

Das waren alles schöne Worte, bei denen man freilich nicht vergessen durfte, daß den Bausparkassen gleichwohl der Wind ins Gesicht blies. In den Betrieben selbst wurde die politische Gleichschaltung der Belegschaften mit Nachdruck betrieben. Bei der GdF mußten eine Reihe von Aufsichtsratsmitgliedern ausscheiden. Auch der von der staatlichen Aufsichtsbehörde eingesetzte Vertrauensmann, der ehemalige württembergische Staatspräsident Dr. von Hieber, wurde gezwungen, sein Amt aufzugeben. Die beiden

Geschäftsführer Dr. Schuon und Oechlin wurden schon im Juli 1933 beurlaubt. In den sechs Jahren bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gab es zudem immer wieder Versuche, die Existenzberechtigung der Bausparkassen in Frage zu stellen. Einflußreiche Parteileute, insbesondere in der Führung der Deutschen Arbeitsfront, entpuppten sich als scharfe Gegner der Bausparkassen und hätten sie am liebsten wieder abgeschafft.

Trotz dieser Schwierigkeiten erkämpften sich die Bausparkassen langsam aber sicher einen festen Platz in der Wohnungsbaufinanzierung. Dieser Platz war noch recht bescheiden, wenn man ihn mit unseren heutigen Maßstäben vergleicht, aber immerhin stellten die Bausparkassen im Jahre 1938, also im letzten vollen Friedensjahr, dem Wohnungsbau rund 100 Millionen RM zur Verfügung. Das Wohnungsbauvolumen betrug in diesem Jahr rund 2 Milliarden RM. Die damals bestehenden 56 Bausparkassen konnten auf ihren Erfolg umso mehr stolz sein, als sie ja erst ein gutes Jahrzehnt tätig waren. Die Bausparkasse GdF Wüstenrot, die im Mai 1939 ihr 15jähriges Tätigkeitsjubiläum feierte, verwies darauf, daß sie seit ihrer Gründung 25 000 Bausparverträge mit einer Vertragssumme von mehr als 300 Millionen RM ihren Bausparern zugeteilt hatte. Man sah mit einigem Optimismus in die Zukunft, doch wenige Monate später brach der Krieg aus, und für die Bausparkasse wie für das gesamte Reich gab es ganz andere Probleme.

10. Bausparen im Krieg

Zwar vollzog sich im Geld- und Kreditwesen der Übergang zur Kriegswirtschaft verhältnismäßig ruhig, die Menschen freilich hatten allen Grund, um ihre Ersparnisse zu fürchten. Die nationalsozialistische Regierung versuchte mit beträchtlichem propagandistischem Aufwand den Leuten einzureden, daß ihr Spargeld seinen Wert behielte. Der Reichswirtschaftsminister behauptete: »Der Kriegssparer wird nicht enttäuscht, sondern belohnt werden.«

Aber die Wirklichkeit sah natürlich anders aus. Panzerbau ging vor Wohnungsbau. Im Grunde bestand die Aufgabe der Bausparkassen wie auch die aller anderen Geldinstitute nur noch darin, durch Förderung der Sparkapitalbildung die freie Kaufkraft von den freilich immer weniger ergiebigen Verbrauchsgütermärkten abzulenken und aufzufangen und dem Reich zur Finanzierung der Kriegsausgaben Geld zur Verfügung zu stellen. Das Eigenheim war und blieb für viele Menschen mehr denn je ein Traum.

Die Bausparkassen selbst hatten Mühe, ihre Arbeit fortzusetzen. Mit der Verkündung des totalen Krieges nach Stalingrad hatte die Regierung eine scharfe Rationalisierung des gesamten Kreditwesens eingeleitet, die für die Bausparkassen leicht auf eine Beendigung ihrer Tätigkeit hinauslaufen konnte. Filialen wurden geschlossen oder zusammengelegt, Tausende von Angestellten notdienstverpflichtet, soweit sie nicht sowieso schon Soldaten waren. Im Februar 1943 kam es zu regelrechten »Auskämmungsaktionen«, bei denen die Bausparkassen zunächst 10% und später dreimal je 2% des vorhandenen Personals abgeben mußten. So stand das Jahr 1944, in dem das deutsche Bausparwesen und mit ihm seine Begründerin, die Bausparkasse »Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot« auf eine 20jährige praktische Tätigkeit zurückblicken konnten, im Zeichen der nahen Niederlage. In der Hohenzollernstraße verging damals kaum eine Sitzung der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrats, in der nicht über neue Schwierigkeiten, Stilllegungspläne und andere existenzbedrohende Kriegsmaßnahmen beraten worden wäre. 1944 wurde die Wochenarbeitszeit von 51 auf 54 Stunden erhöht, einen Monat später sogar auf 60 Stunden. Die Arbeit selbst konnte, wie es der Notzeit entsprach, nur unter enormen Erschwernissen getan werden. Es fehlte an Papier, an Hilfsmitteln und Maschinen, an Brennmaterial, an

allem. Dennoch waren die Ludwigsburger vergleichsweise glücklich dran: Die Stadt erlitt durch den Bombenkrieg nur relativ geringe Schäden, und das Haus in der Hohenzollernstraße kam mit ein paar zerbrochenen Fensterscheiben davon. Für den Notfall war ohnedies Vorsorge getroffen, Akten, Maschinen und Formulare ausgelagert. Man hatte die Bausparer aufgefordert, Bausparverträge, Kontoauszüge und Einzahlungsquittungen sorgfältig aufzubewahren, – eine Maßnahme, die sich später als überaus zweckmäßig erwies, weil es so gelang, den Geschäftsverkehr mit den Kunden nach Kriegsende schnell wieder in Gang zu bringen.

11. Zusammenbruch und Neubeginn

Die GdF hat ihren Geschäftsbetrieb im Frühjahr 1945 nur für kurze Zeit unterbrochen, denn nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in Ludwigsburg am 20. April waren von den neuen Behörden gegen die Weiterarbeit des Unternehmens keine Einwendungen erhoben worden. Lediglich die Geschäftsführer und eine größere Zahl von Angestellten, die nach den von den Besatzungsbehörden erlassenen Gesetzen als politisch belastet galten, mußten ausscheiden. Durch Anordnung der Militärregierung vom 28. Juli 1945 wurde Dr. Hermann Schuon, schon vor 1933 Vorstandsmitglied, zum neuen und alleinigen Geschäftsführer ernannt. Den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm Wilhelm Keil, einer der bedeutenden Parlamentarier aus der Weimarer Republik, ehemaliger württembergischer Wirtschaftsminister und dann langjähriger Landtagspräsident von Württemberg-Baden. Seine Verbindung zur GdF hatte sich daraus ergeben, daß er vom Innenministerium gebeten worden war, den in den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen vorgesehenen Posten eines Vertrauensmannes bei der Bausparkasse zu übernehmen. In das Aufsichtsgremium traten auch Männer ein, die der GdF seit Jahrzehnten aufs engste verbunden und schon in der Gründerzeit für die Ziele der Eigenheimbewegung eingetreten waren, nämlich Josef Andre, der Wirtschaftsminister der neugebildeten Landesregierung in Stuttgart, Dr. Carl Schaefer aus Ludwigsburg, IHK-Präsident und später Vizepräsident des Landtags, und Lothar Zobel, der ehemalige Direktor des Flughafens Echterdingen und einer der Mitsreiter aus den frühen Wüstenroter Tagen. Daß sich auch der Ludwigsburger Oberbürgermeister Dr. Karl Frank für die Bausparkasse einsetzte, lag auf der Hand. Er sorgte dafür, daß der Betrieb auch dann weitergehen konnte, als die Militärregierung das Verwaltungsgebäude in der Hohenzollernstraße beschlagnahmte, indem er in der ehemaligen Frauenarbeitsschule am Marktplatz sowie im benachbarten Kaufhaus Oberpaur eine Notunterkunft bereitstellte. Unter unvorstellbaren Schwierigkeiten gelang es, den Verwaltungsapparat einigermaßen intakt zu halten und auch vielen Mitarbeitern, die vom Kriegsdienst oder aus der Gefangenschaft nach Hause zurückkehrten, Arbeit und Brot zu geben.

Schlimmer noch als die Probleme des Nachkriegsalltags wurden jedoch die Hoffnungslosigkeit und die Ungewißheit empfunden, die das Wirtschaftsleben in dem geteilten Land lähmte. Gewiß zählt es zu den eindrucksvollsten Leistungen der GdF Wüstenrot, daß sie der allgemeinen Resignation nicht verfiel. Niemand konnte zwar sagen, wie es weitergehen würde, aber in den Akten aus jenen Tagen ist nachzulesen, daß man kaum einen Zweifel an der Zukunft des Bausparens hatte. Die zerbombten Häuser brauchten wieder ein Dach, die obdachlos Gewordenen und die Flüchtlinge mußten untergebracht werden. Das war eine Aufgabe für die Bausparkassen, die Hilfe durch Selbsthilfe zu ihrer Leitidee gemacht hatten. Und wirklich, das Neugeschäft kam bei der GdF wieder in Gang, lange bevor die anderen Bausparkassen ihre Verkaufsorganisation aufbauten. Damit legte die GdF den Grundstein für ihre großen Erfolge in der Nach-

kriegszeit, die ihr vor allem auch den großen Vorsprung vor allen anderen deutschen Bausparkassen verschaffte, der erst dadurch wieder von der Konkurrenz eingeholt wurde, daß diese sich großen Organisationen, wie etwa BSH dem Genossenschaftswesen, anschlossen. Die Mitarbeiter des Außendienstes – oft ehemalige Offiziere und Soldaten – holten Verträge herein, fanden mit ihrem Argument, daß ein Bausparvertrag eine gute Grundlage für den Wiederaufbau sei, offene Ohren. Aufsichtsrat und Geschäftsführung wiederum, die sich darüber klar waren, daß am Anfang einer wirtschaftlichen Gesundung eine Geldreform stehen mußte, versuchten durch Gutachten und Schriftsätze an Behörden und über Kontakte zu einflußreichen Persönlichkeiten in Wirtschaft und Politik die Notwendigkeit einer bevorzugten Behandlung der Bausparanlagen darzulegen. Und in der Tat: Als am 20. Juni 1948 mit der Währungsreform dem deutschen Volk eine der ersten großen Rechnungen für den verlorenen Krieg präsentiert wurde, kamen die Bausparer insofern ein wenig besser weg, als ihre Sparguthaben nur im Verhältnis 100 : 10 umgestellt wurden, während für die Guthaben bei den anderen Sparinstituten zunächst ein Umstellungsverhältnis von 100 : 6,5 galt. Im Bausparwesen konnte der so schwer ramponierte Spargedanke auch wohl deshalb am raschesten wieder Fuß fassen, weil er der Befriedigung eines elementaren Bedürfnisses diene. Es galt, der Wohnungslosigkeit und der Heimatlosigkeit zu Leibe zu rücken, und die Menschen erkannten recht schnell, daß der Weg der Selbsthilfe, wie er vom Bausparen in seiner zweckvollsten Form verkörpert wird, unter den gegebenen Umständen am schnellsten zum Ziele führen konnte. Bereits drei Jahre nach der Währungsreform zählte die GdF Wüstenrot 135 000 Bausparer. Der Gesamtbetrag der Baugeldbereitstellungen belief sich Ende 1951 auf 185 Millionen DM. Es ließ sich erkennen, daß die Bausparkassen endgültig aus dem Hintergrund des Wohnungswirtschaftlichen Geschehens hervortreten würden.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie bescheiden der Anteil der Bausparkassen an der Wohnungsbaufinanzierung vor dem Zweiten Weltkrieg trotz ihrer wachsenden Bedeutung in der Öffentlichkeit war, kann man einschätzen, welche Entwicklung hier in Gang kam. Die Bausparkassen wurden zu einem tragenden Pfeiler des Wohnungsbaues und einer modernen Sozialpolitik. Sie haben, um ein Beispiel zu nennen, im Jahr 1981 trotz der bekannten wirtschaftlichen Schwierigkeiten gerade im Wohnungsbau 46,4 % der von den Kapitalsammelstellen aufgebrauchten Mittel zur Finanzierung des Neubaus beigetragen und auch in der gegenwärtigen Rezession, wie schon bei früheren Gelegenheiten, entscheidend mit dafür gesorgt, daß die Baukonjunktur nicht vollends zusammenbrach.

Allerdings durften die Bausparer auch einer kraftvollen Unterstützung durch den Staat gewiß sein. Es kann nicht bestritten werden – und die Bausparkassen erkennen das auch dankbar an –, daß durch die Förderungsmaßnahmen des Staates die Eigentumsbildung und das Bausparen in der Bundesrepublik entscheidende Impulse erhalten haben. Das Wohnungsbauprämien-gesetz von 1952, das neben der Steuerbegünstigung die wahlweise Gewährung von Prämien für Bausparbeiträge brachte, hat insbesondere die Bezieher niedriger Einkommen in die Lage versetzt, zu Wohnungseigentum, zu einem eigenen Haus zu kommen.

So ist das Bausparen mittlerweile in unserer Wirtschaft und Sozialpolitik in eine ganz neue Dimension hineingewachsen, eine Dimension, die sich die Gründergeneration mit Georg Kropp an der Spitze wohl kaum hat träumen lassen. Gleichzeitig haben die Gestaltungsformen des Bausparwesens eine Entwicklung erlebt, die durch die Produktpolitik der Institute, die Verfeinerung der Bauspartechnik und nicht zuletzt durch die Gesetzgebung neue Akzente erhielt. Geradezu einen Schlußakt dieser Entwicklung stellt das Bausparkassengesetz dar, das – am 1. 1. 1973 in Kraft getreten – fast auf den Tag genau 10 Jahre alt ist. In ihm hat eine 50jährige Entwicklung einer neuen Branche ihre

kodifizierte Gestalt gewonnen. Das Bausparkassengesetz übernimmt bewährte Grundsätze, die den Leitgedanken Georg Kropps und der nachfolgenden Ausgestaltung durch die Praxis entsprechen. Der Kern des Bauspargedankens, der kollektive Vertrag mit dem Ziel der Hilfe durch Selbsthilfe, findet in § 1 dieses Gesetzes seine legale Ausformulierung. Das Haus Wüstenrot war am Zustandekommen dieses Gesetzes mit wesentlichen Beiträgen beteiligt.

Es ist gewiß nicht übertrieben, wenn man sagt, daß Georg Kropp und seine »Gemeinschaft der Freunde« damit den Anstoß zu einer der eindrucksvollsten wohnungswirtschaftlichen und sozialpolitischen Leistungen der letzten 60 Jahre gegeben haben.

Die Zeit erlaubt es nicht, und es würde auch den Rahmen einer historischen Betrachtung sprengen, wenn ich noch auf die heutige Bedeutung Wüstenrots näher einginge. Immerhin sei aber abschließend erwähnt, daß in den letzten 15 Jahren sich aus der ältesten deutschen Bausparkasse die *Unternehmensgruppe* Wüstenrot entwickelt hat. Zu ihr gehören der Bauträger »Hausbau«, die Stadtentwicklungsgesellschaft »Wüstenrot-Städtebau«, die »Wüstenrot-Lebensversicherung«, die inzwischen einen beachtlichen vorderen Rang unter den deutschen Lebensversicherungs-Unternehmen einnimmt, und schließlich die »Wüstenrot-Bank«, die mit einer Bilanzsumme von rd. 6 Mrd. DM die größte deutsche Baufinanzierungs-Spezialbank ist. Maßgebliche Beteiligungen an Immobilien-Fonds-Gesellschaften, die zusammen mit Großbanken betrieben werden, runden das Angebot ab. Eine Holding-Gesellschaft, die »Wohnungswirtschaft Wüstenrot Verwaltungs- und Finanzierungs-GmbH«, koordiniert die Aktivitäten der Einzelgesellschaften. An dieser Holding aber sind nach wie vor der Deutsche Eigenheimverein und seine Einzelmitglieder ausschließlich beteiligt. An diese wird bis heute kein Gewinn ausgeschüttet, und im Falle einer Liquidation würde das gesamte Vermögen der Wüstenrot-Gruppe gemeinnützigen Zwecken zufließen. Damit wahren die Wüstenrot-Unternehmen bis heute die idealistischen Zielsetzungen, die vor 62 Jahren in Wüstenrot für Georg Kropp und die Gemeinschaft seiner Freunde Grundlage ihres Handelns war.

Rückblick auf das Jahr 1982

Als am ersten Januar morgens kurz nach 7 Uhr die kleine Evelin das Licht unserer Welt erblickte, rieb sich auch das neue Jahr gerade die Augen aus und blinzelte in den beginnenden Tag. Der Übergang war nahtlos vonstattengegangen: das alte war mit Raketen und Böllern und dem Klang der Glocken von vielen Kirchtürmen verabschiedet worden, aber man wußte nicht so recht, ob das noch dem galt, das nun zu Ende war, oder schon dem neuen, dem mit Vorschußlorbeeren Beifall gezollt wurde wie einem Orchester, das man willkommen heißt, ohne sicher zu sein, daß uns seine Darbietungen auch gefallen werden. Man wußte es auch von 1982 nicht. Doch wir zeigten uns geneigt, ihm angetan zu sein – in der Hoffnung, daß es sich unserer Zuneigung würdig erweisen würde.

Für die Gemeinde Freiberg am Neckar brachte dieses neue Jahr mit seinem ersten Tag immerhin die Würde und Bürde einer Stadt mit sich. Die Einwohner feierten es gebührend. Und das milderte ein wenig den Wermutstropfen in unser aller noch ungetrübtem Wein: ab sofort mußten wir höhere Steuern bezahlen. »Ein Jahr, das mit soviel Arbeit beginnt«, stöhnten Betriebsinhaber und Angestellte, die sich in die Inventur stürzten. Viel Kleinkram war da zu bewältigen. Ein paar Tage später hatten wir andere Sorgen: Schnee wie seit Menschengedenken nicht mehr. Das war mal wieder ein richtiger Winter. Die Welt schien verzaubert in ihrem dicken dichten weißen Pelz, auf dem die Kinder herrlich Schlitten fahren und die Skisportler sich nach Herzenslust trimmen konnten. Gelegentlich schockten Kälterekorde das Land.

Nach 19 Tagen Erörterung ging die Einspruchsrunde gegen die Erweiterung des Kernkraftwerks in Gemmrigheim/Neckarwestheim zu Ende. 2700 Bürger hatten sich dagegen ausgesprochen und das war die größte Anti-Haltung in der bisherigen Kraftwerksgeschichte. In Vaihingen gingen am 17. Januar 5500 Bürger in vier Stadtteilen zur Wahlurne, um 42 neue Ortschaftsräte zu wählen. Es gab im Laufe des Jahres noch mehrfach Grund und Gelegenheit, seine Stimme für und gegen etwas abzugeben. Für, zum Beispiel, Bürgermeister oder Vorsitzende von Vereinen, die erneut zur Wahl standen. Die Wahlbeteiligung war unterschiedlich und wurde auch unterschiedlich ausgelegt. Entschuldigungen für Desinteresse fand man immer. Der Landrat bat am gleichen Tag, wie die Vaihinger zur Stimmabgabe baten, zum Neujahrsempfang ins Ludwigsburger Krankenhaus.

In diesen Tagen stellte die Strohäubahn zwischen Korntal und Weissach ganz neu entwickelte Triebwagen in Dienst. Ditzingens Oberbürgermeister Fögen wurde vorerst zum Amtsverweser bestellt. Manchmal haben manche Leute etwas gegen ein Wahlergebnis, das ihnen nicht gefällt. An zwei Tagen des Monats schlimme Massenkarambolagen auf der Autobahn bei Ditzingen. Auch so eine Erscheinung, die uns durchs ganze Jahr hindurch begleitet. Verkehrsunfälle sind so zur Selbstverständlichkeit geworden, daß man sie kaum noch registriert – solange man nicht mittelbar oder gar unmittelbar betroffen ist. Da muß schon viel geschehen, um noch allgemeiner Aufmerksamkeit wert zu sein. Wenn 60 Fahrzeuge im Nebel ineinanderprallen, dann ist das so eine Meldung, die für einen Moment aufschreckt.

Das Hornmoldhaus in Bietigheim wird zum europäischen Kulturdenkmal erklärt. Nach einem internationalen Wettbewerb erhält die Stadt die Urkunde darüber. Die Rundfunkanstalten und die Zeitungsverleger einigen sich in der sogenannten Monrepos-Runde über die Zusammenarbeit bei der Erprobung eines lokalen Hörfunk- und Fernsehprogramms. Eine Etappe auf dem Weg zu neuen Entfaltungsmöglichkeiten neuer Medien ist damit erreicht.

Der Schnee hält an. Überall aber wird in diesem Jahr mit Salz gespart. Wir sind es unseren schon arg geschädigten Straßenbäumen schuldig. Und unserem Grundwasser auch. Mitunter führt das freilich zu einem regelrechten Schneechaos. Nicht nur auf den Straßen. Und dann kommt es wie erwartet: Hochwasser an Enz und Metter am Ende des Januar.

Der Arbeitsmarkt wird durch den strengen und anhaltenden Winter sehr belastet. Die Arbeitslosenquote steigt um 3,9%, wie die Arbeitsverwaltung mitteilen muß. In Ludwigsburg weicht die Vereinigung »Lebenshilfe« einen Treffpunkt in der Brenzstraße ein – ein Beratungs- und Kommunikationszentrum für Betroffene. Und für Mitfühlende, Mithelfende. Am 24. Februar wieder Eis und Schnee. Das führt allein in unserem Kreisgebiet zu 137 Unfällen. Auf dem Egelsee in Vaihingen/Enz wird der 2000. Kurs absolviert. 20 500 Personen sind bisher darauf vorbereitet worden, was passieren kann, wenn etwas passiert. Sie lernen, sich richtig zu verhalten. Die Firma Kreidler muß Antrag auf Konkurs stellen. 450 Arbeitsplätze sind davon betroffen. Es wird nicht das einzige »Aus« für Betriebe und Arbeitnehmer in diesem Jahr bleiben.

Ernst Fischer, der bisherige Finanzmann der Stadt Kornwestheim, wird zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Dieser März gestaltet sich zu einem Monat der Brände. 6 Menschen kommen in einer Woche dabei um. Nun ist auch das Schicksal der einzigen Brauerei im Landkreis Ludwigsburg besiegelt: die traditionsreiche Schwieberdinger Lammbrauerei ist am Ende. Bürgermeister Vogel in Markgröningen wird wiedergewählt. Die weiße Flotte auf dem Neckar feiert ihr 25jähriges Bestehen.

Am 23. März kommt Bundesforschungsminister von Bülow nach Ludwigsburg, um auf der Deponie des Kreises »Am Lemberg« die wegweisende Gasverwertungsanlage in Betrieb zu setzen. Das in der Deponie entstehende Biogas heizt eine nahe Gärtnerei und wird zu Strom fürs öffentliche Netz umgewandelt. Brandstifter sind am Werk: Im Raum Marbach, Murr, Benningen entsteht ein Schaden von rund 2,5 Millionen Mark. 13 000 Mark Belohnung werden ausgesetzt. Am 30. März brennt in Mundelsheim die 250 Jahre alte »Krone«. Drei Kinder kommen in den Flammen um. Das Deutsche Rote Kreuz des Kreisverbandes ist mit mehreren Lastwagen voll Hilfsgütern auf dem Weg nach Polen. 20 Tonnen!

Minister Engler eröffnet in der Bietigheimer Stadtbibliothek die Woche der Bibliotheken. Auch der Präsident des Landesverbandes Baden-Württemberg im Deutschen Bibliothekenverband, Rolf Schöck, ist mit dabei. Die älteste Einwohnerin im Kreis Ludwigsburg, Marie Erb, aus Murr, feiert ihren 101. Geburtstag. Bürgermeister Hollenbach stößt mit ihr aufs neue Lebensjahr an. Mit einem guten Gläschen Roten. Strahlende Sonne vergoldet den Tag der Saisonöffnung im Blühenden Barock in Ludwigsburg. Staatssekretär Heinz Heckmann schließt in diesem Jahr das große Tor symbolisch auf.

Im April 1982 wird die neue Orthopädische Klinik in Markgröningen, die Nachfolgerin der ruhmreichen Wernerschen Anstalten in Ludwigsburg, durch Sozialminister Schlee eingeweiht. Sie hat 220 Betten und hat 75 Millionen Mark gekostet. Ende des Monats, der ansonsten ohne eklatante Ereignisse verläuft, treffen sich Forscher aus Wissenschaft und Wirtschaft zu einem Symposium über die Wüstenpflanze Jojoba in Ludwigsburg. Den Vertretern aus Australien, den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik geht es um Öl, diesmal aber nicht ums schwarze aus der Erde. Auf der Schillerhöhe in Marbach empfiehlt sich über den Monatswechsel eine große Gewerbe-schau als Schaufenster für heimischen Fleiß.

Die weltberühmten Ludwigsburger Schloßfestspiele, die nun ja auch Festspiele Baden-Württemberg heißen, eröffnen die neue Saison mit der »Missa solemnis«. Im Krankenhaus Marbach wird im Wonnemonat die Geburtshilfeabteilung geschlossen. Dafür soll eine neue Innere Abteilung aufgebaut werden. Sie wird am 1. April des

folgenden Jahres ihre Arbeit aufnehmen. Dem Krankenhausbedarfsplan des Landes ist damit Genüge getan. In Pleidelsheim wird Erwin Paulus, in Steinheim Alfred Ulrich als Bürgermeister wiedergewählt. Die Wernerschen Anstalten und die alte Mathildenkaserne in Ludwigsburg werden abgerissen. Heute erinnert schon nichts mehr daran, daß es sie einmal gegeben hat – nichts Sichtbares. Im Ludwigsburger Schloß verleiht Ministerpräsident Lothar Späth die Verdienstmedaillen des Landes. Und wir haben auch wieder eine neue Weinkönigin. Sie heißt Monika Kurz, vom Württembergischen Weinbauverband; in dessen Jahresversammlung wird sie als Monika I. gekürt. Am 27. Mai großer Abschied für Dr. Pflugfelder, der 26 Jahre lang Kornwestheims Stadtoberhaupt war. Die Ludwigsburger feiern mit vielen Gästen aus nah und fern ihren 214. Pferdemarkt, die Vaihinger Ende des Monats ihren 276. Maientag. Und zwar bei schönstem Frühlingswetter und mit Tausenden von Besuchern.

Im Juni besucht Mutter Teresa eine alte Freundin in Ludwigsburg. Albert Leibold wird wieder Bürgermeister von Erligheim. Mit diesem Monat beginnt die viel diskutierte und in harter Arbeit zusammengestellte Verbundstufe II unseres Verkehrsverbundes im Raum Stuttgart. 100 Jahre alt wird die Charlottenkrippe in Ludwigsburg und die Feuerwehrmänner des Kreises treffen sich zum 3. Kreisfeuerwehrtag in Freiberg. Das erwähnte Europa-Diplom für Bietigheims Hornmoldhaus wird am 14. Mai feierlich überreicht. Die Schillerstadt Marbach feiert ab 20. Mai die erste Nennung vor 700 Jahren. Und in Bietigheim wird das sehr gelungene Alten- und Altenpflegeheim »Haus an der Metter« eingeweiht. Mit 20 Millionen Mark ist es erstellt worden, ein richtiges Vorzeigehaus.

Ein Lehrpfad durch den Strombergwald wird eingeweiht. Er ist von Schülern der Grund- und Hauptschule Bönnigheim angelegt worden.

Einen wahren Bilderbuchsommer beschert uns dieser Juli 1982. Tagelang ist es sehr warm. Das Ludwigsburger Heilbad Hoheneck und das Stadtbad sind beide 75 Jahre alt. Nach 6 Jahren Renovierung wird das hübsche Favoriteschlößchen, das ehemalige Lustschloß Herzog Eberhard Ludwigs, wieder eingeweiht. 6 Millionen Mark hat es verschlungen. Aber was damit erreicht worden ist, kann sich wahrhaftig sehen lassen. Das neue Schmuckstück findet landesweites Interesse. Die Landesregierung beschließt die Umstufung von Straßen. Der Kreis wird sich noch im folgenden Jahr damit befassen. Eine rechte Fleißarbeit haben da die Kreisträte aufbekommen.

Die Gastwirte klagen, daß ihnen die Fußballweltmeisterschaft das Geschäft verdirbt. Der mobile Konsum nimmt sicher nicht ab, im Gegenteil. Kein Wunder auch bei so viel Spannung an den Bildschirmen. Und Enttäuschungen. Im amerikanischen Benzinlager im Osterholz zwischen Ludwigsburg und Asperg werden durch Zufall zwei Bomben entdeckt. War wirklich ein Anschlag geplant? Er hätte gewiß schlimmste Folgen gehabt. Schwerer Hagelschlag geht über Teilen des Kreises nieder. War wohl doch zu warm dieser Sommer. Walnußgroße Körner, heißt es. Vor allem der Nordteil ist betroffen.

Bietigheim ist in der Schieringerstraße um weitere Kostbarkeiten alter Fachwerksbaukunst reicher geworden. Sie sind mit viel Liebe und großer Mühe restauriert worden. Die Stadt wird immer attraktiver. Ende des Monats sintflutartige Regenfälle. Die Feuerwehren sind vor allem in Kornwestheim im stundenlangen Großeinsatz.

Eine gute und eine schlechte Meldung für den August: Beim ältesten Volksfest im Land, dem Markgröninger Schäferlauf, treffen sich mehr als 100 000 Menschen zum bunten Vergnügen. Der Rettungshubschrauber wird endgültig aus Ludwigsburg verbannt. Bis auf weiteres, mit immer wieder erneuerter Start- und Landeerlaubnis, wird er in Marbach am dortigen Krankenhaus stehen. Und das ist immer noch besser als die endgültige Verlegung nach Leonberg. Manch einen hat halt der gelegentliche Lärm gestört.

Mehr als 250 000 Besucher werden beim Bietigheimer Pferdemarkt registriert. Das ist ein herrliches Sich-gegenseitig-Übertrumpfen bei diesen Volksfesten. Immer mehr wird geboten, immer mehr Menschen lassen sich von den Darbietungen anlocken. In Kornwestheim läuft die 2. Wirtschaftswoche. Die Herrichtung des Gebäudes in der Bietigheimer Schieringerstraße hat 1,3 Millionen Mark erfordert: jetzt findet dort die Zuckmantele Heimatstube ihre endgültige, schöne Bleibe. Frisch-fromm-fröhlich-frei geht es beim Gauturnfest des Turngaus Neckar-Enz in Vaihingen zu. Peter Noak wird in Sersheim als Bürgermeister in seinem Amt bestätigt. In Bietigheim, unmittelbar neben dem »Haus an der Metter«, soll ein Heim für Multiple-Sklerose-Kranke entstehen. Im September erfolgt dafür der erste Spatenstich. Frau Späth ist Schirmherrin des Vorhabens.

Am 16. September feiert die württembergische Polizei mit Minister Herzog im Ludwigsburger Schloß ihren 175. Geburtstag. Ludwigsburg wird vom VDK Deutschland als »behindertenfreundliche Stadt« ausgezeichnet. Die Kammgarnspinnerei in Bietigheim gibt auf. Wieder ist ein Kapitel Geschichte zu Ende geschrieben.

Nach 16 Monaten als Amtsverweser wird Vaihingens neuer Oberbürgermeister auf sein Amt verpflichtet. Sein Vorgänger Gerhard Palm tritt nach 27 Jahren in den Ruhestand. Im Landeswettbewerb »Unser Dorf soll schöner werden« hat Kleinbottwar, Stadtteil von Steinheim, schon wieder den ersten Platz erreicht. Im Salamandersaal in Kornwestheim feiert die Gewerkschaft »Leder« die Erinnerung an ihre Gründung vor 90 Jahren. In ihrer alten Schule eröffnet die Stadt Gerlingen ein prächtiges Stadtmuseum mit Museum der Ungarndeutschen, über die sie seit vielen Jahren die Patenschaft hat.

Viel guten Klang hört man beim Landestreffen der Fanfaren- und Spielmannszüge in Hemmingen. Das »Mittlere Glemstal« bei Schwieberdingen wird zum 43. Landschaftsschutzgebiet im Landkreis Ludwigsburg erklärt. Von der Gesamtfläche des Kreises mit 668 qkm sind jetzt 486 Hektar oder 0,71 Prozent unter Naturschutz und 17 264 Hektar gleich 26 Prozent unter Landschaftsschutz gestellt. In Vaihingen/Enz veranstaltet der Landkreis eine erste Jugendschutzwoche. Viele Stellen unterstützen ihn dabei. Die angesprochene Jugend läßt sich durch »Abordnungen« vertreten.

Das Wirtschaftsministerium unseres Landes erteilt im November die Teilerrichtungsgenehmigung für den Block II des Kernkraftwerks. Auch Heinz Waibel wird in seinem Amt bestätigt: er bleibt für weitere 8 Jahre Möglingens Bürgermeister. Mitte des Monats zieht das Landratsamt mit Hilfe des DRK ins neue Kreishaus in der Hindenburgstraße 40 um. Ludwigsburgs City Ost-Sanierungs-Vorhaben nimmt Gestalt an, der Kreis leistet seinen Beitrag dazu. Thailändische Politiker und Beamte sind im Kreis zu Gast.

Ein »Tag der offenen Tür« bei den Sonderschulen des Landkreises am Favoritepark erlebt rund 10 000 Besucher, die die Schule für Geistigbehinderte und die Sprachheilschule mit ihren Kindergärten und den vorbildlichen Sporteinrichtungen kennenlernen wollen. Die sind schon bald ein viel genutztes Zentrum des Behindertensports. Das Instandsetzungsbataillon 220 der Bundeswehr verläßt nach 26 Jahren die Garnisonstadt Ludwigsburg, die einmal als »schwäbisches Potsdam« galt. Der 4. Kreisnaturschutztag wird am 20. November in Sersheim gehalten. Der Kreisnaturschutzpreis geht an den Gemeindeverband Schwieberdingen/Hemmingen und an Helmut Theurer, Schwieberdingen. Viele Preise sind auch 1982 verliehen worden. Eine stattliche Zahl davon ging an junge Menschen, die im Wettbewerb »Jugend musiziert« hervorragende Leistungen erbracht haben.

Ein Senator aus Nigeria mit Begleitung ist im Kreis Ludwigsburg, um die Mülldeponien kennenzulernen. Es hat sich also bis Afrika herumgesprochen, daß der Kreis Ludwigsburg auf diesem Gebiet bahnbrechend war. Ein Rekordweinjahr wird erwartet. Und es entwickelte sich auch als solches. Bei der Landesweinprämierung gehen Ehrenpreise nach Roßwag und an Burg Schaubeck. Die Ernte übertrifft alle Erwartungen.

20 Jahre Partnerschaft mit dem japanischen Kusatsu: eine Delegation aus Japan nimmt an der Feier in Bietigheim-Bissingen teil. In der Hauswirtschaftsschule in Kornwestheim stellt das Landesdenkmalamt einige der sensationellen Ausgrabungsfunde vom Vliesenhäuser Hof aus. In Häfnerhaslach wird die Häfnerhalle eingeweiht.

Wenn auch einige Bürger meinen, man dürfte sich Verspottung nicht gefallen lassen, so freut sich die Mehrheit doch über die Bild(-Werk) gewordenen Spottnamen für den Beihinger Mardel, den Geisinger Schneck und den Heutingsheimer Wehddürre, die Professor Henning Seemann aus Löchgau geschaffen hat. Sie werden vor dem Rathaus im neuen Stadtmittelpunkt der Bürgerschaft übergeben. Orkanartige Stürme sind die Begleitmusik zum Abschied des Jahres. Vor allem in Sersheim entstehen schwere Schäden.

Die Walheimer, die entlang der Hauptstraße viele Jahre hindurch Lärm und Staub aushalten mußten, können die Fenster wieder aufmachen: endlich ist die Umgehungsstraße um den Ort herum fertiggestellt. Auf der B 27 geht es jetzt zügig an Walheim vorbei. Wer langsam fährt, kann einen Blick auf die immer noch andauernden Ausgrabungsarbeiten erhaschen. Viel Wertvolles ist schon zutage gefördert worden. Grabungen auch nach Steinheims ehemaligem Kloster Marienthal. Mitten im Bebauungsgebiet mit rechtskräftigem Bebauungsplan! Gemeinden haben das zwar nicht so gern, aber man hat auch Verständnis für die Archäologen, die uns Blicke auf unsere Wurzeln eröffnen.

Die 180 Jahre alte Linde vor der Kirche in Beihingen wird als erstes Naturdenkmal im Kreis bezeichnet. So wie sie sollen 50 der insgesamt 300 Naturdenkmale im Kreis Ludwigsburg gekennzeichnet werden. Auch bei uns wird nun die wirtschaftliche Flaute immer mehr spürbar: 8800 Arbeitslose und 6600 Kurzarbeiter. Die Polizei zieht Verkehrsunfallbilanz für 1982: 42 Tote auf den Straßen des Kreises. Von den Verletzten und den materiellen Schäden ganz zu schweigen. Haben wir uns wirklich schon daran gewöhnt?

Mittlerweile ist auch 1983 schon fast wieder vorbei. Und wieder hat sich der Kalendermann bemüht, aufzuschreiben, was ihm wert schien, festgehalten zu werden, weil es vielleicht auch später noch von Interesse ist. Sicher war die Auswahl in gewisser Weise willkürlich. Vollständig war sie auf keinen Fall. Kann sie nicht sein, will sie nicht sein. Auch in 82 gab es Alltägliches und Außergewöhnliches. Es gab Übliches und Besonderes. Wobei das Besondere mitunter üblich und Übliches das Besondere war.

Herbert Saar

Berichte und Notizen

Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 1982/83

1. Die Vorträge im Winterhalbjahr 1982/83 im Kulturzentrum der Stadt Ludwigsburg

Wie im Vorjahr, eröffnete auch in diesem Herbst Staatsarchivrat Dr. Norbert Stein, Ludwigsburg, den Reigen der Vorträge am 14. Oktober, diesmal mit dem Thema »Pater Augustin Fischer aus Ludwigsburg – letzter Kabinettssekretär Kaiser Maximilians von Mexiko«. Das packend dargestellte Lebensbild dieses genialen Ludwigsburger »Taugenichtses«, das sich beinahe wie ein spannender »Krimi« anhörte, ist reichbebildert und ungekürzt in Heft 34/1982 der Ludwigsburger Geschichtsblätter wiedergegeben.

Am 11. November sprach Staatsarchivdirektor Dr. Seiler, Ludwigsburg, über »Freiberg – Wurzeln einer jungen Stadt«. Eindrucksvoll zeigte er die Entwicklung des heutigen Freiberg, Gemeinsamkeiten und Verzweigungen seit den Anfängen auf. Ausgezeichnete Dias von Baudenkmalern und Urkunden illustrierten die überaus lebendige Darstellung. Sie ist ebenfalls in Heft 34/1982 der Ludwigsburger Geschichtsblätter abgedruckt.

Den letzten Abend im alten Jahr, am 9. Dezember, gestaltete der dem Verein bestens bekannte Dr. Werner Volke vom Deutschen Literaturarchiv in Marbach mit dem Thema »Hölderlin und seine Zeit«. Der mit vielen Zitaten ausgeschmückte, Eindrücke und Reaktionen Hölderlins plastisch vermittelnde Vortrag verdeutlichte, wie aktuell Hölderlin geblieben ist (ausführlicher Bericht: Bietigh. Ztg. 21. 12. 82; LKZ 295, 23. 12. 82).

Die Vortragsserie des neuen Jahres begann am 13. Januar mit dem in das vorliegende Heft aufgenommenen Beitrag von Dr. Otto Schäfer »Die Geschichte der Bausparkasse Wüstenrot – zugleich die Geschichte des deutschen Bausparwesens«. Ausgehend von der Lebensgeschichte des Gründers, Georg Kropp, und seinen Initiativen läßt sich die Entwicklung der großen und weitbekannten Ludwigsburger Bausparkasse in ihren geschichtlichen Zusammenhängen erst verstehen (Vortragsberichte: Bietigh. Ztg. 24. 1. 83; LKZ 20, 26. 1. 83).

Der Abend am 10. Februar galt zunächst der »Jahresversammlung« des Historischen Vereins. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden Dr. Bollacher ging hervor, daß sämtliche Veranstaltungen erfreulich gut besucht waren. Die Mitgliederzahl ist im Steigen begriffen. Die Geschichtsblätter konnten mit Band 34, redigiert von Dr. Schmierer unter Mitarbeit von Dr. Mögle-Hofacker und Dr. Stein vom Staatsarchiv Ludwigsburg rechtzeitig zum Jahresende erscheinen und haben großen Anklang gefunden. Dr. Bollacher dankte der Redaktion für ihre umfangreiche ehrenamtliche Arbeit. Besonders erwähnte er die gemeinsame Veranstaltung des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins und des Historischen Vereins anlässlich des 900jährigen Bestehens des Hauses Württemberg mit einem Vortrag von Prof. Dr. Decker-Hauff am 5. 2. 83 im vollbesetzten Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses, die sehr großes Interesse gefunden hatte.

Den anschließenden Vortrag »Die Rolle des württembergischen Militärs in der politischen Krise 1848« hatte Dr. Franz Mögle-Hofacker vom Staatsarchiv Ludwigsburg übernommen. Er zeigte auf, welch hohes Maß an »politischer Kultur« 1848 in Württemberg erreicht war. Sowohl von seiten der parlamentarischen Opposition als auch von seiten des Monarchen, die ihre gegenseitigen Reaktionen genau abschätzten, wurde hier ein militärischer Konflikt durch kluges Einbeziehen der vorhandenen

Militärmacht in die jeweiligen politischen Überlegungen verhindert (ausführliche Berichte: Bietigh. Ztg. 16. 2. 83; LKZ 40, 18. 2. 83).

Für die Abschlußveranstaltung des Winters 1982/83 am 10. März hatte Dr. Robert Uhland, Lt. Staatsarchivdirektor i. R., gewonnen werden können. In einem ungemein spannenden Vortrag über »Herzog Friedrich von Württemberg und seine Alchimisten« stellte er heraus, wie dieser bedeutende Herzog, der den meisten wohl nur als Gründer von Freudenstadt ein Begriff ist, für seine im Ansatz sicher nicht tadelnswerte Idee, die Staatsfinanzen ohne Belastung für die Bürger bzw. die Wirtschaft des Landes zu sanieren, bei diversen Alchimisten teures Lehrgeld bezahlte (Berichte: Bietigh. Ztg. 24. 3. 83; LKZ 71, 26. 3. 83).

2. Die Studienfahrten im Sommer 1983

Der Deutschorden hatte einst im heutigen Landkreis Heilbronn bedeutende Niederlassungen, deren Bauten, insbesondere von der Renaissance und dem Barock geprägt, auch kunstgeschichtlich bemerkenswert sind. Thema für die Frühjahrs-Halbtagesfahrt des Vereins war daher ein Besuch dieser Niederlassungen und Bauwerke. Als Führer hatte sich der von anderen Fahrten bereits bestens bekannte Kreisarchivar von Heilbronn, Dr. Wolfram Angerbauer, gewinnen lassen.

Die Führung begann in Kirchhausen, wo Dr. Angerbauer zunächst einen Überblick über die Geschichte des Deutschen Ordens gab. In unserem Land faßte der Orden Fuß, als die Brüder Gottfrieds von Hohenlohe demselben 1219 ihr Erbe in und um Mergentheim übergaben. Damals wurde dort eine »Kommende« errichtet, und schon 1232 war ihr erster »Kontur«, Heinrich von Hohenlohe, »Deutschmeister« und 1244, in schwieriger Lage des Ordens, sogar »Hochmeister«. Gleichzeitig wurden auch im Gebiet um Heilbronn Niederlassungen des Ordens gegründet.

Überrascht stand man vor dem mitten in Kirchhausen gelegenen Deutschordenschloß, heute sicher einem der schönsten Rathäuser der Gegend! Der zweiflügelige Bau mit vier runden Ecktürmen, schön geschweiften Giebeln und Arkaden im Schloßhof stammt aus der Renaissancezeit und wurde 1570 erstellt. Hier wie auch an den folgenden Ordensbauten sah man die Fensterläden mit den Ordensfarben Schwarz und Weiß bemalt.

Nächstes Ziel war Neckarsulm, dessen Geschichte mit der Burg »Scheuerberg« verbunden ist. Das »Amt« Scheuerberg wurde, nach gänzlicher Zerstörung der Burg im Bauernkrieg, ins Neckarsulmer »Stadtschloß« verlegt, eine mittelalterliche Burganlage, die dann vom Deutschorden weiter ausgebaut wurde. Sehr romantisch bot sich der Blick vom Park aus auf die alten Bauten, den Turm mit noch romanischen Bestandteilen, das »Steinhaus« mit Erker und Staffelgiebel. Zuletzt Sitz des Oberamts, beherbergt das Schloß heute das bedeutende »Zweirad-Museum«. Besondere Aufmerksamkeit widmete Dr. Angerbauer der großartigen Stadtkirche, einem ursprünglich gotischen Bau – so noch auf dem Merianstich! –, auf dessen alte Tradition der Kirchenheilige Dionysius hinweist. Der jetzige Bau, im Zweiten Weltkrieg stark beschädigt und wieder aufgebaut, wurde, nun in Nordsüdrichtung, 1706–1710 vom Deutschorden in der für den Orden charakteristischen Barock-Bauweise erstellt, wobei der markante Turm erst 1757 errichtet wurde. Besonders bedeutend ist die der Marktstraße zugekehrte Nordfassade des Schiffs mit feiner Gliederung, zahlreichen Skulpturen und schöner Giebelpartie mit der Statue des heiligen Dionysius. Trotz anhaltenden Regens ging man noch zum prächtigen Rathaus, einem Renaissancebau von 1544 mit barocken Akzenten und einer schönen doppelläufigen Freitreppe.

Über den westlichen Ausläufer der sich zwischen Schwäbisch Hall und dem Neckartal erstreckenden »krummen Ebene« erreichte man das gegenüber von Duttenberg am Steilhang des Jagsttales gelegene Deutschordensschloß Heuchlingen. Das nach seiner Zerstörung im Bauernkrieg wieder aufgebaute Schloß mit Renaissance- und Barockteilen wirkt mit seinen Basteien und Rundtürmen, dem alten Bergfried mit geschweifter Haube und den Volutengiebeln hoher Steinhäuser von der gegenüberliegenden Talseite besonders malerisch. Das Schloßgut ist heute eine Staatsdomäne.

Letztes Ziel und krönender Abschluß der Fahrt war Gundelsheim, einst eine alemannische Siedlung. Die entzückende alte Stadt mit ihren efeumrankten Mauern und Türmen ist durch die bergan führende Schloßstraße ganz auf das beherrschend über dem Neckartal liegende Schloß Horneck ausgerichtet. Man begann mit der Besichtigung der Stadtpfarrkirche St. Nikolaus, die im 15. Jh. vom Deutschorden erbaut wurde und einst im Westen direkt an das 1440 von ihm gegründete Spital anschloß. Besonders gefiel der seitenschiffartige südliche Anbau mit schönem Gewölbe und einem spätgotischen Schnitzaltar (fränkische Schule »um 1490«) mit der »Mutter Anna selbdritt«, darunter der »Wurzel Jesse« in der Predella. Die 1700 barockisierte Kirche wurde 1923 wesentlich erweitert. Ihr heutiger Turm stammt erst aus neuester Zeit. Eine große Überraschung für alle, die Gundelsheim noch nicht kannten, war der Gang durch die malerische Schloßstraße mit ihren alten Steinhäusern aus der Renaissancezeit.

Das Schloß breitet sich mächtig auf einem Hügel vor dem Hang des Michaelsbergs (mit alter Kapelle ein Pendant zum Michaelsberg bei Bönnigheim!). Die einstige Burg kam 1250 durch Conrad von Horneck an den Deutschorden. Von etwa 1420–1525 war sie Sitz der Deutschmeister. Nach ihrer Zerstörung im Bauernkrieg ging dieser Sitz auf Mergentheim über. Burg Horneck, in der Folgezeit vom Orden prächtig wieder aufgebaut, ist neben dem Heidelberger Schloß das größte an den Neckarufeln. Durch ein äußeres Tor gelangt man über den tiefen Burggraben auf einer steinernen Brücke zum Hauptgebäude, einem riesigen Steinkasten mit zahllosen Fenstern und zwei Innenhöfen, 1526–1533 erbaut von Ordensbaumeister Keller aus Neckarsulm, 1724–1728 barock umgestaltet; aus dieser Zeit stammt ein prächtiges buntes Wappen Franz Ludwigs von der Pfalz über dem Eingang. Alles ist überragt vom alten Bergfried, der dem Schloß seine eigene Note verleiht. Leider hat man das Bild der Burganlage durch einen Neubau im Burggraben ganz empfindlich gestört, eine unverzeihliche Sünde der Neuzeit!

Da im Schloß ein Altersheim der Siebenbürger untergebracht ist, konnte man das so manche Sehenswürdigkeit bietende Innere nicht besichtigen. Ein großartiger Blick von der hoch über dem Neckartal gelegenen Bastei über die alten Burgmauern hinweg auf die malerische Stadt und die nun im Sonnenschein sich ausbreitende Neckarlandschaft versöhnte mit dem vorherigen Dauerregen. Dr. Angerbauer hatte es wieder einmal verstanden, den aufmerksam mitgehenden Zuhörern einen ganz neuen Aspekt der Geschichte unserer Gegend und ihrer bedeutenden Bauwerke zu vermitteln.

Ziel der Sommerfahrt am Sonntag, 19. Juni, war im Rahmen der beliebten Städtefahrten vergangener Jahre die alte Reichsstadt Ulm. Als Führer war Herr Rieber vom Stadtarchiv Ulm gewonnen worden, der in seiner Stadt als »wandelndes Lexikon« bekannt ist.

Zunächst besichtigte man den am Münsterplatz stehenden »Neuen Bau«, der in den Jahren 1585–1593 inmitten der damaligen Stadt als Lagerhaus errichtet wurde, so daß er für die Geschütze von Belagerern unerreichbar war. Der mächtige Bau, über dessen Portal das schwarz-weiße Ulmer Stadtwappen prangt, diente als Ausweichtube für den städtischen Rat, wenn einmal im Jahr die schwäbischen Stände an der Donau tagten. In der Mitte des Hofes steht ein Brunnen (1591), auf den man eine Figur der Hildegard gestellt hat, der Gemahlin Karls des Großen, der Ulm zur Freien Reichsstadt machte.

Diesen Status behielt Ulm bis 1803, als es bayerisch wurde; 1810 schließlich kam Ulm zu Württemberg.

Der Weg führte weiter in die an den Ufern der beiden Arme der Blau gelegenen Fischer- und Gerberviertel, die zu den am besten erhaltenen der Stadt gehören. Von hier aus ging es hinauf zum Weinhof, der sich am Platz der von König Dagobert im 7. Jh. errichteten Königspfalz befindet. Dort steht auch das Schwörhaus (1612), wo einst alle Ulmer den von den Räten verfaßten Schwörbrief mit einem Schwur als Verfassung der Stadt annahmen.

Ulm besitzt zwei Stadtmauern; eine seit 1150, die früher als Befestigung der Königspfalz diente, und eine aus dem Jahre 1840, die direkt am Donauufer liegt. Heute dient die äußere Mauer als Promenade. Auch die Gruppe aus Ludwigsburg legte darauf einige hundert Meter zurück, bis man zu dem 1345 errichteten Metzgersturm gelangte, wo man sich zum Rathaus wandte. Das Rathaus ist ein großer, buntbemalter Bau aus dem Jahre 1369. 1539 vergrößerte man den Bau, indem der Nordflügel angesetzt wurde, der zwar noch den gleichen Giebelschmuck aus gebrannter Terracotta trägt, aber nicht mehr den gotischen Zierat, wie ihn die ersten Fenster aufweisen. Den Hauptgiebel entlang zieht sich eine lange Reihe der Wappen jener Städte, mit denen Ulm Handelsbeziehungen unterhielt; dies tat die Stadt hauptsächlich mit Barchent, einem Leinen-Baumwoll-Mischgewebe. Die Wappen wurden jedoch erst im 19. Jahrhundert an den Giebel gesetzt, die übrige Bemalung stammt aus dem Jahre 1540. Am Rathaus sind drei Uhren: eine ungefähr 1520 installierte astronomische Uhr, die bald den Geist aufgab; und da kein Ulmer die Uhr reparieren konnte, behalf man sich zunächst mit einer Sonnenuhr, über die man schließlich eine weitere Zeigeruhr setzte. Erst Isaak Habrecht, der Schöpfer der Straßburger Uhr, vermochte die astronomische Uhr wieder in Gang zu bringen.

Schließlich führte die Fahrt auch nach Neu-Ulm, zu einem Punkt am Donauufer, wo sich der prächtige Anblick des Ulmer Stadtprofils bietet. Hier war auch eine der berühmten Ulmer Schachteln ausgestellt, mit denen die Ulmer Kaufleute die Donau hinabfuhren, um zu den Märkten in Wien oder Belgrad zu kommen; dort verkauften sie Kahn und Ware und kehrten auf dem Landweg wieder heim.

Am Nachmittag besichtigte man das Benediktiner-Kloster zu Wiblingen. Die in Rosa und Weiß harmonisierende Klosteranlage, die den weiten Hof umgibt, wurde 1417–1481 erbaut. Die Kirche allein fällt aus dem Rahmen etwas heraus, denn sie wurde erst 1772–1782 von Johann Michael Fischer konstruiert und von J. G. Specht nach Fischers Plänen vollendet. Die Fassade wirkt nüchtern, da sowohl Türme als auch eigentliche barocke Zierde fehlen. Der Grund dafür ist, daß die Ausgestaltung des Portals und des Innenraumes von Januarius Zick durchgeführt wurde, der bereits dem Klassizismus angehörte. Gerade dies gibt der Kirche einen besonderen Reiz; die Raumgröße und die fast anrührend einfache gold-weiße Ausgestaltung mit den sich in der Weite verlierenden Gemälden bieten einen Kontrast, der jegliche darin liegende Unnatürlichkeit übertönt. Die Deckenfresken von Zick beziehen sich hauptsächlich auf das Kreuz Christi, von dem ein Splitter als Reliquie in der Kirche aufbewahrt wird. Trotz der vielen Unebenmäßigkeiten des Baus wirkt der Raum nicht leer – viele weiße Figuren beleben die Weite. Unter diesen befindet sich auch eine kleine Kuriosität: eine Figur, die einzige Holzfigur, stellt Joseph dar, wie er das Jesuskind in den Armen wiegt; die Gruppe steht zusammen mit Engelchen, die das Zimmermannswerkzeug tragen, auf einem kleinen Altar.

Berühmter als die Kirche des Klosters ist wohl die Bibliothek, die auf Wunsch des Abts Meinrad von Christian Wiedemann erbaut wurde, um die große Sammlung an Schriftwerken würdig aufbewahren zu können. Alles im Raum ist aus Holz, auch die marmorierten Säulen, die rot und blau jeweils zu viert stehen. Die zarten, farbenprächtigen Gemälde stammen von F. M. Kuen. Dargestellt sind Motive wie der Baum der

Erkenntnis, Diogenes, die neun Musen, aber auch christliche Themen der Wissenschaft und Mission.

Die große Kirche Ulms, letzter Programmpunkt, mit dem höchsten Kirchturm der Welt, wurde 1377 gegründet, als man sich entschloß, die Pfarrkirche in der Stadt zu bauen: die erste Pfarrkirche – etwa 600 gegründet – lag außerhalb der Stadtmauer, so daß bei Belagerung ein Kirchgang nicht möglich war. 1377 also riß man sowohl die alte Kirche als auch Gebäude, die auf dem heutigen Münsterplatz standen, ab und begann den Bau. Noch heute sieht man im Fundament des Münsters graue Quader, die von der ehemaligen Kirche stammen. Noch im Jahre 1377 begann man mit dem Bau des Chores, der 1449 bewölbt wurde, 1473 wurden die Schiffe vollendet, wobei unterhalb der großen Säulen des Hauptschiffs gotische Altäre sich reihten, gestiftet von Adeligen und Reichen, die auch die dahinter emporstrebende Säule bezahlen konnten. Aufgrund statischer Probleme kam es 1491 zu einer Bauunterbrechung; ein neuer Baumeister hatte den Ehrgeiz gehabt, nicht die geplante Hallenkirche zu erstellen, sondern eine Basilika mit hohem Turm zu konstruieren. Aus diesem Zwiespalt zwischen Bauansatz und -weiterführung und dadurch, daß dem Turm das feste Fundament fehlte, entstand große Einsturzgefahr. Erst der Baumeister Engelhardt vermochte das Gotteshaus zu retten, indem er dem Turm starke Stützen bot und die Einsturzgefahr im Seitenschiff durch Niederreißen der schweren Hallengewölbe bannte. Stattdessen baute er dann eine fünfschiffige Kirche, in der das breite, mächtige Gewölbe des Mittelschiffs belebend den zierlichen Netzgewölben der Seitenschiffe entgegensteht. Die endgültige Vollendung des Gebäudes erfolgte jedoch erst in den Jahren von 1885–1890, als man den Turm nach alten Vorlagen vervollständigte.

Der Bildersturm hat dem Münster die meisten Figuren geraubt, so daß es heute ziemlich kahl erscheint. Glücklicherweise blieb uns das gotische Chorgestühl, das Jörg Syrlin ab 1468 errichtete, erhalten. Es weist eine besondere Dreigliederung auf, betrachtet man die geschnitzten Gestalten; oben findet man die Porträts der Jünger Jesu und früher Heiliger, in der Mitte stehen als größte Figuren Personen des Alten Testaments, unten schnitzte Michael Erhardt die Büsten antiker Philosophen und Sibyllen, welche das Heil geahnt oder erfahren haben. Der ursprüngliche große Altar Syrlins und Erhardts wurde ersetzt durch einen Holztisch und ein kleines Kreuzifix. 1803 stellte man an seinen Platz einen kleinen Familienaltar, der noch heute den Hauptaltar bildet.

Die Herbstfahrt am 1. Oktober hatte nach vergangenen Besuchen von Tübingen und Rottenburg das Ziel, die den »Unterländern« wenig bekannte alte Neckarstadt Horb zu besuchen und gleichzeitig in eine besonders reizvolle Gegend zu führen, weshalb damit auch eine Fahrt durchs indyllische Glatt-Tal bis Dornstetten verbunden war. In Rekordzeit erreichte der vollbesetzte Bus über die neue Autobahn in leider etwas diesigem Herbstwetter das erste Ziel Horb, wo bereits Dr. Gerhard Wein, der Kreisarchivar von Freudenstadt, der sich freundlicherweise zur Führung bereiterklärt hatte, die Reisenden empfing. Er machte zunächst mit der Stadtgeschichte bekannt.

Funde von alemannischen Gräbern in der Bahnhofsgegend beweisen eine Siedlung bereits in der Frühzeit. Ältester Teil ist die nicht mehr sichtbare untere Burg »Herrenberg« über einst sumpfiger Niederung (»Hor« = Sumpf). Nach den ursprünglichen Edelfreien von Horb ist die Erbauung dieser Burg durch die Pfalzgrafen von Tübingen, deren Besitz zum Nagoldgau gehörte, auf »um 1250« anzusetzen. Um 1300 kam Horb, das inzwischen bereits Stadt geworden war, an die Grafen von Hohenberg, deren Wappen, ein von Silber und Rot quergeteilter Schild, auch das heutige Stadtwappen darstellt. 1381 verkaufte Graf Rudolf III. von Hohenberg seine Grafschaft und damit auch Horb an Österreich, so daß die Stadt von da an bis 1805, als sie mit der Grafschaft an

Württemberg kam, vorderösterreichisch war. Horb war bis zur neuen Kreiseinteilung Oberamts- bzw. Kreisstadt und gehört nun zum Landkreis Freudenstadt.

Die Führung begann am alten Ihlinger Tor, somit in der älteren Vorstadt, über der sich die Altstadt steil am Hang überaus malerisch aufbaut, bekrönt von der mächtigen Anlage der Heiligkreuz-Stiftskirche und ihren Nachbarbauten. Man sieht von hier aus deutlich den Verlauf der am Berghang dahinziehenden ersten Stadtmauer mit darauf sitzenden Häusern. Nach einem Blick in den restaurierungsbedürftigen Hof des von Stuben'schen Schlößleins und vorbei am gegenüberliegenden von Ow'schen Haus »Hoher Giebel«, heute Heimatmuseum, ging es auf steilem, aussichtsreichem Pflasterweg und über den Marktplatz hinauf bis zu den auf beherrschender Höhe gelegenen Resten der zweiten Horber Burg, der »oberen«, die einst von den Grafen von Hohenberg erbaut wurde. Neben dem ein Rechteck umschließenden Gemäuer mit den Resten einer bergwärts stehenden Schildmauer (einst oben von zwei Ecktürmchen flankiert) steht stadtwärts der mächtige viereckige, stadtbildprägende »Schurkenturm« (weil später als Gefängnis verwendet), wahrscheinlich Bergfried der alten Burg. Von hier aus sind auch die Befestigungen der zweiten Vorstadt am Hang jenseits des »Tales« mit zwei Rundtürmen zu sehen. Ein idyllisches Burggärtlein vermittelt einen besonders schönen Talblick, und hoch oben im Wald erscheint der »Schütteturm« als Abschluß der Szenerie.

Die nun besichtigte Heiligkreuzkirche, im ummauerten ehemaligen Friedhof, folgte einst einer Heiligkreuzkapelle und stammt in ihren Mauern aus dem 14. Jh., als Graf Rudolf III. von Hohenberg sie in eine Kollegialstiftskirche verwandelte. Nach einem Brand von 1725 wurde sie innen barockisiert. Ihre größte Sehenswürdigkeit ist die nach der Auffindung dort hingebachte »Horber Madonna«, eine wundervolle Steinplastik im »weichen Stil« der »schönen Madonnen« (um 1430). Neben der Kirche das ehemalige Dominikanerinnenkloster, später Sitz des Oberamts, und andere bedeutende Bauten. Das 1765 neu erbaute Rathaus an der zum Marktplatz verbreiterten Hauptstraße erfreut den Betrachter seit 1927 durch »das große Horber Bilderbuch«, eine fröhliche Darstellung der Horber Geschichte an der Fassade. Vom besonders heimeligen Winkel hinter dem sich mit massivem Mauerwerk erhebenden Chor der alten, aus der Burgkapelle der unteren Burg hervorgegangenen Liebfrauenkirche bewunderte man nochmals ein schönes Stück der Altstadt. Hier endet die steil ansteigende Hirschgasse, und man findet sich umgeben von ehrwürdigen Gebäuden, so dem »Steinhaus« mit Staffeligiebel, zuletzt »Fruchtkasten« des Horber Spitals. Der »Reichenbacher Hof« erinnert an die Zeit, als das Kloster Reichenbach in Horb begütert war. Leider hatte man nur einen allzukurzen Überblick über die Sehenswürdigkeiten der schönen Stadt gewinnen können, die, wie Dr. Wein erwähnte, auch mit dem Namen des berühmten Nürnberger Künstlers Veit Stoss verbunden ist (man nimmt an, daß er dort geboren ist, jedenfalls lebte seine Familie im Horber Raum).

Die Fahrt ging nun weiter aufwärts durchs malerische Neckartal, vorbei an Ihlingen mit der ursprünglichen Horber Pfarrkirche, bis zur Einmündung des Glatt-Tales, an der das alte ritterschaftliche Dorf Glatt liegt, einst Hauptort einer kleinen Herrschaft des reichbegüterten Rittergeschlechts derer von Neuneck. Von der Straße aus war das um 1513 erbaute Wasserschloß, »Weihereschloß« genannt, zu sehen. Der Weg durch das romantische Glatt-Tal führte vorbei an der links im Wald liegenden, burgengeschichtlich bedeutenden Ruine Lichtenfels und dem ihr benachbarten Leinstetten mit seinem reizenden Barockschloßchen. Vorbei an Neuneck, wo hoch am Hang noch Mauern der Neuneck'schen Stammburg zu sehen sind, erreichte man das Endziel Dornstetten, das sich vom Tal her besonders eindrucksvoll in seiner Lage auf einem Bergsporn präsentierte. Auf dem geräumigen Marktplatz mit stilgerechtem Kopfsteinpflaster gab Dr. Wein einen Überblick über die reiche Stadtgeschichte. Schon 767 ist im Lorscher Codex ein

»Stetten im Dorngau« (ein Teil des Nagoldgaaes!) erwähnt. Ursprünglich gab es zwei Siedlungskerne, einen Adelssitz oben auf dem Bergsporn (mit Martinskirche und Maierhof) und das bäuerliche Dorf Dornstetten. Man hörte von einer alten Waldgemeinschaft, dem »Waldgeding«, der viele Dörfer und Weiler ringsum angehörten und deren Mittelpunkt Dornstetten war. In dem benachbarten Ach hat ein Wirtshaus in seinem Namen diese alte Tradition aufleben lassen. (Diese Institution erinnert lebhaft an die alte Hardtwaldgemeinschaft im Nordosten des Ludwigsburger Landkreises!) Das ursprünglich zum Besitz der Zähringer gehörige Dorf kam im 13. Jh. an die Grafen von Urach-Fürstenberg, welche um 1270 die Siedlung um den alten Herrnsitz auf dem Bergsporn zur Stadt erhoben und befestigten. Über die Grafen von Hohenberg kam Dornstetten schon 1320 an Württemberg. Die Stadt hatte, zunächst als einzige württembergische auf der Hochfläche des Schwarzwalds, einige Bedeutung als Tagungsort für militärische und theologische Vereinbarungen (z. B. 1551 die »Dornstettische Confession« für das Konzil von Trient) und wurde daher durch die Gründung von Freudenstadt hart betroffen, doch blieb ihr bis 1807 ein großes eigenes »Amt«.

Der »Bilderbuch«-Marktplatz erfreut durch seine schönen Fachwerkhäuser, die allerdings alle erst nach dem großen Stadtbrand von 1686 in ihrer jetzigen Gestalt entstanden sind. Hervorstechend ist das Rathaus, an dem neben anderen auch das Fürstenberger Wappen zu sehen ist. Das ebenso prächtige Fachwerkhaus daneben, vormals ein Gasthaus, ist heute Bestandteil des Rathauses. Die in ihrer jetzigen Gestalt spätgotische Martinskirche ist ein bedeutender, harmonisch ausgewogener Bau, ein echter Mittelpunkt der Stadt. Ihr majestätischer Turm erinnert in seinem oberen Teil, der in schöner Buntsandstein-Quadertechnik vom Viereck ins Achteck überführt, an die Türme der Tübinger Stiftskirche und der Reutlinger Marienkirche. Die Führung ging von dort in die Nordostecke der Altstadt, wo die ehemalige Zehntscheuer und ein Fruchtkasten von Schickhardt rückwärtig auf der Stadtmauer aufsitzen. Sehr »fotogen« ist von dort aus der Rückblick zur Kirche und zwei ihr benachbarte Gebäude eines ehemaligen Dominikanerinnen- und eines Franziskanerinnenklosters. Ein Rundgang durch die entzückende Altstadt beschloß die Führung, und man verabschiedete sich dankbar von Dr. Wein, der es verstanden hatte, Geschichte und Sehenswürdigkeiten der herrlichen Landschaft den Teilnehmern so eindrucksvoll nahe zu bringen. Ein gemütliches Beisammensein auf der Heimfahrt beschloß, wie üblich, das Sommerprogramm des Vereins.

Vorliegender Bericht stützt sich auf Zeitungsberichte der Veranstaltungen von S. Bollacher, W. Melchior und M. Otto.

Markus Otto

Ludwigsburger Stadtgründungsfeier 1983

Bei der traditionellen Stadtgründungsfeier in Ludwigsburg am 27. Mai 1983 hielt Oberbürgermeister Dr. Otfried Ulshöfer eine Begrüßungsansprache, in der er kulturelle Aspekte in Geschichte und Gegenwart der Stadt Ludwigsburg würdigte. Wir veröffentlichen nachstehend mit Zustimmung von Dr. Ulshöfer die einschlägigen Abschnitte seiner Ausführungen.

Seit dem totalen Zusammenbruch des Jahres 1945 haben wir Deutsche ein zwiespältiges Verhältnis zu unserer Geschichte. Über Jahre hinweg waren wir mit der Gegenwartsaufgabe des Wiederaufbaus und dann mit der Mehrung unseres materiellen Wohlstandes im sogenannten Wirtschaftswunder so beschäftigt, daß wir nicht nur unsere jüngste Vergangenheit damit verdrängt, sondern darüber hinaus geglaubt haben, uns überhaupt von unserer Geschichte verabschieden zu können. Dies ist inzwischen – nicht zuletzt mit dem offensichtlichen Ende des so lange für selbstverständlich gehaltenen ständigen Wohlstandswachstums – anders geworden. Mit der zunehmenden Rückbesinnung auf geistige, kulturelle Werte ist bei vielen Menschen auch das Bewußtsein wieder erwacht, daß wir die Probleme der Gegenwart und der Zukunft nur dann richtig anpacken und lösen können, wenn wir auch die aus unserer Geschichte herrührenden Vorbedingungen erkennen, uns mit ihnen auseinandersetzen und unsere aktuellen Probleme in geschichtliche Zusammenhänge einzuordnen vermögen.

Diese Einsicht gilt nicht nur für die großen Entwicklungszusammenhänge unseres Volkes. Sie ist auch gewachsen in unseren Städten und Gemeinden. Die Aufgeschlossenheit und Sensibilität gegenüber Fragen der Stadtbild- und Denkmalpflege, die heute nicht nur bei Verwaltungen und Gemeinderäten, sondern auch bei unseren Bürgern festgestellt werden kann, ist dafür nur eines von mancherlei Symptomen. So ist es auch nicht nur einfach die Befolgung eines Gemeinderatsbeschlusses aus dem Jahre 1957 oder das bloße Festhalten an einer inzwischen daraus erwachsenen Tradition, wenn wir uns heute abend zum 25. Male wieder hier im Ordenssaal des Schlosses versammelt haben, um der Gründung unserer guten Stadt Ludwigsburg im Jahre 1704 zu gedenken und uns durch einen Festvortrag wieder einmal mit einigen besonderen Aspekten unserer Stadtgeschichte vertraut zu machen. Es entspricht vielmehr auch dieser wiedergewonnenen Erkenntnis und ist Teil des Bemühens – sollte es wenigstens sein –, aus der Besinnung auf die Vergangenheit unserer Stadt Orientierungshilfen für die Bewältigung der Probleme unserer kommunalen Gegenwart und Zukunft zu gewinnen. ... Zwei Daten bieten sich in diesem Jahr vor allem als Anknüpfung für einen historischen Rückblick an. Da ist einmal der 250. Todestag unseres Stadtgründers, Herzog Eberhard Ludwig, am 31. Oktober 1983. Es gibt wohl keinen Zweifel, daß gerade Ludwigsburg, wie wohl keine andere Stadt in unserem Lande, Anlaß hat, dieses Fürsten, dem sie ihre Existenz verdankt, zu gedenken. Dies umso mehr, als in der Geschichtsschreibung mittlerweile ja manches zurechtgerückt worden ist, was das Bild dieses Mannes in der Volksmeinung so lange zwiespältig und umstritten erscheinen ließ. Und es ist ja auch nicht nur die bloße Existenz unserer Stadt als Gemeinwesen, die wir ihm zu danken haben. Es sind die wesentlichen Züge unserer Stadtgestalt, die seine Handschrift tragen und den Geist seiner Zeit widerspiegeln, und die bis heute den besonderen Charakter und das Bild unserer Stadt prägen. Es ist schließlich gerade auch dieses Schloß, in dem wir heute feiern, das der Herzog zwar damals mit dem unter Schweiß und bitteren Opfern aus seinen Landeskindern herausgepreßten Geld erbaut hat, das aber auf der anderen Seite aus unserer Stadt Ludwigsburg nicht wegzudenken, sondern ein unverwechselbarer Teil unseres städtebaulichen Erbes und der kulturellen Verpflichtung unserer Stadt ist.

Es ist indessen erst wenige Jahre her, daß wir des 300. Geburtstages unseres Gründerherzogs gedachten, und Herr Professor Grube bei der Stadtgründungsfeier 1976 sich mit seiner Persönlichkeit und seiner Bedeutung für Ludwigsburg auseinandergesetzt hat. Deshalb lag es nahe, in diesem Jahr ein anderes Thema in den Mittelpunkt zu stellen, das ebenfalls ein Jubiläum zu verzeichnen hat: das Ludwigsburger Porzellan. Es sind nämlich heuer 225 Jahre, seitdem Herzog Karl Eugen durch Dekret vom 5. April 1758 in Ludwigsburg die letzte der großen deutschen Porzellanmanufakturen des 18. Jahrhunderts gründete und damit zugleich eines der ersten Wirtschaftsunternehmen überhaupt in Ludwigsburg schuf. ... Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn ich das Ludwigsburger Porzellan als ein über lange Epochen unserer Stadtgeschichte hin von Kennern und Liebhabern geschätztes Kulturgut bezeichne – ein Kulturgut, das neben vielem anderen den Namen unserer Stadt weithin bekannt gemacht hat, und das es zu bewahren gilt.

Unsere Stadt hat im Laufe ihrer Geschichte, und in besonderem Maße gilt dies für ihre Kulturgeschichte, glänzende Höhepunkte, aber auch manche Tiefen und dunkle Zeiten erlebt. Manches davon läßt sich gerade auch an der Geschichte des Ludwigsburger Porzellans nachvollziehen. Gestatten Sie mir, hier aus dem Buch von Peter Lahnstein »Ludwigsburg – aus der Geschichte einer europäischen Residenz« zu zitieren, in dem ein solcher Höhepunkt beschrieben wird:

»Ludwigsburg in historischer Stunde – Spiegel der europäischen Szene. Hier brechen sich die Strahlen der farbenprächtigen Kulturen Europas: künstlerische, kunsthandwerkliche und architektonische Befruchtungen aus Oberitalien, Österreich und Böhmen, der suggestive Einfluß Frankreichs, Anregungen aus Venedig, Holland und England. Theater und Ballett erleben schönste Blüten, und nicht zu überhören die napolitanische Musik, der Triumph Jomellis. Blitze der französischen Revolution beleuchten die höfische Szenerie, die Weltgeschichte spielt herein, Napoleon ist zu Gast – Europa gibt sich ein Stelldichein.«

Gewiß, in unseren Tagen ist Ludwigsburg kein solcher Brennpunkt europäischer Kultur mehr, auch wenn unsere Ludwigsburger Festspiele mit ihrem Orchester inzwischen sicher europäischen Rang haben. Aber ich meine doch, daß eine Stadt mit einer solchen Vergangenheit eine besonders hohe kulturelle Verpflichtung hat – eine Verpflichtung, der unsere Stadt bis in unsere Tage hinein sicher nicht immer gerecht geworden ist. Es ist deshalb nach meiner Überzeugung auch wohl kaum übertrieben und muß gerade in dem besonderen Rahmen dieser Stadtgründungsfeier gesagt werden, daß es für die Kulturgeschichte Ludwigsburgs wieder einmal eine historische Stunde sein dürfte, wenn in wenigen Wochen die Bürger unserer Stadt über den Bau der vom Gemeinderat beschlossenen Stadt- und Festhalle entscheiden – einen Bau, der so, wie er beschlossen ist, nach meiner tiefen Überzeugung geradezu maßgeschneidert den gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben und Bedürfnissen unserer Stadt entspricht, und mit dem wir deshalb in unserer Verantwortung sowohl gegenüber unserer Geschichte als auch den kommenden Generationen bestehen können. Ich bin mir deshalb sicher, daß die Mehrheit unserer Bürger bei ihrer Entscheidung dieser Verantwortung und Verpflichtung gegenüber dem kulturellen Erbe unserer Stadt und damit zugleich für ihre Zukunft als Stätte der Kultur gerecht werden wird.

Buchbesprechungen

Utta Keppler: Friederike Kerner und ihr Justinus. Mühlacker (Stieglitz-Verlag E. Händle), 1983, 185 S.

Wie bereits in ihren früheren biographischen Werken beschränkt sich Utta Keppler nicht auf die bloße Darstellung eines einzelnen Lebensweges, sondern entwirft ein Stimmungsbild vom Leben in einer bestimmten Epoche. Einfühlsam und zeitweilig auch dramatisch – die Romanform erlaubt dies – wird das Hauswesen des Weinsberger Kernerhauses mit all seiner bunten, manchmal fast exotisch anmutenden menschlichen Menagerie vorgestellt. Anliegen der Autorin ist es, hierbei nicht nur den Lebensbereich des 1786 in Ludwigsburg geborenen Arztes, Dichters und Psychologen Justinus Kerner darzulegen, im Mittelpunkt steht vielmehr, wie schon der Titel zum Ausdruck bringt, seine Frau Friederike geb. Ehmann, früh verwaiste Pfarrerstochter aus Ruit auf den Fildern. Der Tübinger Student hatte die Gleichaltrige kennengelernt, als sie in Lustnau bei einer Verwandten in harten Diensten stand. Unaufdringlich, zielsicher, klug und mit jenem Realitätssinn versehen, der ihm oft abgeht, steht sie seinem Haushalt vor, in dem ein ständiges Kommen und Gehen herrscht. Gäste und Patienten der Landarztpraxis geben sich hier die Klinke in die Hand; viele, die Aufnahme finden, sind beides zugleich. Voll Hilfsbereitschaft, aber selbst eher unpraktisch und von depressiven Anlagen gequält, nimmt Kerner allerlei Kranke in sein Haus, darunter die Seherin von Prevorst, Friederike Hauffe, oder die Tänzerin Lola Montez, Geliebte König Ludwigs I. von Bayern. Beide Damen sorgen für einige Unruhe im Haus. Daneben treffen sich im Kernerhaus zahlreiche Freunde aus dem spätromantischen Dichterkreis, wie Uhland und Lenau, zu angeregten Gesprächsrunden. Friederikes Aufgabe ist es, bei alledem den Überblick zu bewahren. Zwischen den parapsychologischen Studien ihres Mannes und den nüchternen Problemen des kargen Hausstandes steht sie als fester Pol. Die dauernde Überbeanspruchung ihrer Kräfte macht sich schließlich durch Krankheit bemerkbar, die sie zunächst verheimlichen kann, um den sensiblen Mann nicht aufzuregen. Nach einundvierzigjähriger Ehe stirbt sie im April 1854. Kerner war sich ihrer Bedeutung für sein Leben bewußt, als er die gemeinsame Grabschrift bestimmte: »Hier ruht Friederike Kerner und ihr Justinus«.

Dankenswerterweise hat Utta Keppler auch das vorliegende Werk mit Quellenangaben und einem Personenregister versehen.

Regina Schneider

Bilderatlas zur Württembergischen Geschichte. Im Auftrag der Württ. Kommission für Landesgeschichte unter Mitwirkung von Peter Goeßler hg. von **Eugen Schneider**. Weidlich Reprints Frankfurt/M. 1981. (Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1913 Paul Neff-Verlag/Max Schreiber, Esslingen/N.) 96 SW-Tafeln, sowie Vorworte, Inhaltsübersicht und ein Sach-, Personen- und Ortsregister.

Der mit dem Namen Eugen Schneiders – in einer einmaligen Konstellation mit Peter Goeßler und Julius Baum – auf das engste verbundene »Bilderatlas« bedarf in einer landeskundlichen Zeitschrift keiner Besprechung seines Inhalts. Das die Steinzeit bis zu den Jahren König Wilhelms II. mit 628 ganz vortrefflichen SW-Fotos und Reproduktionen aus der Zeit vor 1913(!) illustrierende Werk war schon 1913 mit seinem Konzept und dessen Realisierung in Deutschland vorbildlich. Schon bald nach seinem Erscheinen war der »Bilderatlas« vergriffen. 70 Jahre nach seiner Drucklegung spiegelt er als Reprint

gewiß in der Bildauswahl und im Forschungsstand die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg wieder. Es waren Jahre, die der Württ. Kommission für Landesgeschichte Verpflichtung waren, fachmännische Ergebnisse allgemeinverständlich darzustellen und zu verbreiten, ein Desiderat, das in der Zwischenzeit noch aktueller, notwendiger und schwieriger geworden ist. Der »Bilderatlas« war aber nicht nur bibliographische Rarität, er ist selbst ein Geschichtsdokument geworden. Vieles darin Erhaltene ist heute verloren. Der Neubearbeiter, Dr. Günter Stegmaier von der Württ. Landesbibliothek Stuttgart, hat dankenswerterweise das Werk durch ein Sach-, Personen- und Ortsregister erschlossen. – Dank sei auch dem Reprint-Verlag gesagt für den verlegerischen Mut. *Alois Seiler*

Günther Bentele/Adolf Drossel: Fachwerkhäuser im Kreis Ludwigsburg. Verlag der Galerie im Unteren Tor. Bietigheim 1981. 168 S., Bildteil 91 S.

Mit dem Band von Günther Bentele (Text) und Alfred Drossel (Fotos) wird eine Lücke auf dem heimatkundlichen Büchermarkt des Kreises Ludwigsburg geschlossen. Galt die besondere Aufmerksamkeit bislang eher den »repräsentativeren« Burgen, Schlössern und Kirchenbauten, so finden neuerdings auch profane Bauten wie Fachwerkhäuser eine ständig wachsende Zahl von Freunden. Mit dem vorliegenden Band wird dieser Entwicklung Rechnung getragen und zum ersten Male der Versuch unternommen, einem größeren Leserkreis ein weitgehend geschlossenes Bild über die Fachwerkhäuser des Kreises, unter denen nahezu alle Typen des südwestdeutschen Fachwerkbauwerks vertreten sind, allgemeinverständlich zu vermitteln. Schon das bloße Durchblättern des Buches regt dazu an, die beschriebenen und abgebildeten Fachwerkhäuser neu zu entdecken und vor Ort zu besichtigen.

Der Band »zerfällt« in zwei voneinander unabhängige Teile, wobei der Schwerpunkt beim ersten auf dem Text liegt, in den auch Fotos (Gebäude, Wände, Gefache, Türen, Decken, Erker u. a.) mit ausführlichen Erläuterungen sowie Zeichnungen von Fachwerkkonstruktionen eingestreut sind.

Der Textteil, dem Geleitworte des Landrats und des Bietigheimer Oberbürgermeisters vorangestellt sind, beginnt mit einer kurzen Einführung in die »Fachwerklandschaft«, in der die Vielfalt der Fachwerkbauten in den Städten und Dörfern des Kreises vorgestellt und mit einzelnen Beispielen belegt wird. Historische Aspekte (Hinweise auf Stadtbrände, Kriege, Bauordnungen, »ärmere« und »reichere« Orte usw.) werden dabei ebenso aufgegriffen wie denkmalpflegerische Probleme der Gegenwart (z. B. Sanierungs- und Freilegungsfragen). Gerne hätte man zu manchen nur angeschnittenen Punkten mehr erfahren.

Das Gewicht des Textteils liegt jedoch auf den aufschlußreichen Ausführungen zum Fachwerkbau selbst. In knapper Form wird über den Werkstoff Holz, dessen Bearbeitung, die alemannischen und fränkischen Fachwerkkonstruktionen, die im wesentlichen unsere Fachwerkhäuser prägen, Zierat und Zierfachwerk, Gefache, Fenstererker, volkskundliche Motive an Fachwerkhäusern, Fassaden, Innengestaltung, Fachwerk im 19. und 20. Jh. u. a. berichtet. Die jeweiligen Themen nehmen auch hier Bezug auf exemplarisch ausgewählte Fachwerkhäuser.

Der zweite Teil des Bandes, der Bildteil, enthält eine Fülle von meist ganzseitigen, ebenfalls mit informativen Bildunterschriften ergänzten Farb- und Schwarzweißfotos, die die wichtigen, im Kreis Ludwigsburg vorkommenden Fachwerktypen (Rathaus, Scheune, Schmiede, Bürger- und Ackerbürgerhaus u. a.) sowie zahlreiche Detailaufnahmen (Symbole, Hausmarken usw.) wiedergeben.

Leider ist dem Bildteil keine erkennbare Ordnung zugrunde gelegt; es hätte sich eine typologische, chronologische oder topographische Gliederung angeboten. Daß auf

manchen Fotos die Giebel oder Türme der abgebildeten Fachwerkbauten abgeschnitten sind, was deren optischen Gesamteindruck nicht voll zur Geltung kommen läßt, soll am Rande Erwähnung finden.

Dem Bildteil schließt sich auf 7 Seiten ein alphabetisch geordnetes Verzeichnis mit »Wörterklärungen« an, das alle im laufenden Text vorkommenden Fachbegriffe knapp erläutert. Literaturverzeichnis, Ortsregister der Abbildungen und Inhaltsverzeichnisse für den Textteil bilden den Schluß des ansprechenden Bandes, der bei dem interessierten Leser gewiß die ihm gebührende Aufnahme finden wird.

Wolfgang Läßle

Jörg Weikert, Günther Jungnickl, Günter Bächle, Gisela Trampusch, Sylvia von Hahn: Burgen und Schlösser im Kreis Ludwigsburg. Ludwigsburg 1981, 188 S., zahlreiche Abb.

Eine Artikelserie der Ludwigsburger Kreiszeitung, erstellt von den fünf, sämtlich der Kreisredaktion dieses Blattes angehörenden Verfassern, liegt dem hier anzuzeigenden Werke – von S. K. H. Carl Herzog von Württemberg eingeleitet – zugrunde. In dem großzügig aufgemachten Buch werden insgesamt 33 historische Bauwerke – vorwiegend allerdings Schlösser oder schloßähnliche Herrensitze, weniger eigentliche Wehrbauten – einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. In flüssigem, journalistischem Stil zeigen die Verf. episodenhaft historische Streiflichter, die sich um die einzelnen Bauten ranken, und interessante – oft weniger bekannte – besitzgeschichtliche Details bis in die jüngste Gegenwart auf. Freilich, rein bau- und kunstgeschichtliche Details kommen – mit wenigen Ausnahmen (etwa Schloß Ludwigsburg, Burg Lichtenberg) – etwas zu kurz, müssen es aber wohl auch, wenn man auf ins Einzelne gehende Baubeschreibungen und den (allerdings auch kostspieligen) Abdruck von Grundrissen zu verzichten sich genötigt sah. Diesen kleinen Mangel vermögen indessen die schönen, informativen und zahlreich in den Band eingestreuten Fotografien, die ein anschauliches Bild von den Anlagen vermitteln, größtenteils auszugleichen. Erfreulich wäre freilich ein einleitender Text der Verf. gewesen, der dem Leser die Grundprinzipien der inhaltlich nicht immer ganz einheitlichen Gestaltung und die Auswahlkriterien stärker vor Augen geführt hätte. Der Aussagewert und die gute Lesbarkeit des Buches bleiben freilich davon unberührt.

Norbert Stein

Lebendiges Freiberg am Neckar. Ein Heimatbuch von Martin Hohnecker mit Beiträgen von Fritz Bürkle, Horst Etrich, Herbert Schlagenhauf, Alois Seiler, Wilhelm Burkhardt, Gustav Kek und Erich Pflugfelder. Fotos von Wilhelm Röckle u. a. Freiberg a. N. (Verlag Hans Memminger) 1982, 120 S.

1982 konnte Freiberg a. N. auf sein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Dieses Jubiläum, das durch die gleichzeitige Stadterhebung noch aufgewertet wurde, bewog das Bürgermeisteramt zur Herausgabe eines ansprechend gestalteten, reich illustrierten Heimatbuches. Das abwechslungsreiche Werk beschränkt sich nicht darauf, den gemeinsamen Weg der ehemaligen Gemeinden Beihingen, Geisingen und Heutingsheim zu dokumentieren, der 1972 mit breiter Zustimmung der Bürger eingeschlagen wurde; es erschöpft sich nicht in einer aktuellen Bestandsaufnahme und in der Bilanzierung eindrucksvoller Erfolge. Vielmehr wird auch die wechselvolle Vergangenheit der drei Stadtteile schlaglichtartig erhellt, sei es in den lebendigen, mit Anekdoten gewürzten Rückblicken des Hauptautors Martin Hohnecker, sei es in den fundierten Beiträgen von Fritz Bürkle oder Alois Seiler. Dessen lokalhistorischer Überblick beginnt bei den jungsteinzeitlichen Siedlungen auf der heutigen Stadtgemarkung, die nicht zuletzt durch

den Heutingsheimer Pfarrerssohn Prof. Oscar Paret erforscht wurden, und reicht bis zur Konstituierung der württembergischen Landeshoheit in den bis dato ritterschaftlichen Dörfern 1782 bzw. 1805.

Bei der Lektüre wird immer wieder deutlich, daß die junge Stadt kein bindingsloses Retortenprodukt der Gemeindereform ist. Die gegenseitigen Verflechtungen lassen sich zum Teil um Jahrhunderte zurückverfolgen, und selbst die Fusion von 1972 steht gewissermaßen auf historischem Fundament, bildeten doch Geisingen, Heutingsheim und ein Teil Beihingens vom 15. bis 17. Jahrhundert ein geschlossenes Herrschaftsgebiet der Herren von Stammheim und ihrer Besitznachfolger, der Schertlin von Burtenbach. Daß bei der Namensgebung der neuen Gesamtgemeinde dann die Herren von Freyberg Pate standen, die nur kurzzeitig in Beihingen begütert waren, sei hier nur beiläufig erwähnt. – Fazit: ein gelungenes, interessantes Buch, das auch bei Nicht-Freibergern Anklang finden dürfte.

Udo Herkert

Gerlingen. Vom Dorf zur Stadt. Bilder aus zwei Jahrhunderten 1783–1983, hrsg. von der Stadt Gerlingen in Zusammenarbeit mit dem Verein für Heimatpflege e. V. Gerlingen, 1983, 379 S. mit zahlreichen Fotos.

Aus Anlaß des 25. Jahrestages der Stadterhebung haben sich »Gerlinger Heimatfreunde« zusammengefunden, ein Heimatbuch herauszugeben, das die Entwicklung vom Bauern- und Weingärtnerdorf Gerlingen zur heutigen Stadt schildern soll. Dabei beschränken sie sich auf den Zeitraum der letzten zwei Jahrhunderte, als die für Gerlingen »entscheidende, prägende Epoche«. Entsprechend dem Untertitel besteht das Heimatbuch aus einer Sammlung unterschiedlichster Beiträge von insgesamt 20 Autoren. Es entstand ein mosaikartiges, informatives und anschauliches Bild der Lebensverhältnisse in Gerlingen.

Beginnend im Jahre 1783, als Gerlingen ein Dorf mit ca. 1000 Einwohnern war, werden die sozialen Verhältnisse im Bauern- und Weingärtnerdorf in den Grenzen des Dorfsetters vor 200 Jahren (F. Schaffert) und der bedrückende Alltag während der schweren Kriegszeiten und Hungerjahre am Ende des 18. und im 19. Jh. (R. Horstmann) lebensnah geschildert. Weitere Schwerpunkte bilden die Kapitel »Gerlingen von der ersten Dorferweiterung bis zum Beginn des Industriezeitalters«, »Gerlingen im Sog der Industrievororte von Stuttgart« und »Gerlingen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts«. Sozialgeschichtliches wie Bürgerrecht und Armenfürsorge mit den Anfängen der Sozialversicherung (D. Schweizer) oder Auswanderungen im 19. Jh. (A. Maisch) werden dem Leser anschaulich nahegebracht. Wirtschaftsgeschichtliche Beiträge sind ebenso vertreten wie Beiträge über das kulturelle und gesellige Leben (F. Schaffert, E. Stützel) oder naturkundliche Beiträge über den Gerlinger Wald (F. Wallenwein) und die Vogelwelt (M. u. S. Rösler). Der Beitrag »So schwätzt m'r bei ons en Gaerlenga« (A. Maisch) schildert – z. T. im Dialekt – Begebenheiten und Anekdoten aus Gerlingen. Nach Beschreibung der kirchlichen Verhältnisse (O. Müllerschön, D. Rösler) und der Geschichte der Schulen (F. Schaffert) folgt das Kapitel »Auf dem Wege zur Stadt: Die Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges«, das u. a. die Zeit unter der Militärregierung (E. Stützel), das Schicksal der Heimatvertriebenen (E. Stützel, Dr. H. Sauter), den Wiederaufbau und die Verleihung des Stadtrechts (E. Stützel) behandelt.

1958 war das lang erstrebte Ziel erreicht – Gerlingen wurde Stadt! Demgemäß wird dem von Bürgermeister W. Eberhard verfaßten Rückblick auf »25 Jahre Gerlinger Stadtgeschichte« ein breiter Raum beigemessen. Ausführliche Biographien über die fünf Ehrenbürger Gerlingens sowie eine Zeittafel beschließen den mit zahlreichen Farb- und Schwarzweißfotografien sehr ansprechend gestalteten Band. Ein gelungenes Heimat-

buch, das, ohne wissenschaftlichen Anspruch zu erheben, wohl gute Aufnahme bei den Gerlinger Bürgern finden dürfte.

Gabriele Carle

1200 Jahre Kornwestheim. Hg. von der Stadtverwaltung Kornwestheim 1982, 304 S. mit über 450 Abb.

Kornwestheim hat zu seinem Jubiläum (erste urkundliche Erwähnung im Codex Laureshamensis um 780) ein Buch vorgelegt, dessen Schwergewicht auf der Bilddokumentation liegt: rund 300 aus über 1100 von der Bevölkerung eingegangene Aufnahmen (»Historischer Bildteil«) und ca. 150 meist farbige Fotografien von Ereignissen des Jubiläumsjahrs 1981 füllen rund zwei Drittel des Bandes. Im vorangestellten darstellenden Teil werden »Kornwestheimer Streiflichter« (Hansmartin Decker-Hauff), »Kornwestheim und seine Wirtschaft« (Karl Maier), »Kultur, Kirche und Schule« (Jörg Weikert), »Sportstadt K.« (Hans Saile) und »Kornwestheimer Partnerstädte« (Martin Hohnecker) knapp abgehandelt. Die neun Ehrenbürger der Stadt (darunter vier Vorstandsmitglieder der Salamander AG) werden mit Bild vorgestellt, ein umfangreicher Abschnitt »Daten, Namen, Fakten« bringt statistische Angaben in übersichtlicher Form, die man in vielen der üblichen Ortsbücher vergeblich sucht (z. B. Bevölkerungsbewegung, Wahlergebnisse). Unter der Redaktion von Dr. Hanspeter Sturm ist so ein ebenso informatives wie interessantes Buch entstanden, das auch in seiner äußeren Aufmachung gefällt.

Wolfgang Schmierer

Willi A. Boelcke: Die Grundbesitzverhältnisse auf der Gemarkung Kornwestheim um 1365 (= Histor. Atlas von Baden-Württemberg, Hrsg. Kommission für geschichtliche Landeskunde in B.-W., 8. Lieferung, Karte und Beiwort IX, 3), Stuttgart 1980

Die Grundbesitzverhältnisse der Großmarkung eines Altsiedeldorfes, als welches das im fruchtbaren Strohgäu eingebettete Kornwestheim aufgrund ungebrochener Siedlungskontinuität seit der alemannischen Frühzeit gelten darf, bis ins Spätmittelalter zurück zu verfolgen, wird immer ein schwieriges, weil risikoreiches Unterfangen bleiben; dies schon deshalb, weil freieigenes, nicht hofgebundenes, mithin also abgabefreies Land – zumal in bäuerlichem Besitz – urkundlich nur selten, urbarial überhaupt nicht quellenmäßig zu fassen ist. Gerade dieser agrar- und sozialgeschichtlich bedeutsame Tatbestand des Übergangs von ehemals freieigenem Herrenland in bäuerlichen Besitz – ein Prozeß, der bereits im ausgehenden Hochmittelalter zu erkennen ist – macht sich in Kornwestheim in besonderem Ausmaße bemerkbar. Boelcke gelang es dank der günstigen Quellenlage um 1365 und rückschreitend von den Steuerregistern der frühen Neuzeit diese »Bodenreform im Schoße des feudalen Mittelalters« (S. 3) im einzelnen zu rekonstruieren und – zusammen mit der Erfassung des hofgebundenen, zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachenden Landes, der abgabepflichtigen und beliebig teilbaren Gült- und Teilbauäcker und den (nur geringen) Allmendanteilen – ein relativ geschlossenes Bild der Markungsstruktur Kornwestheims für den fraglichen Zeitraum nachzuzeichnen. Auf diese Weise konnte er die noch nicht zur Gewinnflur umgebildete, komplizierte Block-Streifen-Gemengeflur des 14. Jh. kenntlich werden lassen, deren Entstehung und Entwicklung noch der wissenschaftlichen Untersuchung bedarf.

Norbert Stein

Karlheinz Wacker: So war's im alten Ludwigsburg. Post- und Zeitgeschichtliches aus unserer Heimat. Ludwigsburg (Ungeheuer + Ulmer) 1981, 56 S. mit zahlreichen Abb.

Hans Rees hat mit seiner 1974 erschienenen umfangreichen Dokumentation »Die Postmeister von Ludwigsburg« die örtliche Postgeschichte detailliert bearbeitet und mustergültig erhellt. Die vorliegende Broschüre wurde aus Anlaß des 4. Briefmarken- und Münzentauschtags der »Ludwigsburger Kreiszeitung« am 29. 11. 1981 herausgegeben und behandelt, auf Rees und weiterer im »Quellennachweis« genannter Literatur (darin auch den »Ludwigsburger Geschichtsblättern«!) beruhend, in populärer Form die Entwicklung Ludwigsburgs mit besonderer Berücksichtigung der Verkehrs- und Postverhältnisse bis 1851 (= Einführung der ersten württembergischen Briefmarken). Bei den Abbildungen sind leider deren Fundorte nicht belegt.

Wolfgang Schmierer

Ortsbuch Hoheneck. Von Herbert Felden, unter Mitarbeit von Walter Adolf, Heinz Erich Walter u. a., hrsg. von der Evang. Kirchengemeinde Ludwigsburg-Hoheneck u. der Kath. Kirchengemeinde »Zur Hl. Dreieinigkeit« Ludwigsburg, Neckarwestheim (Walter Ortsbücher-Verlag) 1983, 384 S., 200 Abbildungen und 2 Beilagen.

Obwohl auf der Gemarkung Hoheneck viele vorgeschichtliche Funde gemacht wurden, besitzt unter den alten Orten des Landkreises Ludwigsburg Hoheneck die kürzeste Geschichte. Es ist wie Stuttgart eine badische Gründung unter Markgraf Hermann V. von Baden (1190–1242). Unter Benützung der Stein'schen Chronik wird die Entwicklung der kirchlichen und der bürgerlichen Gemeinde seit 1252 in allen Einzelheiten von einer ganzen Reihe von weiteren Mitarbeitern neben dem Hauptbearbeiter Pfarrer i. R. Herbert Felden, dem auch das Hauptverdienst am Zustandekommen dieser Chronik gebührt, auch Rektor Adolf und Verleger Walter dargestellt, so daß es im besten Sinne ein Hand- und Hausbuch zum Lesen und Anschauen geworden ist. Die Beschreibung der kirchlichen Entwicklung in Hoheneck macht deutlich, daß die heutige kirchliche Gemeindegliederung mit Kindergarten und Krankenpflegestation auf grundlegende Veränderungen in der Sozialstruktur im neunzehnten Jahrhundert – durch Verarmung verließen manche Bürger den Ort – und in unserem Jahrhundert durch die beiden großen Kriege und die dadurch bedingten Kriegsfolgen zurückzuführen ist. Seit 1945 zogen viele Heimatvertriebene nach Hoheneck, wie Pfarrer Felden selbst. Hoheneck, der wohl älteste Teil der jungen Stadt Ludwigsburg wäre aber unvollständig skizziert, wenn man nicht auch des Heilbades gedächte, das nach einer umfassenden Renovierung und Modernisierung immer mehr von sich reden macht, so daß auch Besucher von weiter her das Heilbad aufsuchen. Auch ein kleiner Ort wie Hoheneck lebt von der Arbeit und dem Wirtschaften seiner Bürger. Die einstige Fischerei, die Neckarschiffahrt, die vergangene Flößerei, schließlich auch die ersten Manufakturen vor 200 Jahren werden beschrieben. Die wichtigsten Flurnamen der Hohenecker Gemarkung sind zusammengestellt und damit ein wichtiges Stück Heimatkunde für Schulkinder und Erwachsene. Hoheneck hat seine stark dörfliche Eigenart bis heute im wesentlichen bewahrt. Um so mehr spielen die Vereine und Vereinigungen eine bedeutsame Rolle: als Gesangsvereine, Sportvereine, Obst- und Gartenbauvereine. Die einstigen Mühlen, die teilweise noch vorhandenen Weinberge und Kelter werden in Erinnerung gerufen und machen den großen Wandel sichtbar, den auch diese kleine Gemeinde am Neckar durchgemacht hat.

Dieses Ortsbuch ist ein gelungenes Beispiel dafür, was in der Lage ist, in unserer schnelllebigen und vergeßlichen Zeit lebendiges Geschichtsbewußtsein zu wecken und zu vertiefen, ohne welches wir Menschen nicht sein können, wenn unser Leben sinnvoll bleiben soll. Sinn gibt es für den Menschen letztlich nur in stets neu gewonnener geschichtlicher Erfahrung und Erleben. – Möge der stattliche Band, von einer ganzen Reihe heimat- und geschichtsbewußter Mitbürger mit erarbeitet, seinen Weg in die Herzen und Häuser vieler finden.

Prof. Dr. Ludwig Heieck

Karl Gratz: 200 Jahre Fißlerhof 1783–1983. Gemeinde Tamm 1983. Druck- und Verlagsgesellschaft Bietigheim m.b.H., Bietigheim-Bissingen. 38 S., 45 Abb., darunter 36 SW-Fotografien.

Das 200jährige Jubiläum des Fißlerhofes, ein Ortsteil der Gemeinde Tamm, war dem Verf. Anlaß, die Geschichte dieses ehemals rein landwirtschaftlichen Anwesens, seiner Besitzungen, seiner Gebäude und deren Bewohner aufzuzeichnen. Durch eingehende Quellenstudien (bes. im Gemeindearchiv Tamm) ist es ihm gelungen, fast sämtliche Besitzer der einzelnen Höfe, deren Vermögensverhältnisse und Lebensumstände festzustellen und so das allmähliche Anwachsen einer Siedlung mit ursprünglich zwei Höfen im Jahr 1790 auf heute 15 Höfe zu dokumentieren. Wesentliche Einschnitte im Leben der »Fißlerhöfer« bildeten der Bau der Eisenbahnlinie Bietigheim–Marbach (Murrthalbahn), die Einrichtung der modernen Wasserversorgung (um 1925), die Feldbereinigung von 1935 und natürlich der Zweite Weltkrieg. Unter Verwendung zahlreicher, oft historischer Fotografien ist eine bemerkenswerte und engagierte Schilderung entstanden. Das mit einer Stammtafel der Familie Fißler abgerundete Heft kann den Heimat-, wie Familienforschern, aber auch den Agrarhistorikern gezielte Information bieten.

Dorothea Bader

Schriftenreihe der Stadt Vaihingen a. d. Enz. Band 3. Hg. im Auftrag der Stadtverwaltung Vaihingen a. d. Enz von Ernst Eberhard Schmidt, 1983, 168 S. mit 46 Abb.

Der neue Band bringt neben zwei bemerkenswerten Berichten von Manfred Heller über Fauna und Flora um Vaihingen (S. 7–43) zunächst die Druckfassung von Peter Lahnsteins Festvortrag zur 1200-Jahr-Feier der Stadt (»Gestalten und Ereignisse aus Vaihingens Geschichte«, S. 45–61). Willi Müller vergleicht die Dreifelderwirtschaft in Vaihingen und Ingersheim (S. 62–68) und Manfred Scheck untersucht in seinem detailreichen und ausführlich belegten Beitrag »Kriegsende und politischen Neubeginn in Vaihingen 1918/19« (S. 97–137). Mit Karl Bitz' »Sammlung volkstümlicher Überlieferungen aus Gündelbach« (S. 69–96) wird ein 1901 verfaßter Aufsatz des 1909 verstorbenen Lehrers erstmals veröffentlicht; jüngere Zeitgeschichte wird in den bisher nur im »Enz-Boten« 1965 veröffentlichten Erinnerungen von Vaihingens erstem Bürgermeister nach dem 2. Weltkrieg, Ludwig Lörcher, »Besetzung, Kriegsende und Neubeginn 1945« (S. 139–160) und einer von Stadtrat Gottlob Kanz hinterlassenen kurzen Aufzeichnung von 1945 (S. 161f.) lebendig. Die Abbildungen – Fotografien (farbig zu den Berichten von M. Heller) und Karten – illustrieren die Texte und erhöhen den Informationswert dieses gelungenen Beitrags zur Geschichte Vaihingens.

Wolfgang Schmierer

Christine Bühlren-Grabinger: Harthausen. Geschichte einer Fildergemeinde. Wegra-Verlagsgesellschaft mbH, Stuttgart 1983, 163 S.

Friedrich Kühbauch: 650 Jahre Bitz. Wegra-Verlagsgesellschaft mbH, Stuttgart 1982, 228 S.

Im Stuttgarter Wegra-Verlag sind in gewohnt aufwendiger Gestaltung zwei weitere Ortsgeschichten erschienen, die dem Leser Einblick in das dörfliche Leben der Vergangenheit und einen Vergleich mit den Lebensverhältnissen der Gegenwart gestatten. In ihrer dritten Ortschronik legt Frau Bühlren-Grabinger die Ergebnisse fachkundiger Auswertung zahlreicher archivalischen Quellen zur Geschichte Harthausens vor und schließt mit diesem gefälligen Band eine noch offen gebliebene Lücke, nachdem vier der fünf Teilgemeinden von Filderstadt bereits ein Heimatbuch erhalten hatten. Zur

650-Jahrfeier der bis heute selbständig gebliebenen Gemeinde Bitz im Zollernalbkreis hat Friedrich Kühbauch ein informatives Heimatbuch verfaßt, bei dessen Vorbereitung ebenfalls die intensive Beschäftigung mit den erhalten gebliebenen Dokumenten notwendig war.

Wenn sich auch die Unterschiede der geschichtlichen Entwicklung des Albdorfes Bitz und der Fildergemeinde Harthausen in der inhaltlichen Gliederung und in der Breite der behandelten Zeitabschnitte niederschlagen, ist beiden Veröffentlichungen doch die detaillierte Beschreibung der jeweils interessierenden Zustände und Ereignisse gemein. Den Darstellungen der einzelnen Epochen der Vor- und Frühgeschichte, des Mittelalters und der Neuzeit bis hin zur Gegenwart schließen sich Berichte über die Tätigkeit der örtlichen Vereine und Verbände, Texte von die Gemeinden betreffenden bedeutsamen Urkunden und Namensverzeichnisse sämtlicher Schultheißen und Bürgermeister, Pfarrer und Lehrer an. Besonders hervorzuheben ist die reiche Ausstattung mit Bildmaterial (u. a. farbige Luftbildaufnahmen) und die Beilage originalgetreuer Nachdrucke der Flurkarten von 1827 bzw. 1838. Umrechnungstabellen für die alten württembergischen Maße, Gewichte und Münzwerte sowie ein ausführlicher Anmerkungsstil mit Angabe der einschlägigen Archivalien und Publikationen runden beide Werke ab.

Wolfgang Schneider

Bildnachweis

- S. 6, 9 Histor. Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e. V.
- S. 25, 33 Sonderheft zum Kreiskongreß der NSDAP Kreis Vaihingen 1934
- S. 37 Mitteilungsblatt der NSDAP, Kreis Vaihingen
- S. 31 Stadtarchiv Vaihingen/Enz – Enz-Bote
- S. 31–51 Aus Privatbesitz (über Dr. Manfred Scheck, Vaihingen/Enz)
- S. 49 Enz-Bote 9. 11. 1933
- S. 72 Foto Markus Otto, Bietigheim-Bissingen
- S. 73–89 Foto Hans Behrendt, Badenweiler
- S. 96f., 101, 107, 129 Foto Th. Nebel, Besigheim
- S. 99, 128 Gemeindearchiv Freudental
- S. 101, 107–112 Förder- und Trägerverein ehem. Synagoge Freudental e. V.
- S. 115 Staatsarchiv Ludwigsburg: F 154, Bü 251 a
- S. 116 J. Marx: Kriegstagebuch eines Juden
- S. 119 R. Läßle, Freudental
- S. 122, 124 H. Benda, Freudental
- S. 137 E. Zipperlen, Bönnigheim

»Ludwigsburger Geschichtsblätter« 1900–1983

Heft	Jahr	Seiten	Redaktion	
1	1900	87	Christian Belschner	vergriffen
2	1901	100	“	“
3	1903	106	“	“
4	1905	186	“	“
5	1909	115	“	“
6	1911	88	“	“
7	1913	57	“	“
8	1916	48	“	“
9	1923	119	“	“
10	1926	107	“	“
11	1930	133	“	“
12	1939	46	“	“
13	1957	140	Dr. Oscar Paret	lieferbar
14	1960	66	“	“
15	1963	162	Heinrich Gaese	“
16	1964	203	“	“
17	1965	207	“	“
18	1966	192	“	“
19	1967	164	“	“
20	1968	196	“	“
21	1969	92	Dr. Willi Müller	“
22	1970	116	“	“
23	1971	195	“	“
24	1972	272	“	“
25	1973	141	“	“
26	1974	141	“	“
27	1975	199	“	“
28	1976	161	“	“
29	1977	179	“	“
30	1978	128	Dr. Paul Sauer	“
31	1979	148	Dr. Wolfgang Schmierer	“
32	1980	188	“	“
33	1981	256	“	“
34	1982	176	“	“
35	1983	180	“	“

Von den Veröffentlichungen des Historischen Vereins ist noch lieferbar:

Hermann Stroebel »Ludwigsburg, die Stadt Eberhard Ludwigs – Ein Beitrag zur Geschichte der landesfürstlichen Stadtbaukunst um 1700, Ludwigsburg 1918.

*

Bestellungen:

Geschäftsstelle des Historischen Vereins,

7140 Ludwigsburg, Städt. Museum (Kulturzentrum);

Buchhandlung Aigner, 7140 Ludwigsburg, Arsenalplatz



SB. M. 5/58 154